REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 430 · 23.9.1999

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 54 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Erschütterungen in der Türkei
2. Da waren"s nur noch sechs. Korrektur zu "Baraks Visitenkarte", ak 429 - Achim Rohde
3. Julio Mendívil ist frei - J. Mendivil
4. Mit Gandhi und Mao gegen Weltbank-Projekte. Indiens Graswurzelbewegung im Aufschwung - Peter Nowak
5. Kein Thema für Menschenrechtskrieger: Staatsterror in Osttimor - Rainer Werning
6. Wahlergebnisse Brandenburg, Saarland, NRW, Thüringen, Sachsen
7. Vom Dritten Weg zur dritten Kraft. Für den "Siegertyp" Schröder wird Verlieren zur Routine - mb., Berlin
8. Sackgasse ohne Wendemöglichkeit. Die REPs stolpern ratlos durch den Wahlherbst - Jean Cremet
9. Angeschossen - Angeklagt - Abgeschoben? Hintergründe der Berliner Prozesse gegen KurdInnen
10. "Nicht über die Fehler der Vergangenheit nachsinnen" - Alyn Beßmann
11. Wie teuer ist ein Krieg? Die Kosten des NATO-Krieges gegen Jugoslawien - Olivier Minkwitz
12. "Keine Ahnung, was Milosevic treibt." Wahrnehmungsprobleme bei Antideutschen und Realsozialisten - Sammelrezension - mx., Nbg.
13. "Verteidigung gemeinsamer Interessen" EU-Kommissar für mehr "Verteidigungsfähigkeit" - Dirk Eckert
14. Globalisierung = Militarisierung = Ramboisierung? Interview mit Maria Mies zum Krieg gegen Jugoslawien und den Folgen
15. Legal, illegal, scheißegal. Kriegsfolgen für KriegsgegnerInnen - Thomas Klein
16. Schleuser und Schlepper. Fluchthilfe als als Dienstleistung - Forschungsgesellschaft Flucht und Migration
17. Postmoderne Bewegung gegen Freihandel. Peoples Global Action gegen Millenium-Runde - Peter Nowak
18. Schluß mit heimlich, still und leise. HamburgerInnen beobachten die Ausländerbehörde - dk
19. Türkei: Nicht nur die Erde bebt. Erdbeben erschüttert auch das politische Denken - Jan Keetman
20. Wye plus X. Die große Nahost-Lotterie beginnt - Achim Rohde, Anat Frumkin
21. Licht am Ende des Tunnels. Demokratiedebatte in einem zerstörten Land - Knut Rauchfuss
22. Des Zauberlehrlings Not. Boris Jelzin, die Korruption und die Politik der "Kompromate" - Kai Ehlers
23. Das Gesetz der Zone. Gespräch über Ursachen der Korruption in Rußland
24. Militärintervention und Neuordnung. Kolumbien droht ein internationaler Truppeneinmarsch - Raul Zelik
25. Warten auf Konsens. Rätseln über die rotgrüne Atompolitik - Jochen Stay
26. Castor 99 - Up on the Road again? - Jochen Stay
27. Neue Castorhalle - mit und gegen die Grünen - Bernd Schmidt
28. Checkliste zum Atomausstieg - Henrik Paulitz
29. "Wir kriegen sie alle". Aktive Arbeitsmarktpolitik in Dänemark, Teil 1 - K. Blomkvist, Kopenhagen
30. Grünliche Nebelschwaden in Hamburg - DSe
31. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der alltäglichen Lohnarbeit
32. Zwischen Unterwerfung und Autonomie. Ideologie und Realität der neuen Selbständigkeit - Thomas Seibert
33. Wo geht"s lang und mit wem? Ex- und Linksgrüne suchen nach Perspektiven - mb., Berlin
34. ak ist nicht konkret! Ein Kommentar zu Siepelmeyers Polemik gegen Gremliza - dk, Dse
35. Angeklagt: Lotta Continua. Der Mordfall Calabresi wird neu verhandelt - Js.
36. Soziale Frage und Krieg. Linkes GewerkschafterInnentreffen gegen den NATO- Krieg - Gerhard Klas
37. Porträt eines Renegaten. Adriano Sofri, Lotta Continua und der Gordische Knoten - Js.
38. Zur Geschichte der Hamburger Frauenzeitung (aus: HFZ)
39. Drei Fassungen der "Deutschen Frage". Georg Fülberths Buch über die deutsche Geschichte seit 1945 - Jella Glasberg
40. Wissenswertes über Erlangen. Totalitarismus- Thesen, 64. Folge - das "Manifest gegen die Arbeit" - Js.
41. Primo Levi: Lob der Arbeit
42. KPD-Widerstand gegen das NS-Regime. Standardwerk endlich auf deutsch erschienen - Dietrich Marquardt

43. Zwangsarbeit in Deutschland 1940-1945 - Angela Martin
44. Aus der Not geboren. Wolfgang Harichs "Versuch einer Autobiographie" - Angela Martin
45. Aufklärer oder Reaktionär? - Js.
46. "Hey, was ist denn da los?" Die 3 Tornados: Linke Geschichte als Brachial-Kabarett - Martin Bayer
47. Quelldatei 17.htm
48. Leserbriefe
49. Quelldatei 46.htm
50. Quelldatei 47.htm
51. Die Silberscheibe mit ak
52. Grün ist der Nonsens
53. Wye, die Zweite
54. Rot-Grün im Tiefflug

1. Erschütterungen in der Türkei

Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen; Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/auf.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:auf

Als am frühen Morgen des 17. August in der Westtürkei für 45 Sekunden die Erde bebte, fielen nicht nur viele der von profitgeilen Spekulanten und korrupten Bauunternehmern errichteten Wohnblöcke wie Kartenhäuser zusammen und begruben Zehntausende unter sich. Neueste Schätzungen gehen davon aus, da das Erdbeben 40.000 Menschenleben kostete. Mindestens 200.000 Menschen sind obdachlos.

Auch der Mythos vom fürsorglichen Staat wurde erschüttert. Fast überall gibt es ein Interessensgeflecht aus Unternehmern und Kommunalpolitikern, die von der enormen Wohnungsnachfrage profitieren wollen. Der Zorn der Menschen richtet sich nicht nur gegen diese "Baumafia" sondern vor allem gegen den Staat insgesamt.

Kompetenzgerangel und Zusammenbruch der Führungsstrukturen führten in den Tagen nach dem Erdbeben zu einer verhängnisvollen Tatenlosigkeit. Erdbeben sind in der Türkei keine Seltenheit, in den vergangenen Jahrzehnten war davon meist der Osten des Landes betroffen. Die Katastrophe vom 17. August traf allerdings die Türkei "mitten ins Herz", wie die Zeitung Cumhuriyet schrieb. In der Marmara-Region werden 35% des Bruttosozialprodukts erwirtschaftet.

Das Erdbeben zeigte, da selbst dort, wo die Türkei am "europäischsten" ist, kein funktionierender Katastrophenschutz existiert. Da die Armee nicht zu Hilfsmanahmen eingesetzt wurde, schürte den Unmut. Stand sie bisher als Stütze des Staates auerhalb der Kritik, so hat sich dies seit dem Beben geändert. Denn über den "Nationalen Sicherheitsrat" bestimmt die Armee die Politik wesentlich mit. In der Stunde der Not erwies sie sich als genauso handlungsunfähig wie die politische Bürokratie.

Über den Ansehensverlust der Armee schrieb die auflagenstärkste Zeitung des Landes, Hürriyet: "Nicht nur Menschen sind nach dem Erdbeben unter den Trümmern begraben worden, sondern auch der Staatsapparat; unser Staat mitsamt seiner zivilen und militärischen Bürokratie. Diejenigen, die nach Reformen riefen, beschimpfte man als Staatsfeinde, Vaterlandsverräter und Republikfeinde. Doch heute stellt sich heraus: Der heilige Staat und die nationale Einheit liegen unter Ruinen."

Auch die Ideologie der Bedrohung durch den äueren Feind und die "Terroristen" im eigenen Land bekam Risse; der Nationalismus verlor an Glaubwürdigkeit. So feierten die türkischen Medien die griechische Hilfe für die Erdbebenopfer und beschimpften den Gesundheitsminister, der keine Blutkonserven des Erzfeindes annehmen wollte, als "Verräter".

Nach dem Beben wurde für viele zur konkret erfahrbaren Tatsache, da der kemalistische Zentralstaat in erster Linie und in skrupelloser Weise für sich selbst sorgt. Allerorten ist offene Systemkritik zu vernehmen. Nicht nur auf der Strae, selbst in Teilen des Staatsapparats werden die Stimmen lauter, die nach Reformen und einer Modernisierung des Landes rufen.

Die Erfahrung der Selbstorganisation und Solidarität, die die Menschen nach dem Erdbeben erlebten, ist ihnen nicht zu nehmen. Ob daraus die längst überfällige Veränderung des anachronistischen politischen Überbaus der Türkei erfolgt, steht allerdings auf einem anderen Blatt. Seite 16

2. Da waren"s nur noch sechs. Korrektur zu "Baraks Visitenkarte", ak 429

Autor: Achim Rohde · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:29

In dem Artikel "Baraks Visitenkarte" in ak 429 ist ein Fehler enthalten. Die ursprüngliche neue Regierungskoalition in Israel bestand aus sieben (und nicht aus sechs) Parteien, die zusammen über 75 Mandate verfügten. Die ultra-orthodoxe Yehadut HaThora ist inzwischen allerdings aus Protest gegen die Unterzeichnung des modifizierten Wye-Abkommens aus der Koalition ausgestiegen. Barak stützt sich nunmehr auf sechs Parteien mit insgesamt 70 Mandaten.

Achim Rohde

3. Julio Mendívil ist frei

Autor: J. Mendivil · Rubrik: Peru · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:43

In der letzten Ausgabe von ak hatten wir über die Verhaftung des Mitarbeiters der Informationsstelle Lateinamerika (ila) Julio Mendivíl berichtet. Mit dem fadenscheinigen Vorwurf, Mitglied des "Leuchtenden Pfad" zu sein - gestützt auf eine Kronzeugenaussage - wurde Julio am 12. August bei der Einreise nach Peru verhaftet.

Sofort wurde eine internationale Kampagne für die Freilassung Julio Mendívils organisiert. Die peruanische Regierung wurde förmlich eingedeckt mit Protestfaxen und -mails. Der peruanische Präsident Fujimori erklärte in einer Kongreßrede am 24. August, daß er keinen Anlaß für ein Verfahren gegen Julio sehe. Zwei Tage später sprach ihn der oberste peruanische Militärgerichtshof frei.

Im folgenden dokumentieren wir einen Brief von Julio:

Liebe Freunde,

aufgrund der Feierlichkeiten und der Zeit, die wir benötigten, um deren Folgen zu lindern, habe ich Euch bisher noch nicht geschrieben. Ich möchte Euch allen sehr für Eure riesige Hilfe danken, die Ihr mir während der Tage meiner Gefangenschaft habt zukommen lassen. Mir geht es gut, psychisch und physisch. Ich werde noch einige Tage in Peru bleiben. Ich glaube, keine Gefahr zu laufen, da das Militärgericht, das über mich gerichtet hat, mich von jeder Schuld freigesprochen und angeordnet hat, den gesamten Vorgang aufzuheben, so daß ich jetzt beinahe den Status eines Neuankömmlings besitze.

Bei allem Schrecklichen dieser Erfahrung gab es etwas Positives: Fujimori hat sich nach vier Jahren, in denen er ein Problem ignoriert hat, das Hunderte von PeruanerInnen betrifft, wieder einmal gegen eine ungerechtfertigte Festnahme ausgesprochen. Das ist dem enormen Druck zu verdanken, den Ihr durch Eure Briefe und Eure Kampagnen aufgebaut habt. Dadurch konnte ein Präzedenzfall in der peruanischen Justizgeschichte geschaffen und gezeigt werden, daß die Militärgerichte gerecht und schnell handeln können!

Ich würde Euch gerne um etwas bitten: Schreibt Briefe an Fujimori, in denen Ihr ihm für meine Freilassung dankt, ihn aber auch bittet, daß er die Behandlung, die er mir hat zukommen lassen, auf alle anderen unschuldig Gefangenen ausweitet. Das ist das Wichtigste. Die Umstände haben sich günstig entwickelt, um die Regierung zu bitten, daß sie ihre Politik diesbezüglich ändert. Das dürfen wir nicht ungenutzt verstreichen lassen, denn es gibt viele, die nicht die Unterstützung haben, die ich erhalten habe, und wir dürfen sie nicht einfach vergessen.

Ich bin stolz darauf, die beste Familie der Welt zu haben - sowohl hier als auch drüben. Ich danke allen Institutionen. All denen, die Aktionen koordiniert haben. All denen, die auf die eine oder andere Weise geholfen haben. Denen, die helfen wollten, aber nicht konnten. Letztendlich allen für die enorme Hilfe, die Ihr geleistet habt. Es gibt kein Wort, das die Tiefe meiner Dankbarkeit ausdrücken könnte. Während Ihr bisher meine Freunde wart, seid Ihr jetzt ein Teil meiner Familie geworden.

Julio Mendívil

Lima, den 31. August 1999

4. Mit Gandhi und Mao gegen Weltbank-Projekte. Indiens Graswurzelbewegung im Aufschwung

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Indien · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:18

Über den Widerstand gegen zerstörerische Großprojekte in Indien ist in den vergangenen Jahren vereinzelt auch in hiesigen Zeitungen berichtet worden, vor allem in Folge von Aktionen gegen den Bau eines Staudamms im Narmada-Tal. Seit der Katastrophe von Bhopal 1984 hat sich in Indien eine breite Protestbewegung entwickelt, die in starkem Maße basisdemokratisch organisiert ist und sich in die Tradition der Gewaltfreiheit stellt. Aber auch Initiativen, die ihre Wurzeln im Maoismus sehen, sind in Indien anzutreffen. Über Aktionen gegen das Staudamm-Projekt und die Entwicklung und Strukturen der indischen Protestbewegung berichtet Peter Nowak.

"Wenn das Wasser höher und höher steigt, kommt noch ein Boot, um diejenigen wegzubringen, die Angst bekommen. Doch niemand steigt ein. Die Menschen sind ganz ruhig und gefaßt und furchtbar entschlossen." Anitha Shavary gerät beim Erzählen beinah ins Schwärmen. Mit ihrem Freund Jacob Vadakenchery hat die junge Inderin eine 35-stündige Zugreise von ihrer südindischen Heimatprovinz Kerala auf sich genommen, um sich an den Protesten im Narmada-Tal zu beteiligen. Delegiert wurden sie von einer bäuerlichen Gruppe in Kerala, die auch das Geld für ihre Zugfahrt zum Sadar-Sarovar-Damm im Dorf gesammelt haben.

Auf einer Länge von über 50 km ist das Wasser schon gestaut und fast 50 Dörfer sind schon in den Fluten verschwunden. In über 30 Großdämmen soll das Wasser des Narmada-Flusses insgesamt gestaut werden. Auch die uralten Siedlungsgebiete der Bhils drohen jetzt, in dem Wasser des Flusses begraben zu werden. Selbst ihre uralten Riten passen sie der aktuellen Situation an. In den alljährlichen Holi-Feiern wird neben den Sorgen des alten Jahres jetzt auch regelmäßig ein Damm aus Pappmache verbrannt. Doch so einfach wie die Damm-Imitationen ist dem Projekt in der Realität nicht beizukommen.

Seit über einem Jahrzehnt gehört der Damm zu den ehrgeizigsten Projekten der indischen Regierungen, egal ob diese von der Kongreßpartei oder der hindunationalistischen BJP gestellt werden. Der Widerstand gegen das Narmada-Projekt sorgte Anfang der 90er Jahre weltweit für Diskussionen über Sinn und Unsinn weiterer Großdamm-Projekte und deren Finanzierung durch Entwicklungshilfegelder. Ein internationales Bündnis von Nichtregierungsorganisationen (NGO) hatte damals den Protest der indischen Dorfbewohner an die Weltöffentlichkeit getragen und damit sogar zumindest auf internationaler Ebene einen Erfolg verbucht. Die Weltbank zog sich aus der Finanzierung des Projekts zurück, nicht allerdings deutsche Firmen wie Siemens. Das Dammprojekt wurde von der indischen Regierung ohne Weltbankkredite in Eigenregie weitergeführt. Nachdem das NGO-Bündnis gegen das Staudamm-Projekt auseinandergefallen war, hat die internationale Öffentlichkeit den Widerstand der indischen Kleinbauern kaum wahrgenommen. Der hat in den letzten Jahren an Intensität noch erheblich zugenommen. Im ganzen Narmada-Tal und auch an den Nebenarmen des Flusses werden Protestveranstaltungen abgehalten, die total überlaufen sind. Höhepunkt war die Besetzung einer Staudamm-Baustelle durch 20.000 Aktivsten im Januar letzten Jahres. Mittlerweile hat sich der Protest nicht nur über das gesamte 1.300 km lange Narmadatal ausgebreitet. Die politisch Verantwortlichen mußten auch mit Sorge registrieren, daß immer mehr Unterstützer vom gesamten indischen Subkontinent mit einer sogenannten "Rallye for the Valley" den Anti-Staudamm-KämpferInnen zur Hilfe eilen. Sie setzten sich in die unmittelbar von der Überflutung bedrohten Dörfer und warten auf das Wasser. Sie werden unter keinen Umständen ihren Platz verlassen, verkünden die Aktivisten und meinen es im wahrsten Sinne des Ortes todernst. Bisher griff in letzter Minute immer die Polizei ein und zerrte die Aktivsten gewaltsam aus den Häusern, wenn ihnen das Wasser schon bis zum Hals stand. Tote Dammgegner kann die Regierung überhaupt nicht gebrauchen. Gerade die Todesverachtung aber mobilisiert die Unterstützer im ganzen Land, Menschen wie Anitha und Jacob Vadakenchery.

Auch im Ausland beginnt man sich wieder für den Widerstand zu interessieren. "Wir bekommen wieder vermehrt Anfragen aus Indien oder Europa", meint Rhava Shivana von der ‚Weltorganisation gegen Dämme`. In seinem kleinem Büro in der Bombayer Vorstadt koordiniert er die Aktionen gegen Staudamm-Projekte in ganz Indien. "Alljährlicher Höhepunkt ist der Aktionstag gegen Dämme am 14. März. Menschenketten und Hungerstreiks sind die Hauptaktionen des indischen Widerstands"; meint Shivana, der nicht zu betonen

vergißt, daß sein Handeln im Einklang mit 'Mutter Natur' steht. "Mother Earth is in Revolt" und "Save our sacred land" heißen die Slogans auf den zahlreichen im Büro hängenden Protestplakaten.

Neue soziale Bewegungen in Indien

Kein Zweifel, Narmada ist landesweit zum Kristallisationspunkt von Grassroot-Bewegungen geworden, die sich vor allem nach der großen Chemiekatastrophe von Bhopal von 1984 in großer Zahl auf dem indischen Subkontinent ausbreiteten. Die meisten sind nur regional aktiv. Da verhindern im südindischen Bundesstaat Kerala Bauern mit einer Bauplatzbesetzung die Errichtung einer Hotelanlage, mit der die kommunistisch geführte Provinzregierung den Tourismus ankurbeln will. An einer anderen Stelle harrt ein ganzes Dorf seit Monaten in Baumhäusern aus, um zu verhindern, daß ein Waldstück für ein Industrieprojekt gefällt wird. Da blockieren südindische Fischer immer wieder die Zugänge zu einer Papierfabrik, weil deren Abwasser den Fluß in eine Kloake verwandelte, in der kein Fisch mehr leben kann. Immer wieder kommt es bei ihren Aktionen zu Konflikten mit der kommunistisch dominierten Gewerkschaft, die die Arbeiter der Papierfabrik gegen "rückschrittliche Umweltschützer und Arbeitsplatzvernichter" mobilisiert.

Auf den ersten Blick ähneln diese Gruppen in Auftreten und Programmatik den neuen sozialen Bewegungen, die in den 80er Jahren in Westeuropa und den USA kurzzeitig auf der politischen Bühne auftraten. Doch die Übereinstimmung ist nur oberflächlich, sind doch die indischen Bewegungen sehr stark in die eigene Geschichte ihres Landes eingebunden. Sie berufen sich in ihren Aktionen ausgerechnet auf den Mann, nach dem selbst in der kleinsten indischen Stadt die Hauptstraße benannt wurde und dessen Statuen in keinem indischen Stadtzentrum fehlen: auf den Staatsgründers Mahatma Gandhi. Bei nicht wenigen Anhängern geht die Gandhi-Sympathie so weit, daß sie sich äußerlich ihrem Idol so weit wie möglich anzugleichen versuchen. Solche Camouflage hat Veena Surana nicht nötig. Er hat noch mit Gandhi in der Unabhängigkeitsbewegung gekämpft, war dann längere Zeit Mitglied der Kommunistischen Partei, bevor er sich Anfang der 80er Jahre der bäuerlichen Grassroot-Bewegung in Südindien anschloß. Der alte Mann lebt in einem kleinen Dorf zwischen Mysore und Bangalore und ist Organisator der Karnataka Rayka Ryota Sangha (KRRS), der Vereinigung der Bauern der Provinz Karnataka.

KRRS und Gandhis Swadeshi-Programm

Die 1981 von wenigen Leuten gegründete Organisation zählt heute zehn Millionen Mitglieder und ist die im Ausland bekannteste Graswurzel-Gruppe Indiens. Dafür sorgt schon ihr charismatischer Präsident Nanjundaswamy, der von seinen Anhängern liebevoll Swamy genannt wird. Nicht nur ausländischen Besuchern fällt seine dominierende Rolle in der KRRS auf, die für sich absolute Basisdemokratie beansprucht. "Die Konsensfindung in der Organisation läuft von unten nach oben. Wenn es Entscheidungsbedarf gibt, beraten sich erst die Dorfkomitees, dann die Provinzkomitees und zum Schluß das oberste Landeskomitee. Die Delegierten, die in das nächsthöhere Organ bestimmt werden, sind ihrer Basis rechenschaftspflichtig und können jederzeit ausgetauscht werden. Feste Vorstände oder andere Gremien gibt es bei der KRRS nicht"; skizziert Surana das Modell einer scheinbar idealtypischen Basisdemokratie, benennt aber gleich deren Grenzen. "Bei grundlegenden Differenzen werden die unterschiedlichen Positionen ausführlich dargestellt. Kommt es zu keinem Konsens, entscheidet Swamy unter Berücksichtigung aller Argumente"; benennt Surana die Grenzen dieser Basisdemokratie. Das letzte Wort hat also im Zweifelsfall doch der Präsident.

Ganz in der Tradition von Gandhi setzt die KRRS auf Gesetzesübertretungen und zivilen Ungehorsam. Während dabei die Gefährdung von Personen grundsätzlich abgelehnt wird, gehört Gewalt gegen Sachen durchaus zum Repertoire der Aktivisten. Schon öfter wurden Filialen des Saatgutkonzerns Monsanto demoliert und Versuchsfelder mit genmanipulierten Pflanzen zerstört. Auch McDonalds-Filialen und Likörshops gehören zu den anschlagsrelevanten Zielen. Vor allem die KRRS-Frauen brechen häufig die Läden auf und verschütten sämtlichen Alkohol. Damit soll verhindert werden, daß die Männer ihre Rupien in Alkohol anlegen und in betrunkenem Zustand ihre Familie terrorisieren. Hinzu kommt noch ein ethischer Grund: in Gandhis Vorstellung einer einfachen Lebensführung steht der völlige Verzicht auf Drogen jeglicher Art an erster Stelle. In einigen Provinzen läßt sich mittlerweile kein Alkoholhändler mehr blicken. Doch die Aktionen der KRRS-Frauengruppen lassen sich nicht auf Anti-Alkohol-Kampagnen reduzieren. Seit Jahren mobilisieren sie gegen die frauenverachtende Tradition des Brautgelds und die alljährlich stattfindende Wahl der Miss Universum. "Wir protestieren damit gegen ein Frauenbild, daß uns vom Westen oktroyiert werden soll"; meint die Frauenaktivistin Paanalal Shugar. Auch mit den Vorstellungen westlicher Feministinnen können die

KRRS-Frauen allerdings wenig anfangen. Der Kampf gegen den ausländischen Einfluß, der sich für sie in multinationalen Konzernen, ausländischen Exporten, aber auch in westlicher Kultur manifestiert, ist ein einigendes Band der indischen Graswurzel-Bewegung. Die meisten berufen sich auf Gandhis Swadeshi. Nach diesem Konzept einer einfachen Lebensführung im Einklang mit der Natur sollen die Menschen in überschaubaren dörflichen Lebenszusammenhängen wohnen, sich von einheimischen Pflanzen ernähren und selbstgefertigter Kleidung, dessen Material selbstverständlich ebenfalls aus Indien kommen soll, tragen. "Das wahre Indien findet sich nicht in den wenigen Städten, sondern in den unzähligen Dörfern"; diesen Kernsatz des Swadeshi-Programms hält der KRRS-Organisator Surana nach wie vor für gültig. Auch wenn er zugeben muß, daß zumindest ein Großteil der indischen Jugend mehr auf US-amerikanische Markenware als auf heimische Produkte steht, gibt er sich optimistisch. "Wir organisieren mit der Jugend Schulungscamp über Swadeshi, und auf die Dauer werden sich unsere besseren Argumente durchsetzen."

Mao mit Gandhi aufgepeppt

Doch nicht alle politischen Graswurzelgruppen Indiens sind so überzeugte Swadeshi-Anhänger wie Surana und die KRRS, wenn sie auch viele ihrer politischen Erklärungen mit einigen Gandhisprüchen aufpeppen. So haben die Kader des All India Peoples Resistance Forums (AIPRF) ihren politischen Background unverkennbar im Maoismus. Sie unterstützen arme Bauern bei Landbesetzungen gegen die Großgrundbesitzer ebenso wie die Dalits im Kampf gegen das indische Kastensystem. Die Dalits werden oft die Unberührbaren genannt, eine Bezeichnung, die sie vehement als diskriminierend ablehnen. Auch über 50 Jahre nach der indischen Staatsgründung stehen sie noch immer auf der untersten Stufe der indischen Gesellschaft und sind zahlreichen Diskriminierungen ausgesetzt. Sie sind meistens Christen und vertreten eine indische Variante der Theologie der Befreiung, die mit maoistischen Theorieelementen koexistiert. Der Staat reagiert auf die Kämpfe der Dalits und das AIPRF vor allem in den ländlichen Regionen mit offener Repression. Bei Landbesetzungen gibt es immer wieder Tote. Zahlreiche politische Aktivisten sind spurlos verloren. Die politischen Zielsetzungen der Dalits gehen weit über die Programmatik der KRRS hinaus. Zwar wird auch dort die Abschaffung der Kasten gefordert. Aber gleichzeitig beschäftigen auch KRRS-Aktivisten Angehörige niederer Kasten. Man könne die Kasten nicht in einem Tag abschaffen und pflege daher einen pragmatischen Umgang damit, heißt es dann zur Rechtfertigung.

Doch bei allen Unterschieden, in der Ablehnung des indischen Parteiensystems ist sich in die indische Graswurzelbewegung einig. Die Dalit-Aktivistin Vanada Phallaga spricht mit ihrer Einschätzung wohl den meisten Grasroot-Aktivisten aus dem Herzen: "Im Wahlkampf scheinen die Kandidaten plötzlich zu entdecken, daß es uns auch noch gibt. Doch in Wirklichkeit interessieren die uns überhaupt nicht, und auch wir haben an dem parlamentarischen Theater kein Interesse." Daß sich die Wahlkoalition um die hindunationalistischen BJP gegen die als Gandhinachlaßverwalter auftretende Kongreßpartei durchgesetzt hat, berührt auch den greisen KRRS-Organisator Surana nicht: "Die Kongreßpartei führt zwar den Namen Gandhis ständig im Mund, aber schon sein Nachfolger Nehru wollte von seinen Ideen in der Praxis nichts mehr wissen."

Peter Nowak

5. Kein Thema für Menschenrechtskrieger: Staatsterror in Osttimor

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Indonesien · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:34

Knapp 80% der Wahlberechtigten stimmten am 30. August in einem Referendum für die Unabhängigkeit Osttimors. Gerade mal neun Tage hatte dessen Unabhängigkeit gewährt, bevor die portugiesische Ex-Kolonie am 7. Dezember 1975 von indonesischen Truppen überrannt und von Jakarta ein Jahr später völkerrechtswidrig als 27. Provinz annektiert worden war. So viel Kulanz gegenüber Diktatoren und Staatsterror, wie sie Indonesien entgegengebracht wurden und wird, war noch nie.

Die Entfernung zwischen dem Kosovo und Osttimor entspricht der Kluft zwischen bombengelaunten "humanitären Interventionisten" und perfiden Zynikern der Macht. Von "erzwungenem Massenexodus", "ethnischer Säuberung", "systematischem Völkermord" - gar "einem neuerlichen Auschwitz" - war im Frühjahr die Rede, als im Namen von Menschenrechten ein rasches, kompromißloses Handeln im Falle Jugoslawiens propagiert und exekutiert wurde. Eine geballte bellizistische Formation, die von NATO-Haudegen bis zu den Bündnisgrünen reichte, führte und befürwortete einen elfwöchigen Luftkrieg gegen das Milosevic-Regime.

Dabei hatte Jugoslawien einer internationalen Präsenz im Kosovo mit der Möglichkeit einer "weitreichenden Autonomie" zugestimmt, nicht aber einer NATO-Okkupation ganz Jugoslawiens, wie im Rambouillet-Ultimatum vorgesehen. Es gab Anzeichen dafür, daß der erhöhte internationale Druck auf Belgrad eine nicht-militärische Lösung hätte ermöglichen können. Heute ist klar, daß der NATO-Krieg mehr Probleme geschaffen hat, als er zu lösen vorgab. Neben den zahlreichen "Kollateralschäden" wird nunmehr eine "ethnische Segregation" zwischen Kosovo-Albanern und Serben für notwendig gehalten, um der Eskalation von Gewalt einen Riegel vorzuschieben.

Im Falle des erneuten indonesischen Staatsterrors gegen Osttimor, der in unterschiedlicher Intensität seit 24 Jahren (!) andauert und sämtliche UN-Verurteilungen ungestraft ignorierte, ist auf einmal alles ganz anders. Die lautstärksten Apologeten des NATO-Krieges gegen Jugoslawien, Tony Blair und Bill Clinton, handeln offensichtlich gemäß der Devise des früheren US-Präsidenten Teddy Roosevelt: "Jemand mag ein Schurke sein, entscheidend ist, er ist unser Schurke." Noch am 7. September hieß es in London, man erwäge keine Sanktionen gegen Jakarta, da diese "ineffektiv" seien. Blair favorisiert wie Clinton statt dessen lieber eine "quiet diplomacy".

Dieses stillschweigende Dulden von Staatsterror und der Suharto-Habibie-Herrschaft seitens der "westlichen Wertegemeinschaft" ist Ausdruck dessen, was Anthony Lewis in der International Herald Tribune vom 8.9.99 "Kissingerschen Realismus" nennt. Henry Kissinger, seinerzeit Außenminister, und US-Präsident Gerald Ford weilten im Dezember 1975 in Jakarta auf Staatsvisite, wo Ex-General und Präsident Suharto sie über die unmittelbar bevorstehende (widerrechtlich mit US-Waffen gestützte) Invasion Osttimors unterrichtete. Zurück in Washington, erklärte Kissinger vor seinem Stab im State Department: "Ich weiß, was das Gesetz ist. Doch kann es in unserem nationalen Interesse liegen (...), den Indonesiern die Zähne einzuschlagen?"

Was lag da näher, als sich mit der Regierung des bevölkerungsreichsten Landes in Südostasien und bedeutsamsten Verbündeten in der Region ins Benehmen zu setzen. Schließlich war in Jakarta mit Präsident Suharto ein Mann am Ruder, der seinen Aufstieg zur Macht 1965/66 buchstäblich auf Leichenbergen ermordeter "Kommunisten", "Aufrührer" und "Separatisten" erklommen hatte. Mit Jakarta ließen sich vorzüglich Geschäfte machen. Groß war der indonesische Markt und größer noch waren die Begehrlichkeiten westlichen Kapitals, dort kräftig zu hecken und Suhartos angepeiltes Aufrücken in den Club der sogenannten Tigerstaaten zu unterstützen. Für alle Beteiligten ein lukratives Geschäft, bis sich die Wirtschafts- und Finanzkrise mit einer politischen und Legitimitätskrise verband und den Despoten im Mai vergangenen Jahres zum Rückzug zwang.

Osttimor war derweil fernab medialen Interesses tief in den Morast systematischer Militarisierung und Pauperisierung versunken. Amnesty International und andere Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen gingen davon aus, daß bis dahin über 200.000 der etwa 800.000 EinwohnerInnen zählenden Bevölkerung Osttimors infolge der indonesischen Besatzung ums Leben gekommen waren. Ausgerechnet der langjährige Suharto-Intimus und dessen Amtsnachfolger, Bacharuddin Jusuf Habibie, stellte Anfang des Jahres in

Aussicht, Osttimor noch vor der Jahrtausendwende selbst über Autonomie, Unabhängigkeit oder den Verbleib im indonesischen Staatsverband entscheiden zu lassen.

Die Crux: Zwar bezogen internationale Beobachter der UN-Mission in East Timor (UNAMET) in der Hauptstadt Dili Quartier, doch bereits zehn Monate vor dem Referendum gingen "integrationistische" - sprich: pro-indonesische - Milizen gegen alle, einschließlich des UN-Personals unter ihrem Chef Ian Martin, vor, die verdächtigt wurden, gegen die Herrschaft Jakartas zu votieren. Makaber war überdies, daß ausgerechnet die indonesischen Streitkräfte mit der ordnungsgemäßen Überwachung des Referendums betraut wurden!

Als diese ihre gedungenen Schergen aufstachelten (wie u.a. BBC durch mitgeschnittene Funkgespräche zwischen beiden Parteien bewies), Dili zu entvölkern, Hunderte kaltblütig zu massakrieren und Zehntausende in die Berge zu vertreiben, stellte sich die "westliche Wertegemeinschaft" taub und sah keinen akuten Handlungsbedarf. UN-Generalsekretär Kofi Annan kam nichts anderes in den Sinn, als Indonesien zu drängen, seinen Pflichten nachzukommen, worüber sich Jakarta auch diesmal höhnisch hinwegsetzte.

Nachdem die "Integrationisten", gedeckt und ermuntert von der indonesischen Soldateska, gründlich ihr Unwesen getrieben und dafür Sorge getragen hatten, daß ein unabhängiges Osttimor auf Dauer politisch ein fragiles Gebilde und ökonomisch ein Schutthaufen bleibt, ging das Kalkül der Machthaber in Jakarta auf. Sie hatten durch die politisch-diplomatische Hinhaltetaktik ihres Außenministers Ali Alatas Zeit geschunden und den Militärs die Bereinigung ihrer gröbsten Blut- und Plünderspuren ermöglicht, bis sie schließlich gönnerhaft signalisierten, einer UN-Intervention stünde nunmehr nichts im Wege.

In diesem Sinne ist die erst am 15. September zustandegekommene Resolution 1264 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, nachdem auch deren letzter Beobachtungsposten in Dili zeitweilig geräumt worden war, ein verspätetes und untaugliches Unterfangen, in Osttimor "humanitär zu intervenieren". Wenn nun ab dem 20. September die ersten 5.000 bis 7.000 Soldaten einer multinationalen Friedenstruppe unter Federführung Australiens dort anlanden, werden sie sich allenfalls als Leichenbeschauer und Vermesser des Grauens betätigen können. Das Gros der Schlächter hatte ausreichend Zeit, sich ins benachbarte indonesische Westtimor abzusetzen und von dort aus die nächsten Schritte einer gezielten Destabilisierung Osttimors zu planen.

"Sollten die Osttimoresen sich für die Unabhängigkeit entscheiden, wird die UNO Zug um Zug die Verantwortung für das Gebiet übernehmen, und dazu gehört auch irgendein Sicherheitsarrangement", hatte zwar Australiens Außenminister, Alexander Downer, vor dem Referendum erklärt. Doch gleichzeitig hatte die Regierung in Canberra sich strikt geweigert, ein solches Sicherheitsarrangement zum Schutz der bereits von den Militärs und ihren Milizen in die Zange genommenen osttimoresischen Zivilbevölkerung einzusetzen. Erklärtermaßen wollte man den Eindruck vermeiden, man sei voreingenommen und bezöge offiziell Position für die FRETILIN und ihre Anliegen.

Seit der Annexion Osttimors haben (einschließlich der seinerzeit regierenden Labour Party) die Regierungen in Canberra alles getan, um gute Beziehungen mit Jakarta aufrechtzuerhalten und mit Rücksicht auf florierende Wirtschaftsbeziehungen keine Verstimmung wegen Osttimor aufkommen zu lassen. Nicht zuletzt mit Blick auf die gemeinsame Erschließung entdeckter Erdölquellen gestaltete sich ein inniges bilaterales Verhältnis zwischen Jakarta und Canberra, wovon vor allem die australischen Kritiker der indonesischen Osttimor-Politik ein Lied singen können. Legion sind die Fälle, da eine kritische Berichterstattung über die Geschehnisse dort unterdrückt wurde oder starken Einschränkungen unterworfen war.

Wenn Australien als Führungsmacht der multinationalen UN-Friedenstruppe jetzt seine Indonesien-Liebe plötzlich zugunsten einer Osttimor-Fürsorge austauscht, entspricht das bestenfalls heuchlerischer Fassadenreinigung. In den vergangenen 24 Jahren hätten sich genügend Chancen geboten, für die Belange Osttimors tatsächlich humanitär zu intervenieren und die Suharto-Clique in der Region zu isolieren. Last but not least ist Australien als Austragungsort der in einem Jahr beginnenden Olympischen Sommerspiele darauf erpicht, nicht zusätzlich zu den begangenen Freveltaten an den Aborigines (u.a. Landraub und Kinderklau) auch noch wegen seiner vergangenen Osttimor-Politik an den Pranger gestellt zu werden.

Die in einem demokratischen Votum eindrucksvoll unterstützte Widerstands- und Unabhängigkeitsbewegung FRETILIN bleibt mit einem Sieg konfrontiert, um den sie keiner beneiden mag. Selbst wenn ihr die Unabhängigkeit vergönnt ist, bleibt sie in dem Dilemma gefangen, einen eigenen Verwaltungsapparat und ein

eigenes (Aus-)Bildungssystem aufzubauen. Als langjähriges Objekt externer Kolonialisierung und interner Kolonisierung ist nahezu der gesamte Wirtschafts- und Handelssektor Osttimors von indonesischen Geschäftsleuten aus Sulawesi, Java und anderen Inseln dominiert, die mit dem Status quo auch ihre Pfründe erhalten wollen.

Eigentlicher Sieger instrumentalisierter Menschenrechtspolitik ist und bleibt das in westlichen Führungsakademien ausgebildete indonesische Militär. Selbst die nach dem Gewinn der Parlamentswahlen vom Juni vorschnell als demokratische Alternative gepriesene Tochter des Staatsgründers Sukarno, Megawati Sukarnoputri, hat der Autonomie, gar Unabhängigkeit Osttimors und anderer "Unruheherde" wie Aceh (Nordsumatra) und Irian Jaya (Westpapua) kategorisch eine Abfuhr erteilt.

Der in Personalunion als Verteidigungsminister und Oberkommandierende der Streitkräfte agierende General Wiranto, so die im Herbst als Präsidentschaftskandidatin antretende Sukarnoputri, habe das Militär aus der Politik herausgehalten (sic!) und garantiere Ordnung und Stabilität auf dem Archipel. Wenn das mal keine Drohung ist.

Rainer Werning

6. Wahlergebnisse Brandenburg, Saarland, NRW, Thüringen, Sachsen

Rubrik: Wahlen · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:45

, Landtagswahl

1994, Bundestagswahl 1998, Landtagswahl

1999

Wahlbeteiligung, 58,4%, 81,6%, 61,1%

, Prozent (absolute Stimmen), +, +

CDU, 58,1 (1.199.883), 32,7 (945.199), 56,9 (1.230.611)

SPD, 16,6 (342.706), 29,1 (842.329), 10,7 (232.260)

PDS, 16,5 (339.619), 20,0 (577.764), 22,2 (480.118)

Grüne, 4,1 (85.485), 4,4 (126.964), 2,6 (55.588)

FDP, 1,7 (36.075), 3,6 (105.524), 1,1 (23.328)

REP, 1,3 (26.177), 1,9 (55.129), 1,5 (32.786)

NPD, -, 1,2 (34.485), 1,4 (29.535)

DVU, -, 2,6 (75.579), -

Brandenburg, +, +, +

, Landtagswahl

1994, Bundestagswahl 1998, Landtagswahl

1999

Wahlbeteiligung, 56,3%, 78,1%, 54,4%

, Prozent (absolute Stimmen), +, +

SPD, 54,1 (580.422), 43,5 (670.744), 39,3 (433.497)

CDU, 18,7 (200.700), 20,8 (320.443), 26,5 (292.658)

PDS, 18,7 (200.628), 20,3 (313.090), 23,3 (257.294)

Grüne, 2,9 (31.033), 3,6 (55.884), 1,9 (21.409)

FDP, 2,2 (23.541), 2,8 (43.896), 1,9 (20.458)

DVU, -, 2,7 (42.153), 5,3 (58.225)

Nordrhein-Westfalen, +, +, +

, Kommunalwahl 1994, Bundestagswahl 1998, Kommunalwahl 1999

Wahlbeteiligung , 81,7%, 83,9%, 55,0%

, Prozent (absolute Stimmen), +, +

SPD, 42,3 (4.423.907), 46,9 (5.097.425), 33,9 (2.518.300)

CDU, 40,3 (4.217.391), 33,8 (3.669.024), 50,3 (3.731.236)

Grüne, 10,2 (1.063.195), 6,9 (745.911), 7,3 (542.919)

FDP, 3,8 (393.937), 7,3 (789.745), 4,3 (319.666)

Wählergruppen, 2,3 (236.323), -, 2,6 (194.163)

PDS , 0,0 (920), 1,2 (131.550), 0,8 (61.564)

REP, 0,6 (61.141), 1,0 (113.608), 0,4 (26.173)

DVU, -, 0,9 (98.732), 0,1 (4.900)

DKP, 0,1 (5.338), -, 0,0 (2.263)

Saarland, +, +, +

, Landtagswahl

1994, Bundestagswahl 1998, Landtagswahl

1999

Wahlbeteiligung, 83,5%, 84,8%, 68,7%

, Prozent (absolute Stimmen), +, +

SPD, 49,4 (340.091), 52,4 (361.486), 44,4 (247.311)

CDU, 38,6 (265.871), 31,8 (219.484), 45,5 (253.856)

Grüne, 5,5 (38.087), 5,5 (37.807), 3,2 (18.106)

FDP, 2,1 (14.206), 4,7 (32.517), 2,6 (14.259)

REP, 1,4 (9.708), 1,2 (8.240), 1,3 (7.328)

PDS, -, 1,0 (7.087), 0,3 (1.557)

Thüringen, +, +, +

, Landtagswahl

1994, Bundestagswahl 1998, Landtagswahl

1999

Wahlbeteiligung, 74,8%, 82,3%, 59,9%

, Prozent (absolute Stimmen), +, +

CDU, 42,6 (605.808), 28,9 (460.441), 51,0 (592.459)

SPD, 29,6 (420.236), 34,5 (549.942), 18,5 (214.793)

PDS, 16,6 (235.556), 21,2 (338.200), 21,4 (247.904)

Grüne, 6,5 (64.041), 3,9 (62.068), 1,9 (21.615)

FDP, 3,2 (45.651), 3,4 (54.233), 1,1 (12.993)

DVU, -, 2,9 (45.744), 3,1 (36.344)

7. Vom Dritten Weg zur dritten Kraft. Für den "Siegertyp" Schröder wird Verlieren zur Routine

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Wahlen; SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:50

Der SPD laufen die Wähler weg. Nach den Landtagswahlen in Brandenburg, dem Saarland und Thüringen sowie den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen kam es vor allem in Sachsen knüppeldick für die Schröder-Partei: Mit eben über 10% landete sie abgeschlagen auf Platz drei - hinter der PDS, die mehr als doppelt so viele Stimmen erhielt. Den Grünen erging es dabei nicht besser als ihrem Koalitionspartner; sie sind, wie die FDP, im Osten endgültig zur Splitterpartei geworden.

Die Erfolge der CDU sind allerdings nicht mit maßgeblichen Stimmenzugewinnen verbunden; sie profitierte vor allem von der massenhaften Abstinenz maßlos enttäuschter SPD-WählerInnen. Gleiches gilt mit Ausnahme von Sachsen auch für die PDS - auch wenn sie in zwei Bundesländern zum erstenmal zur zweitstärksten Partei hinter der CDU wurde.

Trotz der Wahlschlappen hält die Regierung weiter an ihrem Kurs fest. Mannschaftsspiel heißt die Parole. Innerparteiliche Kritik soll nicht mehr geduldet werden. Die "Neue Mitte" bleibt fest im Visier - auch wenn es die traditionellen SPD-WählerInnen verschreckt. Keine zwölf Monate ist die erste rot-grüne Koalition auf Bundesebene im Amt. Nach den Wahlen der vergangenen Wochen hat es den Anschein, als würde diese Periode auch nicht viel länger anhalten. Aber gemach! Von Beginn dieses Regierungsbündnisses an stand es um die Koalition von SPD und Bündnisgrünen nicht sonderlich gut. Die ersten Monate waren geprägt von Koordinationsproblemen, hastig zusammengeschusterten Gesetzesvorlagen, die, so schnell wie sie in den Bundestag eingebracht wurden, nachgebessert wurden. So entstand ein Gesamteindruck von Orientierungslosigkeit und mangelnder Professionalität.

Mit der Neuregelung der 630-Mark-Jobs und dem Gesetz zur Scheinselbständigkeit kam zum ersten Mal größerer Unmut auf, der von der Opposition freudig aufgegriffen wurde. Die allgemeine Mißstimmung führte für die Regierungskoalition zur Niederlage bei der hessischen Landtagswahl im Februar. Mit der neugewählten CDU-FDP-Landesregierung in Hessen ging der Verlust der rot-grünen Bundesratmehrheit einher. Vor dem Hintergrund der Unions-Kampagne gegen die rot-grünen Pläne zur Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, die die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft beinhalteten, knickte Rot-Grün ein. Bei den Koalitionsverhandlungen war dieses Thema noch als ein wichtiges Symbol für den Politikwechsel gefeiert worden.

Auch in der Atompolitik wich die Koalition, maßgeblich auf Betreiben Schröders und seines Wirtschaftsministers Müller, vor den Interessen der Industrie zurück. Jürgen Trittin kam mit seinem Entwurf für ein neues Atomgesetz nicht durch, der u.a. ein Ende der atomaren Wiederaufarbeitung vorsah. Die Regierungsvorgabe, ein Ausstieg aus der Atomenergie müsse ohne Entschädigungen im Konsens mit der Atomindustrie vollzogen werden, läßt aus diesem Wahlversprechen eine Nullnummer werden.

Mit dem überraschenden Rücktritt Oskar Lafontaines von der politischen Bühne und dem kurz vor der Europawahl im Juni veröffentlichten Schröder-Blair-Papier deutete sich eine merkliche Verschiebung der SPD-Politik an. "Gerechtigkeit und Innovation", so hieß das Motto der SPD noch im Bundeswahlkampf. Die ersten Maßnahmen der Bundesregierung brachten tatsächlich vielen ein paar Mark mehr: Erhöhung des Kindergeldes, Wiedereinführung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Senkung des Eingangssteuersatzes für NiedrigverdienerInnen. Erste Zeichen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sollten mit dem 100.000-Jobs-Programm für Jugendliche gesetzt werden. Seitdem ist in dieser Richtung nichts mehr zu hören. Statt dessen legte Rot-Grün mit dem 30-Milliarden-Sparpaket von Finanzminister Hans Eichel eine praktische Umsetzungsvariante des Schröder-Blair-Papiers vor.

Vom rot-grünen Triumph...

Überraschend deutlich hatte die SPD die Bundestagswahl des vergangenen Jahres für sich entschieden. Zum zweiten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik wurde sie zur stärksten Partei im Bund. Lag sie allerdings bei der Bundestagswahl 1972 mit nur 0,9% vor der CDU/CSU, brachte sie es 1998 auf einen Vorsprung von 5,7%.

Diesen Erfolg verdankte sie zum einen der Tatsache, daß sie im hohen Maße NichtwählerInnen mobilisieren konnte. Zum anderen gewann die SPD in Wahlkreisen mit einem hohen Arbeiteranteil in beachtlicher Zahl WählerInnen zurück, die seit den siebziger Jahren zur Union abgewandert waren. Vergleicht man das Bundestagswahlergebnis der Sozialdemokraten mit den Arbeitslosenquoten der Länder, läßt sich ein deutlicher Zusammenhang erkennen: Bei höherer Arbeitslosigkeit stieg 1998 in der Regel auch der landesweite Stimmenanteil der SPD. Mit Ausnahme von Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen wurde die SPD in allen Bundesländern vor der Union stärkste Partei.

Mit ihrer Doppelspitze Lafontaine/Schröder, die die klassische SPD-WählerInnenschaft bzw. die ominöse "Neue Mitte" ansprach, hatte die Sozialdemokratie genau den Dreh gefunden, die Stimmung für eine Abwahl der Kohl-Regierung nach 16 Jahren zu bedienen. Gleichzeitig weckte sie damit aber auch Erwartungen, daß nach eineinhalb Jahrzehnten eine sozial abgefederte Modernisierungspolitik Gestalt annehmen würde. In einer wahlsoziologischen Analyse der Bundestagswahl warnten Dieter Oberndörfer, Gerd Mielke und Ulrich Eith schon im November 1998:

"Als Kampfbegriff hat die neue Mitte ihre Funktion bestens erfüllt, indem sie der SPD dabei half, den Parteien des Regierungslagers die von ihnen beanspruchte Rolle als Vertreter der Mittelschichten streitig zu machen. Doch nach dem Wahlsieg sollte die SPD einen klaren Blick für das Wesentliche behalten: Die Trennlinie zwischen sozialer Sicherheit und wirtschaftlicher Unabhängigkeit einerseits und Risikoanfälligkeit und Schutzbedürfnissen andererseits verläuft genau durch die gesellschaftliche Mitte der Bundesrepublik. Vor allem die Wählergruppen aus der unteren Hälfte der Gesellschaft, also die Arbeiter und kleinen Angestellten, die die SPD erstmals seit langen Jahren wieder mobilisieren konnte und denen sie den Sieg bei der Bundestagswahl (...) in erster Linie zu verdanken hat, werden sehr sorgfältig verfolgen, wie die neue, sozialdemokratisch geführte Bundesregierung mit der Kluft zwischen oben und unten umgeht und ob sie sich als ein verläßlicherer Schutzpatron erweist als die soeben abgewählte Regierung Kohl."

Und als hätten sie den weiteren Gang der Entwicklung schon vor Augen, schrieben sie: "Modernisierung oder ... Innovation bedeutet für diese Wählergruppen eben nicht die Durchdringung aller gesellschaftlichen Bereiche mit neoliberalen, betriebswirtschaftlichen Kalkülen und den planmäßigen Rückbau des Wohlfahrtsstaates. (...) Eine Modernisierung in Wirtschaft und Gesellschaft ohne deutliche Gerechtigkeits- und Gleichheitskomponenten würde wohl unweigerlich zu weiterer Frustration und zur Abwanderung der neugewonnenen Anhängerschaft der Sozialdemokratie führen. Die soeben erlangte Chance zur langfristigen politischen Hegemonie wäre verspielt. Dies gilt insbesondere für den Osten Deutschlands." (Blätter für deutsche und internationale Politik 11/98)

... zum Schwarzen September

Nach dem Wahlsieg im September 1998 bestand nicht nur bei der SPD die Erwartung, daß bei den 1999 anstehenden Landtagswahlen in Ostdeutschland die Erfolge der Bundestagswahl zu wiederholen seien. Zumindest für Thüringen schien es eine ausgemachte Sache, daß die dortige Große Koalition abgewählt würde. Selbst für Sachsen, wo Kurt Biedenkopf seit 1990 mit absoluter Mehrheit regiert, wurde eine Zeitlang spekuliert, es könnte zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Union und SPD kommen; schließlich lag die SPD beim bundesweiten Wahlgang nur drei Prozentpunkte zurück.

Auch wenn man bei den Wahlen in Hessen, Bremen und zum Europaparlament schlecht abgeschnitten hatte, rechnete man sich bei beiden Wahlen im Westen, im Saarland und in Nordrhein-Westfalen, gute Chancen aus - ist die Sozialdemokratie in beiden Ländern doch die bestimmende politische Kraft.

Spätestens nach den Europawahlen schlug die Stimmung um. Innerhalb weniger Wochen schmolzen die guten Umfrageergebnisse in den verschiedenen Ländern dahin. Unter dem Eindruck des Schröder-Blair-Papiers, des Eichelschen Sparpakets und der Rentendiskussion trat der Effekt ein, der von den oben zitierten Wahlforschern Oberndörfer, Mielke und Eith schon im November vorhergesagt worden war. Die deutlich in den Vordergrund tretenden neoliberalen Elemente der rot-grünen Regierungspolitik führten zu einem enormen Vertrauensverlust innerhalb ihrer WählerInnenschaft. Alle fünf Wahlen im September endeten für die SozialdemokratInnen somit in einem Fiasko. Im Saarland konnte der CDU-Herausforderer Peter Müller die absolute Mehrheit der SPD aus dem Stand kippen. Thüringens Ministerpräsident Bernhard Vogel darf in den nächsten fünf Jahren auch alleine regieren; der kleinere Koalitionspartner SPD lag sogar noch 3

Prozentpunkte hinter der PDS, die zweitstärkste Partei wurde. In Sachsen verteidigte Biedenkopf seine Alleinregierung; er gilt nicht nur als gütiger "Landesvater", sondern auch als "Kommunikator für das sächsische Wir-Gefühl", schreibt das Forschungsinstitut Infratest dimap in seiner Wahlanalyse. Die SPD schaffte mit dem historisch schlechtesten Wahlergebnis in einem Bundesland knapp die 10-Prozent-Marke, und ist damit weit abgeschlagen hinter der PDS, die doppelt so viele Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Besonders bitter war für die Sozialdemokraten die Niederlage in Nordrhein-Westfalen. An die zwei Millionen WählerInnen kehrten ihr den Rücken. Reihenweise übernahm die Union in den Großstädten die Rathäuser, die seit Jahrzehnten fest in SPD-Hand waren.

StammwählerInnen bleiben zu Hause

Vordergründig betrachtet waren jeweils die CDU bzw. die PDS die Gewinner der Wahlen. Sieht man sich die Wahlergebnisse allerdings genauer an, handelt es sich nicht in erster Linie darum, daß die WählerInnen der SPD nun die Union bzw. die PDS wählen. (Für die PDS gilt allerdings die Ausnahme Sachsen.) Bei allen Wahlgängen, außer dem in Sachsen, sank die Wahlbeteiligung. In Nordrhein-Westfalen fiel die Wahlbeteiligung um 26,7% auf 55%2. (Allerdings ist zu berücksichtigen, daß die letze Kommunalwahl dort zeitgleich mit der Bundestagswahl stattfand, was erfahrungsgemäß zu einer höheren Wahlteilnahme führt.) Im Saarland und in Thüringen sank die Beteiligung um etwa 15%. Die schon 1994 geringe Quote von 56,3% in Brandenburg wurde nochmals um zwei Prozentpunkte unterschritten.

Ihren Wahlerfolg verdankt die Union nicht einer massiven WählerInnenwanderung von der SPD, sondern vor allem der massenhaften Nichtbeteiligung sozialdemokratischer WählerInnen. Die geringe Wahlbeteiligung führte dazu, daß die Union zwar prozentual (mit Ausnahme von Sachsen) deutlich zulegen konnte, in absoluten Stimmen waren die Zuwächse aber gering bzw. mußten sogar Verluste hingenommen werden. Im Saarland z.B. konnte die CDU 6,9% zulegen, hat absolut aber 12.000 Wählerstimmen seit 1994 verloren. Gleiches gilt für die Union in Thüringen (plus 8,4%, minus 13.349 Stimmen) und bei den NRW-Kommunalwahlen (plus 10%, minus 486.155 Stimmen). In Brandenburg, wo die die Union mit ihrem Spitzenkandidaten Jörg Schönbohm, dem ehemaligen Berliner Innensenator, 7,8% hinzugewann, ebenso wie in Sachsen, wo die CDU allerdings prozentual 1,2% verlor, gewann die Union absolut an Stimmen.

Wie die Wahlen im einzelnen auch konkret verliefen, lassen sie sich doch in einem Punkt auf einen Nenner bringen: Die WählerInnen sind tief enttäuscht über die Politik von Rot-Grün. Dabei müssen die niedrige Wahlbeteiligung und die konkreten Wahlresultate als Ablehnung sowohl der CDU- als auch der SPD-Politik gewertet werden. Viele WählerInnen sind einfach enttäuscht, daß SPD und Bündnisgrüne ihre Wahlversprechen nicht eingehalten haben. Daß es unter einer CDU-geführten Bundesregierung besser werden könnte, glauben sie allerdings auch nicht. Vielmehr dürfte die massenhafte Wahlenthaltung so interpretiert werden können, daß die WählerInnen der SPD immer noch bereit sind, ihrer Partei Kredit einzuräumen. Nach einer Umfrage des Forsa-Instituts hätten selbst die Sachsen deutlich anders gewählt, wenn am 19.9. statt der Landtagswahl Bundestagswahl gewesen wäre: CDU 45%, SPD 22%, PDS 18%.

Schröders Machtwort: Augen zu und durch!

Die Landtagswahlen hatte Schröder bereits nach den Europawahlen mehr oder minder verloren gegeben. Damals kündigte er schon an, die Bundesregierung werde eisern an dem 30-Milliarden-Sparpaket festhalten. Angesichts des sich steigernden Unmuts innerhalb der SPD, vor allem bei den Landes- und KommunalpolitikerInnen, wird das Sparpaket eventuell in nächster Zeit um die Einführung einer Vermögenssteuer bzw. die Erhöhung der Erbschaftssteuer ergänzt. Im Kern wird es aber keine Umorientierung der SPD-Politik geben - zumindest nicht bis zu den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein im Februar und in Nordrhein-Westfalen im Mai kommenden Jahres. Bis dahin ist die Taktik klar: Augen zu und durch. Aus diesem Grund hat die SPD längst die Abgeordnetenhauswahlen in Berlin im Oktober abgeschrieben. (Derzeit dümpelt die Hauptstadt-SPD bei knapp 20% dahin.) Geändert werden soll die "Vermittlung" der unsozialen Politik der Bundesregierung. Hieß es bislang, der Sparkurs sei "alternativlos", so ist die neue Sprachregelung, das Sparpaket sei notwendig, um in Zukunft wieder "gestalterische" Politik betreiben zu können. Nicht nur der designierte SPD-Generalsekretär Klaus Müntefering variierte dieses Thema an den vergangenen Wahlsonntagen immer wieder.

"Jetzt muß die eigene Wohnung sauber gefegt werden. Das wird geschehen", sprach Müntefering am Abend der Kommunalwahlen in NRW. Viel Arbeit dürfte er dabei allerdings nicht haben. Bislang erfolgte jedenfalls auffallend wenig innerparteilicher Widerstand gegen die Politik der Bundesregierung. Der lauteste Kritiker der vergangenen Wochen war Reinhard Klimmt, der um seine Wiederwahl im Saarland kämpfte. Seine Ankündigung, dem Sparpaket der Bundesregierung im Bundesrat nicht zustimmen zu wollen, ließ dann zwar die Niederlage der SPD weniger deutlich ausfallen. Mit seiner Einbindung in das Bundeskabinett als Verkehrsminister unterwirft er sich allerdings in Zukunft der Kabinettsdisziplin und zeigt damit, daß seine Kritik nicht mehr als ein taktisches Wahlmanöver war.

Ansonsten ist die Kritik innerhalb der SPD auf die wenigen Reste der "Parteilinken" beschränkt. Im Wochenrhythmus legen sie Papiere vor, in denen sie eine Änderung der Schröder-Politik verlangen. Im Kern zielen ihre Vorschläge dahin, das Sparpaket durch eine Vermögensabgabe und die Erhöhung der Erbschaftssteuer zu ergänzen. Daß sie im Bundestag ihre Zustimmung zum Sparpaket verweigern, ist unwahrscheinlich. Vor der Haushaltsdebatte am 15. September gab es ein Treffen zwischen Schröder, VertreterInnen des rechten "Seeheimer Kreises" und der "Parlamentarischen Linken". Am Ende des Treffens stand die Sprachregelung fest: Zum Sparpaket gibt es keine Alternative.

Auf den ersten Blick haben die Wahlen der vergangenen Wochen einen Erdrutsch zugunsten der Union bewirkt. Allerdings kann sich die Schröder-SPD noch damit beruhigen, daß ihre WählerInnen nicht direkt zur CDU übergelaufen sind. Bislang gibt es für viele AnhängerInnen der SPD und der Bündnisgrünen keine wahlpolitische Alternative zu Rot-Grün.

PDS:

Mehr Opposition wagen!

Für die CDU wird in Zukunft das Opponieren nicht mehr ganz so leicht. Durch ihren gewachsenen Einfluß im Bundesrat wird sie nicht umhin kommen, in Teilbereichen die rot-grüne Regierungspolitik zu unterstützen.

Die PDS kann sich freuen. In Brandenburg (plus 4,6%), in Thüringen (plus 4,8%) und in Sachsen (plus 5,7%) hat sie deutlich zugelegt. Dabei verwies sie die SPD in Thüringen und Sachsen auf den dritten Platz. In Nordrhein-Westfalen hat die PDS 33 Mandate in 17 Stadträten und vier Kreistagen errungen. Von der Schwäche der SPD profitierte sie dabei vor allem in Sachsen und mit Vorbehalten in Nordrhein-Westfalen, wo die Partei überdurchschnittlich abschnitt. Gleichzeitig deutet sich aber auch an, daß die PDS im Osten ihr Wählerpotential ausgereizt hat. Für die PDS gilt, daß sie in hohem Maße ihre AnhängerInnen bei Wahlen mobilisieren kann. Daran gemessen, relativieren sich ihre Ergebnisse, die in absoluten Zahlen weit unter den Bundestagswahlergebnissen liegen. Aber wenn es trotzdem reicht, die SPD zur drittstärksten Kraft zu machen, dann sollte man schon zufrieden sein.

Mit der tatkräftigen Unterstützung von Gerhard Schröder und Joschka Fischer ist für die PDS sogar noch eine Steigerung der Ergebnisse im Westen drin. Um die grüne Selbstdemontage wird es in der nächsten ak-Ausgabe gehen. Arbeitstitel: "Versprecher und Intrigen" - wie "Präsident Joschka" (Der Spiegel) von seiner "Umgebung" einmal völlig mißverstanden wurde.

mb., Berlin

8. Sackgasse ohne Wendemöglichkeit. Die REPs stolpern ratlos durch den Wahlherbst

Die REPublikaner stolpern ratlos durch den Wahlherbst

Autor: Jean Cremet · Rubrik: Wahlen; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:23

Der Führer schwächelt, das Fußvolk muckt auf, Wähler kehren der Partei den Rücken. Die einstmals erfolgreichste Partei der bundesdeutschen extremen Rechten ist in der Krise. Davon profitieren vor allem DVU und NPD. Der Versuch des REP-Vorsitzenden Schlierer, die Partei ins konservative Lager hinein bündnisfähig zu machen, ist gescheitert. Für eine "Erneuerung" halten sich vor allem Altkader wie der ausgeschlossene "Rechtsabweichler" Harald Neubauer bereit.

Hatten die REPs, einstmals das Paradepferd unter den Parteien der extremen Rechten, die Bundestagswahl noch einigermaßen unbeschadet überstanden, da sich ihre Verluste in Grenzen hielten, ist in diesem Jahr selbst für die optimistischsten unter ihren Anhängern die tiefgreifende Krise der Partei unübersehbar geworden. Der Versuch eines vorsichtigen Gegensteuerns durch den Parteivorsitzenden Rolf Schlierer, der durch halbherzige Wahlabsprachen mit der DVU Gerhard Freys den weiteren Niedergang abbremsen wollte, ist offenkundig gescheitert. Bei den Europawahlen am 13. Juni erreichte die Partei mit 1,7 Prozent noch nicht einmal die Hälfte des Anteils von 1994 (3,9%); in nackten Zahlen hatte man sogar zwei Drittel der ehemaligen Wähler verloren. Diesmal galten keine Ausreden mehr. Denn die Hauptkonkurrenz im eigenen Lager, die DVU, war erst gar nicht angetreten.

Natürlich stand umgehend der Vorsitzende Schlierer im Mittelpunkt der innerparteilichen Kritik. Statt Analysen und Strategien, so wird ihm vorgeworfen, liefere er nur Wunschdenken. Für die Europawahlen hatte er "gute Chancen" zur Überwindung der Sperrklausel gesehen, denn in den Umfragen läge man bei vier Prozent. Die entsprechenden Erhebungen waren wohl nur ihm selbst zugänglich. Gleichzeitig träumte er bereits von Fraktionsbildungen im Straßburger Parlament. Die FPÖ, erklärte er der seinem Kurs nahestehenden Jungen Freiheit, sei sein Wunschpartner. Auch mit den britischen Konservativen gebe es Berührungspunkte. Daß die FPÖ bereits zuvor wiederholt auf deutliche Distanz gegangen war, ignorierte Schlierer geflissentlich ebenso wie den Umstand, daß den Torys zwar an einer Rechtsentwicklung der Konservativen gelegen ist, sie aber peinlich Abstand zu den rechtsextremen Schmuddelkindern halten.

Taktische Absprachen mit der DVU

Nunmehr wurde im Funktionärskörper der REPs die inkonsequente Bündnispolitik der Parteispitze immer stärker thematisiert. Zunächst hatte Schlierer selbst das Berührungsverbot durchbrochen, das seinen Vorgänger Schönhuber 1994 wegen der Zusammenkunft mit Gerhard Frey den Kopf gekostet hatte. Doch bei der Absprache mit Frey kam wenig heraus: Beide Parteien verzichteten jeweils lediglich auf eine Kandidatur dort, wo sie ohnehin keine Chancen hatten. Das Zugeständnis, in Bremen und Brandenburg nicht zu kandidieren, fiel den REPs leicht, da sie dort nur über fragmentarische Landesverbände verfügen. Das Dilemma besteht allerdings darin, daß die konkurrierende DVU ihre Chance im Gegensatz zu den REPs jeweils nutzte. Sowohl in Bremen (wenn auch nur durch eine Besonderheit des Wahlrechts) als auch in Brandenburg zogen Freys Marionetten in die Landtage ein.

In Hessen dagegen, wo die DVU nicht angetreten war, konnten die REPs immerhin 20.000 Stimmen hinzugewinnen und ihren Anteil von 2 Prozent auf 2,7 Prozent steigern. Hier wurde aber deutlich, daß die Mißerfolge der Partei nicht lediglich ein organisatorisches Problem sind, sondern auf inhaltliche und strategische Mängel zurückgeführt werden müssen. War es in den vergangenen Jahren noch gelungen, rassistische Kampagnen der etablierten Parteien zu nutzen, indem man (nicht zu Unrecht) behauptete, man selbst sei das Original, das schamlos kopiert worden sei, waren die REPs jetzt nicht mehr in der Lage, der Unterschriftenaktion der Unionsparteien gegen die geplante zaghafte Erleichterung der Einbürgerung etwas entgegenzusetzen oder gar davon zu profitieren. Besonders diejenigen lokalen Hochburgen wurden bei der Landtagswahl geschleift, wo man - wie in Frankfurt - den Schmusekurs gegenüber der Union am offensten betrieben hatte. Aus Bastionen wurden so Schwachstellen.

Auch in Hessen nämlich hatte, trotz des Verzichts der DVU, Schlierers Doppelstrategie nicht gegriffen. Schlierer will einerseits die Konkurrenz zur finanzkräftigeren DVU mildern; andererseits strebt er Bündnisse an mit demjenigen Teil des Parteienspektrums rechts von der Union, der noch nicht durch die Beobachtung durch den Verfassungsschutz stigmatisiert ist. Dieser "demokratische Leumund", der den REPs auch von offizieller Seite längst nicht mehr zugebilligt wurde, sollte wiederhergestellt werden.

Während die Parteiführung um Rolf Schlierer deshalb vor einem direkten Bündnis mit der DVU zurückschreckte und es immer noch tut, wurden folgerichtig Kooperationen mit dem Bund Freier Bürger (BFB), der Deutschen Sozialen Union (DSU) und der Initiative Pro D-Mark des Multimillionärs Bolko Hoffmann gesucht. Fast stets - so auch in Hessen - wurde den REPs dabei die kalte Schulter gezeigt. Kam es doch einmal zu konkreten Vereinbarungen, wie zur Landtagswahl in Thüringen am 12. September, so handelte es sich in der Regel um ein Bündnis der Not mit dem Elend.

Schlierers Statthalter im Lande, der ehemalige CDU-Landtagsabgeordnete Matthias Ritter (Gera), und seine Mannen hatten es zwar geschafft, eine gemeinsame Kandidatenliste mit den Landesverbänden des BFB und der Initiative Pro D-Mark zu zimmern, doch mußten sie bald resigniert zur Kenntnis nehmen, daß diese Vereinbarung nicht den Segen der Parteioberen der anderen Partner erhielt.

So blieb der gewünschte Synergieeffekt ebenso aus wie die bitter benötigte Finanzspritze. Der selbst im galoppierenden Verfall befindliche und verschuldete BFB konnte diese nicht bieten; der finanzkräftige Bolko Hoffmann, eine neoliberale Variante Gerhard Freys, wollte nicht. So mußte man während des Wahlkampfes in Thüringen den Eindruck haben, daß die REPs alles daran setzten, bloß nicht bemerkt zu werden. Bis auf eine Veranstaltung in Altenburg eine Woche vor dem Wahltermin gab es keine öffentlichen Aktivitäten, fast keine Plakate. Die Wahl war offenbar schon lange vor der Auszählung der Stimmen verloren gegeben worden.

Führungsversagen und strategische Schwäche

"Wen wundert es da, daß Niedergeschlagenheit und Depression die Parteistimmung prägen.", stellt die Monatszeitschrift Nation + Europa scheinbar mitfühlend fest. Es handelt sich aber um ein scheinheiliges Mitgefühl. Denn während man hier die "Basiskämpfer" lobt, die sich "voll ins Zeug gelegt" hätten, konstatiert man immer wieder "Führungsversagen". Dieses Urteil richtet sich neben Schlierer selbst besonders gegen den bayerischen Landesvorsitzenden Johann Gärtner und den Bundesgeschäftsführer Gerhard Tempel. Bei beiden handelt sich um Verfechter eines strikten Abgrenzungskurses gegenüber dem immer größer werdenden Rest der extremen Rechten.

Selbstverständlich handelt es sich bei der Krise der REPs auch um ein Problem des Versagens der Parteiführung. Aber eben nicht nur. Wohl gravierender sind die unübersehbaren inhaltlich-strategischen Mängel, die sich besonders in der ehemaligen DDR verheerend auswirken. Während die kleinere NPD mit ihrem "Drei-Säulen-Konzept" eine zentrale Aufgabe im "Kampf um die Köpfe" sieht, haben die REPs wegen der gering ausgeprägten Denkfähigkeit ihrer Klientel offenbar vergessen, daß diese überhaupt über Köpfe verfügt. Die Interessenlage der Zielgruppe blieb völlig unberücksichtigt.

Als Beispiel mag wiederum Thüringen dienen. Weder die weit verbreitete Unzufriedenheit über die steigende kommunale Abgabenlast noch der Unmut über das Weiterbestehen und die Verschärfung von erheblichen Verkehrsproblemen wurden auch nur im Ansatz thematisiert. Obwohl gerade eine Große Koalition für die kleineren Parteien besondere Möglichkeiten der Profilierung bietet, konnte dies von den REPs noch nicht einmal rudimentär genutzt werden. Trotz hoher Arbeitslosenzahlen ohne Anzeichen einer Trendwende wurden nicht die sozialen Probleme aufgegriffen, sondern der Selbständigenstatus eines großen Teils der Kandidaten der Bündnisliste der REPs herausgestellt. Getreu den Vorgaben Schlierers versuchte man in Thüringen, sich als Korrektiv zur CDU zu präsentieren, anstatt eine deutliche, offensive Oppositionsrolle einzunehmen.

Die REPs sind seit geraumer Zeit nicht mehr in der Lage, öffentlich diskutierte Themenfelder für sich zu besetzen. Lediglich im Bereich des Rassismus wird ihnen in der ansprechbaren Wählerschaft eingeschränkt Kompetenz zugewiesen. Aber gerade hier stellt sich heraus, daß eher die plumpen und offen rassistischen und latent auch antisemitischen Parolen à la DVU honoriert werden, nicht aber das stets bemüht wirkende Verstecken des Rassismus hinter einem scheinbar demokratischen Diskurs nach Art der REPs.

Es kann also ganz und gar nicht erstaunen, daß die Unzufriedenheit an der Parteibasis und im Funktionärskörper massiv anwächst. Beim Bundesparteitag im vergangenen Jahr hatte Rolf Schlierer eine Offensive seiner Kritiker, an ihrer Spitze der baden-württembergische Landesvorsitzende Christian Käs, noch dadurch abwehren können, daß er die Vereinbarung mit Gerhard Frey aus dem Hut zauberte, über die er im Vorfeld noch nicht einmal die Parteispitze informiert hatte. Er stellte das Stillhalteabkommen als sein persönliches Verdienst heraus. Umgekehrt wird es ihm persönlich jetzt angekreidet, daß dieses informelle Abkommen die DVU in eine Vorteilsposition gebracht hat. Wo man nicht freiwillig das Feld räume, so greift Nation + Europa die Meinung der Kritiker auf, werde man "von Frey in Materialschlachten niedergeworfen". Statt "ernsthafter Kooperation" erfolgten lediglich "halbherzig und widersprüchlich" einige "Tändeleien", die das Fehlen einer "plausiblen Gesamtstrategie" verdecken sollen.

In einer solchen Situation kann es nicht ausbleiben, daß sich gerade die erfolglosen Landesverbände hinter tatsächlichen oder vermeintlichen Fehlern der Parteiführung verstecken. So kann man es im Präsidium mit leichter Hand abtun, daß der Landesvorstand Hamburg als Sofortmaßnahme die Absetzung des Bundesgeschäftsführers Gerhard Tempel fordert, der auch für die Wahlkampfplanung verantwortlich ist. Die Hamburger Partei"freunde" besitzen innerparteilich nicht gerade großes Gewicht. Auch daß Schlierers Hauptopponent im Vorstand, Christian Käs, zum wiederholten Male verkündet, daß es jetzt aber endgültig so nicht mehr weitergehen könne, ist zu vernachlässigen. Einerseits kann man solche Äußerungen als Teil eines rituellen Konkurrenzgerangels ansehen, andererseits hütet sich gerade Käs, konkrete Alternativen aufzuzeigen, auf die er später festgenagelt werden könnte.

Das Fußvolk muckt auf

Schwierig wird Schlierers Position dann, wenn er auch aus den noch relativ gefestigten Landesverbänden Baden-Württemberg, Bayern und Hessen - den letzten noch einigermaßen funktionsfähigen - unter Beschuß gerät. Dieser Punkt ist nunmehr offenbar erreicht. So befürwortet der Landesvorstand Hessen die Einberufung eines Sonderparteitages. Der KV Odenwald fordert Schlierers "sofortigen Rücktritt", Unfähigkeit wird ihm aus der Kreistagsfraktion Waldeck-Frankenberg vorgeworfen. Im Vogelsbergkreis ist ein Kreistagsabgeordneter der REPs unlängst zur NPD übergetreten. Was der KV Bergstraße aus dem gleichen Landesverband von den von Schlierer verfochtenen Abgrenzungsbeschlüssen hält, demonstriert er am 24. September. Dann singt der Nazibarde Frank Rennicke auf einer Parteiveranstaltung in Biblis "Lieder für Familie, Volk und Vaterland". Die entschiedensten Befürworter des Schlierer-Kurses in Hessen sind dagegen immer ruhiger geworden, da bei ihnen die Einbrüche am stärksten sind.

Die Unbotmäßigkeit hat inzwischen einen Punkt erreicht, an dem demonstrativ gegen Beschlüsse des Parteipräsidiums verstoßen wird. Und in diesem Fall reagiert Schlierer geradezu panisch, da er aus diesen Vorkommnissen Konkurrenz für seine Führungsposition aus einer Richtung erwachsen sieht, aus der er damit nicht gerechnet hatte. Bisher hatte er davon ausgehen können, daß seine Stellung nach dem Verstummen der innerparteilichen Rufe nach Franz Schönhuber und der Unterwerfung von Christian Käs beim letzten Parteitag zumindest bis zur Landtagswahl in Baden-Württemberg unangefochten sein würde.

Nunmehr aber hat sich durch geschickte Medienpolitik und die Nutzung alter Seilschaften jemand wieder ins Gespräch gedrängt, der noch immer als Person für die Erfolgsphase der REPs Ende der achtziger Jahre steht. Die Rede ist von dem ehemaligen Europaabgeordneten, Generalsekretär und bayerischen Landesvorsitzenden Harald Neubauer. Strategisch geschickt hatte dieser bereits 1997 seinen Posten als einer der Vorsitzenden der Deutschen Liga aufgegeben, kann somit nicht mehr ohne weiteres als Vertreter einer feindlichen Organisation abgetan werden. Er bedient seit Jahren unermüdlich die rechte Sehnsucht nach Geschlossenheit, durch die allein eine Wende zum Besseren möglich sei. Als Mitherausgeber des lagerintern einflußreichen Monatsblattes Nation + Europa war er in der Lage, jeden Mißerfolg des ungeliebten Schlierer gebührend herauszustellen und auf Änderung zu drängen. Scheinbar uneigennützig wurde dort immer wieder unterstrichen, daß es den REP-Dissidenten aus vergangenen, erfolgreicheren Tagen ja nicht um persönliche Karrieren, sondern ausschließlich um eine Genesung der Partei gehe. Die "Erfolgsgaranten" von früher vergessen dabei nie zu betonen, daß Schlierer die Partei in die finale Krisis führe.

Neubauer läßt sich feiern

Unter diesen Voraussetzungen ist es nur zu verständlich, daß die Schlierer-Fraktion im Parteivorstand mit allen Mitteln versuchte, ein Comeback Neubauers bereits im Ansatz zu unterbinden. Beim letzten Parteitag war, damals noch mit recht deutlicher Mehrheit, der Beschluß gefaßt worden, die "Ruhstorfer Resolution" weiterhin gelten zu lassen, die jegliche Zusammenarbeit mit den anderen Parteien der extremen Rechten untersagt und zum Ausscheiden eines nicht unerheblichen Teils der Funktionärskaders geführt hatte. Ein Aderlaß, von dem sich die Partei bis heute nicht erholt hat. Trotz dieser eindeutigen Beschlußlage machten sich jedoch seit Jahresbeginn Aufweichungserscheinungen bemerkbar.

Um dem entgegenzuwirken, wurde unmittelbar vor der Europawahl durch das Parteipräsidium eine "Lex Neubauer" erlassen, die von die Kritikern wiederum nur als Provokation gewertet werden konnte. Mit knapper Mehrheit wurde ein "generelles Verbot" für Parteiveranstaltungen mit Neubauer verfügt. Wer dagegen verstoße, ziehe sich "automatisch Folgen in Form von Parteiordnungsmaßnahmen" zu. Die innerparteiliche Opposition vermutet als Motiv für diesen Schritt, daß Neubauer als Redner "zu gut" sei, besser jedenfalls als der farblose Schlierer. Dem REP-Fraktionsvorsitzenden in Stuttgart wird also schlicht Angst vor möglicher Konkurrenz unterstellt. Für Schlierer verheißt es folglich nichts Gutes, daß er es selbst in seinem engsten Umfeld nur mühsam seinen Willen durchsetzen konnte.

An der Basis war dies bereits nicht mehr möglich. Der REP-Kreisverband Offenbach-Land veranstaltete bald nach dem Präsidiumsbeschluß demonstrativ eine Kundgebung mit Neubauer - und wartet nun, bislang vergeblich, auf die angekündigten "automatischen Ordnungsmaßnahmen". An der Veranstaltung mit Neubauer am 16. Mai 1999 in Rodgau nahmen - ein Zeichen setzend - auch hochrangige Funktionäre wie das Parteivorstandsmitglied Bernhard Plappert (Fulda) und der ehemalige stellvertretende Vorsitzende Hans Hirzel (Wiesbaden) teil. Auch der hessische Landesgeschäftsführer Gerald Wissler (Mainhausen) war anwesend. Hervorzuheben ist, daß es sich bei diesen Abweichlern nicht um "notorische Querulanten" handelt, sondern um bisher loyale Gefolgsleute des Parteichefs. Gerade Hirzel, eine frühere Randfigur der Widerstandsgruppe "Weiße Rose" und ehemaliger stellvertretender Parteivorsitzender, gilt bei den REPs als unangreifbare Integrationsfigur. Auch seine Anwesenheit trug dazu bei, daß das Parteipräsidium zwar bellte, aber nicht beißen konnte.

Damit war geradezu eine Lawine losgetreten worden. Immer mehr lokale Organisationen besannen sich auf die fragwürdige Weisheit, daß das, was früher einmal gut gewesen ist, heute nicht unbedingt schlecht sein muß. Die Einladungen für den ehemaligen REP-Spitzenfunktionär Neubauer häuften sich. So wurde er u.a. vom ehemaligen rheinland-pfälzischen Landesvorsitzenden Hans Herstein zur Unterstützung im Kommunalwahlkampf nach Germersheim eingeladen. Das vergleichsweise gute Abschneiden der REPs dort wurde dafür als Bestätigung angesehen.

Den bisherigen Höhepunkt bei der organisierten Gehorsamsverweigerung kann der thüringische Kreisverband Altenburg um den stellvertretenden Landesvorsitzenden Norman Scholz für sich reklamieren. Dort wurde Neubauer nach einem Auftritt gar zum Ehrenmitglied gewählt. Auch die anwesenden Landesvorstandsmitglieder schritten nicht ein. Wohl fälschlich hatte die Parteispitze angenommen, inzwischen alle Schönhuber-Anhänger im Landesverband Thüringen ausgeschaltet oder vergrault zu haben. Norman Scholz wiederum hat eine relativ starke Stellung, da er bei der Bundestagswahl das beste Einzelergebnis für die REPs im Bundesland holte. Es ist schon paradox: Jemand, dem offiziell der Wieder-Eintritt in die Partei untersagt ist, wird gleichzeitig Ehrenmitglied. Der nachtragende Franz Schönhuber wird den Vorgang mit einem bitterbösen Grinsen registriert haben.

Schlierers Dilemma

Durch diese beiden sich verstärkenden Tendenzen - zunehmende Mißerfolge sowie Mitgliederverlust und gleichzeitig abnehmendes Durchsetzungsvermögen der Führung durch wachsenden Druck von inner- und außerhalb der Partei - tragen dazu bei, daß Schlierers Parteikarriere nicht erst beendet sein könnte, wenn der erneute Einzug in den Stuttgarter Landtag verfehlt wird, sondern schon früher.

Schlierer befindet sich in der Tat in einem Dilemma. Greift er ein, um dem Druck durch Neubauer und dessen Anhänger zu entgehen, so wird ihm dies nicht nur als Zeichen von Schwäche ausgelegt, sondern wird auch zu einem weiteren Verfallsprozeß in noch funktionsfähigen Gliederungen führen. Läßt er Neubauer gewähren, wird nicht nur seine Autorität permanent untergraben, sondern wendet sich auch seine jetzige Hausmacht

enttäuscht von ihm ab. Öffnet er die Partei für Bündnisse nach rechts, so droht das Wegbröckeln des auf seine berufliche Karriere bedachten Teils der Partei. Ändert er die Bündnispolitik nicht, könnten die REPs in einigen Bundesländern sogar von der bei Wahlen weitgehend unbedeutenden NPD überflügelt werden. Knapp zwei Wochen vor der Landtagswahl in Sachsen ermittelte eine Umfrage von infas-dimap einen Anteil von vier Prozent für NPD und REPublikaner zusammengerechnet. Je geringer der Vorsprung seiner dortigen Anhänger vor der NPD in ihren Hochburg Sachsen ausfällt, desto geringer werden auch Schlierers Zukunftsaussichten. Und gar nicht auszudenken, wenn die NPD stärker abschneiden sollte.

Wie Schlierer also auch handelt, es wird falsch sein. Und ein Nicht-Handeln führt erst recht in den Untergang. Er befindet sich in einer Sackgasse ohne Wendemöglichkeit. Den richtigen Moment zum Gegensteuern hat der Parteivorsitzende verpaßt. Jetzt muß er hilflos zusehen, daß sein Schrottkarren mit der verbliebenen Restenergie gegen die Wand kracht.

Allerdings wird auch der in den Vordergrund drängende Harald Neubauer nicht so schnell wieder eine führende Rolle, und schon gar nicht als Parteivorsitzender, spielen können. Dies, das wissen auch seine Anhänger, würde zu allzu großen Reibungsverlusten führen.

"Erneuerung" mit alten Kadern?

Es wird also ein Interimsvorsitzender benötigt, der in der Lage ist, die verschiedenen und gegensätzlichen Parteiflügel hinter sich zu vereinen. Für eine solche Rolle scheinen sich gegenwärtig nur zwei Personen anzubieten. Da ist zum einen der bereits erwähnte Hans Hirzel, der als Pluspunkt für die Öffentlichkeitswirkung seine Rolle im Widerstand gegen den NS für sich verbuchen kann. Zum anderen wäre der frühere Oberbürgermeister von Würzburg, Klaus Zeitler, vorstellbar, der auf seine langjährige SPD-Mitgliedschaft verweisen kann. Beide haben in der jüngsten Vergangenheit innerparteilich eine "zentristische" Rolle gespielt, wobei sie keine offene Kritik an Schlierers Kurs übten, zwischen den Zeilen bei öffentlichen Äußerungen jedoch immer wieder ihre Skepsis zum Ausdruck brachten.

Ein solcher Interimsvorsitzender würde - ein wenig strategisches Denken vorausgesetzt - nach einer Schamfrist wohl eine "Rückholaktion" starten, die den in der Vergangenheit ausgeschiedenen Kritikern den Weg zurück in die Partei ebnet. Dann würde sich auch für Neubauer und seine Mannen wieder ein Platz an führender Stelle finden. Allerdings könnte es dann bereits zu spät sein, da die neue Führung gezwungen wäre, sich eine neue Partei mit einem neuen Kurs zusammenzubasteln. Wie langwierig und schmerzhaft das sein kann, zeigt nachdrücklich das Beispiel der NPD.

Jean Cremet

9. Angeschossen - Angeklagt - Abgeschoben? Hintergründe der Berliner Prozesse gegen KurdInnen

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; PKK · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:08

Am 17. Februar 1999 erschossen israelische Sicherheitskräfte drei Kurden und eine Kurdin, die vor und im israelischen Generalkonsulat in Berlin gegen die Entführung des Vorsitzenden der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Abdullah Öcalan, protestiert hatten. Während das Ermittlungsverfahren gegen die israelischen Todesschützen im August endgültig eingestellt wurde, ist ein Ende der Prozesse gegen die KurdInnen nicht abzusehen. Ab Ende September stehen acht Jugendliche, die sämtlich von den Sicherheitsbeamten angeschossen worden waren, vor Gericht. Ein Berliner Solidaritätskomitee hat zu diesem Anlaß eine Broschüre herausgegeben, in der die politischen Hintergründe der Protestaktionen wie auch deren juristische und politische Aufarbeitung durch Gerichte, Ausländerbehörde und Parlament beleuchtet werden. Der folgende Artikel faßt einige der Texte zusammen.

"Bürgerkrieg" - "Aufständische" ziehen eine "Spur der Verwüstung" durch unser "friedliches Land" - "alle in Angst, aber keiner greift durch". Der Blick in die Zeitungen des 18. Februar 1999 ließ zunächst nicht erkennen, daß tags zuvor erstmals in der bundesdeutschen Geschichte vier DemonstrantInnen erschossen worden waren. Vielmehr gerieten die Nahaufnahmen verblutender Körper zum Beleg für die Gefährlichkeit kurdischer Mentalität: "Kurden ziehen Blutspur durch Deutschland".

Nicht nur Revolverblätter, sondern auch der Spiegel, die taz und der Berliner Tagesspiegel breiteten das Szenario einer kurdischen Terrorwelle aus. Die reich bebilderte Sprache knüpfte dabei an die von den Medien in den letzten Jahren gesellschaftlich verankerte Vorstellung von "den Kurden" und ihren Eigenschaften an: Der Kurde, der gewalttätig ist, eine permanente Bedrohung darstellt, der Spendengelder von seinen Landsleuten erpreßt, Kinder entführt und mit Drogen dealt. Um die Assoziationskette in Gang zu setzen, die beim Hören oder Lesen des Wortes "Kurde" vor dem inneren Auge abläuft, reichen einige deftige Schlagzeilen aus.

Statt der Fragen, die sich zu dem Tod von vier Menschen bei einer Demonstration stellen sollten, rückte eine imaginäre Bedrohung Deutschlands und seiner Bevölkerung in den Mittelpunkt: Wer in Konsulatsbesetzungen keine Gefahr für sich erkannte, wurde durch Umfragen belehrt, daß dies der Hälfte der deutschen Landsleute anders ging. Die "tödliche Bedrohung für unsere Städte" mußte gestoppt werden. "Nach einer Umfrage des Forsa-Instituts unter 1.088 Deutschen wollen 49% (60% in Ostdeutschland), daß straffällige Kurden auch dann in die Türkei abgeschoben werden, wenn ihnen dort Folter und Todesstrafe drohen", so der Berliner Kurier am 25.2.99.

Die volle Härte

des Gesetzes

Nur Stunden nach den tödlichen Schüssen wurde im Keller des Berliner Landeskriminalamtes eigens eine Zelle mit der Aufschrift "Schußverletzungen" eingerichtet. Insgesamt waren es 229 KurdInnen, die am 17. Februar 1999 in Berlin festgenommen wurden: am Generalkonsulat, aber auch in der Innenstadt und sogar zu Hause. Auch Wohnungen wurden durchsucht - "Gefahr in Verzug". In den Tagen darauf wurde jede öffentliche Versammlung verboten und auf Straßenkreuzungen Polizeipanzer postiert. Angehörige und FreundInnen, die sich im kurdischen Emigrantenverein versammeln wollten, mußten einen Polizeiposten passieren, an dem sie durchsucht und gefilmt wurden.

Noch während sie darum bangten, ob ihre abwesenden Angehörigen tot oder festgenommen waren, lief bereits auf allen Kanälen im unverkennbaren Vokabular die Botschaft der law and order-Fundamentalisten: anstandshalber ein paar Worte des Erschreckens herausgedrückt, wurden sofort die demokratischen Codewörter für den Polizeistaat in Anschlag gebracht: "alle Mittel des Rechtsstaats gegen Terror ausschöpfen", "spürbare Konsequenzen", "die volle Härte des Gesetzes". Und man wurde gleich konkret: generelles Demonstrationsverbot für Kurden, hohe Strafen, schnelle Abschiebungen, und vor allem: mehr Polizei.

Die plumpen wie schneidigen Politikerworte beschreiben präzise die Ebene, auf der sich der deutsche Staat in den folgenden Wochen bis heute mit den kurdischen DemonstrantInnen auseinandersetzt. Am 21. Februar 1999 meldete Innenminister Schily 2.100 Festnahmen bundesweit, am 1. April erklärte der Berliner Innensenator Werthebach, 247 an den Berliner Protestaktionen beteiligte KurdInnen seien identifiziert.

Was mit den festgenommenen KurdInnen geschehen solle, teilte Innensenator Werthebach ebenfalls mit: sie sollen ausgewiesen und abgeschoben werden. Eine Ausweisung ist der Entzug des Aufenthaltsrechts und so eine Voraussetzung für die Abschiebung. Zwei Stellen bekamen zu diesem Zweck die vom Landeskriminalamt erfaßten Daten kurdischer DemonstrantInnen: die Staatsanwaltschaft und die Ausländerbehörde.

Die Staatsanwaltschaft erhebt seit dem Mai 1999 reihenweise Anklagen wegen "schweren Landfriedensbruchs" und hat öffentlich mitgeteilt, daß sie Urteile von mindestens vier Jahren Haft erwarte. Nicht ohne Grund, wie die Rechtslage zeigt: Die Teilnahme an einer verbotenen Demonstration ist Landfriedensbruch und seit dem Verbot der PKK 1993 ist es rechtlich einfach, kurdische Demonstrationen als verboten einzustufen, sobald dort eine PKK-Fahne sichtbar wird. Seit einer Änderung des Ausländergesetzes 1995 wiederum wird zwingend ausgewiesen, wer wegen Landfriedensbruch zu einer Jugendstrafe von zwei Jahren oder einer Haftstrafe von drei Jahren ohne Bewährung verurteilt wurde. Kombiniert mit dem PKK-Verbot schafft diese, auch als "Lex PKK" bekannte Ausländerrechtsverschärfung die Möglichkeit, kurdische DemonstrantInnen zusätzlich zur Haft auch mit einer Abschiebung in die Türkei zu bestrafen.

Bisher hat die Staatsanwaltschaft allerdings Mühe, diese politischen Vorgaben zu erreichen. Die Version eines bewaffneten Kurdensturms auf das israelische Generalkonsulat ist schwer zu belegen, ist doch in jedem Polizeivideo zu sehen, wie israelische Sicherheitsbeamte ihre Magazine in eine unbewaffnete Menschengruppe entleeren. So sind bisher lediglich drei Bewährungsstrafen verhängt worden, von ursprünglich 28 Gefangenen mußten nach und nach bis auf sechs alle freigelassen werden.

Willfährige Verwaltung

Die Ausländerbehörde hat als Verwaltungsorgan dagegen keine polizeilichen oder strafrechtlichen Aufgaben und Kompetenzen, nur den Ermessensspielraum, der in fast jeder Vorschrift und jedem Paragraphen enthalten ist. So gibt es auch in dem Paragraphen des Ausländergesetzes, auf den die Staatsanwaltschaft abzielt, eine Kann-Bestimmung, die eine Ausweisung von Menschen ermöglicht, die sich an verbotenen Demonstrationen beteiligt haben. Diese Bestimmung hat auch noch den Vorteil, daß "eine strafrechtliche Verurteilung bzw. Nachweis persönlicher Schuld nicht zur Verwirklichung des §47 Ausländergesetz erforderlich ist". Was "ermißt" also die Ausländerbehörde in einer Liste von Personen, die von der Polizei verdächtigt werden, an den Aktionen in und vor den griechischen und israelischen Vertretungen beteiligt gewesen zu sein? Zuerst einmal, "daß es sich um von der PKK initiierte Kundgebungen handelte", und solche sind, wie man weiß, verboten. Das wiederum, "wird durch die Tatsache belegt, daß Fahnen und Plakate der Arbeiterpartei Kurdistans mitgeführt wurden".

Alles weitere ergab sich von selbst: alle aufgeführten KurdInnen erhielten eine Ausweisungsverfügung. Auf drei Seiten wird darin zusammengefaßt, was sich gemäß den Ermittlungsakten der Polizei in und vor den Konsulaten Griechenlands und Israels zugetragen haben soll, insgesamt gesehen "Gewalttätigkeiten (...), die in Berlin bisher ohne Beispiel sind". Und - als zuständige Behörde hat man das Wohl des ausländischen Mitbürgers stets im Auge - es ist "zu befürchten, daß bestimmte Personenkreise ihr Gesamtverhalten zum Anlaß nehmen, in zunehmendem Maße Ausländerfeindlichkeit zu propagieren". So weit das allgemeine; da aber eine Ausweisung eine persönliche Sache ist, heißt es weiter: "Auch wenn keine eigenständige Gewalttätigkeit zugerechnet werden kann, steht fest, daß Sie zumindest als Teilnehmer Beihilfe zu den Gewalttätigkeiten geleistet haben".

So ist die Verwaltung schneller als die Justiz. Eine Vielzahl der KurdInnen erhielten ihre Ausweisungsverfügung noch bevor ein Strafverfahren begonnen hatte, einige auch, bevor man ihnen überhaupt mitgeteilt hatte, daß ein Ermittlungsverfahren gegen sie anhängig ist. Man kann gegen diese Verfügungen Widerspruch einlegen und einige Ausweisungen sind so wieder aufgehoben worden. Einige auch nicht. Und weitere werden kommen.

Seit die Regierung 1993 35 kurdische Organisationen verbot, hat die Polizei hunderte kurdische Vereine gestürmt und zehntausende Festnahmen gemacht, Staatsanwaltschaften haben tausende Verfahren

angestrengt und Gerichte fast eben so viele Strafen verhängt. Aufgabe der Ausländerbehörden sind hier die jährlich knapp 7.000 Abschiebungen in die Türkei. Insgesamt ein Räderwerk aus politischer Verfolgung und verwaltungsmäßigem Rassismus und im Ergebnis eine tödliche Waffe, wie die zuletzt vom Niedersächsischen Flüchtlingsrat dokumentierten Schicksale abgeschobener KurdInnen zeigen: am 25. März 1999 aus Deutschland abgeschoben, wurde Hüseyin Öztürk auf dem Istanbuler Flughafen festgenommen und von der Antiterrorabteilung der Polizei schwer gefoltert. Des "Separatismus" angeklagt steht er heute vor Gericht, die Staatsanwaltschaft fordert die Todesstrafe. Einer von vielen.

Kein zweites "Mykonos"

Während Ende September der Prozeß gegen acht kurdische Angeklagte beginnt, die sämtlich und teilweise lebensbedrohliche Schußverletzungen erlitten, wird gegen diejenigen, die diese Schüsse abfeuerten, nicht einmal mehr ermittelt. Ein Ermittlungsverfahren, das nie wirklich eines war, ist seit August nun auch offiziell eingestellt. Um was geht es?

Sieben deutsche Polizisten waren dabei, als ein Mann aus einer Haustür trat und 30 Schüsse auf eine unbewaffnete Menschenmenge abfeuerte. Die Polizisten warfen sich auf den Boden, um nicht getroffen zu werden, die Menschen versuchten zu fliehen, aber 15 brachen im Kugelhagel zusammen, vier sind tot. Dutzende Menschen und vier Videokameras haben das Geschehen beobachtet. Was geschah weiter? Der Mann verriet der Polizei seinen Namen nicht und behauptete, er habe in die Luft geschossen. Die deutsche Regierung erklärte, der Mann habe sich nichts zu Schulden kommen lassen, so konnte er unbehelligt nach Hause fliegen, wo ihm sein Arbeitgeber, eine andere Regierung, ihr Lob und ihre Wertschätzung aussprach und ihm sagte, er solle sich von den Strapazen erholen. Währenddessen hat die Polizei diejenigen festgenommen, die von dem Mann getroffen, aber nicht getötet wurden, und auch jene, die unverletzt blieben, und sogar welche, die gar nicht da waren. Die deutsche Regierung erklärte, daß man sie hart bestrafen wird.

Warum wird nicht der Mann, sondern seine Opfer bestraft? Wer darf - nach ungeschriebenem Gesetz das schlimmste Verbrechen - auf deutsche Polizisten schießen und was wiegt so schwer, daß das Wort deutscher Polizisten - entgegen ungeschriebenem Gesetz - nichts mehr wiegt? Und: wie ist all dies in aller demokratischen Öffentlichkeit möglich? Das sind die Fragen, die sich zu den Ereignissen am 17. Februar 1999 in Berlin stellen sollten.

Aber noch bevor die Angehörigen der Toten unterrichtet waren, hatte Bundeskanzler Schröder angekündigt, mit aller Härte gegen den Terror, damit waren die demonstrierenden KurdInnen gemeint, vorzugehen; noch bevor irgendeine Untersuchung begonnen war, hatte Außenminister Fischer mitteilen lassen, es liege kein schuldhaftes Verhalten der Israelis vor. Damit war der Rahmen gesetzt, in dem sich anschließende Ermittlungsverfahren, Untersuchungsausschüsse und die öffentliche Meinung bewegen sollten.

Die ersten Stellungnahmen fielen noch aus dem Rahmen: so sprach die israelische Generalkonsulin im Fernsehen von der "Ermordung kurdischer Demonstranten", einer der israelischen Schützen sagte bei der Polizei aus, sein Kollege habe auf die Menschen vor der Tür geschossen. Der Tagesspiegel druckte die Abschrift des Polizeifunks, in dem zu hören war, was der deutschen Öffentlichkeit noch schwerer zu erklären ist als der Tod von Menschen, die nicht nur in den Augen des Innenministers als "Ausländerextremisten" gekennzeichnet sind: "Ein verletzter Polizeibeamter nach Schußverletzung".

Die Konsulin wurde nach Finnland versetzt, die Aussage des Israelis unter Verschluß genommen, der Polizeifunk als Irrtum abgehakt. Seitdem läuft eine Simulation von Aufklärung: über die 200 Zeuginnen- und Zeugenaussagen und die vier Videofilme, die das Geschehen so lückenlos dokumentieren wie kaum einen Mord, wurde ein Schleier aus ominösen "Diskrepanzen in den Aussagen" gebreitet, der den Eindruck eines "ungeklärten Tatherganges" produziert hat. Die Kombination mit der unendlichen Wiederholung des Satzes von der "Erstürmung des Konsulats durch bewaffnete Kurden" läßt die kurdische Gewaltbereitschaft mittlerweile als einzig gesicherte Erkenntnis erscheinen, während die "tragischen Ereignisse", die entsprechende Sprachregelung für die israelischen Todesschüsse, wohl niemals aufzuklären sein werden, so der leitende Staatsanwalt.

Was sind vier kurdische Leben wert? Für den Mord an vier Kurden im Berliner Restaurant "Mykonos" 1992 gab es zweimal lebenslänglich, das Prädikat "Staatsterrorismus" und den Abbruch der diplomatischen

Beziehungen. Diese Kurden waren Politiker zu Gast bei der Sozialistischen Internationalen, ihre Mörder kamen aus dem Iran. Für den Mord an vier KurdInnen 1999 gibt es den Flug nach Hause.

Mehr als drei Viertel der BundesbürgerInnen sind gegen die Lieferung von 1.000 deutschen Panzern an die Türkei, so das Ergebnis einer von Bild und dem Mitteldeutschen Rundfunk kürzlich in Auftrag gegebenen Umfrage. Sicherlich wird einigen noch das Bild des kurdischen Jungen in Erinnerung gewesen sein, der 1992 von einem deutschen Panzer zu Tode geschleift wurde. Aber: "Wir können es nicht dulden, wenn fremde Konflikte auf deutschen Straßen ausgetragen werden" - mit diesem Satz traf Kanzler Schröder eine Meinung, der leider auch breite Kreise der Bevölkerung anhängen. Deutschland wurde nach den kurdischen Protestaktionen im Februar plötzlich zum friedlichsten Land der Erde, das mit Kriegen weit hinten in der Türkei nichts zu schaffen hat. Dabei ist der Zusammenhang offensichtlich: mit den kurdischen Flüchtlingen kommen die Folgen deutscher Politik nach Deutschland zurück. Kurdische Aktionen auf deutschen Straßen sind eine Konsequenz deutscher Panzer auf kurdischen Straßen.

Die Broschüre "Angeschossen - Angeklagt - Abgeschoben?" kann gegen Spende und Porto bestellt werden beim: Solidaritätskomitee für die kurdischen politischen Gefangenen in Berlin, Yorckstraße 59, 10965 Berlin, Tel: 030 788 999 -01, Fax: -02, Mail: sol@zelator.berlinet.de

Spenden: Rechtshilfeverein AZADI e.V., Ökobank Frankfurt, BLZ 500 901 00, Kto.Nr.: 54 00 279, Stichwort "Berlin".

10. "Nicht über die Fehler der Vergangenheit nachsinnen"

Der neue Prozeß gegen Safwan Eid

Autor: Alyn Beßmann · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:13

Von der Vergangenheit wolle er nichts hören, erklärte Richter Strebos gleich zu Beginn des Verfahrens. Man solle einfach von vorn anfangen im Prozeß um den Brandanschlag in der Lübecker Hafenstraße, bei dem am 18. Januar 1996 zehn Menschen starben und 38 verletzt wurden. Und noch etwas stellte der Richter gleich zu Beginn klar: In diesem Prozeß werde es ausschließlich um Safwan Eid gehen, "die Grevesmühlener sind nicht Gegenstand dieses Verfahrens".

Immer wieder betonte der Richter diese zwei Punkte. Nicht nur, weil vor dem Eingang des Kieler Landgerichts lautstark dagegen demonstriert wurde, daß ein Überlebender des Brandanschlags vor Gericht steht und nicht die Grevesmühlener Jugendlichen, die mit frischen Brandspuren im Gesicht in der Brandnacht direkt am Tatort aufgegriffen worden waren. Auch Eids Verteidigerinnen, Gabriele Heinecke und Barbara Klawitter, wiesen immer wieder auf die vier "dringend Tatverdächtigen" aus dem rechtsradikalen Milieu hin. Obwohl einer von ihnen die Tat mittlerweile gleich mehrfach gestanden hat, sind die Ermittlungen gegen sie längst eingestellt.

Dagegen muß sich nun Safwan Eid, der zum Zeitpunkt der Tat selbst als Flüchtling mit seiner Familie in dem Haus in der Hafenstraße lebte, noch einmal wegen "besonders schwerer Brandstiftung" verantworten. Zwar war er im Juni 1997 auch auf Antrag der Staatsanwaltschaft vom Lübecker Schwurgericht von diesem Vorwurf freigesprochen worden, im Juli letzten Jahres hob der Bundesgerichtshof (BGH) den Freispruch jedoch auf und verwies den Fall zur Neuverhandlung an das Landgericht Kiel.

Beantragt worden war die Revision von einem Anwalt der Nebenklage, die in diesem Verfahren erheblich reduziert ist: Alle Überlebenden des Brandanschlags, die sich als Nebenkläger im ersten Prozeß für einen Freispruch Safwan Eids eingesetzt haben, sind diesmal vom Verfahren ausgeschlossen - ein juristisches Novum. Auch der Versuch zweier Überlebender, wenigstens als gesetzliche Vertreter ihrer Kinder doch noch zur Nebenklage zugelassen zu werden, wurde abgewiesen. So schlimm seien die Verletzungen der Kinder nun auch wieder nicht gewesen, hieß es zur Begründung. Ein weiterer Überlebender kann aus einem anderen Grund nicht am Prozeß teilnehmen: Victor Atoe, der schon kurz nach dem Brandanschlag noch verletzt nach Nigeria abgeschoben wurde, flüchtete erneut in die BRD, als er vom befristeten Bleiberecht für die Überlebenden des Brandes hörte. Weil er sich zu dessen Verkündung nicht in Deutschland aufhielt, gilt diese Regelung für ihn allerdings nicht. Er wurde sofort in Abschiebehaft genommen.

Diejenigen Überlebenden, die aktiv am Prozeß teilnehmen dürfen, weil sie ein Interesse an Eids Verurteilung haben erkennen lassen, werden von Anwälten vertreten, die dieses Interesse sichtlich teilen: Rechtsanwalt Ulrich Haage vertrat im April 1997 auch einen der Grevesmühlener im Verfahren um einen in der Brandnacht begangenen Autodiebstahl. Und Dr. Clausen erstritt gegen den Wunsch der Staatsanwaltschaft vor dem BGH die Aufhebung des Freispruchs.

Begründet wird die Neuverhandlung mit Tonbändern von abgehörten Gesprächen, die Eid in der Besucherzelle während der Untersuchungshaft führte. Diese hätten aus der Sicht des BGH im ersten Verfahren als Beweismittel zugelassen werden müssen. Die Bänder enthielten zwar keinen klaren Hinweis auf die Täterschaft, aber "vieldeutige Aussagen". Aus Sicht von Verteidigerin Klawitter ist das reiner Blödsinn: "Hätte sich die Staatsanwaltschaft rechtzeitig um ordnungsgemäße Übersetzung bemüht, hätte der BGH keine Grundlage gehabt, von Vieldeutigkeiten zu sprechen, und wir säßen jetzt alle nicht hier."

Das wesentliche Problem des Prozesses aber sieht sie in einem anderen Punkt: Die gesamte Beweislage des Prozesses basiere auf Ermittlungen, die von eklatanter Einseitigkeit geprägt seien. Ihre Kollegin Heinecke geht noch weiter und moniert eine "Spurenvernichtungstätigkeit der Sonderkommission".

Justizskandal oder "Modell Lübeck"?

Richter Strebos hat allen Grund, in diesem Punkt abzuwiegeln: "Wenn in der Vergangenheit Fehler gemacht worden sein sollten, so hat das keinen Sinn, darüber noch nachzusinnen." Denn gerade hier wird es interessant. Daß "Fehler" gemacht worden sind, steht außer Frage: Immer wieder verschwanden Beweismittel, die Safwan Eid hätten entlasten können. Und immer wieder erhielten die Grevesmühlener Schützenhilfe von den Ermittlungsbehörden. Über die Gründe hierfür kursieren allerdings verschiedene Theorien.

Da ist zum einen die Sache mit den V-Leuten. Mittlerweile ist bekannt, daß ein oder zwei V-Leute der Polizei vor und während der Tat in der Flüchtlingsunterkunft in der Hafenstraße aktiv waren. Ihr V-Führer war ausgerechnet der Kriminaloberkommissar, der als einziger den Rettungssanitäter Leonhardt vernommen hat - den einzigen Belastungszeugen gegen Safwan Eid. Daß hier Informanten geschützt werden sollten oder gar eine Verwicklung in den Brandanschlag verschleiert wird, ist durchaus denkbar.

Und zum anderen ist da das große Aufatmen, daß auf die ersten Meldungen folgte, der Täter könne auch aus dem Haus stammen. Die blanke Möglichkeit, der Täter könne ein Nichtdeutscher sein, ließ alle Solidaritätsbekundungen mit Opfern und Überlebenden des Brandanschlags auf ein Minimum schrumpfen. In den deutschen Medien begann eine haltlose Schmutzkampagne gegen die BewohnerInnen des Hauses, während der in der internationalen Presse unmittelbar nach dem Brandanschlag massiv geäußerte Rassismusvorwurf gegen Deutschland verebbte.

Für einen Teil der Linken ist daher klar, daß hier mit voller Absicht ein Opfer des Brandanschlags zum Täter stilisiert wurde. Auch einige der Überlebenden sehen das so: "Ich denke, daß wieder viele Lügen und ganz viel Dreck über Safwan Eid und über alle Leute aus unserem Haus verbreitet werden. Sie behaupten, daß wir an allem schuld sind, damit die Deutschen dann wieder ganz gut dastehen. Das ist so typisch."

Die Gruppen, die zum Prozeß mobilisieren, sprechen vom "Modell Lübeck" und weisen darauf hin, daß seit Lübeck Brände in Flüchtlingsunterkünften kaum noch einer Erwähnung wert sind. Die Botschaft, "daß die Ausländer sich selbst anzünden", habe ihre Wirkung getan. Wenn in Deutschland Flüchtlingsheime brennen, werde in der Öffentlichkeit keinesfalls mehr selbstverständlich von einem rassistischen Anschlag ausgegangen.

Ein Herangehen, daß in der Jungle World vom 25.8. unter der Überschrift "Wo ist der Strippenzieher im Kanzleramt" als "blamable linke Verschwörungstheorie" kritisiert wird. Schließlich seien keine Emissäre der Regierung im Auftrag der nationalen Sache unterwegs gewesen, um das Ansehen Deutschlands zu retten. Eine Polemik, die nicht nur in ihrer Schärfe überrascht, wird doch deutscher Nationalismus in der Jungle World sonst nicht allein als Sache einer verschworenen Gemeinschaft innerhalb der deutschen Eliten begriffen.

Ganz gleich welchem Erklärungsmuster man für den Verlauf der Ermittlungen und des ersten Prozesses folgt: Daß Safwan Eid aus dem Prozeß als ein zu Unrecht Verdächtigter hervorgehen wird, ist hochgradig unwahrscheinlich. Für Safwan Eid persönlich ist es sicher von erheblicher Bedeutung, ob der Prozeß mit einem Schuldspruch oder einem Freispruch "im Zweifel für den Angeklagten" endet. Für die deutsche Öffentlichkeit aber ist vor allem wichtig, daß er zumindest der Tatverdächtige bleibt, dem die Tat nur nicht nachzuweisen ist.

Alyn Beßmann

Kurze Chronologie eines Anschlages

Oktober 1995: Maik Evers und André Brade, zwei jugendliche Rechtsextremisten aus Lübeck, versuchen das Auto der Familie Eid zu stehlen. Mohammed und Safwan Eid bemerken die beiden Autoknacker im Skinhead-Outfit, können einen der beiden stellen und ihn der Polizei übergeben, der andere wird von der Besatzung eines Streifenwagens festgenommen.

Anfang Januar 1996: Maik Wotenow erzählt seinem Kumpel Marcel Rux, er wolle demnächst nach Lübeck, um dort etwas anzuzünden.

Die Nacht auf den 18. Januar 1996: Ca. 1.00 Uhr: Techentin, Wotenow, Burmeister und Patynowski erreichen Lübeck aus Grevesmühlen kommend, sie fahren einen beigen Wartburg mit dem auffälligen Schriftzug "Dr. med. Bummi Bärmeister" auf der Heckscheibe.

Ca. 2.00 Uhr: Die vier Grevesmühlener trennen sich; im Wartburg fahren Burmeister, Wotenow und Patynowski, Techentin fährt einen schwarzen Golf GTI, den sie zuvor in einer Tiefgarage beim Einkaufszentrum Buntekuh gestohlen haben.

Ca. 3.00 Uhr: Die BGS-Beamten Baumann und Svoboda, die das Hafengelände bestreiften, haben kein Feuer im oder am Flüchtlingsheim bemerkt.

3.17 Uhr: Der Wartburg mit drei Personen wird an der Shell-Tankstelle Paddelügger Weg in Lübeck-Moisling gesehen, u.a. von der Besatzung des Streifenwagens Trave 2/12.

Ca. 3.20 Uhr: Der Eisenbahnarbeiter E. sieht einen dunkelgekleideten, hellhäutigen Fußgänger in der Hafenstraße und ca. 5 Minuten später einen am Hafengelände parkenden PKW, der in Richtung Travemünder Allee zweimal Lichthupensignale gibt.

Kurz vor 3.30 Uhr: Der Zivildienstleistende Ronny B. ist der erste nicht im Heim lebende Zeuge, der das Feuer sieht. Feuer hat er nur im und am hölzernen Vorbau gesehen ("ein Flammenwall"), die Flammen züngelten teilweise bis zum Dach hoch.

Ebenfalls zu diesem Zeitpunkt müssen Monique Bunga und ihre kleine Tochter Nsuzanna vom Dach des Hauses gesprungen sein. Sie erliegen ihren schweren Verletzungen.

Ca. 3.30 Uhr: Die BGS-Streife passiert erneut das Heim, es ist das erste Einsatzfahrzeug vor Ort. Die Aussagen der Beamten sind widersprüchlich: Geben sie in ihrer polizeilichen Vernehmung noch an, Funken und Flammen am bzw. im Vorbau gesehen zu haben, bestreiten sie dies im Prozeß. Nun wollen sie lediglich Flammen im ersten Obergeschoß gesehen haben.

Zwei Mitarbeiter der Firma Brüggen, direkt neben dem Brandhaus gelegen, wollen vor dem Eintreffen der Einsatzfahrzeuge einen beigen Wartburg gesehen haben. Drei Männer standen nach ihrer Aussage am Wagen, der gegenüber dem Firmengelände Brüggen geparkt habe.

Zwischen 3.30 Uhr und 3.45 Uhr: Diverse ZeugInnen beobachten das Feuer: Bis auf die BGS-Beamten sehen alle ZeugInnen, die den Vorbau überhaupt im Blickfeld hatten, dort auch eine (starke) Brandentwicklung. Zudem ist Feuerschein hinter den links gelegenen Fenstern des ersten Obergeschosses, später aus den zerborstenen Scheiben herausschlagende Flammen zu beobachten. Viele BewohnerInnen fliehen vor den Flammen, einige auf das Hausdach, andere springen aus den Fenstern. Mehrere irren auf dem Flur des ersten Obergeschosses herum, um in Richtung Hauseingang zu flüchten. Sie bemerken keinen Brand auf dem Flur, dafür starkes Feuer im Vorbau.

3.42 Uhr: Die Notrufe gehen bei der Polizei ein. Als erste meldet Francoise Makodila per Handy den Brand, bereits in Todesangst ("Mein Gott, kommen Sie schnell, wir werden hier im Haus von den Nazis angegriffen"). Wenig später sterben sie und ihre Kinder im zweiten Obergeschoß an Rauchgasvergiftung.

3.47 Uhr: Die Feuerwehr trifft am Brandhaus ein. Feuerwehrmann Bernd L. sieht zu diesem Zeitpunkt starken weißen Qualm aus dem Vorbau dringen, nach seiner Erfahrung ein Zeichen für eine heiße Brandquelle. Feuerwehrmann Reiner S. dringt sogar zu Löscharbeiten in den Vorbau ein, muß dafür erst Flammen im Eingangsbereich herunterlöschen; nach seinen Beobachtungen habe es schon länger im Vorbau stark gebrannt, die Flammen seien bereits wieder zurückgegangen. Er gelangt bis ins erste Obergeschoß, wo es sehr stark gebrannt habe. Teile der hölzernen Treppe zum zweiten Obergeschoß seien aber noch nicht heruntergefallen (das LKA-Brandgutachten gibt an, daß solche Treppenteile für den Brandausbruch im Vorbau verantwortlich gewesen seien). Die Polizeistreife Trave 2/12 will einen beigen Wartburg mit Grevesmühlener Kennzeichen Höhe Hubbrücke überholt haben. Es sei der gleiche Wagen gewesen, den sie zuvor in Moisling beobachtet hätten.

Ab 3.47: Per Leiterwagen werden Flüchtlinge aus dem Haus bzw. vom Dach des Hauses gerettet. Dabei stürzt der zuerst eingesetzte Leiterwagen um. Die Rettung der Kinder Makodila aus dem zweiten Obergeschoß mißlingt. Eine Durchzündung der Räume, in denen sich noch lebende Kinder befanden, tritt vor den Bergungsmaßnahmen ein. Safwan Eid wird als letzter Heimbewohner vom Dach des Hauses geborgen. Marwan Eid berichtet über ein Quietschen der Gartentür, dann ein Glassplittern, gefolgt von einem Explosionsgeräusch. Als er aus dem Fenster sah, habe er Flammen im Eingangsbereich gesehen. Sein Sohn

Safwan übersetzt diese Beobachtung mehreren Personen, auch einem Beamten der Kripo. Die Überlebenden mit leichteren Verletzungen werden erst in einem Bus der Stadtwerke versorgt. Dort kommt es zum Kontakt zwischen Safwan Eid und dem Rettungssanitäter Jens Leonhardt, der später behauptet, Safwan habe ihm die Tat gestanden.

Einem Polizeibeamten fallen drei junge Männer im Skinhead-Outfit in der Nähe des Brandhauses auf. Deren Personalien werden kontrolliert, Maik Wotenow gibt den falschen Nachnamen Müller an.

Das Haus ist erst am Vormittag des 18. Januar endgültig gelöscht. Sylvio Amos- sou, Rabia El Omari, Monique und Nsuzanna Bunga und Francoise Makodila mit ihren Kindern Legrand, Jean-Daniel Kosi, Christelle, Christine und Miya überleben nicht.

HPW

(Lübecker Bündnis gegen Rassismus)

Diese Chronologie wurde mit freundlicher Genehmigung dem Heft "Brandanschlag in der Lübecker Hafenstraße" entnommen, das gegen eine Schutzgebühr von DM 1,- beim "Gegenwind Magazin-Verlag" bestellt werden kann. Bezugsadresse: Schweffelstr. 6, 24118 Kiel, Tel 0431/56 58 99

11. Wie teuer ist ein Krieg? Die Kosten des NATO-Krieges gegen Jugoslawien

Autor: Olivier Minkwitz · Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Kosovo-Krieg · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:12

Um Kriege zu führen braucht es vor allem eines: Geld. Auch aus der Luft geführte Kriege verursachen immense Materialkosten: Flugzeuge, Bomben, Piloten, Versorgungscrews am Boden und alles, was moderne Streitkräfte zusätzlich an Logistik brauchen, um gegnerische Ziele aus der Luft zu bekämpfen, verschlingen täglich riesige Geldbeträge. Nach einer Berechnung des Center for Strategic and Budgetary Assessment (CSBA) liegen die gesamten militärischen Kosten der Operation "Allied Force" zwischen 6 und 10 Mrd. DM - die humanitäre Hilfe nicht eingerechnet. (1) Eine Bundeswehrstudie schätzt den militärischen Preis des Kriegs mit 11 Mrd. DM etwas höher ein. (2) Damit verursachte die NATO während der Luftangriffe laufende Kosten von ca. 55 Mio. US-Dollar pro Tag. Die militärischen Kosten sind jedoch längst nicht alle Kosten des NATO-Einsatzes im Kosovo.

Die gesamten sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Kosten und Schäden des Krieges werden um ein Vielfaches höher liegen als die rein militärischen Kosten des Einsatzes. Im Vergleich zum Golfkrieg (ca. 204 Mrd. DM) jedoch, dessen finanzielle Auswirkungen sich in jeder Außenhandelsbilanzstatistik zeigten, werden sich die Kosten des 10 Wochen langen Bombardements in den Haushalten der NATO-Länder kaum bemerkbar machen.

Trotzdem versucht die Bundeswehr nun ihr Budget mit Mitteln aus dem Etat der allgemeinen Finanzverwaltung (Einzelplan 60) statt aus dem Verteidigungshaushalt (Einzelplan 14) aufzustocken und Gelder für die Modernisierung der Streitkräfte locker zu machen. Dabei beruft sie sich auf die Kosten und den "Erfolg" des Krieges. Der Kosovo-Einsatz der Bundeswehr wird in Zukunft in keiner Beschaffungsbegründung aus der Hardthöhe fehlen. Mehrheitlich beschloß der Haushaltsausschuß, die Ausgaben für Auslandseinsätze aus dem Etat des Finanzministeriums von 441 auf 741 Mio. DM zu erhöhen. (3) Der Verteidigungsetat bleibt deshalb dieses Jahr erst einmal unverändert. Daß es dabei nicht bleiben wird, läßt sich an den Kostenprognosen für das Peacekeeping "Joint Guardian" ablesen.

Die jährlichen Kosten, um den Kosovo militärisch zu befrieden und die Truppen zu stationieren, die (im Falle der BRD) vierteljährlich ausgewechselt werden, könnten nach vorsichtigen Schätzungen insgesamt noch einmal zwischen 6 und 10 Mrd. DM ausmachen. SFOR und KFOR werden die Bundeswehr dann dieses Jahr 1 Mrd. DM und im nächsten 2 Mrd. DM kosten unter der Annahme, daß Nachbeschaffungen auf die nächsten Haushaltsjahre aufgeschoben werden. Sollten diese Zahlen zutreffen oder das Peacekeeping etwas teurer werden, dann könnte es eng für den Finanzminister Eichel werden. Die Haushaltsexperten gingen bei der Bereitstellung der zusätzlichen Mittel von der optimistischen Annahme aus, daß die Steuereinnahmen im nächsten Jahr steigen werden und so die zusätzlichen Kosten aufgefangen werden könnten. (4)

Kurzfristig werden die NATO-Kosten keinen Nachtragshaushalt erforderlich machen. Geklärt ist damit jedoch nicht die Finanzierung der langfristigen Kosten des Wiederaufbaus, die verteilt über mehrere Jahre alleine auf ca. 80 Mrd. DM geschätzt werden. (5) Der Anteil Deutschlands an den Gesamtkosten, von den militärischen bis hin zu den Aufbaukosten, führt nach der Bundeswehrstudie zu einem langfristigen Finanzbedarf von ca. 13 Mrd. DM. (6)

Kosten ...

Schon während des Krieges versuchten wissenschaftliche Institute und Banken die finanziellen Kosten abzuschätzen. Zu den militärischen Kosten, die auf Seiten der NATO angefallen sind, kommen noch die kaum zu berechnenden ökonomischen und ökologischen Kosten im Kosovo, in Jugoslawien und in den Nachbarstaaten hinzu. (vgl. ami 7/99) Ebenso müßten in eine Gesamtbilanz des Krieges die Kosten des Wiederaufbaus des Balkans einfließen, den die EU-Kommission und die Deutsche Bank auf 35 Mrd. in den nächsten fünf Jahren beziffert. (SZ, 11.6.99) Ebenfalls müssen die Kosten des nun anstehenden Peacekeeping im Kosovo, das je nach Truppengröße bis zu 10 Mrd. DM im Jahr kosten kann, aufgenommen werden. Zu einer solchen Rechnung kommen dann noch die Aufwendungen für weitere humanitäre Hilfe in

Höhe von ca. 13 Mrd. DM hinzu, die geleistet werden muß, damit die Rückkehrer und Flüchtlinge im zerstörten Kosovo über den Winter kommen.

Hinter diesen Zahlen stehen noch viele Fragezeichen, da fast alle Angaben unterschiedlich interpretiert werden können. So ist der wirtschaftliche Schaden, zum Beispiel die Verluste durch ausgefallenen Handel in Jugoslawien und den Anrainerstaaten, kaum zu berechnen. Die Summe der Zerstörungen und materiellen Wertverluste durch die Luftangriffe und Vertreibungen soll sich nach einer groben Schätzung der Bundeswehr auf 30 Mrd. DM summieren. (7) Ebenso ist fraglich, ob der politische Wille vorhanden ist, diese Region wieder aufzubauen - trotz des "Stabilitätspaktes für Osteuropa", der Ende Juli in Sarajevo beschlossen wurde. Bosnien erhielt im Vergleich zu der jetzt benötigten Summe zum Wiederaufbau zwischen 1996-1999 gerade mal 10 Mrd. DM.

Die Zahlen der wirtschaftlichen und sozialen Kosten sind mit äußerster Vorsicht zu genießen, da sich hier zu viele Unsicherheiten in der Rechnung verbergen. So werden in der Bundeswehrstudie die Kosten der jugoslawischen Kriegführung (Logistik, Munition, Treibstoff etc.) und der Wert des zerstörten militärischen Großgerätes der jugoslawischen Armee (Panzer, Artillerie, Flugabwehrbatterien etc.) auf ca. 2 Mrd. DM beziffert. Noch ist aber unklar, wie viele militärische Ziele die NATO wirklich zerstörte. Nach einem Artikel der Times vom 24.6.99 wurden im Kosovo, trotz der verwendeten Präzisionsmunition, erst 13 ausgebrannte T55-Panzer entdeckt, während die NATO über 200 Panzer und 400 gepanzerte Fahrzeuge zählte, die von den Serben aus dem Kosovo abgezogen wurden.

Ebenso sind die ökologischen Kosten, die durch den Krieg entstanden sind, nicht präzise zu erfassen. In eine ökologische Bilanz des Krieges müßten sämtliche Kosten, angefangen von den Abgasen der Kampfflugzeuge, Fahrzeuge und Schiffe (8), die ökologischen Kosten der in der Adria abgeworfenen Bomben und die der Verstrahlung durch die Uranmunition der A-10-Thunderboldts Eingang finden. Nach Angaben der Donau-Kommission und der UNO fand dagegen keine erhöhte Verschmutzung der Donau während des Krieges statt. (9)

Ohne die militärischen Kosten der NATO (11 Mrd. DM), der humanitären Hilfe (13 Mrd. DM) und ohne die zu erwartenden Peacekeeping-Kosten von jährlich bis zu 10 Mrd. DM liegt die Summe der nichtmilitärischen Kosten in Jugoslawien bei etwa 65 Mrd. DM. Aufgrund des Wiederaufbaus dürften diese langfristigen Kosten noch darüber liegen.

Selbst bei den vergleichsweise einfach zu berechnenden militärischen Kosten ergeben sich Schwierigkeiten. Die NATO hat bis jetzt keine detaillierten Informationen veröffentlicht, die Auskunft über die Zahl der Bombenabwürfe oder die verwendete Präzisionsmunition (PGM) geben, mit deren Hilfe die Kosten der Luftangriffe mit größerer Sicherheit erfaßt werden könnten. Die Studien der Bundeswehr und CSBA berechnen die Kosten der militärischen Operation der NATO, bei der zeitweilig bis zu 1.100 Flugzeuge von den Stützpunkten in Italien, auf Flugzeugträgern in der Adria und Basen in Amerika und Deutschland aus im Einsatz waren, auf ca. 6-11 Mrd. DM. Bei der Kriegsdauer vom 24. März bis 10. Juni ergibt sich damit eine Summe von etwa 60-120 Mio. DM pro Tag.

Von den militärischen Gesamtkosten trugen die USA, die ca. 700 Flugzeuge und die lasergelenkten Bomben stellten, die Hauptlast mit 4-6 Mrd. DM. Über die militärischen Kosten für die Bundeswehr und die anderen Alliierten (10) gibt es noch keine Gesamtzahlen. Etwa 5% (600-800 Mio. DM) der militärischen Kosten werden nach vagen Schätzungen auf die Bundeswehr entfallen, da Deutschland 8.000 Mann, 14 Tornados und anderes Gerät bereitstellte. (W&F, 2/99) Die USA werden daher versuchen, die militärischen Kosten wie beim Golfkrieg auf die NATO-Mitgliedsländer umzulegen, zum Beispiel nach dem Anteil des Bruttosozialproduktes der NATO-Länder. Der Anteil Deutschlands steigt dann auf mehr als das Doppelte - auf ca. 12% (1,2-1,5 Mrd. DM).

Die USA haben angekündigt, sich im geringeren Maße am wirtschaftlichen Wiederaufbau zu beteiligen, da sie die Hauptlast des Krieges trugen. Hier zeichnet sich eine neue Form der transatlantischen Arbeitsteilung ab, bei der die USA in Zukunft Kriege führen werden, während die Europäer für die militärische Unterstützung sorgen und für den Wiederaufbau zuständig sind.

Etwa 2,5 Mrd. DM haben die Alliierten bei den Luftangriffen während der elf Wochen verschossen. Diese setzen sich aus etwa 1,2 Mrd. DM für Lenkwaffen zusammen, wie die 450 Tomahawk Cruise Missiles

(Stückpreis 2 Mio. DM) und 90 Marschflugkörpern die von B-52-Bombern aus abgefeuert werden (Stückpreis 4 Mio. DM). Die übrige Munition, wie lasergelenkte und Streubomben (Stückpreise zwischen 5.000 und 100.000 DM), erhöhen die Kosten noch einmal um 1 Mrd. DM. Für ca. 300 Mio. DM wurden Kampfflugzeuge mit Luft-Luft-Raketen und Antiradar-Radarraketen bestückt. (11)

Der Einsatz der 1.100 Flugzeuge hat die NATO über 5 Mrd. DM gekostet. Darunter fallen Kosten für den Betrieb, Kerosin, Ersatzteile und Wartung. Im Schnitt kostet eine Flugstunde der Kampfjets 25.000 DM. Die NATO flog täglich 300-600 Einsätze mit einer durchschnittlichen Einsatzdauer von drei Stunden. Damit verursachte sie in den ersten drei Kriegswochen Ausgaben von mehr als 30 Mio. DM pro Tag. (Die Zeit, 22.6.99) Dazu kommen Sondereinsätze und der Kerosinverbrauch von zwei B-2-Stealth-Bombern (Stückpreis 2 Mrd. DM), die von ihren Stützpunkten in den USA zu ihren transatlantischen Einsätzen in Europa aus starteten und unterwegs aufgetankt werden mußten. Die Kosten für den Hin- und Rückflug dieser Maschinen belaufen sich auf jeweils 540.000 DM. Auch starteten einige Bomber, Transporter und AWACS-Flugzeuge von Basen in Brüggen, Ramstein und Geilenkirchen in Deutschland sowie von Stützpunkten in Großbritannien. Ebenso steigern sich die Kerosinkosten durch den Verbrauch der EC-130- und E-8C-Joint-STARS-Flugzeuge, die als fliegende Kommandozentralen bis zu 20 Stunden in der Luft verbringen, um die Kampfflugzeuge ins Ziel zu leiten. Hinzu kommen darüber hinaus z.B. die über 60 KC-135- und KC-10-Tankflugzeuge, die die USA nach Europa verlegten. (12)

Die Stationierung von 24 Apache-Kampfhubschraubern, 18 Raketenwerfersystemen MRLS, die Verlegung von 8.000 Soldaten der US-Armee nach Albanien und die Einberufung von 5.000 Reservisten hat 600 Mio. DM gekostet. (13)

Die Bundeswehr setzte ihre 18 Aufklärungsdrohnen CL 289 von Mazedonien aus ein, wozu 350 Mann inklusive Bewachungspersonal nötig waren. (14) Mindestens vier der Drohnen (Stückpreis 2,5 Mio. DM) wurden von der jugoslawischen Armee abgeschossen oder sind verlorengegangen.

... und Aufwände

Wichtiger noch als die Aufzählung der Kosten der einzelnen Waffentypen ist die Tatsache, daß der durch den Kosovo-Krieg erhöhte Verschleiß des militärischen Gerätes nicht bilanziert wird. So erhöht die NATO im Kriegsfalle das "Operational Tempo". Gemeint sind damit kürzere Zeitabstände zwischen den technischen Wartungen sowie die sinkende "Lebenserwartung" der Waffen. (15) Dies wird nach dem Krieg zu neuen Rüstungsbeschaffungen führen. Zwar werden in der nächsten Haushaltsrunde nicht die alten Systeme oder dieselben Munitionstypen beschafft, denn das verwendete Gerät ist meistens veraltet. Statt dessen wird in neue High-tech-Munition und -Waffen investiert werden.

Zwar ist der Kosovo-Krieg für die NATO der erste Krieg, der ohne im Kampf gefallene Soldaten auf der eigenen Seite geführt wurde. Dennoch gab es auch auf der NATO-Seite Tote und Verletzte, unter anderem nahmen sich vier Bundeswehrsoldaten das Leben. Auch entstanden Kosten durch abgeschossene oder abgestürzte Flugzeuge, Hubschrauber und Drohnen. Mit ca. 140 Mio. DM schlägt ein abgeschossener F-117-A-Stealth-Flieger zu Buche. (16) Hinzu kommen noch die verlorenen Drohnen der Bundeswehr und der USA, zwei beschädigte F-16 und eine A-10, bei der ein Triebwerk getroffen wurde, sowie zwei Apache-Helikopter, die bei Trainingsflügen abstürzten. Ein britischer Herkules-Transporter explodierte bei der Landung auf dem Militärflughafen in Kukes. (FR, 14.6.99)

Nicht erfaßt sind bisher die Ausgaben für die Nutzung der militärischen Infrastruktur, für die erhöhte Präsenz in den Kommandostäben in den Hauptquartieren der NATO, für über 30 Schiffe in der Adria und die Kosten für die Nutzung der Satelliten für Aufklärung und Kommunikation. Im wesentlichen werden hier noch die Stationierungskosten von Truppen in Albanien und Mazedonien hinzukommen.

Die Profiteure

Kriege kosten Geld, und einige Firmen, besonders die großen Rüstungs- und Flugzeughersteller sind die klassischen Gewinner. Während in Belgrad die Bomben einschlugen, korrigierten Unternehmen wie Rolls-Royce, die unter anderem Triebwerke herstellen, ihre Gewinnaussichten für das nächste Jahr nach oben. (Financial Times, 1.7.99) Durch den Kosovo-Krieg steigert sich die Attraktivität der Anlage im

Rüstungssektor. Die Aktien der Rüstungsindustrie kletterten im Vergleich zu anderen Branchen um 10 Punkte und sanken im Juni wieder auf den Vorkriegsstand.

Dennoch ist der Krieg nur bedingt für die Steigerung der Gewinne der Rüstungsindustrie verantwortlich. British Aerospace und andere Konzerne erwarteten unabhängig vom Krieg neue Großaufträge für Flugzeuge, Radar und schweres Gerät. Neben den großen Firmen Lockheed, Boeing und Raytheon profitieren auch kleinere Unternehmen, die wichtige Komponenten wie zum Beispiel Luftbetankungsanlagen oder Flugzeugelektronik herstellen.

Die eigentlichen Gewinner aber werden die Hersteller der "intelligenten" Waffen und der Präzisionsmunition (PGM) sein. Hier herrscht aus der Sicht der europäischen Militärs Nachholbedarf, denn die lasergelenkten Bomben wurden von den USA bereitgestellt. Besonders nachgefragt wird in Zukunft ein Aufrüstpaket der Hersteller Boeing, Raytheon und ASEI Inc. für "dumme" Bomben sein. Mit Hilfe des elektronischen Zusatzes wird aus den Fallbomben der GBU- und Mk-Serie-GPS-Satelliten gesteuerte und vom Wetter unabhängige Präzisionsmunition. Für 100 Mio. DM will das amerikanische Verteidigungsministerium 1.500 solcher Bomben für den nächsten Kosovo-Krieg umrüsten lassen. (17)

Olivier Minkwitz

Anmerkungen:

1) Center for Strategic and Budgetary Assessment: Total Cost of Allied Force Air Campaign: A Preliminary Estimate, 10.6.99.

2) Bundeswehrhochschule München: Kosten des Kosovo-Krieges - Teilstudie A: Die Kostenentwicklungen und Kostenprognosen, 15.6.99.

3) Blickpunkt Bundestag, 4/99.

4) Ebenda.

5) siehe Anm. 2.

6) Ebenda, Teil C.

7) Ökonomische Kosten durch Kriegszerstörungen (13 Mrd. DM), Vertreibung (13 Mrd. DM) und andere Ursachen (4 Mrd. DM).

8) Ein Tornado z.B. bläst bei Vollastbetrieb ca. 6 kg CO und 16 kg Stickoxide in die Luft und verbraucht 2500 kg Kerosin in der Stunde.

9) Environmental News Service, 19.5.99.

10) Die anderen am Kosovo-Krieg beteiligten Länder waren Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Italien, Portugal und Spanien.

11) siehe Anm. 1.

12) Aviation Week & Space Technology, 26.4.99.

13) siehe Anm. 1.

14) Österreichische Militärzeitschrift, 1/1999.

15) siehe Anm. 1.

16) Stückpreis ohne Bewaffnung, moderne Kampfelektronik oder Kampfwertsteigerungen: 100 Mio. DM. Im Gegensatz zu Presseberichten ist der F-117 keine unsichtbare Wunderwaffe, sondern besteht im Gegensatz zum B2- Bomber aus älterer Stealth-Technologie.

17) Aviation Week & Space Technology, 31.5.99.

Die NATO traf eher nicht

Der Luftkrieg gegen serbische Truppen im Kosovo waren nach Untersuchungen der NATO weitgehend ein Fehlschlag. Überprüfungen von 900 Zielen hätten ergeben, daß deutlich weniger Ziele getroffen wurden, als vermutet, schreibt das Magazin U.S. News & World Report. So seien statt 110 Panzern nur 26 zerstört aufgefunden worden. Bei Schützenpanzern seien es zwölf statt 210 und bei Geschützbatterien acht statt 449. "Die Kampagne gegen mobile Ziele war nahezu ein Fehlschlag", zitiert das Magazin einen ungenannten NATO-Vertreter.

12. "Keine Ahnung, was Milosevic treibt." Wahrnehmungsprobleme bei Antideutschen und Realsozialisten - Sammelrezension

Autor: mx., Nbg. · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Kosovo-Krieg; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:04

Während es an linker Praxis gegen den NATO-Krieg und die deutsche Beteiligung daran mangelte, wurde um so heftiger bedrucktes Papier produziert. Eine Umschau im "realsozialistischen" Blätterwald sowie bei den "Antideutschen" gab es bereits in ak 425 ("Gute Serben, böse Albaner"). Einige der seither erschienenen Bücher und Broschüren aus diesem Spektrum werden im folgenden gesichtet, und zwar vor allem in Hinblick auf die Haltung zum Kosovo-Konflikt.

Bittermann/Deichmann: Nicht nur pro Serbien

"Wir sollten aufhören damit, offensichtlich falschen Tatsachenbehauptungen einfach möglicherweise ebenso falsche entgegenzusetzen. Wir haben doch keine Ahnung, was dieser Milosevic im Kosovo treibt, und es kommt darauf auch gar nicht an. NATO-Ultimaten sind erfüllt, wenn Amerika Gründe hat, sie als erfüllt zu betrachten." (Wolfgang Pohrt)

Klaus Bittermann und Thomas Deichmann haben in ihrem Band 22 Texte versammelt. In den meisten Beiträgen wird das Bemühen deutlich, die Argumente der Befürworter des NATO-Kriegs zu widerlegen - in vielen Fällen auf die Gefahr hin, einfach das Gegenteil von dem zu behaupten, was Schröder, Fischer & Co. von sich geben, wie Wolfgang Pohrt völlig richtig erkannt hat.

Kjell Magnusson skizziert in aller Kürze, zunächst wohltuend sachlich, die Vorgeschichte des Kosovo-Konflikts. Die sozialen und ökonomischen Hintergründe läßt er jedoch größtenteils aus. Erst bei den Schlußfolgerungen stürzt er argumentativ ab: "Die serbischen Behörden und vor ihnen die der Bundesrepublik Jugoslawien konnten die albanischen Forderungen nach Unabhängigkeit, die zu einem sich beschleunigenden Konflikt und zunehmender Gewalt führten, nicht mehr handhaben." Es wird ein "verspäteter Nationenbildungsprozeß" diagnostiziert, der jedoch nicht ohne Blutvergießen zu verwirklichen sei und deshalb abzulehnen und zu verhindern sei. Im Kontext der Ereignisse der 80er und 90er Jahre ist das eine klare Parteieinahme für die serbisch-nationalistische Seite.

Horst Pankow, Wolfgang Pohrt und Diana Johnstone kritisieren die Darstellung der in den westlichen Medien zur ultimativen Greueltat stilisierten Massaker von Orahovac und Racak, bleiben jedoch bei dieser Dekonstruktion stehen. Eine Analyse der Repression im Kosovo in den letzten Jahren sucht man in diesen Artikeln vergebens. Diana Johnstone erwähnt dagegen den Angriff serbischer Bewaffneter auf "UCK-Dörfer", eine selten zynische Begriffsbildung.

Die Artikel von David Chandler und Jan Yberg über Dayton und Rambouillet stechen positiv heraus. Seitens der westlichen Staaten sei in Bosnien ein entmündigender und undemokratischer "moderner Kolonialismus" am Werk, so Chandler. Das "Protektorat" Bosnien habe die ethnischen Spaltungen vertieft und institutionalisiert. Ähnliches sei im Kosovo zu erwarten. "Die internationale Gemeinschaft hat jedoch alle Ansätze für echte Dialoge und Verhandlungen ignoriert" (Yberg). Noam Chomsky verbindet, wenn ich das richtig sehe, als einziger Autor eine klare Kritik der militant-nationalistischen Politik Milosevics im Kosovo mit einer ebenso klaren Ablehnung militärischen Eingreifens der westlichen Staaten, und das mit guten Argumenten.

Die Vielzahl der Standpunkte ist Stärke und Schwäche des Bandes zugleich: Trotz eines gewissen Überhangs proserbischer Positionen finden sich auch andere Meinungen wie die von Chomsky. Leitlinie der Herausgeber scheint einzig die Gegnerschaft zur NATO-Intervention gewesen zu sein. Das würde aber, um wieder auf die Ebene der politischen Praxis zurückzukehren, vermutlich nicht einmal für die gemeinsame Organisation einer Demonstration ausreichen. Die Nebenwidersprüche wären einfach zu groß.

Elsässer: Freies Phantasieren

"Selbstverständlich sind Staatsbürgernationen wie Jugoslawien und Frankreich, Rußland und die USA gegen den Ansturm der Blutsvölker zu verteidigen." (Jürgen Elsässer)

Den Luxus einer gewissen Pluralität der Meinungen leistet sich Jürgen Elsässer als Herausgeber des konkret-Buches "Nie wieder Krieg ohne uns" nicht. Alle Autoren schreiben in konkret, Bahamas oder Jungle World. Klaus Thörner konstatiert eine mehr als 100jährige Kontinuität deutscher Außenpolitik. "Die nach 1989 in Jugoslawien durch Schuldenkrise, Zersplitterung des Staates und Krieg einsetzende Entindustrialisierung folgt ganz den alten deutschen Plänen." Thörner negiert in der Folge den Anteil der serbischen Nationalisten an der jugoslawischen Desintegration völlig und betreibt so plumpeste Geschichtsfälschung.

Karl Lorenz versucht nachzuweisen, "warum der Titoismus am albanischen Nationalismus scheiterte", kommt aber bereits in den ersten Zeilen zu der These, daß die ökonomische Krise und die gescheiterte nachholende Modernisierung schuld seien. Hat da einer an der Überschrift des Artikels gebastelt, damit die Linie gewahrt bleibt? Jürgen Elsässer darf in mehreren Artikeln frei phantasieren: "Nicht das State Department, sondern das deutsche Außenministerium vertrat nach dem Massaker von Racak die aggressivere Strategie." Elsässer adelt - in einem Beitrag namens "Der Dritte Weltkrieg" - Helmut Kohl, der als ausgleichender "Lotse" wie Bismarck "von Bord" gegangen sei. Später steigert er sich zu einer Art antinationalem Nationalismus (siehe obiges Zitat), ganz offensichtlich mit rassistischen Zügen ("Skipetaren", d.h. Albaner, als "Dealer-Nation") und teilweise völlig frei von historischen Kenntnissen: Der Völkermord von Hutu-Extremisten an der Tutsi-Minderheit und Hutu-Opposition Ruandas wird für Elsässer zur "Stammesfehde zwischen Hutu und Tutsi 1994"!

Hartmann: Serbien bleibt rot!

"Nun zu Beginn der 90er Jahre waren es ausgerechnet die Serben, die sich nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus in Europa nicht dem Diktat ausländischer Mächte beugen wollten, statt bürgerliche Oppositionsparteien die Sozialisten wählten und widerspenstig als letzte auf dem europäischen Kontinent die verschlissene, aber immer noch rote Fahne nicht einziehen wollten." (Ralph Hartmann)

Ralph Hartmanns "Die ehrlichen Makler" erschien in der vierten, aktualisierten Auflage. Hartmann, Jahrgang 1935, war in den 80er Jahren DDR-Botschafter in Jugoslawien und später, nach dem Anschluß der DDR, Mitarbeiter von Hans Modrow und zeitweise außenpolitischer Sprecher der PDS-Bundestagsfraktion. Hans Modrow lobt im Vorwort die Abweichung Hartmanns von einer chronologischen Darstellung der Ereignisse. Gerade diese Darstellungsweise ermöglicht es jedoch Hartmann, seine Thesen zu "belegen", wie im folgenden zu zeigen sein wird.

Die Darstellung der Jugoslawien-Politik der westlichen Staaten zu Beginn der 90er Jahre ähnelt auffallend den antideutschen Einlassungen zu diesem Thema und mißt der bundesdeutschen Anerkennungspolitik Ende 1991 eine übertriebene Bedeutung zu. Diese Darstellung ist nur dann publikumswirksam, wenn man die Vorgeschichte, nämlich die Krise Jugoslawiens in den 80ern und den kroatischen, slowenischen sowie serbischen Nationalismus seit dieser Zeit, zunächst weg läßt und dann an anderer Stelle beschreibt. Und selbst an dieser anderen Stelle wird der Autor sehr ungenau: So hätten die ersten "kriegerischen Auseinandersetzungen" im Juni 1991 nach der Unabhängigkeitserklärung Sloweniens und Kroatiens in Slowenien stattgefunden, während er selbst eine Seite später die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen kroatischer Polizei und serbischen Nationalisten Mitte 1990 erwähnt. Ungenauigkeit oder Rochade der Fakten, bis sie mit der Hypothese übereinstimmen?

Hartmann scheint sich jedenfalls über die Bedeutung der Anerkennungspolitik Deutschlands selbst nicht ganz im klaren zu sein, betont er doch später die enorme Wichtigkeit innerer Faktoren für den Zerfall Jugoslawiens und beschreibt diese. So kritisiert er mehrfach die Auswirkungen der - bis zum Auseinanderbrechen des Staates gültigen - jugoslawischen Verfassung von 1974, die den serbischen autonomen Gebieten Kosovo und Vojvodina fast die gleichen Rechte wie den Republiken einräumte. Allerdings scheut er sich, den serbischen Verfassungsbruch in Form der Aufhebung der Autonomie des Kosovo offen zu befürworten.

Die Schilderung der Eskalation der Ereignisse im Kosovo beginnt mit der Verhängung des Ausnahmezustandes 1989. Die Vorgeschichte des Konflikts, die Nationalisierung der serbischen KP, serbisch-nationalistische Mobilisierungen gegen die Autonomie des Kosovo und die Einschränkungen der verfassungsmäßigen Autonomie des Kosovo, beschreibt Hartmann nur bruchstückhaft - und wieder nicht in

chronologischer Reihenfolge. Dadurch wird es ihm möglich, die katastrophalen Folgen der nationalistischen Wende in Serbien sowie der Einschränkungen der Autonomie des Kosovo weitgehend zu ignorieren.

Konsequenterweise skizziert er die Situation im Kosovo in den 90ern dann so: "Angesichts der Weigerung der Albaner, die ihnen gemäß der neuen serbischen Verfassung eingeräumten geringeren Autonomierechte wahrzunehmen, regiert Belgrad in Kosovo mit einer Zwangsverwaltung, was zu zahlreichen Verletzungen garantierter Menschenrechte führt." Hartmann rechtfertigt die serbische Repression: Der politische Dialog sei schließlich allein durch die westlichen Staaten sowie die "separatistischen Führer" der Kosovo-Albaner verhindert worden, von serbischer Eskalation und Repression ist in diesem Zusammenhang keine Rede.

Daß der Autor mit Separatismen im Grunde keine Probleme hat, wird deutlich, wenn er die Aufspaltung Bosnien-Herzegowinas und den Anschluß an die jeweiligen "Mutterländer" befürwortet. "Die künstliche und auf äußerer Gewalt beruhende Aufrechterhaltung der Fiktion eines Einheitsstaates birgt die Gefahr neuer gewaltsamer Konflikte in sich." An welches "Mutterland" sich der dann verbleibende moslemische Rumpfstaat anschließen sollte, verschweigt er wohlweislich.

Marxistische Blätter: Die Albaner sind schuld

"Es sind die USA, die zur ‚Lösung` des Kosovo-Konflikts auf die barbarische Logik des Krieges gesetzt haben, und nicht Milosevic." (Vorwort zum Sonderheft der Marxistischen Blätter)

Die DKP-nahen Marxistischen Blätter haben ebenfalls schnell mit einem Sonderheft auf die Bombardements reagiert. Gleich im Vorwort werden die LeserInnen eingestimmt (siehe obiges Zitat). Hannes Hofbauer beschreibt danach in aller Kürze die Vorgeschichte des Kosovo-Konflikts inklusive der serbisch-nationalistischen Eskalation, behilft sich aber in der Folge mit schablonenhaften Sätzen: "Genscher und Kohl" zerschlugen das "multinationale Jugoslawien".

Klaus Hartmann vergleicht das Massaker von Racak idiotischerweise mit dem Überfall auf den Sender Gleiwitz, der deutschen Provokation des Angriffs auf Polen 1939, während Holger Walter kräftig Geschichtsklitterung betreibt: Es wurde "1989 nur die serbische Verfassung geändert und das autonome Gebiet Kosovo und Metohien politisch wieder in die Republik Serbien eingegliedert." Die serbische Reaktion auf die Erklärung der Unabhängigkeit von Serbien des kosovo-albanischen Parlaments 1990 wird als "in jeder Hinsicht gerechtfertigt" dargestellt. Ferner: "Was in den Medien und von vielen Politikern des Westens immer wieder als Verletzung der Minderheitsrechte durch die Serben und nicht selten sogar als ‚ethnische Säuberungen` dargestellt wird, erweist sich in der Regel als albanischer Boykott und bewußter Verzicht auf verfassungsmäßige Rechte." Daraus folgt für den Autor, daß "die wenigsten von ihnen ... wirkliche politische Flüchtlinge" sind, wenn sie denn im Westen stranden. Als Beleg hierfür wird zynischerweise das Rückführungsabkommen der Kohl-Regierung mit Jugoslawien angeführt!

Diana Johnstone weiß es ebenfalls ganz genau: "Der Separatismus ethnischer Albaner ist keinesfalls, wie allgemein behauptet wird, eine Reaktion auf die Unterdrückung durch Slobodan Milosevic. Er begann viel früher und stützt sich auf eine jahrhundertealte nationalistische Bewegung, die von Anfang an sich um die Unterstützung ausländischer Mächte für ihre Ziele bemühte." Logischerweise wird dann auch behauptet, die Abschaffung der Autonomie des Kosovo 1989 habe "die politischen Rechte der ethnischen Albaner ebenso unangetastet (gelassen) wie ein beträchtliches Maß regionaler Autonomie." Daß die Autorin das extrem nationalistische Memorandum der serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste von 1986 sehr wohlwollend beschreibt, mag danach auch nicht mehr erstaunen. Und: Die Region ist eben "anfällig für Gewalt". Abgedruckt ist schließlich auch in den Marxistischen Blättern der notorische Chomsky-Artikel, ein Lichtblick wie auch der Beitrag des Ex-DDR-Spions Rainer Rupp, der ebenfalls ohne das Nachbeten der serbisch-nationalistischen Propaganda auskommt.

"Antimilitaristen"

werden zur Kriegspartei

Für die mühevolle Suche nach den Fakten (wie viele Tote hat es gegeben, wer wurde wann durch wen vertrieben usw.) ist es vielleicht noch zu früh, zumindest kann man das den besprochenen Werken, die allesamt kurz nach Beginn der Bombardierungen erschienen sind, nicht vorwerfen. Daß dieses Manko in dem

vorgestellten Spektrum nachgeholt wird, darf bezweifelt werden. Die jüngsten Vertreibungen und Gewalttaten durch albanische Nationalisten werden die GenossInnen in ihrer Haltung eher noch bestärken.

Die prinzipielle Gegnerschaft gegen den Krieg ist diesmal, anders als beim zweiten Golfkrieg Anfang der 90er, in der radikalen Linken nicht umstritten. Dagegen verbinden die besprochenen linken Publikationen die Kritik am NATO-Krieg mit einer mehr oder weniger ausgeprägten Parteinahme für eine der regionalen Kriegsparteien, nämlich die serbische, teilweise in Verbindung mit einer wohlwollenden Betrachtung der Großmachtpolitik Rußlands, der USA oder Frankreichs, solange diese Politik sich scheinbar antideutsch gebärdet.

Die Wirkung dieser tendenziellen Parteinahme eines relevanten Teils der radikalen Linken für die serbische Kriegspartei sowie der teilweisen Befürwortung imperialer Machtpolitik ist verheerend. Daraus erklärt sich zum Teil die relative Wirkungslosigkeit und Schwäche der Proteste gegen den Krieg. Die oben skizzierte ideologische Grundausstattung, die über das "antideutsche" und traditionssozialistische Spektrum hinaus in Teile der Friedensbewegung und der Autonomen hinein ausstrahlt, läßt eine linke Kritik am NATO-Krieg und der deutschen Beteiligung daran unglaubwürdig erscheinen. Gemeinsame linke Aktionen werden torpediert.

Wenn es nicht so traurig wäre und massiv demobilisierend wirken würde, könnte man darüber lachen, daß sich ehemalige, scheinbar verfeindete Linke wie Josef Fischer und Jürgen Elsässer an einem ziemlich ähnlichen Ort wiederfinden: als Verteidiger jeweils einer regionalen Kriegspartei sowie als Befürworter imperialer Machtpolitik.

mx., Nürnberg

Alle besprochenen Bücher erschienen in diesem Jahr:

Klaus Bittermann und Thomas Deichmann (Hg.): Wie Dr. Joseph Fischer lernte, die Bombe zu lieben. Edition Tiamat

Jürgen Elsässer (Hg.): Nie wieder Krieg ohne uns. Konkret

Ralph Hartmann: "Die ehrlichen Makler". Dietz Berlin

Marxistische Blätter Special: NATO-Krieg und Kosovo-Konflikt

13. "Verteidigung gemeinsamer Interessen" EU-Kommissar für mehr "Verteidigungsfähigkeit"

Autor: Dirk Eckert · Rubrik: Militarismus; NATO und NATO-Strategien; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:20

Es war als eine Initiative zu mehr Transparenz gedacht. Die neue EU-Kommission stellte sich den Fragen von Abgeordneten des EU-Parlaments, die Antworten der designierten Kommissare und Kommissarinnen wurden im Internet veröffentlicht.

Die Antwort von Chris Patten, dem designierten Kommissar für Außenbeziehungen, ging durch die Presse: Als Konsequenz aus dem Kosovo-Krieg sollten die EU-Staaten ihre Verteidigungsfähigkeit verbessern. Sonst, so Patten, bleibe vieles von der gutgemeinten Rhetorik nichts als heiße Luft. Der Gedankengang ist einfach: Wer Kriege wie den gegen Jugoslawien wiederholen will, muß auch über die entsprechenden Fähigkeiten verfügen. Schließlich war der Jugoslawien-Krieg in dieser Form nur unter Führung der USA möglich. Nicht mal zusammen verfügen die europäischen NATO-Staaten über das gleiche Potential an Waffen und Logistik wie die USA.

Nach Pattens Ansicht soll die Position der EU in Sachen "Verteidigungsfähigkeit", wie er es nennt, geändert werden. Denn durch die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) könne die EU wahrscheinlich ihren politischen Einfluß in der internationalen Politik stärken, in Übereinstimmung zu ihrem wirtschaftlichen und finanziellen Gewicht. Spreche die EU nicht mit einer Stimme, oder verfolgten die Mitgliedstaaten womöglich unterschiedliche Ziele, sei das politische Gewicht aller EU-Staaten eben geringer als bei gemeinsamem Auftreten. Auch sei ein einheitliches Auftreten der EU-Kommission vonnöten.

Die strategischen Interessen ...

... der EU, nach Ansicht von Patten Förderung von Stabilität, Wohlstand, Demokratie und Herrschaft des Rechts in Europa und darüber hinaus, werden von ihm so mit Leben gefüllt: Osterweiterung, Schaffung von Frieden und Stabilität in Süd-Ost-Europa, Förderung von offenen Märkten und freiem Wettbewerb im Rahmen der Millenium-Runde der Welthandelsorganisation WTO sowie Ausbau der Position der EU in der G7-Gruppe.

Doch zurück zur Militärpolitik: Die Frage, ob die EU eine gemeinsame Armee haben wird, bezeichnet der letzte britische Gouverneur von Hongkong als falsch gestellt. Kein Wunder - der britische Regierungschef Blair hat dieses Jahr klar gemacht, daß er daran kein Interesse hat. Vielmehr sollen die EU-Staaten NATO-Kapazitäten nutzen. Ein entsprechendes Angebot der NATO liegt längst vor, ein entsprechendes Konzept, die Combined Joint Task Forces (CJTF), ebenfalls: kleine, multinationale Einheiten, die bei Bedarf zusammengestellt werden können. So könnte auch eine Kopie bereits existierender NATO-Mittel vermieden werden. Eine militärisch stärkere EU würde nach Ansicht von Patten auch der NATO nützen, weil sie sich gut auf die Lastenverteilung innerhalb der NATO auswirken würde. Aber die Arbeitsteilung sei klar: "Die NATO ist die militärische Organisation. Die EU ist eine politische Organisation ohne gegenseitige Verteidigungsverpflichtung."

Für die EU gelte es jetzt, auf rüstungspolitischer Ebene die industrielle und technologische Basis zu stärken. Nötig sei eine europäische Rüstungspolitik, in Kooperation mit der Rüstungsindustrie. Eine entsprechende Rüstungspolitik sei essentiell für die Glaubwürdigkeit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Als größtes Hindernis bei der Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit sieht Patten die WählerInnen, die es noch zu überzeugen gelte.

Inhaltlich knüpft Patten mit seinem Vorstoß an Pläne der NATO an, die beim Jubiläums-Gipfel im April in Washington von den Staats- und Regierungschefs beschlossen wurden. Um sicherzustellen, daß die NATO-Staaten Kriege wie ihre "Operation Allied Force" - den Krieg gegen Jugoslawien - wiederholen können, haben die Staats- und Regierungschefs in Washington die "Initiative zur Verteidigungsfähigkeit" auf den Weg gebracht. Die in der bundesdeutschen Presse kaum beachtete Initiative will die Fähigkeit der NATO-Staaten zur Krisenintervention verbessern, und zwar durch bessere Koordination.

Vor dem Gipfel ...

... hatte der US-Botschafter in Deutschland, John C. Kornblum, in der Neue Zürcher Zeitung vom 30. März 1999 gefordert, "daß alle Bündnispartner ihre Kapazitäten und Fähigkeiten ausbauen sollten. Die anhaltenden Kürzungen der europäischen Verteidigungshaushalte sind ein äußerst besorgniserregendes Zeichen, besonders zu einer Zeit, in der die USA ihre Bemühungen verstärken." Zur "Verteidigung gemeinsamer Interessen" müßten USA und europäische NATO-Staaten zusammenarbeiten. Kornblum forderte außerdem "mobile, nachhaltig überlebensfähige und interoperabile Streitkräfte". Nötig sei "ein langfristiges Programm zur Anpassung der Verteidigungskapazitäten der Nato an die Ausübung der ganzen Palette von im strategischen Konzept vorgesehenen Missionen".

Dieses Programm wurde als "Initiative zur Verteidigungsfähigkeit" auf dem Gipfel in Washington beschlossen. Eine Ad-hoc-Lenkungsgruppe wurde eingesetzt, um "dauerhafte Verbesserungen bei Verteidigungsfähigkeiten und Interoperabilität" zu erreichen. "Verteidigungsfähigkeiten werden durch Verbesserungen der Dislozierbarkeit und Mobilität von Streitkräften der Allianz, ihrer Durchhaltefähigkeit sowie ihrer Logistik, ihrer Überlebensfähigkeit und ihrer Einsatzwirksamkeit sowie ihrer Führungs- und Informationssysteme gesteigert", so die Staats- und Regierungschefs in ihrer Erklärung.

Bei dem Programm geht es neben der angestrebten "Effektivität künftiger multinationaler Operationen" durch Interoperabilität auch um die Zusammenarbeit von NATO-Truppen und denen von Partnerländern. Als Aufgabenfeld für die NATO sehen die Staats- und Regierungschefs vor allem "Nicht-Artikel-5-Krisenreaktionseinsätze", also Einsätze, die nicht der Abwehr eines Angriffs auf einen der Mitgliedsstaaten dienen.

Das neue Aufgabenprofil mache nach Ansicht der NATO Veränderungen im Bereich des Truppentransports notwendig. Schließlich bewegen sich NATO-Truppen in solchen Fällen außerhalb des eigenen Territoriums und können nicht auf ihre eigenen zivilen Transportmittel zurückgreifen, was für die Verteidigung des eigenen Territoriums vorgesehen ist. Bei Auslandseinsätzen sei "nicht auszuschließen, daß zivile Transportmittel zur Verlegung oder Mobilisierung von Reservekräften auf der Grundlage nationaler Notstandsgesetze nicht bereit gestellt werden können".

Zwar hätte die Anpassung der Streitkräfte an das neue Aufgabenprofil in den letzten Jahren Fortschritte gemacht. In der Bundesrepublik beispielsweise wurde die Bundeswehr in Hauptverteidigungs- und Krisenreaktionskräfte aufgeteilt. Doch seien die Fähigkeiten zur Verlegung von Truppen - das Initiativ-Papier spricht von "umfangreichen Kräften" - ins ferne Ausland noch begrenzt. Auch Betreuung und Schutz der Truppen im Ausland sei noch nicht im gewünschten Ausmaß zu gewährleisten.

Über den genauen Umfang der Auslandseinsätze schweigt sich das Papier aus. Deutlicher wird Frank Boland, Leiter des Referats für Streitkräfteplanung in der NATO-Abteilung für Verteidigungsplanung und Operationen. In der NATO-Publikation "Der NATO-Brief" spricht er von "mehreren Operationen", die vielleicht gleichzeitig durchzuführen seien. Diese würden sich eventuell über einen längeren Zeitraum erstrecken, so daß die Streitkräfte nach dem Rotationsprinzip ausgewechselt werden müßten. Außerdem sei es nötig, daß die NATO ihre Truppen schnell verlegen könne. Nur so könne im Krisenfall eine militärische Reaktion "glaubwürdig und wirksam" angedroht werden.

Außerdem soll ein "multinationales gemeinsames Logistikzentrum" aufgebaut werden und die Architektur des Führungs- und Fernmeldesystems (C3-System) zu einem integrierten Verbund von C3-Systemen weiterentwickelt werden, der die Interoperabilität mit nationalen Systemen ermöglichen soll.

Aufgrund des sich beschleunigenden technologischen Wandels sei es nach Boland außerdem möglich, daß die künftigen Gegner über Waffen verfügten, mit denen sie den NATO-Truppen großen Schaden zufügen könnten. Daher müßte die NATO über hochentwickelte Abwehrsysteme verfügen. Auch müßte die Gefahr von "Nebenschäden und zivilen Opfer auf ein Mindestmaß" verringert werden. Dabei sollten möglichst viele Mitgliedsstaaten Truppen zur Verfügung stellen können, damit nicht einige wenige NATO-Staaten unverhältnismäßig hoch belastet würden - ein Hinweis darauf, daß beim Jugoslawien-Krieg die USA den Löwenanteil der Flugzeuge stellte. Somit wird die Initiative zur Verteidigungsfähigkeit auch zum Hilfsmittel für die europäischen NATO-Staaten. Sie sollen in die Lage versetzt werden, allein, d.h. ohne die USA Kriseninterventionseinsätze durchzuführen.

In ihrer Gipfel-Erklärung ...

... riefen die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten dazu auf, "die erforderlichen Vorkehrungen zu definieren und anzunehmen, um der EU den Rückgriff auf die kollektiven Kräfte und Fähigkeiten der Allianz zu erleichtern, und zwar für Operationen, an denen sich die Allianz als Ganzes militärisch nicht beteiligt".

Noch vor dem endgültigen Beschluß der EU-Staaten beim EU-Gipfel Anfang Juni in Köln, die WEU in die EU zu integrieren, boten die NATO-Staats- und Regierungschefs in Washington der EU, nicht der WEU, den Rückgriff auf Planungskapazitäten der NATO an. Außerdem versprachen sie der EU die Nutzung von "vorher identifizierten NATO-Fähigkeiten und gemeinsamen Mitteln zur Nutzung in EU-geführten Operationen", die Weiterentwicklung der Rolle des "Stellvertretenden Obersten Alliierten Befehlshaber Europa" und "die weitere Anpassung des Verteidigungsplanungssy- stems der NATO, um die Verfügbarkeit von Kräften für EU-geführte Operationen umfassender einzubeziehen". Damit hat die NATO der angehenden Militärmacht EU das angeboten, was sie im Prinzip zuvor schon der WEU angeboten hatte. Und die EU, so das Signal von Chris Patten, nimmt dankend an.

Dirk Eckert

14. Globalisierung = Militarisierung = Ramboisierung? Interview mit Maria Mies zum Krieg gegen Jugoslawien und den Folgen

Rubrik: Militarismus; Kosovo-Krieg; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:19

Über den Krieg gegen Jugoslawien sprach ak-Autor Thomas Klein mit Maria Mies, feministische Wissenschaftlerin und Autorin. Sie interpretiert den Krieg gegen Jugoslawien als Folge neoliberaler Globalisierungspolitik. Unter dem Begriff der "Ramboisierung" versucht sie die Gründe für die wachsende Brutalität der Konfliktführung zu erklären. Diese Gewalt ist nicht allein auf Jugoslawien oder nicht-europäische Staaten begrenzt. Auch in Westeuropa seien die Folgen deutlich sichtbar. Wir bringen das Interview in leicht gekürzter From.

ak: Nach Aussagen von NATO-Vertretern und für den Krieg gegen Jugoslawien verantwortlicher Politiker ging es um die Durchsetzung der Menschenrechte, war es ein Krieg, der sich gegen Verfolgung, Vertreibung und Vergewaltigung der kosovo-albanischen Bevölkerung richtete. Was sagen Sie zu dieser Argumentation, mit der es teils gelungen ist, "humanitäre Intervention" anstelle von Krieg in die öffentliche Debatte einzuführen?

Maria Mies: Das Orwell'sche Newsspeak über "humanitäre Interventionen" ist notwendig zur Akzeptanzförderung von weltweiten Angriffskriegen. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts braucht die NATO - und der Militärisch-Industrielle Komplex - eine neue Strategie und eine neue Legitimierung für die weitere Rüstungsproduktion und Kriege. In einem globalen Wirtschaftssystem kann das nicht mehr die nationale oder regionale Verteidigung sein. Vielmehr müssen die Interessen transnational operierender Konzerne geschützt werden. Für solche out-of-area-Einsätze, - jetzt heißen sie schon Krisen-Reaktions-Einsätze - muß man den Leuten und den Soldaten andere, eben "humanitäre" bzw. "zivile" Begründungen liefern. Allerdings nur dann, wenn sich solche "humanitären Kriege" lohnen. Das ist z.B. nicht der Fall in Ruanda oder im Kongo, wo es ähnliche "humanitäre Katastrophen" gibt wie im Kosovo.

Dieses "humanitäre" Newspeak dient nicht nur der Verschleierung der wirklichen Kriegsursachen und der Einführung eines einfachen Schwarz-Weiß-Schemas zur Rechtfertigung von Kriegen, sondern instrumentalisiert auch, das ist besonders infam, menschliches Mitleid und sogar die feministische Empörung über Vergewaltigungen für die Rechtfertigung solcher Kriege.

Das Pentagon betreibt diese ideologische Kriegsführung auch dadurch, daß es ganz offiziell von "Schurkenstaaten" und "Schurken" redet, die von der "guten" USA oder NATO eine Lektion erteilt bekommen müssen. In Deutschland funktioniert dieses Schema besonders gut, wenn man diese "Schurken" mit Hitler vergleicht.

Bei einer Veranstaltung unter dem Motto "Die neue Weltmilitärordnung" lautete der Titel Ihres Vortrages: "Globalisierung - Militarisierung - Ramboisierung: Das Recht zu plündern und zu töten". Mit anderen Worten: Die kapitalistische Weltwirtschaftsordnung, die seit einigen Jahren mit dem Stichwort "Globalisierung" belegt wird, geht gegenwärtig einher mit einer Militarisierung und einer, wie Sie es nennen, "Ramboisierung"?

Der Krieg in Jugoslawien hat nichts mit humanitären Gründen zu tun. Er ist die direkte Folge neoliberaler Globalisierungspolitik, die bereits in vielen Ländern zu ähnlichen sogenannten ethnischen Konflikten, Vertreibungen und Massenmorden geführt hat. Sie sind überall die Folge des Zusammenbruchs der nationalen Wirtschaft. Dieser wiederum wird bewirkt durch die Austeritätspolitik, die die Weltbank und der IMF (International Monetary Found) diesen Ländern zur "Gesundung" ihrer Wirtschaft aufoktroyiert hat. In Somalia, Ruanda, Peru, Kolumbien, aber jetzt auch in Jugoslawien werden sogenannte "ethnische" oder religiöse Gründe genannt, warum plötzlich ein Teil der verarmten Bevölkerung gegen einen anderen Teil losgeht. Genaugenommen sind es die jungen Männer verschiedener Bevölkerungsgruppen, die sich zusammenschließen und anfangen, ihre Mitmenschen zu terrorisieren und sogar zu massakrieren. Diese "Genozide" würden jedoch nicht explodieren, wenn diese jungen Männer keine Waffen hätten und kein Geld bekämen, solche Waffen zu kaufen. Dieses Geld stammt im Fall der UCK z.T. aus dem Drogenhandel und

dem organisierten Verbrechen. Die Waffen stammen zum großen Teil aus Deutschland. (siehe: Chossudovsky l999, Eenboom l999).

Diese direkte Aufrüstung der jungen Männer ist begleitet von dem, was Cynthia Enloe die "Ramboisierung" der Männer genannt hat. Das heißt, die Konstruktion der neuen männlichen Identität richtet sich nach dem Modell des Rambo, der sich selbst das Recht zum Töten nimmt, weil er die überlegene Waffe hat. Da Männer in den meisten dieser verarmten Länder nichts gesellschaftlich Nützliches mehr tun können, drückt man ihnen eine Kalaschnikow in die Hand. Dann sind sie wieder "Männer". Bei den NATO-Soldaten in Jugoslawien ist es im Grunde nicht anders. In der globalisierten High-Tech-Wirtschaft gibt es auch für sie kaum noch was Nützliches zu tun. Die mikroelektronische "Revolution" macht sie mehr und mehr überflüssig. Was aber bleibt, ist der Krieg. Krieg schafft Arbeitsplätze und macht aus "Knaben" "Männer". Während der Bombardierungen war immer wieder die Rede davon, daß Deutschland nun durch die Teilnahme am NATO-Krieg "erwachsen" geworden sei.

Wenn nun die NATO "interveniert", um "ethnische Konflikte" zu "befrieden" dann haben wir wieder das alte koloniale Schema vor uns:1. Das Teile- und Herrsche Prinzip, 2. Die Besetzung des Landes als Befriedungs-und Zivilisierungsmission, 3. Die Förderung des Militärisch-Industriellen Komplexes, denn "Krieg ist gut für die Wirtschaft", sagte die Ökonomin Hazel Henderson bereits nach dem Golfkrieg. Dieser Krieg zog die USA aus der Rezession. Vermutlich erwarten Schröder und die deutsche Industrie ähnlich Segensreiches vom Balkankrieg. Erst muß Jugoslawien gründlich zerbombt werden, damit man ihm einen Marshallplan verpassen kann - womit es dann wieder aufgebaut werden kann, von deutschen Firmen, versteht sich. Außerdem wird die "Friedenstruppe" im Kosovo dafür sorgen, daß die neoliberale Agenda für die nächsten 30 Jahre auf dem ganzen Balkan durchgesetzt wird; siehe Rambouillet Vertrag.

Profitieren nicht auch Frauen in den westlichen Ländern, wenn auch in geringerem Maße als die Männer, von einer internationalen Arbeitsteilung, die sich eben in einer deutlich zu beobachtenden politischen, ökonomischen und militärischen Dominanz dieser Länder niederschlägt?

Natürlich "profitieren" auch Frauen der reichen Länder und Klassen von solchen Kolonialkriegen, wie dem jetzigen auf dem Balkan. Das war schon vor hundert Jahren so. Aus diesem Grunde haben auch Frauen Kolonialkriege unterstützt. Allerdings wird immer deutlicher, daß auch die Frauen in den reichen Ländern letzten Endes nichts von der Kombination Globalisierung-Militarisierung-Ramboisierung zu erwarten haben. Nicht nur werden sie, wie die Frauen des Südens und Ostens (der Billiglohnländer) zu "Callgirls des Globalen Marktes" gemacht, sondern sie werden auch mehr und mehr die Ramboisierung im Alltag erleben. In all unseren Ländern hat die "private" Gewalt gegen Frauen zugenommen. Heute zeigt sich deutlicher denn je die Wahrheit unseres Slogans: "Frieden im Patriarchat heißt Krieg gegen Frauen". Die Kriegslogik läßt sich eben nicht klinisch rein auf "out-of-area-Einsätze" einschränken. Viele Frauen berichten, daß ihre Männer viel brutaler waren, wenn sie aus Kriegseinsätzen zurückkamen.

Die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse sind für systemoppositionelle Kreise, ja schon für keineswegs notwendigerweise radikale - hier gemeint: an die Wurzel gehende - soziale Bewegungen und für das Engagement an der sogenannten Basis schwierig: Welche Perspektiven ergeben sich angesichts solcher Rahmenbedingungen? Welche Hoffnungen haben Sie trotz einer vielfach beklagten Misere - eine Verdrehung oder ein "Besetzen" von Begriffen, eine zunehmende Entpolitisierung usw. - gewünschte Zuspitzungen erreichen und kritische Debatten anstoßen zu können und dabei Widerhall bei vielen Menschen zu finden?

Einerseits sind die Zeiten schlecht für Systemopposition. Denn wenn die "demokratisch abgesicherte Lizenz zum Plündern" (MAI) ergänzt wird durch die "demokratisch legitimierte" "Lizenz zum Töten" (neue NATO-Strategie), wenn Parteien, die aus der Friedensbewegung und aus dem Kampf für den Sozialismus entstanden sind, völkerrechtswidrige Kriege als "legitim" erklären, dann wird es schwer, noch einen Ort für soziale Protest-Bewegungen zu finden. Die Übernahme der NATO-Kriegspropaganda durch die Medien hat außerdem das zerstört, was wir "kritische Öffentlichkeit" genannt haben.

Andererseits ist ein System, das auf solche Kriege und solche Lügen zurückgreifen muß, nicht nur moralischen sondern auch politisch und ökonomisch am Ende. Das, was Demokratie substantiell bisher bedeutete, ist bereits durch das MAI, aber mehr noch durch den Balkankrieg zerstört worden. Diese Situation zwingt zu einem viel radikaleren Umdenken, als es bisher notwendig war. Sie macht deutlich, daß wir eine grundsätzlich

andere Wirtschaft und Politik brauchen. Das wird heute auch Menschen klar, die sich bisher wenig für Politik interessierten. Das Wichtigste ist m.E. zur Zeit eine gründliche Aufklärung über die ökonomischen Hintergründe dieses und anderer Kriege im globalen Kontext. Wir brauchen eine Art ökonomische Alphabetisierung. Es ist notwendig, daß die Menschen verstehen, daß der Kapitalismus von Anfang an auf Kriegslogik beruht. Neu ist nur, daß diese Kriege nun auch (wieder) in Europa auftauchen.

Es ist notwendig, eine neue Öffentlichkeit herzustellen, die nicht mehr von den Interessen großer Konzerne abhängt. Möglich ist dies durch schon bestehende internationale Vernetzungen vieler Bewegungen, die alle eine radikale Abkehr vom Neoliberalismus fordern.

Das Interview führte Thomas Klein

15. Legal, illegal, scheißegal. Kriegsfolgen für KriegsgegnerInnen

Autor: Thomas Klein · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:14

Daß die Beteiligung deutscher Truppen am NATO-Krieg gegen Jugoslawien jeder rechtlichen Grundlage entbehrte, ist von offizieller Seite nur wenig bestritten worden. Zu offenkundig war das fehlende UN-Mandat und zu klar die bundesrepublikanische Verfassung. Doch deutsche Staatsanwälte hält derartige Illegalität der Bundesregierung nicht davon ab, Ermittlungen gegen diejenigen einzuleiten, die aufgerufen hatten, sich dem illegalen Kriegseinsatz zu verweigern.

Anfang April in Mainz, NATO-Flugzeuge schossen zu dieser Zeit Raketen über Jugoslawien ab, erklärte der bündnisgrüne Bundestagsabgeordnete Christian Sterzing auf einer Veranstaltung: Die Entscheidung im Bundestag, der Beteiligung an dem Krieg zuzustimmen, sei ihm nicht leicht gefallen. Denn neben den schwierigen, teils noch nicht absehbaren politischen Folgen des Krieges sei ihm "völlig klar, daß der Einsatz nicht legal ist". Auf Nachfrage überraschter Zuhörer, die an diesem Punkt zu dieser Zeit von offizieller Seite eher mit Eiertänzen und blumigen Ausführungen über vermeintlich notwendige Änderungen des Völkerrechts abgespeist wurden, präzisierte Sterzing, daß in der grünen Bundestagsfraktion der mehrheitlich befürwortete Krieg nicht von seiner rechtlichen Seite betrachtet werde. Und wenn doch, dann sei die Position schlicht: Die Beteiligung an diesem Krieg sei zwar nicht legal, aber legitim.

Fünf Monate später müssen sich nun nicht die Parlamentarier und die zuständigen Minister dafür verantworten, juristische Aspekte einfach ausgeblendet bzw. sich das ehemalige Sponti-Motto "legal, illegal, scheißegal" zu eigen gemacht zu haben. Ermittelt wird gegen Kriegsgegnerinnen und -gegner.

"Gegen die Falschen"

Interview mit Elke Steven (Mitarbeiterin beim Komitee für Grundrechte und Demokratie) zur Kriminalisierung von KriegsgegnerInnen:

ak: Frau Steven, die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Sie, weil Sie einen Aufruf unterschrieben haben, der die Forderung enthält, sich nicht an dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien zu beteiligen. Was wird Ihnen konkret vorgeworfen?

Elke Steven: Das Amtsgericht Tiergarten hat gegen mich einen Strafbefehl erlassen. Angeklagt werde ich, weil ich "gemeinschaftlich mit weiteren als ‚Erstunterzeichner` aufgeführten Personen öffentlich durch Verbreitung von Schriften (...) zu einer rechtswidrigen Tat, nämlich zur Fahnenflucht und Gehorsamsverweigerung aufgefordert" hätte. Selbstverständlich habe ich Einspruch eingelegt.

Auch die Staatsanwaltschaft Bonn ermittelt gegen mich, weil der Aufruf an die Soldaten der Bundeswehr, sich nicht an diesem grundrechts- und völkerrechtswidrigen Krieg zu beteiligen, als Flugblatt auf der Hardthöhe in Bonn verteilt worden ist. Außerdem habe ich auf einer Kundgebung bei einer Sitzblockade vor dem Kriegsministerium zur Verweigerung jeder Beteiligung an diesem Krieg aufgerufen. Auch deswegen ermittelt die Staatsanwaltschaft Bonn.

Welche Personen sind von der Ermittlungen betroffen?

Die Staatsanwaltschaft Berlin ermittelt gegen alle 28 UnterzeichnerInnen eines entsprechenden Aufrufes, der in einer Anzeige in der taz vom 21. April 1999 erschienen ist. Darunter sind auch Wolf-Dieter Narr und Roland Roth, beide Politikwissenschaftler und im Vorstand des Komitees für Grundrechte und Demokratie. Wolf-Dieter Narr hat ebenfalls einen Strafbefehl erhalten, an Roland Roth erging von einer Richterin eine begründete Ablehnung des Antrags auf Erlaß eines Strafbefehls. Allerdings hat die Staatsanwaltschaft angekündigt, daß sie Widerspruch einlegen will.

Wie bewerten Sie die laufenden Ermittlungen?

Hier wird gegen die Falschen strafrechtlich vorgegangen. Ermittelt werden müßte gegen die, die diesen Krieg und all die Greuel, die durch ihn begünstigt oder verursacht wurden, zu verantworten haben. Offenkundig

sollen gewaltfreie, pazifistische Kritikerinnen und Kritiker in Zukunft dadurch abgeschreckt werden, daß die kriegsführende Seite die kriegsgegnerische finanziell büßen läßt. Das ist zu allem sonstigen Übel auch noch massiv antidemokratisch.

Ist die Argumentation auf einer "juristischen Schiene" nicht problematisch, weil es den GegnerInnen des zurückliegenden NATO-Krieges gegen Jugoslawien doch in erster Linie um die Formulierung einer politischen Grundüberzeugung und der Kritik an einer fragwürdigen, die angeblich angestrebten Ziele nicht erreichbaren Politik gehen sollte?

Den Gegnern und Gegnerinnen dieses Krieges geht es nicht um ein "Glaubensbekenntnis", sondern um gute Gründe und Argumente gegen diesen Krieg und die immer weiter betriebene Militarisierung der Politik. Die Bundesregierung hat gleich in mehrfacher Hinsicht durch ihre Beteiligung an diesem Krieg gegen Gesetze verstoßen. Das wird vor Gericht geprüft werden müssen. Klagen gegen die Bundesregierung wegen des verbotenen Angriffskrieges sind jedoch damals von der Bundesanwaltschaft kurzerhand abgeschmettert worden. Dieser Krieg verstieß gegen das Völkerrecht, die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland verstieß gegen das Grundgesetz und gegen den Zwei-Plus-Vier-Vertrag.

Menschenrechtlich-demokratische Argumente gegen diesen Krieg gehen noch weit darüber hinaus. Die Art der Kriegsführung, in der Zivilisten und zivile Einrichtungen kollateral oder gezielt zu Objekten der Kampfhandlungen gemacht wurden, widerspricht nicht nur internationalen Vereinbarungen, sondern vor allem den Menschenrechten, in deren Namen dieser Krieg vorgeblich geführt wurde. UNICEF hat kürzlich berichtet, daß 242 Schulen in Zentralserbien durch die Luftangriffe beschädigt oder zerstört worden sind.

Anzuklagen ist ferner die Wahl der Waffen - Grafitbomben, Clusterbomben und Bomben mit abgereichertem Uran - die gegen die Genfer Rot-Kreuz-Konvention verstößt. Die humanitäre Situation im Kosovo ist durch diesen Krieg nur verschlimmert worden. Hilfe war dringend geboten. Der Krieg war jedoch ein völlig ungeeignetes Mittel. Das konnte und mußte man vorher wissen.

Orwell hat doch recht...

Ende März hatte der renommierte Frankfurter Verfassungsrechtler Erhard Denninger in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin Spiegel darauf hingewiesen, daß das Grundgesetz nur Einsätze zur Landesverteidigung sowie im Auftrag der Vereinten Nationen im Rahmen des NATO-Verteidigungsauftrages erlaube. Der Krieg gegen Jugoslawien sei jedoch "keiner dieser Fälle". Dennoch hatte Generalbundesanwalt Kay Nehm, auch nachdem mehrere Dutzend Strafanzeigen gegen die verantwortlichen Politiker gestellt wurden, keine Ermittlungen aufgenommen. Grund: Die Beteiligung am Krieg diene der Wiederherstellung des Friedens.

Wo Krieg dem Frieden dient, ist es nur konsequent, wenn Aufforderungen einen von staatlichen Stellen legitimierten Gesetzesbruch nicht mitzumachen nun verfolgt werden. Soviel steht fest: George Orwell könnte mit Blick auf seinen Roman 1984 der deutschen Justiz etwas abgewinnen. Und manche ehemaligen Spontis sicher auch.

Thomas Klein

16. Schleuser und Schlepper. Fluchthilfe als als Dienstleistung

Fluchthilfe als Dienstleistung

Autor: Forschungsgesellschaft Flucht und Migration · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:05

Seit Ende der 80er Jahre werden die Themen Flucht und Migration in zunehmendem Maße mit dem Schlagwort der Inneren Sicherheit verknüpft. Eine besondere Rolle spielt dabei die "Bekämpfung des Schlepperunwesens". Die Begriffe "Schlepper" und "Schleuser" sind in der Migrationspolitik politische Kampfbegriffe. Ihre Konnotation verweist auf kriminelle Akteure, die Menschen illegal über Grenzen "schleusen" oder sie gar "schleppen", also zwingen, diese Grenzen zu überwinden. Eine solche Interpretation der heutigen Situation von MigrantInnen und Flüchtlingen hat mit der Realität nicht viel zu tun. Es scheint uns daher dienlich zu sein, diese politischen Kampfbegriffe durch den Begriff der kommerziellen Fluchthilfe zu ersetzen.

Selbst mit den vom Bundesgrenzschutz (BGS) veröffentlichten Statistiken über festgehaltene "illegale" GrenzgängerInnen läßt sich zeigen, daß es immer noch einem Großteil der Flüchtlinge und MigrantInnen gelingt, die EU-Außengrenzen zu überwinden, ohne auf Fluchthilfe zurückzugreifen. Nimmt man als Ausgangspunkt den Zwang oder die Notwendigkeit für einen Menschen, sein Land zu verlassen, und ist ihm diese Möglichkeit verwehrt, so muß er sich der Hilfe von Personen und Gruppen versichern, die mit der Umgehung von Verboten und Hindernissen Erfahrung haben und dieses Know-how in Form einer Dienstleistung anbieten. Sofern die Fluchthilfe nicht politisch, religiös oder humanitär motiviert ist, handelt es sich bei den AnbieterInnen dieser Dienstleistung um Geschäftsleute, die einen Gewinn erzielen wollen.

In der Regel wird zwischen den Vertragsparteien eine mündliche Vereinbarung getroffen, die aufgrund des fehlenden rechtlichen Rahmens nicht einklagbar ist. Der staatliche Verfolgungsdruck führt dazu, daß der Geschäftsablauf durch hohe Risiken für alle Beteiligten und heimliche Fortbewegung gekennzeichnet ist. Dies führt in der Tendenz zu einem relativ großen Abhängigkeitsverhältnis zwischen den heimlich Reisenden und den AnbieterInnen der Dienstleistung. Allerdings dürfte auch hier der "Leumund" der Angebotsseite bei potentiellen EmmigrantInnen eine gegenläufige Rolle spielen: Wie bei anderen marktförmig vermittelten Dienstleistungen sind auch die AnbieterInnen von Fluchthilfe auf einen guten Ruf angewiesen, der von erfolglosen RückkehrerInnen schnell zerstört werden kann.

Es soll bei dieser Erwägung keineswegs verschwiegen werden, daß es Formen von Fluchthilfe gibt, die für MigrantInnen und Flüchtlinge in Abhängigkeitsverhältnissen oder gar mit dem Tode enden. Allerdings kann eine berechtigte Kritik an ausbeuterischer oder fahrlässig geplanter Fluchthilfe nicht davon losgelöst betrachtet werden, daß erst das System der administrativen und materiellen Grenzsicherung den Raum dafür schafft, in dem sich die verschiedenen Formen von Fluchthilfe entwickeln. Sie sind für viele Flüchtlinge und MigrantInnen die einzigen Möglichkeiten, Grenzen zu überwinden, und somit ein notwendiger Bestandteil des Grenzregimes.

Grenzsicherung und Fluchthilfe

Es liegt in der Natur der Sache, daß nur sehr schwer Aussagen darüber gemacht werden können, wie viele Flüchtlinge und MigrantInnen zur heimlichen Einreise nach Deutschland auf Fluchthilfe zurückgreifen. In den Veröffentlichungen des Innenministeriums und des BGS wird allerdings der Eindruck vermittelt, daß der überwiegende Teil der heimlichen Grenzübertritte mit Hilfe von "Schlepperorganisationen" bewerkstelligt werde. Selbst wenn die vom BGS regelmäßig veröffentlichten Statistiken zu Rate gezogen werden, läßt sich diese Darstellung in Frage stellen:

So gibt der BGS beispielsweise für das Jahr 1998 an, 24.050 "illegale" GrenzgängerInnen aufgegriffen zu haben, dabei wären 3.162 "Schleuser" festgestellt worden, die insgesamt 12.533 "Opfer" über die Grenzen geleitet hätten. (1) Nach Schätzungen des Grenzschutzes liegen die tatsächlichen Zahlen "illegaler" Grenzübertritte vier- bis fünfmal höher als die der Festnahmen. Etwas Entsprechendes läge dann wohl für die Zahl der FluchthelferInnen und der von ihnen Beförderten nahe. Es bleibt dann jedoch immer noch eine

deutliche Überzahl von etwa drei Vierteln der Grenzübertritte, die von MigrantInnen und Flüchtlingen in Eigenregie versucht werden.

Wenn man die statistischen Angaben des BGS daraufhin untersucht, welche Gruppen von Flüchtlingen und MigrantInnen mit Hilfe von Fluchthilfeunternehmen einreisen, zeigen sich länderspezifische Häufungen. Auch diese werden in den interessierten Veröffentlichungen der "Sicherheitsexperten" selten ausgewiesen und schon gar nicht interpretiert.

Nehmen wir als Beispiel das Jahr 1995. Für diesen Zeitraum gibt der BGS an, alleine an der deutsch-polnischen Grenze 13.276 Personen wegen "illegaler Einreise" festgenommen zu haben. (2) Davon seien 1.096 Personen (8%) von FluchthelferInnen unterstützt und 238 "Schleuser" festgenommen worden. Ein Blick auf die Liste der Herkunftsländer der glücklosen GrenzgängerInnen ergibt folgendes Bild: Zur Einreise ins Schengengebiet verhelfen ließen sich - laut BGS-Angaben - von den 1.858 Menschen aus überwiegend weiter entfernten Ländern 353 Personen (19%). (3) Von 531 festgenommen InderInnen seien es 101 Personen (19%) gewesen, von 1.062 ArmenierInnen 175 Personen (16,5%) und von den 399 AfghanInnen 53 Personen (13%). Aus den eben erwähnten Herkunftsländern ließ sich somit jede fünfte bis achte festgenommene Person über die Grenze verhelfen. Menschen aus den osteuropäischen Ländern griffen auf die Dienstleitung Fluchthilfe weit seltener zurück: Von den 6.505 festgenommenen RumänenInnen waren es lediglich 296 (4,5%), von 531 UkrainerInnen 25 (4,7%), von 531 BulgarInnen 33 (6,2%), von 531 MoldawierInnen 7 (1,3%) und von 398 RussInnen 16 Personen (4%).

Somit bleibt festzuhalten: selbst die veröffentlichten Zahlen des BGS spiegeln die Tatsache wieder, daß die Frage durchaus differenziert zu beantworten ist, ob auf dem Weg nach Westeuropa die Hilfe kommerzieller Fluchthilfeunternehmen ganz oder nur teilweise in Anspruch genommen werden muß, oder ob es möglich ist, die Reise in Eigenregie durchzuführen. Dies dürfte in erster Linie von den Migrationsbedingungen für Menschen in den verschiedenen Ländern abhängen. Nach unseren Beobachtungen finden sich selbstorganisierte Reisen vor allem dann, wenn die Anreise durch die osteuropäischen Staaten noch relativ einfach zu bewerkstelligen ist. Als Beispiel hierfür kann eine 124 Personen große Gruppe von Roma aus Rumänien genannt werden, die im August 1997 vom polnischen Grenzschutz bei Piensk, nördlich von Zgorzelec, verhaftet wurde. (Gazeta Wyborcza, 29.8.97) Die Gruppe, in der sich 64 Kinder im Alter von einem Monat bis zu zwölf Jahren befanden, stammte aus zwei rumänischen Kleinstädten. Sie hatte sich einen Bus mit Fahrer gemietet, der sie bis zu einem Ferienort an der deutschen Grenze gebracht hatte. Dort hatte sie in Zelten polnischer Pfadfinder übernachtet. Obwohl sie sich legal in Polen aufhielt, wurde die Gruppe vom polnischen Grenzschutz verhaftet, in einem Konvoi an die ukrainische Grenze eskortiert und abgeschoben. Für Flüchtlinge aus asiatischen oder afrikanischen Staaten sind derart selbstorganisierte Reisen nach Westeuropa praktisch nicht mehr möglich. Zwar kann unter Umständen ein Visum für Rußland oder die Ukraine beschafft werden, die Weiterreise durch die angrenzenden osteuropäischen Staaten wird jedoch mittlerweile massiv verfolgt und ist mit unübersehbaren Schwierigkeiten verbunden.

Eine letzte Bemerkung im Zusammenhang mit den vom BGS veröffentlichten Daten betrifft die Zahl der festgenommenen FluchthelferInnen. Von Jahr zu Jahr wird hier ein Ansteigen gemeldet. Diese Zunahme dürfte einerseits damit zusammenhängen, daß schon die Anreise durch die osteuropäischen Länder und der Grenzübertritt immer schwieriger werden. Andererseits dürfte sie auf den gleichen Effekt zurückzuführen sein, der für die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) festgestellt werden kann, denn "Steigerungen oder Rückgänge der Registrierung einzelner Delikte in der PKS können immer auch auf eine Veränderung des Aufhellungsgrades, auf verändertes Kontroll- oder Anzeigeverhalten zurückzuführen sein." (4) Im Zusammenhang der steigenden Festnahmezahlen von FluchthelferInnen dürfte hier eine stärkere Fokussierung der gesamten Grenzfahndung auf diesen Aspekt ebenso verantwortlich sein, wie eine verstärkte Anzeigebereitschaft der in die Grenzsicherung eingebundenen Bevölkerung. Außerdem ist der Inhalt dessen, was als "Schlepperei" bezeichnet wird, ständig erweitert worden.

Vom Fluchthelfer zum Menschenschmuggler

Interessant sind auch die vom BGS angegebenen Herkunftsländer der festgestellten "Schleuser". Von den 1996 festgenommenen 387 "Schleusern" seien 226 aus Polen, 77 aus Deutschland und 18 aus der Tschechischen Republik. Es spricht also einiges dafür, daß die "kleine" spontane Fluchthilfe wesentlich häufiger stattfindet als die von langer Hand vorbereitete internationale Migrationsinszenierung, wie das

Bundesinnenministerium immer wieder darstellt. Dabei ist natürlich zu berücksichtigen, daß in der Regel nur diejenigen "Fußschleuser" und Transporteure erwischt werden, die den letzten und risikoreichsten, oft einzig illegalen Abschnitt des Fluchtweges bestreiten.

Wie sehr auch die rechtliche Betrachtung von Fluchthilfe vom jeweiligen politischen Kontext abhängt verdeutlicht ein Rückblick in die 80er Jahre. Damals, zur Zeit der propagandistischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West, feierten die westlichen Medien nicht nur die Taten der FluchthelferInnen, Gerichte gewährten im Zweifelsfall auch Rechtsschutz für die gewerbsmäßige und nicht selten bandenmäßig organisierten "Schlepper"- oder damals vielmehr: Fluchthilfeorganisationen. So urteilte 1980 der Bundesgerichtshof (BGH) als Revisionsinstanz zugunsten eines Fluchthelfers. Dieser forderte trotz des mißlungenen Versuchs, einen DDR-Bürger über die Grenze zu bringen, den vereinbarten Vorschuß in Höhe von 10.000 Mark von seinem westdeutschen Auftraggeber und war nach dessen Weigerung bis vor den BGH gezogen.

Der BGH kam in seinem Urteil zu dem Schluß, "daß ein solcher Vertrag nicht allgemein gegen die guten Sitten verstößt". (5) Mehr noch, bei der Erörterung des kommerziellen Charakters dieser Fluchthilfe kam der BGH zu der Einschätzung, "es sei nicht in jedem Fall anstößig, eine Hilfeleistung, selbst für einen Menschen in einer Notlage, von einer Vergütung abhängig zu machen". Das gelte auch, wenn - wie im geschilderten Fall - Hilfe bei der "Ausübung eines Grundrechts an ein Entgelt" geknüpft sei. Das Schleusen von DDR-BürgerInnen über die deutsch-deutsche Grenze beruhe "durchaus auf billigenswerten, ja edlen Motiven" und sei mithin nicht verwerflich.

Auch über einen angemessenen Preis machten sich die Richter Gedanken: "Fluchthilfevergütungen von 15.000 Mark oder 13.000 Mark je ‚geschleuster Person" schienen ihnen "im Hinblick auf hohe Unkosten des Fluchthelfers nicht als überhöht". Es wendet sich Kunde an Anbieter, "weil (...) bei ihm die Kenntnisse, Erfahrungen und Verbindungen" erwartet werden, die für eine Flucht, einen heimlichen Grenzübertritt benötigt werden. Auch "der Zwang, der Fluchthilfeorganisation blindes Vertrauen zu schenken, und die faktische Unabänderlichkeit (...) der von ihr gestellten Bedingungen" spielten schon zu jener Zeit eine Rolle und verdeutlichen jenes Abhängigkeitsverhältnis, welches den heutigen "Schleppern und Schleusern" per se als ausbeuterisch angelastet wird. Schließlich geht der BGH auch auf die Gefahren ein, die mit einem unerlaubten Grenzübertritt verbunden sind: "Zu der Frage, ob ein Fluchthilfevertrag sittenwidrig ist, weil ein Fluchthilfeunternehmen Gefahren für beteiligte und womöglich auch unbeteiligte Personen hervorrufen kann, hat der (...) Senat (...) ausgeführt, daß nicht jeder Vertrag sittenwidrig ist, der für die Beteiligten mit persönlichen Gefahren verbunden ist."

Es lohnt sich, diese Erörterungen in dieser Breite zu zitieren, weil sie der heute im Hinblick auf Fluchthilfe propagierten Sicht diametral entgegenstehen. Seit es den Feind im Osten nicht mehr gibt und seit die Bewegungsfreiheit aller Deutschen mit der Wiedervereinigung erreicht worden ist, ist von Freizügigkeit keine Rede mehr. Im Gegenteil, den Strategen der Inneren Sicherheit ist heute kein Vergleich mehr zu gewagt, kein Bild mehr zu schief, um den Entschluß von Menschen, ihre Heimat - aus welchen Gründen auch immer - zu verlassen, als von kriminellen, skrupellosen "Menschenschmugglern" erzwungenen Akt zu diffamieren.

Logik der Aufrüstung

Es ist aufschlußreich genauer hinzusehen, wie in den heutigen Debatten der "Schlepper"-Diskurs je nach Interesse Anwendung findet. Solange es darum geht, Fluchthilfe zu kriminalisieren und als Teil der "Organisierten Kriminalität" darzustellen, erscheinen Flüchtlinge und MigrantInnen als bedauernswerte Opfer, denen schon in den Herkunftsländern aufgelauert wurde und die unter Vorspiegelung falscher Tatsachen zum rechtswidrigen Einwandern nach Europa verlockt oder gar gezwungen werden. Auch die Tatsache, daß es auf den heimlichen Reiserouten von Flüchtlingen und MigrantInnen immer wieder zu Todesfällen und Unfällen kommt, die teilweise schlecht organisierter oder fahrlässiger Fluchthilfe geschuldet sind, wird in diesem Zusammenhang dazu genutzt, generell die Skrupellosigkeit und Brutalität des "Schlepperunwesens" (Kanther) zu illustrieren. Selbst der Innenminister Bayerns, Günther Beckstein, betont in solchen Fällen: "(...) es gehe ihm hier auch um das Wohl und die Gesundheit derjenigen Menschen, die sich in den Händen skrupelloser Schleuser befänden." (SZ, 17.1.1995)

Ganz anders sieht es aber dann aus, wenn es Flüchtlingen und MigrantInnen gelungen ist, die EU-Außengrenze - mit oder ohne Hilfe - zu überschreiten und sie in die Fänge der deutschen Flüchtlingeverwaltung und Abschiebemaschinerie geraten. In diesem Augenblick erscheinen die heimlich Eingereisten in den Verlautbarungen der Sicherheitsstrategen nicht mehr als Opfer sondern als TäterInnen, die illegal Grenzen überquert haben und Asyl "mißbrauchen". Dazu gehört auch das immer wiederkehrende Argument, die hohen Preise erlaubten es ohnehin nur reichen BürgerInnen fremder Staaten ("Wer hat in der Dritten Welt schon so viel Geld?"), sich FluchthelferInnen zu leisten. Hier ist die Schnittstelle, an der der Diskurs über die heimlich Einreisenden mit dem einer internationalen Kriminalität verknüpft wird, dem dann wieder der Ruf nach einer Verbesserung der Grenzsicherung folgt. Damit schafft sich das Denksystem der Inneren Sicherheit selbst die Voraussetzung für eine weitere Aufrüstung an der Grenze, die weitere Verschärfung der Gesetze und sorgt damit auf Seiten der solchermaßen verfolgten Menschen für eine weitere Zunahme illegaler Handlungen, die dann wieder als Argument für das Anziehen der Restriktionsschrauben des Grenzregimes und der Inneren Sicherheit dienen.

Forschungsgesellschaft

Flucht und Migration (FFM)

Anmerkungen:

1) Bundesgrenzschutz Jahresbericht 1998.

2) Grenzschutzamt (GSA) Frankfurt/Oder: SB 15 Grüne Grenze, Tabellen zu Aufgriffen von illegalen Grenzgängern, Schleusern und geschleusten Personen an der deutsch-polnischen Grenze, 31.12.96.

3) z.B. Vietnam, Syrien, Nepal, Bangladesch, Kongo, Jordanien, Äthiopien, Ruanda, Kasachstan, Aserbeidschan, China, Pakistan, Türkei/Kurdistan usw.

4) Werner Lehne: Kriminalstatistik und Kriminalpolitik, in: ami, 12/97.

5) Im Folgenden wird immer wieder diese Entscheidung des Bundesgerichtshofes von 21.2.1980, NJW 1980, Heft 29, S.1574ff zitiert.

17. Postmoderne Bewegung gegen Freihandel. Peoples Global Action gegen Millenium-Runde

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Internationale Solidarität; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:16

In Folge des zapatistischen Aufstandes gründete sich "Peoples Global Action", ein Zusammenschluß verschiedenster Verbände, Bewegungen und Initiativen. Zunächst als Hoffnungsträger neuer sozialer Bewegungen gelobt, hat es in den vergangenen Monaten immer wieder Kontroversen gegeben. Unser Autor berichtet über die zweite internationale Konferenz und geht auf einige der heutigen Probleme ein.

"Sie wollen bestimmt gleich nach Goa weiterreisen"; meinte ein Beamter des Flughafens in Bombay, als er die buntscheckige Touristengruppe aus Europa zu Gesicht bekam. Doch nicht das Eldorado der Alternativurlauber auf dem indischen Subkontinent war ihr Ziel, sondern ein idyllisch gelegenes Kulturzentrum in der südindischen Provinz Karnataka. Dort trafen sich Ende August eine Woche lang ca. 150 Menschen aus allen Kontinenten zur zweiten internationalen Konferenz von "Peoples Global Action" (PGA). In diesem Netzwerk haben sich Umwelt- und Frauenverbände, Bauern- und Indigenenorganisationen sowie einzelne kleinere Branchengewerkschaften zusammengeschlossen. Die Idee zu diesem Protestbündnis entstand bei dem von den südmexikanischen Zapatistas angestoßenen Intergalaktischen Treffen gegen den Neoliberalismus im Sommer 1997 in Spanien. Auf diesem Meeting gründete sich eine Arbeitsgruppe, die das PGA-Gründungstreffen im Februar 1998 in Genf vorbereitete. "Die Rebellen kehren zurück"; schrieb der Autor Christian de Brie danach in der Le Monde Diplomatique.

Eine postmoderne Protestbewegung nach der Art der hochgelobten, dann aber schnell entzauberten Neuen sozialen Bewegungen begann sich auf internationaler Ebene zu konstituieren. Mit larmoyanten Klagen über die Krise der Linken können deren Protagonisten schon deshalb wenig anfangen, weil sich PGA von der traditionellen Linken deutlich abgrenzt. Jegliche Stellvertreterpolitik wird abgelehnt. Bürokratische Strukturen sollen schon im Ansatz dadurch verhindert werden, daß erst gar keine Vorstände aufgebaut werden. Die einzige gewählte Struktur ist eine kleine Gruppe von Delegierten, die das jeweils nachfolgende PGA-Treffen vorzubereiten hat.

Auch zu den seit Anfang der 80er Jahre weltweit stark angewachsenen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) bleibt das Netzwerk eindeutig auf Distanz. Nicht Lobbyarbeit sondern Protest und direkte Aktionen steht, wie schon im Namen erkennbar, beim PGA im Vordergrund. Der politische Kontrahent ist klar umrissen. Es ist der internationale Freihandel und die Politik von Weltbank und Internationaler Welthandelsorganisation (WTO).

Proteste gegen den Welthandel

Schon wenige Monate nach der Gründung machte das PGA mit Protesten gegen das WTO-Treffen im Mai 1998 in Genf weltweit auf sich aufmerksam und bestand seine erste Bewährungsprobe auf die angestrebte internationale Zusammenarbeit. In über 60 Städten auf allen Kontinenten fanden Aktionen gegen das WTO-Treffen statt. In diesem Jahr organisierte das PGA die Internationale Continentale Caravan (ICC), mit der 500 Aktivisten aus Indien, Nepal und Lateinamerika durch Westeuropa tourten und sich an den Protesten gegen das Weltbanktreffen in Köln am 19. Juni beteiligten.

Über die nächsten Widerstands-Highlights konnte in Indien schnell Einigkeit erzielt werden. Parallel zum WTO-Gipfel vom 29. November bis 3. Dezember will das PGA ein ‚Festival des Widerstands` im amerikanischen Seattle zelebrieren. Die Palette der geplanten Aktionen vor Ort reicht von Kulturveranstaltungen bis zur Totalblockade des Kongreßortes. Ein weiterer PGA-Schwerpunkt ist die Verhinderung der sogenannten Millenium-Runde. Dabei handelt es sich um in Seattle beginnende Marathon-Verhandlungen, mit denen die WTO weitere Liberalisierungen des Welthandels im nächsten Jahrtausend durchsetzen will. Die PGA-Aktivisten hoffen im Kampf gegen die Millenium-Runde, das Protestpotential mobilisieren zu können, das vor zwei Jahren gegen das Multinationale Abkommen für Investitionen (MAI) agierte.

PGA-Perspektive unklar

Doch trotz dieser Aktionsplanungen ist auch nach der zweiten Konferenz noch längst nicht ausgemacht, ob sich das PGA auf Dauer als politischer Protestfaktor etablieren wird. Die Euphorie der Gründungstage ist verflogen. Die erhoffte schnelle Verbreiterung ist nicht eingetreten. Im Gegenteil, wichtige Organisationen wie die zapatistische Frontorganisation FZLN und die brasilianische Landlosenbewegung MST haben sich ohne Begründung wieder aus dem Bündnis zurückgezogen.

Programme spielten beim PGA bisher eine untergeordnete Rolle. Das in Genf erarbeitete vorläufiges Manifest ist in vielen Passagen widersprüchlich und überarbeitungsbedürftig, wie selbst Mitverfasser selbstkritisch einräumen. Doch genau hier fangen die Probleme an. Viele Konferenzdelegierte aus Europa und den USA problematisieren mittlerweile die Konzentration des PGA auf Weltbank und Welthandel. Sie befürchteten die Vereinnahmung durch nationalistische und faschistische Gruppierungen, die mit antisemitischen Untertönen ebenfalls gegen Globalisierung und internationale Banken agieren. Die Angst ist begründet, haben sich doch in Australien und Belgien rechte Gruppierungen an PGA-Aktionen beteiligt. Um sich davon abzugrenzen, wollen viele Delegierte klare Positionen gegen Rassismus, Antisemitismus und Patriarchat im PGA-Manifest verankern wissen und handelten sich prompt den Vorwurf des Eurozentrismus ein. "Die Europäer vertreten nur Minigruppen und wollen hier ihre Vorstellungen durchsetzen", kritisierte der indische Delegierte einer Bauernorganisation mit Zehntausenden Mitgliedern. Der spanische PGA-Aktivist Sergio Oceransky kann diese Einwände verstehen: "Die europäischen Teilnehmer haben viele Pläne, aber wenig Basis."

Auf der 3. PGA-Konferenz im nächsten Jahr in Lateinamerika sollen diese Differenzen offen ausgetragen werden. Erst danach wird sich zeigen, ob die Rede von der Globalisierung des Widerstands mehr als eine schöne Floskel ist.

Peter Nowak

18. Schluß mit heimlich, still und leise. HamburgerInnen beobachten die Ausländerbehörde

Autor: dk · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:37

Es passiert nicht oft, daß sich Abschiebe-Instanzen gezwungen sehen, ihr Tun gegenüber der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Solches geschah Anfang September in Hamburg. Ralph Bornhöft, Leiter der dortigen Ausländerbehörde, reagierte mit einer hochoffiziellen Pressemitteilung auf eine ungewöhnliche Kampagne: "BürgerInnen beobachten die Ausländerbehörde".

Bornhöft demonstrierte scheinbare Gelassenheit: "Wer sich von der schwierigen Arbeit meiner Mitarbeiter ein Bild machen möchte, ist willkommen. Allerdings werden wir uns durch Begleiter nicht von unserem gesetzlichen Auftrag abhalten lassen, ausreisepflichtige Ausländer in ihre Heimat zurückzuführen."

Hintergrund für die neuartigen und hektischen Medienaktivitäten der Ausländerbehörde in Hamburg ist die Kampagne "BürgerInnen beobachten die Ausländerbehörde", die am 2. September der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Auf Initiative von Sozialpädagogik-StudentInnen und mit Unterstützung antirassistischer und sozialpolitischer Initiativen richtet sich die Kampagne in erster Linie an Menschen, die bisher kaum einen Bezug oder gar Erfahrungen mit der Betreuung von Flüchtlingen und der alltäglichen Schikane der Ausländerbehörde haben. Sie sollen Flüchtlinge während ihres Spießrutenlaufs zur und in der Ausländerbehörde begleiten, moralische Hilfestellung bieten, als Zeugen fungieren und Demütigungen, Schikanen und Zwischenfälle jeder Art dokumentieren.

Zivilcourage und Öffentlichkeit

Die Kampagne ist zunächst auf einen Zeitraum von drei Monaten angelegt. Auf einer abschließenden Pressekonferenz sollen die Ergebnisse vorgestellt und ein erstes Fazit gezogen werden. Das Projekt richtet sich ausdrücklich an alle Bürgerinnen und Bürger und betont, daß für die Begleitung von Flüchtlingen keine nennenswerten Vorkenntnisse notwendig sind. Einzige Voraussetzung ist die Teilnahme an einem Einführungstreffen, das monatlich wiederholt wird. Dort werden die zukünftigen BegleiterInnen mit den Strukturen und Abläufen in der Ausländerbehörde vertraut gemacht. Gleichzeitig können bei dieser Gelegenheit Erfahrungen ausgetauscht werden.

Die BegleiterIn bekommt ein Infopapier und einen Vordruck an die Hand. Das Informationspapier weist noch einmal auf die Behördenabläufe und mögliche Ereignisse wie Aufforderungen zur Entbindung von der ärztlichen Schweigepflicht oder auch Festnahmen hin. Der Vordruck soll die Dokumentation eines Falles erleichtern, indem Gründe der Vorsprache, Dauer des bisherigen Aufenthaltes, Art der Aufenthaltspapiere, zuständige RechtsanwältInnen etc. festgehalten werden. Für eventuelle Zwischen- und Notfälle bekommen die BegleiterInnen eine Liste mit Telefonnummern von RechtsanwältInnen und Beratungsstellen.

Für die Dauer der Kampagne ist ein Büro eingerichtet worden, wo sich Interessierte melden können und von wo aus die Begleitungen koordiniert werden. Das Büro steht auch als Anlaufstelle für Gruppen oder Kirchengemeinden zur Verfügung, die eine/n ReferentIn einladen möchten, um sich über die Kampagne oder die Situation in der Ausländerbehörde zu informieren.

Die Kampagne zielt nicht zuletzt auch darauf, der Kritik an der Ausländerbehörde und der herrschenden Abschiebepraxis gegenüber der Medienöffentlichkeit eine neue und zusätzliche Legitimation zu verschaffen: In Zukunft sind es nicht mehr nur die üblichen "Querulanten" aus dem kleinen und isolierten Kreis der Antirassismus-Szene, sondern "ganz normale" Bürgerinnen und Bürger, die die unmenschliche Ausgrenzungs- und Abschiebemaschinerie anprangern.

Die InitiatorInnen selbst sind keine "alten Häsinnen" der Antirassismus-Arbeit. Die jüngsten skandalösen Verschärfungen der Hamburger Abschiebepraxis (vgl. ak 428) und Praktika bei Initiativen waren für sie selbst der Anlaß, Flüchtlinge zu begleiten. "Wir waren schockiert und empört über die Atmosphäre in der Ausländerbehörde und die Schikanen der SachbearbeiterInnen", berichteten sie auf einer Pressekonferenz. "Es wird gepöbelt und geschimpft, Akten verschwinden, Ermessensspielräume werden verleugnet." Die Kampagne "BürgerInnen beobachten die Ausländerbehörde" soll vor diesem Hintergrund nicht zuletzt auch

dazu beitragen, "die SachbearbeiterInnen der Ausländerbehörde wieder einmal mit dem bürgerlichen Sinn für Gerechtigkeit und Menschenwürde zu konfrontieren."

Abschieber unter Druck

Der Start der Kampagne fällt in eine Zeit, in der die Hamburger Asylpolitik und ihre Exekution durch die Ausländerbehörde unter öffentlichen Druck geraten ist wie selten zuvor. Die Hamburger Pläne zur "Effizienzsteigerung" bei Abschiebungen wie die neuen Schnellverfahren im Eingabenausschuß oder die systematische Aushebelung (amts-)ärztlicher Gutachten, die etwa eine Reiseunfähigkeit attestieren (vgl. ak 428) sind auch in der etablierten Medienlandschaft heftig kritisiert worden. Diese Medienaufmerksamkeit speiste sich sicherlich auch aus dem Konflikt in der rot-grünen Regierungskoalition, den diese Pläne und ihre faktische Umsetzung ausgelöst hatten sowie dem schließlichen Wegtauchen der Grünen an diesem Thema. Vor diesem Hintergrund ist es den außerparlamentarischen Initiativen und den grünen DissidentInnen um die Bürgerschaftsgruppe "REGENBOGEN für eine neue Linke" erfolgreich gelungen, die Hamburger Praxis und vor allem die innere Struktur der Ausländerbehörde über Wochen und Monate hinweg immer wieder zu einem öffentlichen Thema zu machen.

Während die offizielle Berichterstattung bislang von "Asylmißbrauchern" und "kriminellen Asylanten" beherrscht worden ist, finden sich inzwischen regelmäßig behördenkritische Berichte über unmenschliche Abschiebefälle, auseinandergerissene Familien oder Verstöße gegen das ärztliche Berufsethos. Daß selbst Springer-Zeitungen wie das Hamburger Abendblatt ReporterInnen zur Recherche in die Ausländerbehörde schicken und dann von "Bürokraten-Dschungel", von langen Wartezeiten, von der "berüchtigten ersten Etage" und von "Wut, Trauer und Verzweifelung" berichten, ist ungewöhnlich. Entsprechend nervös reagiert die Behörde seit einigen Wochen mit einer Flut von rechtfertigenden Pressemitteilungen.

Mit der Kampagne "BürgerInnen beobachten die Ausländerbehörde" könnte es gelungen sein, diese öffentliche Stimmungslage über die Sommerpause hinweg zu retten. Die bisherige Berichterstattung war auf jeden Fall sehr breit und durchaus zustimmend. Die Kampagne könnte damit trotz einer kleinen und zunehmend isolierten antirassistischen Szene zu einem politischen Erfolg werden. Dabei haben die InitiatorInnen im Vorfeld der Kampagne durchaus mit heftigen Vorbehalten seitens einiger etablierten, linken Initiativen zu kämpfen gehabt. Das Engagement von Menschen, die in der Szene eher unbekannt waren und die sich in Form und Inhalt explizit über den Tellerrand der links-autonomen Antira-Nischen hinausbewegten, war manchen offenbar suspekt. Von daher könnte diese Kampagne noch einen weiteren, durchaus interessanten Nebeneffekt haben. Sie könnte die antirassistischen Initiativen in Hamburg dazu veranlassen, noch einmal über Bündnispolitik, den eigenen Tunnelblick, Kampagnenfähigkeit und nicht zuletzt über eine gewisse Professionalisierung der eigenen Arbeit nachzudenken.

dk

Die Kampagne "BürgerInnen beobachten die Ausländerbehörde" ist telefonisch erreichbar unter

040/3990-52 34 und 040/390 88 62.

Das Büro der Kampagne hat folgende Anschrift:

"BürgerInnen beobachten die Ausländerbehörde", c/o Sozialpolitische Opposition, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg.

Es ist an folgenden Tagen besetzt:

Montag von 12.00 bis 14.00 Uhr, Mittwoch von 15.00 bis 17.00 Uhr und Freitag von 11.00 bis 13.00 Uhr

19. Türkei: Nicht nur die Erde bebt. Erdbeben erschüttert auch das politische Denken

Autor: Jan Keetman · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:24

"Was jeder vom ersten Tag der Katastrophe an sah und mit ständig wachsender Empörung zur Sprache brachte, war das Fehlen des Staates auf der Bühne des Unheils. Was man in der Türkei nach dem Erdbeben sah, waren Menschen mit guten Absichten, inmitten einer unorganisierten Gesellschaft." Dies schrieb die Professorin für Ökonomie und Verwaltungswissenschaften, Ayse Bugra, knapp zwei Wochen nach dem Erdbeben in der Istanbuler Zeitung Radikal. Eine Kritik, wie sie so ähnlich selbst in den bislang regierungstreuesten Blättern zu lesen war. Sogar selbst reine Sportmagazine verwandelten sich über Nacht in kritische Nachrichtenmagazine - zumindest eine Zeitlang.

Die Erfahrung, die 20 Millionen Menschen gemacht hatten, als sie nach dem grauenvollen Schwanken und Tanzen der Häuser sich alle im Dunkeln auf der Straße wiederfanden und einfach nichts geschah, was man als Reaktion des Staates auf die Katastrophe hätte deuten können, war zu eindrücklich, als daß man sie irgendwie hätte übergehen können. Da standen Polizisten nur ratlos herum, anstatt die Straßen für Rettungsfahrzeuge frei zu machen. Niemand kam, um Überlebende zu bergen. In einigen Städten, darunter die am schwersten betroffenen Gölcük und Adapazari, trafen die Kräfte der türkischen Zivilverteidigung erst nach 30 Stunden ein.

Da Strom, Telefon und auch Handys ausgefallen waren, saßen die Gouverneure ohne Telefonverbindung an ihren Schreibtischen. Satellitentelefone für den Notfall waren, wie sich das für einen Zentralstaat gehört, beim Amt des Ministerpräsidenten in Ankara gelagert. Dort kam man auf die Idee, sie auf Lastwagen zu laden und so zu den örtlichen Stäben zu bringen. Allerdings hatte das zentrale Krisenzentrum nicht damit gerechnet, daß die Autobahn zwischen Ankara und Istanbul selbst beschädigt war. Die dringend gebrauchten Telefone standen also im Stau. Schließlich wurden Hubschrauber zu den Lastwagen geschickt und die Telefone in die Hubschrauber umgeladen.

Von dem Stau hatte man im Krisenzentrum in Ankara erst am Abend nach dem Erdbeben nicht etwa von der Armee oder einer anderen staatlichen Institution, sondern durch einen Amateurfunker erfahren. D.h. einen ganzen Tag wußte das Krisenzentrum in Ankara nicht einmal, daß die wichtigste Verkehrsverbindung des Landes nur eingeschränkt benutzt werden konnte.

Weniger folgenreich, aber kennzeichnend für das völlig planlose Handeln staatlicher Stellen, war der Umgang mit den Opferzahlen. Lange Zeit stiegen die bekanntgegebenen Verletztenzahlen beständig an, bis sie bei 42.000 angelangt war. Danach sanken sie 10 Tage lang kontinuierlich bis auf 24.000. Hintergrund war die Tatsache, daß das Krisenzentrum eine neue Ermittlungsmethode angewandt hatte. Die entsprechenden Zahlen wurden jetzt festgestellt, indem bei den Krankenhäusern täglich angefragt wurde, wie viele Erdbebenopfer in dem Krankenhaus behandelt würden. Damit fielen die behandelten, aber bereits wieder entlassenen Erdbebenopfer natürlich aus der Statistik heraus. Nachdem die Presse dahintergekommen war, blieb die Zahl der Verletzten plötzlich konstant bei 24.000 stehen.

Seltsames geschah auch bei den Angaben, wie viele Menschen durch das Erdbeben umgekommen seien. Nachdem das Krisenzentrum offenbar tagelang keine Ahnung davon hatte, in welcher Größenordnung die Zahl der Toten liegen könnte, stieg die Zahl der geborgenen Toten dann rasch an. Doch plötzlich sank sie wieder um 5.000. Zunächst konnte keine Erklärung dafür gegeben werden. Dann hieß es, ein Angestellter der Stadtverwaltung von Izmit habe die Zahlen gefälscht, um mehr Hilfsgelder zu bekommen. Also einfach Schlamperei oder doch der Versuch, die Katastrophe nicht ganz so groß erscheinen zu lassen, um die Gemüter nicht zu sehr zu erregen?

Überfälliger Wandel

Einzelheiten und Differenzierungen zählten bald nicht mehr unter dem allgemeinen Eindruck, daß der Staat total versagt habe. Dabei gab es auch viele nicht gerechtfertigte Vorwürfe an Staat, Regierung und Militär, die ja selbst mit ihrem Apparat zum Teil Opfer der Katastrophe geworden waren. Der Tourismusminister Erkan Mumcu meinte im Parlament: "Alle ideologischen Argumente sind durch das Erdbeben eingeebnet." Und noch

deutlicher fügte er hinzu: "Was unter den Trümmern liegt, ist das politische und administrative System der Türkei."

Einer, der das gar nicht einsehen wollte, war der Gesundheitsminister Osman Durmus. Fleißig warf er mit nationalistischen und rassistischen Parolen um sich und behauptete, der Staat hätte alles im Griff. Daß ihm das letztere nicht abgenommen wurde, war offenkundig, aber auch mit seinen rechtsradikalen Ansichten erntete er nur Kritik. Selbst die sonst streng auf Nationalismus bedachte und als dem Militär nahestehend bekannte Zeitung Hürriyet, derzeit die auflagenstärkste Zeitung der Türkei, fauchte ihn auf der Titelseite mit der Überschrift: "Schweig" an. Durmus hatte sich u.a. gegen die Verwendung von Blutkonserven aus Griechenland ausgesprochen und gesagt, man brauche keine fremden Ärzte, deren Lebensgewohnheiten man nicht kenne. Ein Rettungsteam aus Armenien wurde auf Betreiben der Partei der nationalistischen Bewegung (MHP), der Durmus angehört, erst gar nicht ins Land gelassen.

Premierminister Bülent Ecevit stellte sich, die Koalitionsarithmetik fest im Blick und auch wohl in dem Bewußtsein, daß ein Rücktritt leicht einen Domino-Effekt nach sich ziehen könnte, vor den umstrittenen Minister. Aber nicht nur Ecevit reagierte so, auch die Opposition war mit einem Mal ganz nachsichtig mit der von den Medien hart angegriffenen Regierung. Schließlich waren alle größeren Parteien der Türkei in den letzten Jahren mindestens an einer Regierung beteiligt. Zu leicht hätte da die Frage aufkommen können, was sie denn im Katastrophenschutz getan hätten.

Die Helden der Öffentlichkeit sind in der Türkei zur Zeit nicht die Parteien und die Politiker. Es ist der Handwerker Ibrahim, der mit Vorschlaghammer und Bolzenschneider und ein paar Freunden in der Nacht des Bebens in seinen Kleinbus steigt und losfährt, um Menschenleben zu retten. Das ist auch der aus einem Bergsteigerclub hervorgegangene Rettungsverein AKUT. Das sind die Leute, die spontan Decken und Lebensmittel bringen oder sich den ausländischen Rettungsteams als Dolmetscher zur Verfügung stellen.

Wird der Staat manchmal übertrieben schlecht dargestellt wird, so wird die Wirkung dieser, bis auf AKUT, fast völlig unorganisierten Hilfe auch etwas übertrieben. Doch diese Hilfsbereitschaft und allgemeine Solidarität ist das neue, das Rettung verspricht. In dieser spontanen Hilfe kann sich jeder selbst erkennen.

Die Zeitung Milliyet empfiehlt, sich in Zukunft nicht mehr so sehr auf den Staat zu verlassen: "Aus der Katastrophe zu lernen heißt, daß die Menschen für sich selbst die Verantwortung übernehmen. Heißt, zu erkennen wie falsch es ist, alles von Vater Staat zu erwarten. Heißt, sich unabhängig und auf freiwilliger Basis in den Organisationen der Zivilgesellschaft zu organisieren ..."

Auffallend an der Debatte nach dem Erdbeben sind vor allem zwei Dinge. Zum einen rechnet sie sehr grundsätzlich mit dem bestehenden System ab. Es hätte ja genauso gut bei der Wut auf die Unternehmer, die mit Billigbauten, sogenannten Sandburgen, zum Teil Hunderte in den Tod rissen, stehen bleiben können oder bei einer Abrechnung mit der Regierung. Der zweite Punkt ist, daß die so beliebten Identitätsfragen, Türke/Ausländer, Kemalist/Islamist oder Türke/Kurde, die normalerweise den Rahmen für die politischen Auseinandersetzungen bilden, bisher so gut wie keine Rolle spielen.

Ein wenig erinnert das an die ersten Monate nach dem Susurluk-Skandal. Durch einen Unfall bei dem Ort Susurluk am 3. November 1996 kamen damals lange vermutete Verbindungen zwischen rechtsradikalen Killern, Polizei, Politikern und Mafiabossen an das Licht der Öffentlichkeit. Die Türkei stand eine Weile Kopf, dann gelang es, die Aufregung um Susurluk durch den Streit zwischen Islamisten und Kemalisten zu verdrängen. Das Ergebnis: Bis zum Hals im Schlamm von Susurluk steckende Politiker, wie der einstige Innenminister Mehmet Agar, der einem gesuchten Mörder und einem Drogenschmuggler einen Ausweis "Spezialwaffen für Sicherheitsexperten" ausgestellt hatte, wurden mit traumhaften Wahlergebnissen wieder ins Parlament gewählt.

Es scheint, als hätte das Erdbeben eine anstehende Debatte, die anläßlich Susurluk schon einmal aufgeblitzt war, wieder freigelegt. In den vergangenen siebzig Jahren hat sich die Welt um einiges verändert, und die türkische Bevölkerung, die zu Atatürks Zeiten noch zu mehr als 80% auf dem Lande lebte, hat nicht weniger große Veränderungen durchgemacht. Der Staat und seine Werte werden dem wohl irgendwann einmal folgen müssen.

Jan Keetman

20. Wye plus X. Die große Nahost-Lotterie beginnt

Autor: Achim Rohde, Anat Frumkin · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:27

Bringt die neue israelische Regierung Barak neuen Schwung in den festgefahrenen Nahost-Friedensprozeß? Fast hat es den Anschein. Der folgende Beitrag analysiert das jüngst unterzeichnete Wye-II-Abkommen und stößt auf etliche Fragezeichen.

Das kürzlich in Kairo unterschriebene Abkommen zwischen der israelischen Regierung und der palästinensischen Administration ist ein seltsames Dokument. Es regelt zunächst einmal lediglich die Umsetzung des Ende vergangenen Jahres noch unter der Regierung Netanjahu unterzeichneten Wye-River-Vertrages. Schon dieses Dokument enthielt im wesentlichen Punkte, denen die Regierung Rabin/Peres längst im Rahmen der Oslo-Verträge zugestimmt hatte, allerdings ohne sie auch umzusetzen.

Demnach wird Israel weitere 11% des Westjordan-Landes räumen und 400 palästinensische Gefangene freilassen. Das sind übrigens 250 Gefangene weniger, als Netanjahu seinerzeit unter dem Druck Clintons auf der Wye-Plantation zugesagt hatte. Aber Netanjahu hat das Abkommen ja ohnehin nicht umgesetzt. Die Verhandlungsführung der Regierung Barak unterscheidet sich nicht sonderlich von derjenigen ihrer Vorgängerin: Sie ist beinhart, kleinlich und nutzt die schwache Position der Palästinenser rigoros zu ihrem Vorteil. Ein drittklassiger Vertrag also, eigentlich nicht der Rede wert.

Große Pläne...

Arafat hat dennoch unterschrieben. Und bei der Unterzeichnung waren hochkarätige Zeugen zugegen: Der ägyptische Präsident Mubarak, der jordanische König Abdallah sowie die US-amerikanische Außenministerin Madleine Albright. Nicht ohne Grund: Der neue Vertrag enthält nämlich noch einige zusätzliche Vereinbarungen, die es durchaus in sich haben. Sie verknüpfen nämlich die Umsetzung dieses Abkommens mit dem Beginn der Verhandlungen um den endgültigen Status der besetzten Gebiete.

Demnach sollen sich die israelischen und palästinensischen Unterhändler innerhalb von fünf Monaten auf ein Rahmenabkommen einigen, das innerhalb eines Jahres, also bis spätestens September 2000, zur Unterzeichnung eines Vertrages über den endgültigen Status der besetzten Gebiete führen soll! Dies war die Bedingung Baraks für seine Unterschrift unter das modifizierte Wye-Abkommen.

So werden sich dieser Tage Arbeitsgruppen bilden, in denen Israelis und Palästinenser über folgende Fragen verhandeln werden: Palästinensische Staatlichkeit, Grenzverlauf, Verteidigungsfähigkeit (also die Frage nach der Größe und Bewaffnung einer palästinensischen Armee), Außenpolitik (sprich, ob Palästinenser auf dem internationalen Parkett volle Souveränität genießen werden), Jerusalem, jüdische Siedlungen, Wasserrechte (bislang nutzt Israel einen großen Teil des Grundwassers aus dem Westjordanland für eigene Zwecke) und Flüchtlinge. Dabei geht es vor allem um den Verbleib der Flüchtlinge des Krieges von 1948, welche in den Flüchtlingslagern der Westbank und Gazas, aber vor allem in Libanon, Syrien, Jordanien und Ägypten ein zumeist elendes Dasein fristen.

Man muß sich diese Vereinbarung auf der Zunge zergehen lassen: Innerhalb nur eines Jahres will Barak all diejenigen Fragen lösen, welche bislang niemand auch nur zu diskutieren wagte, weil die Gegensätze zwischen beiden Seiten in diesen Punkten als unüberbrückbar gelten.

Beispiel Jerusalem: Arafat hat im Rahmen der Oslo-Verträge schon so manches unterschrieben, was einem Ausverkauf der palästinensischen Forderung nach einem gerechten Frieden nahekommt. Er ist ein alter und kranker Mann und will als Präsident eines palästinensischen Staates sterben. Dafür ist fast kein Preis zu hoch. Im übrigen ist Arafat natürlich in einer denkbar schwachen Verhandlungsposition und kann sich den Forderungen der Israelis nur schwer widersetzen.

Aber er kann unter keinen Umständen einen Vertrag über den endgültigen Status der besetzten Gebiete unterschreiben, der nicht in irgendeiner Form den östlichen Teil Jerusalems zur Hauptstadt eines palästinensischen Staates erklärt. Dies wäre ein Gesichtsverlust, der unter der palästinensischen Bevölkerung zu offenem Aufruhr und zum sicheren Sturz der palästinensischen Administration führen würde. Pikanterweise

könnte genau hier die Basis für ein Zugeständnis von israelischer Seite liegen, denn an einem Sturz der palästinensischen Administration kann auch Barak kein Interesse haben.

Auf israelischer Seite wird hingegen von der gesamten politischen Klasse gebetsmühlenartig die Mär von Jerusalem als vereinigter und ewiger Hauptstadt des jüdischen Staates wiederholt, obwohl der geteilte Charakter der Stadt jedem aufmerksamen Besucher ins Gesicht springt. Die jüdisch-israelische Bevölkerung würde bei einem wie auch immer gearteten territorialen Kompromiß bezüglich "ihrer" Stadt ohne Zögern auf die Barrikaden gehen, die religiösen und/oder dem Likud nahestehenden Kreise wahrscheinlich sogar buchstäblich.

Die palästinensische Administration bereitet sich derweil auf den nahenden Verhandlungsmarathon mit einem in jeder Hinsicht überlegenen Gegenüber vor. In der Hoffnung auf die Durchsetzung eines unabhängigen palästinensischen Staates werden die palästinensischen Unterhändler dabei bereit sein, eine Menge Kröten zu schlucken. Eine ideale Ausgangssituation für die israelische Seite. Dennoch bleibt die Frage bestehen, mit welchem Zaubermittel Barak der jüdisch-israelischen Bevölkerung - und das innerhalb so kurzer Zeit - einen Vertrag schmackhaft machen will, der auf jeden Fall einen Kompromiß in Sachen Jerusalem und wahrscheinlich weitere Zugeständnisse in den verschiedenen oben genannten Bereichen beinhalten wird.

... mit heikler Dynamik

Es deutet sich an, daß Barak dazu einen sehr gewagten Plan mit einer extrem engen Zeitplanung verfolgt. Es ist, als wolle er für einige Minuten die Schwerkraft aufheben, um einen "Reformstau" zu lösen, der für die israelischen Staatseliten und die israelische Wirtschaft gleichermaßen zu einer Last geworden ist.

An dieser Stelle ist es wichtig, sich an ein zentrales Wahlkampfversprechen Baraks zu erinnern: Innerhalb eines Jahres nach Regierungsantritt, also bis spätestens Juli 2000, will er den besetzten Südlibanon räumen. Der Libanon ist das Vietnam des kollektiven israelischen Bewußtseins. Die große Mehrheit der jüdisch-israelischen Bevölkerung zählt die Tage bis zum Ablauf der versprochenen Jahresfrist. Falls Barak die israelische Armee tatsächlich aus dem Südlibanon abzieht, wird dies seiner Regierung eine überwältigende Popularität verschaffen. Für eine kurze Zeit danach, im besten Fall bis September des Jahres, wird Barak unter der jüdisch-israelischen Bevölkerung so gut wie alles durchsetzen können, vielleicht sogar einen Vertrag über den endgültigen Status der palästinensischen Gebiete.

Daß Barak hier mit Massenpsychologie und Kuhhandeltaktik hantiert, ist sicher nicht ein besonders herausragendes Charakteristikum einer demokratisch legitimierten Politik, doch das soll hier nicht weiter interessieren. Palästinensische wie israelische Kommentatoren schätzen die Chancen für den erfolgreichen Abschluß eines solchen Vertrages innerhalb eines Jahres ohnehin als extrem niedrig ein, von seiner Umsetzung ganz zu schweigen.

Und vor allen Dingen: Eine solche Neuordnung der Region, die dann wohl auch die Rückgabe des Golan und ein Friedensabkommen mit Syrien beinhalten würde, kann keinen Frieden bringen. Es wäre ein Frieden der Sieger, und die Verlierer stehen bereits fest, die palästinensischen Flüchtlinge von 1948 etwa, die in den großen Flüchtlingslagern leben. Organisationen wie die Hamas finden aber gerade hier große Unterstützung.

Die palästinensischen Gebiete wären weiterhin in fast jeder Hinsicht von Israel abhängig, das koloniale Verhältnis würde lediglich von einem formellen in ein informelles umgewandelt: Der Gazastreifen ist eines der am dichtesten besiedelten Gebiete der Erde und leidet unter Massenarmut, mangelnder wirtschaftlicher, sanitärer und medizinischer Infrastruktur, um nur einige Probleme zu nennen. Für die israelische Wirtschaft wird die Bevölkerung des Gazastreifens bis auf weiteres ein Pool für niedrigqualifizierte, billige und hochflexible Arbeitskräfte bleiben.

Die Landkarte des Westjordanlandes sieht bislang aus wie ein Schweizer Käse: Sämtliche palästinensischen Bevölkerungszentren sind von einem Ring aus jüdischen Siedlungen umgeben, die eine weitere Entwicklung palästinensischer Städte verhindern. Ein komplettes zweites Straßennetz, welches nur von Siedlern genutzt werden darf, zerschneidet das Land zusätzlich.

Selbst in dem unwahrscheinlichen Fall, daß Israel einen Großteil der jüdischen Siedlungen räumen und damit die Erstellung eines kohärenten regionalen Entwicklungsplanes für das Westjordanland ermöglichen würde: Eine auch nur einigermaßen wohlhabende und von Israel unabhängige palästinensische Volkswirtschaft wird

sich in Zeiten des Neoliberalismus ohnehin nicht entwickeln können. Palästina wird Israels schmuddeliger Hinterhof bleiben.

Die politische und ökonomische Macht im entstehenden palästinensischen Staat schließlich liegt in den Händen einer korrupten Clique von Oligarchen um Yassir Arafat. Sie zeichnet sich durch Vetternwirtschaft und nackte Repression aus. Das palästinensische Parlament hat kaum reale Macht, eine unabhängige Judikative existiert nicht. Es besteht kein Anlaß zu der Hoffnung, dies könne sich unter Arafats Nachfolger ändern. Daraus folgt: Nationalstaatlich orientierte Konzepte zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes greifen unter den gegebenen Bedingungen zu kurz. Eine menschenwürdige und halbwegs gerechte Lösung des Konfliktes ist in diesem Bezugsrahmen unmöglich. Doch das ist eine andere Geschichte.

Achim Rohde, Anat Frumkin

21. Licht am Ende des Tunnels. Demokratiedebatte in einem zerstörten Land

Autor: Knut Rauchfuss · Rubrik: Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:25

"Die Steine bewegen sich," titelte die türkische Tageszeitung Sabah, "aus dem Schutt heraus steigt eine völlig neue Türkei empor". Mit einem Mal scheint alles anders. Will man den KommentatorInnen der türkischen Politik glauben schenken, so haben jene 45 Sekunden Erdbeben am frühen Morgen des 17. August nicht nur mehr Menschen das Leben gekostet als die vorangegangenen 15 Jahre blutiger Unterdrückung des kurdischen Aufstandes, sondern auch die Grundfesten des Systems in weit stärkerem Maße erschüttert.

Und in der Tat, bei vordergründiger Betrachtung überwiegt die Verblüffung über den plötzlichen Wandel in der öffentlichen Meinung, den die Katastrophe am Marmarameer mit sich gebracht hat. Als hätte das Beben nicht nur das Bewußtsein der Menschen wachgerüttelt, sondern auch den politischen Eliten den Kopf zurechtgerückt, jagt die offene Systemkritik durch Straßen, Teestuben, Plätze und Schlagzeilen und macht selbst vor Bankettafeln, Empfängen und Pressekonferenzen nicht halt.

"Mörder!", klagte die keineswegs als oppositionell bekannte Tageszeitung Hürriyet die für Bauspekulation verantwortlichen Unternehmen und Genehmigungsbehörden an, während die türkischen Verantwortlichen sich in Lippenbekenntnissen übten und ihre Bevölkerung unter den Trümmern sterben ließen, während das türkische Militär zuerst die Rettung der eigenen Offiziere organisierte und nur wenige hundert Meter weiter zivile Opfer unter den Trümmern ihre letzten Klopfzeichen gaben. Auf sich gestellt organisierten die Überlebenden in einem beispiellosen Akt der Selbsthilfe mit einfachen Mitteln die Suche nach ihren Angehörigen und NachbarInnen. Jahrzehntelang hatte man der offiziellen Propaganda Glauben geschenkt, in einem von "Feinden" umstellten und "Terroristen" durchsetzten Land zu leben, dessen einzige Überlebensgarantie die türkische Armee verkörpere. Doch mit einem Mal schien für Alle ersichtlich, was Wenige schon immer wußten: der kemalistische Zentralstaat sorgt in erster Linie und in skrupelloser Weise für sich selbst.

Und schlimmer noch, Freunde und Freundinnen eilten in erster Linie aus dem Ausland zu Hilfe. "Efharisto Poli Fili" - "Vielen Dank Freund" begrüßte Hürriyet in griechischer Sprache die Hilfsbereitschaft des Nachbarn. Und die griechische Tageszeitung Ta Nea revanchierte sich auf türkisch mit "Hepimiz Türküz" - "Wir sind alle Türken". Als schließlich in Ankara der faschistische Gesundheitsminister Osman Durmus öffentlich die Zurückweisung "griechischen Blutes" forderte, schlug die Dankbarkeit gegenüber den Nachbarn vollends in Wut auf die eigenen Regierenden um: "Halts Maul und hau ab", titelte Radikal, und die seit den letzten Wahlen nicht länger im Parlament vertretene Republikanische Volkspartei CHP sammelte in nur zwei Tagen 10.000 Unterschriften für den Rücktritt des Ministers.

"Die Türken sind die Opfer eines korrupten Systems", "Die Bevölkerung fühlt sich allein gelassen", "Die Nation erlebt den Kollaps des Systems" und "Wird diese Regierung zurücktreten?" lauteten die klaren Schuldzuweisungen in den Überschriften der Tagespresse. Während Regierung und Militär noch versuchten, Schadensbegrenzung über Einschüchterung zu betreiben, den Redaktionen telefonisch mit Konsequenzen drohten und die Fernsehstation Canal 6 mit einem Sendeverbot belegten, ließ sich die veröffentlichte Meinung schon nicht mehr zurechtbiegen. Offen wurde die Zensur zum Thema und JournalistInnen im ganzen Land solidarisierten sich mit dem verbotenen Sender.

Während Menschen selbst in den Knästen Blut spendeten, von überall Nahrungsmittel herbeischafften, in Selbsthilfe versuchten, die soziale Not der Verletzten und Obdachlosen zu lindern und hohe Geldsummen an Nichtregierungsorganisationen überwiesen, gingen die im staatlichen Fernsehsender TRT eingeblendeten Spendenkonten vergleichsweise leer aus.

Allgemeiner Vertrauensverlust

Doch auch über die unmittelbaren Erfahrungen im Rahmen des Erdbebens hinaus scheint das Vertrauen in den türkischen Staat nachhaltig erschüttert. Als das türkische Parlament nur wenige Tage später versuchte, im Zuge der allgemein auf die Katastrophe fixierten Aufmerksamkeit noch vor der Sommerpause drei Gesetzesvorlagen abzustimmen, die unter der Etikette "Amnestie" nur die Verbrechen des Staatsapparates

vergeben sollten, ging ein erneuter Aufschrei durch die Medien. Mit Schlagzeilen wie "Amnestie läßt Mob auf freiem

Fuß", "Sperrt Eure Wertsachen in einen Panzerschrank", "Der Staat amnestiert sich selbst" und "Scheinamnestie wird keinen sozialen Frieden bringen" brachten die großen Tageszeitungen die Täuschungsabsicht an die Öffentlichkeit.

Etwa 60.000 Kriminellen sollte die Gesetzesvorlage Gnade gewähren. Während staatliche Auftragskiller und Folterer, korrupte PolitikerInnen und Geschäftsleute in den Genuß von Freilassung oder reduzierten Haftstrafen kommen sollten, waren "Verbrechen gegen den Staat", wegen derer MenschenrechtsaktivistInnen, Intellektuelle, JournalistInnen und oppositionelle PolitikerInnen hinter Gittern sitzen, von der Amnestie ausgenommen. Auch Bauspekulation sollte in einem populistischen Schachzug von der Begnadigung ausgeschlossen sein. Die Öffentlichkeit besann sich jedoch schnell darauf, daß wer nicht hinter Gittern sitzt, auch keiner Amnestie bedarf. Für Parlament und Regierung erwies sich der Versuch, die Amnestie, als eines unter vielen scheindemokratischen "Reformvorhaben", propagandistisch zur demokratischen Großtat umzuwerten, als innenpolitische Bauchlandung. Am 1. September sah sich Staatspräsident Demirel angesichts der Proteste gezwungen, die Gesetzesvorlage zur erneuten Überarbeitung an das Parlament zurückzugeben.

Anders erging es den beiden übrigen Vorlagen des Paketes, die ohne größere Kritik verabschiedet werden konnten. Ein "Reuegesetz" soll nun Angehörige der PKK zur Kapitulation und Denunziation bewegen und verspricht im Gegenzug Straffreiheit oder eine Reduzierung der Haftstrafen. Und ein Gesetz über "Pressedelikte" soll die internationale Öffentlichkeit irreführen, indem es Urteile über "durch die Presse begangene Straftaten" für drei Jahre zur Bewährung aussetzt. In der Realität werden ca. zwanzig JournalistInnen von diesem Gesetz profitieren. Die übrigen 157 sind über sogenannte "Pressedelikte" hinaus auch wegen "Verbrechen gegen den Staat" verurteilt.

Ob ein ebenfalls verabschiedetes Gesetz den Anspruch erfüllt, der systematischen Folter auf Polizeiwachen und in Gefängnissen wirksam entgegenzutreten, wird die Zukunft zeigen. Immerhin setzt das Gesetz formell die Höchststrafe für Folterungen von 5 auf 8 Jahre herauf, gleicht die Definition von Folter den internationalen Standards an, verfügt für diesbezüglich Verurteilte die zeitweilige oder komplette Suspendierung vom Staatsdienst und ordnet für medizinisches Personal, das falsche Gesundheitsatteste zur Vertuschung von Folterspuren ausstellt, ebenfalls Geld- oder Haftstrafen an.

Überraschendes

von einem General

Unterdessen begann die PKK ihren Anfang August angekündigten Rückzug aus dem türkischen Teil Kurdistans unter dem Eindruck des Erdbebens früher als ursprünglich geplant. Am 1. September erklärte Osman Öcalan, Mitglied des Präsidialrates der PKK und Bruder des in der Türkei zum Tode verurteilten PKK-Vorsitzenden, in einer Telefonkonferenz des kurdischen Fernsehsenders Medya-TV anläßlich des internationalen Friedenstages, daß bereits 25% der KämpferInnen die Türkei verlassen hätten. "Es gibt eine vorsichtige Annäherung der Weltgemeinschaft und der Türkei an diesen Friedensprozeß," wertete Öcalan die jüngsten Entwicklungen, nicht ohne jedoch hinzuzufügen, daß die türkische Armee den Abzug deutlich behindere. In den vergangenen Wochen war es immer wieder zu Rückzugsgefechten gekommen, da die türkische Seite keinerlei Garantien für einen freien Abzug gewährt hatte. Öcalan forderte die UNO, das Europaparlament und andere internationale Gremien auf, den Rückzug der Guerilla zu überwachen und den Friedensprozeß in der Türkei voran zu bringen.

"Mehr als daß überwacht wird, sollten die Staaten der europäischen Union und alle anderen Staaten unsere Bemühungen für Frieden und Demokratie unterstützen und uns bei der Transformierung unserer Kräfte in das politische und soziale Leben nach Möglichkeit Unterstützung gewähren. Dies wird eine große Unterstützung für den Frieden, aber auch für die Türkei sein", verlangte Öcalan. Er forderte die türkische Armee auf, ebenfalls die Waffen niederzulegen, Hacke und Spaten in die Hand zu nehmen und Kurdistan sowie die Erdbebenregion am Marmarameer wieder aufzubauen. Die PKK werde sich an den Aufbauarbeiten beteiligen.

Zwei Tage später und pünktlich vor dem EU-Außenministertreffen im finnischen Saariselkä meldete sich der türkische Generalstabschef Hüseyin Kivrikoglu zu Wort. Erstmalig gab damit die Armee eine unmittelbare Antwort auf eine Ankündigung der PKK. Tatsächlich seien Hunderte PKK-KämpferInnen aus der Türkei abgezogen, dementierte Kivrikoglu anders lautende Pressemeldungen. "Sie haben akzeptiert, daß die Waffen sie nirgendwo hinführen. Sie denken über eine politische Lösung nach. (...) In der Vergangenheit hat es Situationen gegeben, in denen sie einen Waffenstillstand verkündet und wieder gebrochen haben. Wir müssen abwarten und sehen was passiert. (...) Wichtig ist, daß sie ihre Waffen niederlegen und sich ergeben. (...) Sie wollen keine Föderation. Was sie wollen, sind bestimmte kulturelle Rechte. Einige davon sind ohnehin schon garantiert. Kurdischsprachige Zeitungen und Musikkassetten sind erlaubt. Obwohl illegal, werden kurdischsprachige Radio- und Fernsehsendungen im Osten- und Südosten empfangen. (...) Im Zuge des Fortschreitens des Demokratisierungsprozesses werden auch diese Rechte weiterentwickelt werden." Auch die Wahl von 37 pro-kurdischen Bürgermeistern sei bereits eine Realität, wurde Kivrikoglu in den türkischen Medien zitiert.

Befragt zur Position des Generalstabs zum Todesurteil gegen den inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan verwies Kivrikoglu auf die Zuständigkeit von Justiz und Politik. "Fragt nicht uns, was wir denken. Wir haben ihn 15 Jahre lang bekämpft. Unsere Antwort fällt wahrscheinlich sehr emotional aus. Die Sache liegt in der Hand des Berufungsgerichtes und der Politiker. Welche Entscheidung auch immer sie treffen, sie wird Bestand haben."

Die Worte Kivrikoglus schlugen wie eine Bombe ein. "Die Türkei steht am Rand einer Lösung des 15 Jahre alten PKK-Problems", prophezeite der für seine guten Beziehungen zum Nationalen Sicherheitsrat bekannte Hürriyet-Chefredakteur Ertügül Özkök. "Zum ersten Mal hat der türkische Staat die kulturellen Rechte seiner kurdischen Bürger von selbst angesprochen. (...) Der Staat sollte dieses Problem mit seinen eigenen Staatsbürgern auf eine friedliche Art lösen. Am Ende sollte niemand denken: ‚Ich bin besiegt worden`, im Gegenteil, sie sollten das Gefühl haben: ‚Ich habe Frieden mit meinem Land und meinem Staat gemacht`. (...) Wenn unterbrechende Aktionen einiger Störenfriede vermieden werden können, kann das Problem bis zum Ende des Jahres gelöst sein." Dabei verzichtete Özkök völlig auf die ansonsten übliche Diffamierung der PKK als "Terroristen" und nannte sie stattdessen eine "sehr machtvolle Guerillabewegung".

Andere Kolumnisten zogen nach. In der Tageszeitung Posta verhieß Mehmet Ali Birand: "Das Licht am Ende des Tunnels wird heller. Wenn die PKK zu ihrem Wort steht, können wir aus dem Tunnel herauskommen." Die Armee habe sich zurückgezogen, hoffte der Kolumnist. Von nun an könnten PolitikerInnen nicht länger die Armee für ihre eigene Unfähigkeit, den Konflikt zu lösen, verantwortlich machen. Auch PKK-Kommandant Cemil Bayik erklärte für den Präsidialrat: "Die ins Auge gefaßte Lösung ist der unseren sehr nahe. ... In Anerkennung unserer positiven Schritte hat nun der türkische Generalstab ebenfalls eine Geste in diese Richtung unternommen."

Die Turkish Daily News zeigte sich deutlich skeptischer und hob auf die autoritären Inhalte der Rede Kivrikoglus ab. Zu recht, wie sich heute sagen läßt. Kaum war die Entscheidung der EU-Außenminister gefallen, keine Bedingungen an die Aufnahme der Türkei auf die Liste der BeitrittskandidatInnen zu knüpfen und den Türkischen Außenminister Ismail Cem zum nächsten Treffen einzuladen, dementierte der Generalstab nach einer Woche die Äußerungen Kivrikoglus. Diese seien ihm durch die Medien untergeschoben worden.

Ein Neu-Anfang?

Doch so einfach scheint sich die öffentliche Debatte um Frieden und Demokratie in der Türkei nicht mehr steuern zu lassen. Unmittelbar nach Kivrikoglu brach der Vorsitzende des obersten Berufungsgerichts der Türkei, Sami Selcuk, in seiner Rede zum Beginn des neuen juristischen Jahres sein Schweigen.

Vor der versammelten Machtelite des Staates erklärte Selcuk unter Applaus: "Ich muß eine scharfe Warnung aussprechen. Die Türkei kann und darf nicht mit einer Verfassung in das nächste Jahrhundert eintreten, deren Legitimität gegen Null geht. (...) Erstens wurde die Verfassung nicht durch eine frei gewählte Regierung beschlossen, sondern durch Leute, die ausgewählt wurden, die Reihen eines geschlossenen Parlamentes zu füllen." Als die Verfassung 1982 im Rahmen eines "fiktiven Referendums unter Drohungen" angenommen

worden sei, habe die Bevölkerung die Wahl zwischen "Abstimmung oder Kugeln" gehabt. Insofern sei die damalige Zustimmungsrate von 93% nichts weiter als "eine Verhöhnung der Ehre des türkischen Volkes".

Selcuk beklagte die hohe Zahl an Gewissensgefangenen: "Im Jahr 1997 wurden weltweit 180 Journalisten inhaftiert, 78 davon in der Türkei, womit wir an der Spitze lagen. In Sambia war es einer, im Sudan zwei und in Nigeria acht." Politikerinnen, einschließlich führender Mitglieder der islamistischen Bewegung und kurdischer Aktivistinnen, wurden von der Politik ausgeschlossen oder eingesperrt und zahlreiche Parteien verboten, erinnerte Selcuk. Es sei die Aufgabe des Staates, alle Ideen zu schützen. "Bürger sind nicht verpflichtet, mit dem Staat einer Meinung zu sein." Daher solle der Staat dazu beitragen, BürgerInnen hervorzubringen, die in Frage stellen und kritisieren können. Heutzutage sei die Türkei zwar ein Staat mit einer Verfassung, aber kein Verfassungsstaat.

Glaubt man den öffentlichen Bekundungen nach der Rede Selcuks, so sind sich nunmehr alle nahezu einig, niemals anders gedacht zu haben. Ministerpräsident Ecevit lobte die "wichtige Rede" und kündigte "konkrete Schritte" an. Der Verband der türkischen Journalistinnen unterstützte Selcuks Forderungen ebenso, wie die Anwaltskammer in Ankara, die Gewerkschaftsföderation DISK, der Präsidialrat der PKK, der Vorsitzende der Wohlfahrtspartei Recai Kutan, Faschistenchef Devlet Bahceli und last but not least die DYP-Vorsitzende Tansu Ciller, die nun endlich die Meinung gefunden hat, die sie "schon seit zwei Jahren" verträte.

Der einzige, der nicht zum Festakt des neuen Verfassungsjahres erschienen war, hält sich nach wie vor bedeckt: Generalstabschef Kivrikoglu.

Knut Rauchfuss

22. Des Zauberlehrlings Not. Boris Jelzin, die Korruption und die Politik der "Kompromate"

Autor: Kai Ehlers · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:03

"Bereichert Euch!" lautete eine der zentralen Parolen, mit denen Boris Jelzin 1991 die radikale Umverteilung des sowjetischen Volksvermögens, genannt Privatisierung, einleitete. Jelzin erhob sich dabei auf den Thron des Unparteiischen, der von der Kommandohöhe des Kreml als unbestechlicher Richter über die Gerechtigkeit wachte und diejenigen gnadenlos mit dem Bannstrahl des Korruptionsvorwurfs niedermachte, die seiner Politik im Wege standen.

Die Politik der "Kompromate" - der öffentliche Korruptionsvorwurf, ggf. auch nur der Vorwurf der Untätigkeit gegenüber der Korruption - wurde zum zentralen Element Jelzinscher Kaderpolitik, welche die zu Sowjetzeiten üblichen Säuberungen ersetzte. Fünf Ministerpräsidenten, Dutzende von Vizepräsidenten, zahllose Minister und Generationen von Verwaltungsbeamten mußten ihren Hut nehmen. Nun, am Ende seiner Amtszeit, wird Jelzin die Geister, die er rief, nicht mehr los: Nun wurde er selber zum Opfer von "Kompromaten". Ihm wird vorgeworfen, sich und seine Familie unrechtmäßig aus dem Staatsvermögen versorgt zu haben.

Die Fakten sind schnell zusammengetragen: Dem Mailänder Corriere della Sera wurden Informationen zugespielt, welche die in der Schweiz angesiedelte Firma Mabetex belasten, sie habe Boris Jelzin und seine zwei Töchter mit einem Handgeld von einer Million Dollar bestochen, um an lukrative Aufträge für die Restauration russischer Repräsentationsbauten, darunter Jelzins Kreml-Residenz, zu kommen. Die Schweizer Staatsanwaltschaft, die im Rechtshilfeverfahren für die russische Staatsanwaltschaft schon seit längerem in der Sache Mabetex ermittelt, dementierte. Bisher sei noch nichts erwiesen. Auch die russische Staatsanwaltschaft hält sich bedeckt. Nichtsdestoweniger kursieren Meldungen über die Verschiebung von Milliardenbeträgen durch die Jelzin-Vertrauten Beresowski, durch den Vermögensverwalter des Kreml, Borodin, durch Jelzins Töchter und andere.

Die Unterlagen, auf die sich diese Enthüllungen stützen, stammen in der Hauptsache aus dem Jahre 1996, dem Jahr, als die "Großen Sieben", die neuen Geldmagnaten um Anatoly Tschubajs, in engster Kooperation mit dem IWF Jelzins Wiederwahl finanzierten. Ein Teil der Affäre flog schon 1997 auf, als die Clique um Tschubajs sich vorrechnen lassen mußte, illegale Gelder von Schweizer Konten in der Form von Honorarvorschüssen für ein nie geschriebenes Buch über Privatisierung angenommen zu haben; andere Aktennotizen reichen bis ins Jahr 1991 zurück.

Parallel zu diesen Vorwürfen wartete die New York Times mit der Enthüllung auf, daß von Oktober 1998 bis März 1999 über die Bank of New York 10 Milliarden Dollar Mafiagelder über eine Vermittlungsfirma Benex "gewaschen" worden seien; andere Quellen sprechen von 15 Milliarden. Jim Leach, republikanischer Vorsitzender des US-Bankenausschusses, kritisierte US-Präsident Clinton und seinen Stellvertreter Al Gore, sie hätten in verantwortungsloser Weise darüber hinweggetäuscht, daß in Rußland keine Demokratie, sondern eine Kleptokratie entstanden sei. Leach forderte mit der Begründung, auch IWF-Gelder könnten auf diese Weise veruntreut worden sein, die sofortige Einstellung der IWF-Kreditvergabe an Moskau. Andere Mitglieder der republikanischen Partei schlossen sich der Kritik an.

Die IWF-Administration um Stanley Fischer und das US-Ministerium für Landwirtschaft wiesen jeden Verdacht auf mögliche Veruntreuung von IWF-Geldern zurück und erklärten, die anstehenden Zahlungen aus dem soeben vereinbarten neuen 4,5-Milliarden-Kredit würden wie vorgesehen geleistet, da Rußland alle Auflagen pünktlich eingehalten habe und es keinen Grund gebe, die bisherige Politik gegenüber Rußland zu ändern - nur würden die Gelder nicht an die russische Zentralbank überwiesen, sondern auf einem Sonderkonto des IWF zur Verfügung gestellt. Diese Regelung war aber schon nach dem Bankenkrach von 1998 veranlaßt worden.

Angesichts der 138 Milliarden Dollar, die laut Angaben der Finanzkontrollfirma Fitsch IBCA insgesamt seit 1991 aus Rußland ins Ausland verschoben wurden - bei ca. 25 Milliarden, die vom IWF und der Weltbank nach Rußland hineinflossen - erscheinen die 10 oder 15 Milliarden nur als Teil eines seit Jahren bekannten Geldtransfers. Neue Fakten haben die aktuellen Enthüllungen jedenfalls nicht gebracht.

Die Frage ist also: Warum kommen sie jetzt? Und warum richten sie sich gegen den Präsidenten? Erstens kommen die Enthüllungen zu einem Zeitpunkt, da die Auseinandersetzung um den weiteren Fortgang der russischen Kapitalisierung sich erheblich verschärft hat. Mit dem Bankenkrach von 1998 ging die Phase der anarchischen Umverteilung in eine Entwicklung über, in der die neu entstandenen Eigentumsverhältnisse produktiv genutzt werden müssen, wenn die jetzigen Eigentümer nicht Bankrott gehen und soziale Unruhen mit unabsehbaren Folgen provozieren wollen. Der Krach beendete den Boom der Privatisierungsspekulation. Die Oligarchen mußten riesige Geldverluste hinnehmen; Kredite blieben aus, Import- und Export brachen zusammen. Mit den Oligarchen geriet die soziale Schicht westorientierter neuer Reicher, auf die sich Jelzins Politik seit 1991 gestützt hatte, in die Krise.

Gestärkt dagegen wurde das, was in Rußland der "reale Sektor der Wirtschaft" genannt wird: Regionale Produktion, Energiemammuts wie Gasprom, Lukoil, der allgemeine russische Energieverbund (RAO), die Nickel- und Buntmetallproduktion in Sibirien; der heimische Gebrauchsgütermarkt füllte die Lücke, die der Zusammenbruch des Exports aufriß. Produkte der heimischen Nahrungsmittelindustrie, heimische Möbel, Autos, Tabakwaren, Kleidung kamen wieder auf den Markt. Ausländische Firmen gingen dazu über, Lizenzproduktionen im Lande selbst aufzubauen, statt zu importieren.

Kurz: Entgegen den äußeren Krisenanzeichen entwickelt Rußland seit dem Krach Tendenzen, sich auf die eigenen Kräfte zu besinnen. Ausdruck davon sind neue politische Kräfte wie Juri Luschkow, der Bürgermeister von Moskau, oder Alexander Lebed, der Gouverneur von Krasnojarsk, die mehr korporative, staatskapitalistische Lenkung des von Jelzin hinterlassenen anarchischen Marktes wollen und - bei aller Offenheit gegenüber westlichem Kapital - auf eine größere Unabhängigkeit der russischen Wirtschaft von westlichen Krediten orientieren. In den Kämpfen um die Vorherrschaft in den Aufsichtsräten der Finanzkorporationen wie Gasprom, in der scharfen Konkurrenz zwischen Magnaten wie Gussinski, Sympathisant Luschkows, und Beresowski, Sympathisant Jelzins, im Clinch zwischen Gouverneur Lebed und Nickel-Magnat Bykow in Sibirien schlagen sich diese Machtkämpfe wirtschaftlich nieder; im Krieg der "Kompromate", die jetzt auch den Präsidenten aus dem Feld schlagen sollen, nehmen sie politische Gestalt an. Man wird nicht lange warten müssen, bis auch Juri Luschkow in die Schußlinie gerät.

In zweiter Linie ist die Tatsache bemerkenswert, daß die neuen Enthüllungen allesamt über westliche Dienste lanciert wurden und in westlichen Medien erschienen. Die Vorwürfe aus der Ecke der US-Republikaner lassen die Vermutung aufkommen, daß nicht nur der russische Wahlkampf, sondern auch der US-amerikanische hier seine Schatten vorauswirft.

Kai Ehlers

www.kai-ehlers.de

23. Das Gesetz der Zone. Gespräch über Ursachen der Korruption in Rußland

Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:07

In Rußland herrscht keine Korruption, in Rußland herrscht das Gesetz der Zone, so die These zweier Redakteure der Literaturnaja Gasjeta. Am Anfang der Privatisierung wurde dieses Gesetz mit dem Revolver vollzogen, jetzt mit sogenannten Kompromaten, die den Gegner moralisch erledigen. Das Gespräch führte Kai Ehlers.

Frage: Wie beurteilen Sie die Medienschlacht um die Korruption, die gegenwärtig in Rußland tobt?

J.: Es ist nicht alles so, wie es scheint: Als die Privatisierung 1991 einsetzte, wurde jeden Tag geschossen, gemordet, irgend jemand aufgehängt. Damals ging es um die Aufteilung der Einflußsphären. Jetzt arrangiert man sich schon irgendwie miteinander. Heute wird schon nicht mehr auf dem Niveau von Banditen mit Pistolen entschieden, sondern auf der Ebene der großen Leute, im Restaurant, unter großen Mafiosi. Man nimmt sich einen guten Tropfen und redet miteinander.

Es wurde also besser, meinen Sie, ruhiger?

J.: Ja, auch wenn es nicht so scheint. Für die einfachen Leute ist es allemal besser, wenn die Mafiosi sich nicht gegenseitig auf der Straße umbringen. Das heißt natürlich nicht, daß da alles in Ordnung ist. Es heißt nur, daß die Mafia so weit mit der Macht verflochten ist, daß sie schon so weit die Ordnung mit aufrecht erhält, daß sie sich nicht mehr auf der Straße aufhalten muß. Auf der Straße kannst du dich ruhig bewegen; für die Mafia bist du nicht wichtig.

Nur wenn man anfängt, Untersuchungen über Verbindungen, über Korruption anzustellen, oder?

B.: Nein, auch dann nicht. Für die Mafia ist die Presse inzwischen uninteressant, sie fürchten niemanden mehr. Du kannst Dokumente veröffentlichen, daß Iwan Iwanowitsch Iwanow da und dort das und das geklaut hat. Das interessiert niemanden. Kompromate, wie man bei uns sagt, Kompromate, also kompromittierende Informationen, werden aber eingesetzt, wenn es darum geht, politische Änderungen zu erzwingen. Dann tauchen plötzlich Materialien in der Öffentlichkeit auf, werden an die Presse, ans Fernsehen gegeben.

Statt Duell der Pistolen also Krieg der Kompromate?

J.: Kaderpolitik nach Präsidentenart. Das geht so: Iwan Iwanow klaute am Kiosk fünf Flaschen Wodka. Wie läuft das Kompromat? Es verkündet, daß Iwanow eine Flasche Wodka mitgehen ließ. Iwanow weiß, daß es fünf Flaschen waren und weiß, daß der Präsident es auch weiß, also macht er sich ruhig davon. Sonst könnte es geschehen, daß auch die anderen vier Flaschen noch erwähnt werden... (Beide lachen) Inzwischen wenden sich diese Methoden sogar gegen den Präsidenten selbst. Aber solche Informationen halten sich bei uns heute maximal ein Woche.

Bei uns heißt es: Die Kriminellen von gestern sind die weißen Kragen von heute. Glaubt ihr, daß sich dieser Vorgang bei euch so wiederholt?

S.: Vermutlich nicht. Als dieser Prozeß im Westen stattfand, waren das völlig andere Verhältnisse. Da war es nicht möglich, Strukturen aufzubauen, die mit den staatlichen konkurrieren konnten. Da gab es den starken Staat, den Imperator, den Monarchen, die Landesherren. Mit ihnen zu konkurrieren, war der kriminellen Welt nicht möglich. Bei uns ist das alles anders: Wir haben heute eine schlappe, abgehobene Regierung, aber eine starke, kriminelle Struktur. Der Staat lebt nach seinen Gesetzen, die Gesellschaft nach den ihrigen. Rußland lebt nach der Tradition der "Zonen", der Lager.

Soll das heißen, ganz Rußland lebt kriminell?

J.: Bei uns gibt es die Gesetze der Zone - sie sind schon sehr alt, sie stammen schon aus den zaristischen Lagern. In der Stalinzeit waren es nahezu 50 Millionen Menschen, die als Gefangene leben mußten, nicht nur Kriminelle, überhaupt Feinde der Sowjetmacht. Die Gesetze, mit denen sie überlebten, haben sich auf die ganze Gesellschaft übertragen. Die Gesetze der Zone sind natürlich keine humanen Gesetze. Aber sie

bekamen das Flair, gerechter als die Gesetze und die Ordnung der Partei zu sein. Eine Art krimineller Romantik entstand. Auch das ist in der Mentalität der russischen Menschen heute zurückgeblieben. Im Zuge der Liberalisierung nach Stalin ist die Mauer gegenüber der Zone eingebrochen. Angesichts des schlappen liberalen Staates von heute ist das Gesetz des Staates dabei nicht zu dem der Zone, sondern das der Zone zu dem des Staates geworden, weil die Zone wesentlich organisierter ist als der Staat, obwohl ihre Gesetze nicht einmal geschrieben sind, sondern einfach nur in den Köpfen der Menschen existieren. Heute herrschen im Geschäftsleben, in dem, was Demokratie genannt wird, die Gesetze der Zone. Wir leben im Lager.

Wie funktionieren die Gesetze der Zone?

K.: Die Zone hat ihre bestimmte Hierarchie, sie hat ihre bestimmten Pflichten. Die Zone ist ja nicht das Gefängnis, wo man sitzt und nichts zu tun hat. Die Zone arbeitet. Dort gibt es schlechte Arbeit, sagen wir, den Wald roden, aber auch Tätigkeiten wie die des Bäckers. Um eine Arbeit als Bäcker oder so zu bekommen, mußt du entweder Beziehungen zu höheren Stellen haben oder große Bestechungsgeschenke machen. Gute Arbeit - das ist schon Macht. Wenn du Brot schneidest, kriegt der, von dem du abhängst, ein großes Stück; die Kanten gibst du dem, der den Wald rodet. Da beginnt schon die Politik, da beginnt schon die Mafia. Am besten begreift man, worum es geht, wenn man sich anschaut, was in der Zeit der Sowjetmacht unter "Obschtschak", Kasse, verstanden wurde. Das war so: Nehmen wir an, wir haben zusammen geklaut, dann hat man dich geschnappt und du sitzt im Lager, mich haben sie aber nicht geschnappt. Was mache ich? Ich nehme einen Teil des Geldes, das wir zusammen geklaut haben, ich benutze es, um deine Familie zu ernähren, deine Kinder, dir Freßpakete ins Lager zu schicken. Allmählich hat sich daraus, unabhängig von guten oder schlechten Freunden, eine ganze Organisation entwickelt. Von ihr wurden die Familien derer unterstützt, die im Gefängnis saßen oder im Lager lebten.

K.: In der sowjetischen Zeit war es ja auch so: Wer im Lager gewesen war, war praktisch vogelfrei. Er bekam keine Papiere, keine Arbeit, kein Zuhause...

J.: ... kurz gesagt, mit dem Geld wurde ihm ein Überleben ermöglicht; man kaufte dann eine Wohnung, man kaufte Bürokraten, um ihm die nötigen Unterschriften unter Dokumente zu besorgen. Der Staat selbst sorgte für die Entstehung dieser Gegenwelt. Und so wurde "Obschtschak" ein ganzes System. In ihr gab es auch Leitungen, "Derschateli" genannt, die Unterstützer, das heißt Leute, welche die Kasse verwalteten. In neuerer Zeit ist die "Obschtschak" ins Geschäftsleben übergegangen. Es war einfach nicht mehr sinnvoll, das Geld bar in Kassen zu halten und dann daraus einzusetzen. Wenn Geld da ist, muß es kreisen. Das heißt, ein Teil des Geldes im heutigen Geschäftsleben Rußlands ist Geld aus der "Obschtschak". Und hier gibt es natürlich eine harte Disziplin: Wenn du dich nicht beugst, wirst du bestraft, ganz zu schweigen davon, daß dir schon niemand mehr hilft. Das alles bedeutet, die Gesetze der kriminellen Lagerbrüderschaft werden von niemandem übertreten.

Und alle diese Gesetze sind auf den Staat übergegangen?

K.: Nicht nur das: Sie gelten sogar auf der Ebene der Sprache. Jelzin heißt heute bei vielen schon "Pachan", das bedeutet so viel wie Chef; das ist die Zonenvariante von Papa. Das ist der Argot der Zone, eine professionelle Sprache. Diese Sprache taucht nicht nur im kriminellen Milieu auf, sondern auch in den Zeitungen, im Fernsehen, in den staatlichen Strukturen. Die wichtigste Aufgabe der Zone, der Juristen der Zone, kann man sagen, besteht heute darin, nicht zuzulassen, daß Gesetze des Staates durchkommen, welche die Gesetze der Zone durchkreuzen. Von daher existiert denn auch eine ziemlich starke Lobby der Zone in der Duma. Man finanziert die Wahl dieser oder jener Delegierten, kauft für Geld diese oder jene Entscheidung, indem man Abgeordnete besticht, und das läuft alles auf hohem Niveau.

Dies auf irgendeine Weise künstlich abzubrechen, dafür ist es jetzt schon zu spät. Selbst wenn es einen neuen Stalin gäbe, wäre das nicht möglich. Unter Stalin gab es ja immer noch eine ziemlich starke Armee, ziemlich starke Straforgane, die sich noch in der Zeit des Bürgerkrieges herausgebildet hatten. Heute gibt es das alles nicht, keine starke Strafjustiz, statt dessen eine käufliche, verkaufte Strafjustiz. Jeder beliebige Polizist ist auf seiner Ebene heute käuflich. Einen starken KGB gibt es auch nicht. Das ist schon keine Korruption mehr, das ist das Gesetz der Zone. Um die Gesellschaft von den Gesetzen der Zone zu befreien, gibt es zwei Wege: Die ganze Bevölkerung Rußlands aus diesem Staat zu vertreiben oder zu warten, bis sich die Gesetze der Zone in

mehr oder weniger zivilisierte Umgangsformen verwandelt haben. Das kann lange dauern. Mit Gewalt aber ist nichts zu erreichen, solange das Gesetz der Zone in achtzig, neunzig Prozent der Gesellschaft wirkt.

24. Militärintervention und Neuordnung. Kolumbien droht ein internationaler Truppeneinmarsch

Autor: Raul Zelik · Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:32

Kurz vor dem Abzug der US-Truppen aus Panama hat die Militärstrategen des Pentagon eine hektische Geschäftigkeit erfaßt. In Peru, Ecuador, Brasilien und Argentinien diskutierten Clintons Gesandte in den letzten Wochen die Entsendung einer US-geleiteten multinationalen Interventionstruppe nach Kolumbien. Das südamerikanische Land, das von Streiks im öffentlichen Sektor und schweren Gefechten zwischen Armee und Guerilla erschüttert wird, gilt als Instabilitätsfaktor in der Region.

Die beunruhigendste Nachricht im Zusammenhang mit dem kolumbianischen Konflikt wurde Anfang September nicht aus dem südamerikanischen Land selbst, sondern aus dem brasilianischen Manaos vermeldet. Der venezolanische Präsident Hugo Chávez - ein linksnationalistischer Offizier, 1992 noch wegen der Organisierung eines Aufstandes gegen die korrupte Pérez-Regierung mit Gefängnis bestraft und im vergangenen Jahr Wahlsieger - traf sich in der Amazonasmetropole mit dem brasilianischen Staatschef Fernando Henrique Cardoso, um diesen zu einer klaren Stellungnahme gegen eine Militärintervention in Kolumbien zu bewegen. Eine solche Operation wäre verhängnisvoll, erklärte Chávez und würde auch Venezuela in den Konflikt hineinziehen. (El Espectador, 6.9.1999) Um eine politische Lösung herbeizuführen, sollten befreundete lateinamerikanische Staaten die Verhandlungen zwischen Regierung und Guerilla in Kolumbien aktiv unterstützen.

Für wie ernst die venezolanische Regierung die Interventionsgerüchte in der Region hält, zeigt sich am Ausmaß ihrer Reisediplomatie, trotz der großen innenpolitischen Konflikte im Land selbst. So reiste der Außenminister José Vicente Rangel im gleichen Zeitraum nach Buenos Aires, um gegenüber dem argentinischen Präsidenten Menem die venezolanische Position zu bekräftigen. Menem gilt neben Fujimori als wichtigster Verbündeter der US-Militärpläne. Außerdem kündigte Chávez an, sich Ende September mit den Generalsekretären der UNO, der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) und dem Papst zu treffen, um über Friedensinitiativen für Kolumbien zu beraten. Chávez schwebt nach eigenen Angaben eine internationale Konferenz unter UN-Mandat vor, die er eventuell schon beim Jahrestreffen der UNESCO im Oktober öffentlich vorstellen will.

Die hektische Reisediplomatie hat handfeste Gründe: Ende August erklärte der argentinische Präsident Carlos Menem bei einem Treffen mit US-General und "Drogenbekämpfer" Barry McCaffrey erneut seine Bereitschaft, im Rahmen einer internationalen Operation argentinische Truppen nach Kolumbien zu entsenden; er forderte regelrecht eine derartige Aktion ein. Auch aus Peru und Ecuador wird berichtet, daß US-Gesandte bereits detaillierte militärische Absprachen mit den jeweiligen Regierungen getroffen haben. Der peruanische General Montesino, ein Vertrauter Fujimoris und nach Presseberichten seit den 70er Jahren auch als CIA-Agent tätig, bestätigte unlängst in einem Interview mit der spanischen Tageszeitung ABC, daß bei den Gesprächen auch konkrete Interventionspläne erörtert wurden.

Innere Aufrüstung

Schon seit 1996, seit die FARC-Guerilla in Südkolumbien der Armee mehrere vernichtende Niederlagen zugefügt hat, geben sich hochrangige US-Delegationen in der Region die Klinke in die Hand. Unter dem Deckmantel der "Drogenbekämpfung" wird eine schleichende Intervention eingeleitet. So ist Kolumbien im vergangenen Jahr zum drittgrößten Empfänger von US-Militärhilfe in der Welt aufgestiegen. Als der kolumbianische General Tapias Stahelin und Verteidigungsminister Ramírez im Juli in Washington wegen der Erhöhung der Militärhilfe auf 500 Millionen US-Dollar jährlich vorstellig wurden, erwiderte ihnen der Ex-General Barry McCaffrey, seines Zeichens Mitglied im US-Sicherheitsrat, 500 Millionen seien in Anbetracht der katastrophalen Lage in Kolumbien nicht genug. Das Land brauche 1 Milliarde Dollar jährlich, inzwischen sind sogar 1,3 Milliarden im Gespräch.

Nach Angaben lateinamerikanischer Medien haben Barry McCaffrey, der Chef des US-Kommandos Süd Charles E. Wilhelm sowie der Staatssekretär und Clinton-Vertraute Thomas Pickering inzwischen mit den meisten lateinamerikanischen Regierungen über die Initiative einer multinationalen Eingreiftruppe gesprochen. McCaffrey erklärte bei seinem Besuch in Buenos Aires gegenüber der Tageszeitung Clarin beispielsweise, "die

FARC hätten kein Interesse an einer friedlichen Lösung" und die US-Regierung "müsse bis Weihnachten eine Entscheidung getroffen haben". Dies stimmt auch mit Äußerungen von Außenministerin Albright überein, die gegenüber der New York Times unlängst sagte, "die Probleme Kolumbiens gingen über die Grenzen hinaus und hätten Auswirkungen auf die Stabilität in der ganzen Region."

Um nicht in ein Abenteuer wie in Vietnam hineinzurutschen, versucht sich die Clinton-Administration allerdings in verschiedene Richtungen abzusichern. So erklärte McCaffrey, eine direkte US-Intervention sei "selbstmörderisch". Man bevorzugt stattdessen die Entsendung einer peruanisch-ecuadorianisch-brasilianischen Eingreiftruppe, die diskret von US-Sicherheitsspezialisten und Militärberatern geleitet und von Flugzeugträgern der US-Navy unterstützt werden könnte.

In der kolumbianischen Tageszeitung El Colombiano wurde sogar schon ein Termin für eine derartige Operation genannt. Anfang 2000 werde die Regierung Pastrana ihre Gespräche mit der Guerilla abbrechen und dann internationale Hilfe anfordern können, hieß es Anfang September. Der im schwedischen Exil ansässige kolumbianische Nachrichtendienst Anncol zitierte den peruanischen General Montesino, wonach eine mehrstufige Intervention möglich sei. Zunächst sei an den Einsatz von 120.000 Soldaten gedacht, die 45-60 Tage lang Guerilla-Camps in der Grenzregion angreifen und von der kolumbianischen Armee eroberte Gebiete sichern könnten. Dazu kämen dann noch Luftstreitkräfte und Marinedivisionen.

US-Streitkräfte setzen sich fest

Selbst wenn es jedoch nicht zu einer direkten Invasion käme, gibt es schon jetzt eine umfassende Neuformierung der US-Truppenpräsenz in der Region, die sich nur noch schlecht unter dem Deckmantel der "Drogenbekämpfung" verbergen läßt. So hat die US-Army erklärt, daß die heute in Panama stationierten Truppen nach der Übergabe der Kanalzone an Panama auf keinen Fall nach Norden zurückverlegt werden. Sie sollen vielmehr innerhalb der Karibik auf verschiedene Stützpunkten verteilt werden.

Die Wahl der rechten Kandidatin Mireya Moscoso zur panamenischen Präsidentin kam dem US-Generalstab gerade recht. Trotz der 1977 getroffenen Vereinbarung, alle US-Einrichtungen in der Kanalzone zur Jahrtausendwende zu schließen, will die neue Präsidentin Moscoso 3300 US-Soldaten "zum Minenräumen" in Panama belassen. Angekündigt wurde außerdem, daß diese Truppen auch die panamenische Polizei in Anti-Guerilla-Taktiken ausbilden soll (Panama besitzt seit der US-Invasion 1990 keine eigene Armee mehr). Weitere 1830 US-Infanteristen aus der Kanalzone sowie 2700 Angehörige von Spezialeinheiten werden auf den Karibikinseln Aruba und Curacao unweit der kolumbianischen Küste stationiert, wo im Moment neue militärmaschinentaugliche Flugplätze gebaut werden. Etwa 1000 Soldaten plus Hubschrauber kommen zudem auf den hondurenischen Stützpunkt Soto de Caño, von dem aus man sowohl die Unruhegebiete in Mexiko als auch die kolumbianischen Kriegsgebiete erreichen kann. Der Rest des US-Kommandos Süd soll nach Puerto Rico verlegt werden, wo die Militärpräsenz im Augenblick massiv ausgebaut wird.

Zur wichtigsten Basis für die Anti-Guerilla-Operationen in Kolumbien wird jedoch das Amazonasbecken. Die in den vergangenen sechs Monaten ausgebauten Stützpunkte im peruanischen Riverine (Iquitos) und im ecuadorianischen El Coca, die beide unweit der kolumbianischen Grenze liegen, werden vollständig vom US-Verteidigungsministerium finanziert und besitzen eine starke Präsenz von US-amerikanischen Special Operation Forces (SOF), die dort auch brasilianische Militärs im Dschungelkampf ausbilden. Über die Pläne der SOF in Amazonien hieß es unlängst im US-Verteidigungsschuß: "Die Sensibilität der Spezialoperationen in Lateinamerika hindert uns, die Operationen in diesem Bericht zu diskutieren." Mit US-Hilfe ausgebaut wurden auch die im kolumbianischen Amazonien gelegenen Stützpunkte Puerto Leguízamo (an der peruanischen Grenze) und Tres Esquinas (Departement Guaviare).

Die US-Präsenz in den wichtigsten kolumbianischen Militärbasen Tolemaida (Departement Tolima) - gleichzeitig wichtiger Ausbildungsort der Paramilitärs - und Tres Esquinas wird im Augenblick auf 160 US-Militärs sowie 30 zivile US-Spezialisten beziffert. Sie sind unter anderem mit der Ausbildung sogenannter Batallones Anti-Narcóticos, Anti-Drogeneinheiten, beauftragt, die - wie man mittlerweile offiziell zugibt - auch zur Bekämpfung der Guerilla dienen sollen. De facto werden sie dies wohl fast ausschließlich tun. In dem im Dezember 1998 verabschiedeten bilateralen Militärabkommen zwischen Kolumbien und den USA ist von einer noch höheren Beraterzahl die Rede. General Wilhelm äußerte, mindestens 2000 Militärberater seien mittelfristig in Kolumbien nötig.

Auch die zivil-militärische Präsenz der USA wächst. In der im reichen Norden Bogotás neugebauten US-Botschaft, die einem Bunker gleicht, ist das Personal im vergangenen Jahr von 282 auf 360 Angestellte aufgestockt worden, davon 120 Personen mit "Spezialaufgaben". Die US-Berater sind längst nicht mehr nur in der Armee und Polizei tätig. Auch im Justiz- und Gefängniswesen und vermutlich auch in den Medienstellen sind US-Spezialisten aktiv.

Der Schlüsselbereich ist allerdings neuerdings die Luftunterstützung. Schon seit Jahren kreuzen Hochtechnologieflug- zeuge der US-Luftwaffe über kolumbianischem Territorium, um die Funkverbindungen der Guerilla mitzuschneiden, Truppenkonzentratio- nen zu orten und verschlüsselte Nachrichten zu dekodieren. Dabei greifen die US-Flugzeuge neuerdings auch ganz offiziell "als logistische Unterstützung" in Kämpfe ein. Bei den letzten Gefechten mit den FARC im Juli diesen Jahres lieferte die US-Luftwaffe den kolumbianischen Piloten Informationen über die Einsatzziele. Der Großteil der US-Flugzeuge startet dabei von den niederländischen Inseln Aruba und Curacao oder dem ecuadorianischen Luftwaffenstützpunkt Manta aus. Als im vergangenen Juni eine mit Spionagegeräten vollgestopfte US-RC-7 in Südkolumbien abstürzte, wurden innerhalb kürzester Zeit 24 Flugzeuge der US-Luftwaffe in die Absturzregion mobilisiert.

Umstrukturierungen der Militärpräsenz

Trotz des ständigen Anstiegs der schleichenden Intervention werden Vorbereitungen zur Bildung einer multinationalen Truppe getroffen. Dafür werden auch alte Feindschaften zurückgestellt. Auf den Druck Washingtons hin haben Ecuador und Peru ihre Grenzstreitigkeiten beigelegt und die Truppen an die kolumbianischen Grenzen verlegt. Ähnlich überraschende Umstrukturierungen werden auch aus Argentinien gemeldet, wo man der Presseagentur Anncol zufolge auf den Malvinen einen 13.000 Soldaten fassenden, gemeinsam von den USA, Großbritannien und Argentinien genutzten Militärstützpunkt errichten will. Zwar ist der britisch-argentinische Konflikt bis heute nicht beigelegt, die Blair-Regierung gilt jedoch als entschiedener Fürsprecher einer militärischen Lösung in Kolumbien, seitdem British Petroleum Milliarden in die kolumbianischen Erdölindustrie investierte.

Am problematischsten dürfte die Situation in Venezuela werden, wo die traditionelle Oligarchie auch aus innenpolitischen Motiven gegen den Präsidenten Hugo Chávez mobil macht. Das Land ist seit Jahren in den kolumbianischen Konflikt verwickelt. Aus den nordostkolumbianischen Kriegsprovinzen reißen die Flüchtlingsströme nach Venezuela nicht ab. Zwar haben die Guerillaorganisationen ELN und FARC mit der Machtübernahme der Regierung Chávez ihre Aktionen auf venezolanischem Gebiet eingestellt, doch nun werden die rechten Paramilitärs immer aktiver.

Zur Ausweitung des Krieges paßt auch die Meinungsoffensive, die im Moment gegen Chávez veranstaltet wird. In den USA wurde im August die bizarre Theorie einer "Achse Castro-Chávez-FARC" lanciert, als ob sich der Weltkommunismus nun in der Karibik neuformieren würde. Der unterlegene Präsidentschaftskandidat der venezolanischen Rechten Henrique Salas Römer nannte Chávez gar "einen Intimfreund der kolumbianischen Guerilla". Die Regierung Chávez ist zwar US-kritisch und verfolgt die bolivarianische Idee eines lateinamerikanischen (Inter-) Nationalismus, aber mit den sozialistischen Konzepten von ELN und FARC hat sie nichts am Hut. Das wissen auch die Urheber dieser Gerüchte, denen es vor allem darum gehen dürfte, die Regierung in Caracas zu destabilisieren oder ihre Friedensbemühungen zu sabotieren. Es wäre wahrlich keine Überraschung, wenn Chávez das gleiche Schicksal ereilen würde wie einst den panamenischen Präsidenten Torrijos, der 1981 auch über seinen lateinamerikanischen Antiimperialismus stürzte.

Fadenscheinige Begründungen

Daß die Interventionspläne in der Region immer wieder in den Zusammenhang mit Menschenrechten und Drogenbekämpfung gebracht werden, ist eine reine Farce. Der Menem-Administration in Buenos Aires, die als wichtigster US-Verbündeter in Lateinamerika gilt, werden selbst Verwicklungen in schwere Drogenskandale nachgesagt. Darüberhinaus kontrollieren die kolumbianischen Militärs, die zweiten wichtigen US-Partner, die Häfen von Urabá (Nordwestkolumbien), von denen aus 70% des für die USA bestimmten Kokains verschifft werden. Der kolumbianische Paramilitärkommandant Carlos Castaño, seinerseits wiederum ist eng mit der Armee liiert, stammt aus dem Medellín-Kartell und gilt als wichtigster Drogenhändler Kolumbiens.

Der Guerilla hingegen lassen sich keine direkten Verwicklungen in Drogengeschäfte nachweisen: Die ELN unterbindet den Kokaanbau in vielen ihrer Gebiete, die FARC kassieren zwar eine Steuer von den

HändlerInnen, haben aber auch Substitutionsprojekte für die KleinbäuerInnen gefordert. Und was die Menschenrechte betrifft, ist die Heuchelei Washingtons sogar noch größer. Dem Jahresbericht von Amnesty International zufolge (El Colombiano 9.9.1999), gab es "in den ersten 8 Monaten diesen Jahres mehr als 1000 tote Zivilisten in Kolumbien, wobei die große Mehrheit von den von der Armee unterstützten Paramilitärs getötet wurde. Andere Zivilisten starben bei Bombardierungen der Luftwaffe oder wurden wegen ihrer politischer Überzeugung ermordet." Daß Amnesty auch der Guerilla vorwirft, einige Dutzend Zivilisten erschossen zu haben, ändert nichts an der Situation: Washington rüstet eine Armee auf, die schwerste Kriegsverbrechen begeht. Der Terror folgt der Logik der Low Intensity Warfare, der offiziellen US-Strategie für "Kriege geringer Intensität", die Under-Cover-Aktionen gegen Oppositionelle ausdrücklich mit einschließt.

Raul Zelik

Vom Autor erscheint im Oktober 1999 das Buch "Kolumbien - Große Geschäfte, staatlicher Terror und Aufstandsbewegung", ISP-Verlag, 248 Seiten, ca. 30 DM

Raul Zelik und Dario Azzellini stehen für Veranstaltungen zum schmutzigen Krieg und der drohenden Militärintervention in Kolumbien als Referenten zur Verfügung. Wer mit ihnen Kontakt aufnehmen möchte, kann sich telefonisch an die ak-redaktion oder schriftlich an die arranca! c/o Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin wenden.

25. Warten auf Konsens. Rätseln über die rotgrüne Atompolitik

Autor: Jochen Stay · Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:38

Rätseln über die rot-grüne Atompolitik

Spätestens am 12. September war für die Anti-AKW-Bewegung die Sommerpause vorbei. Sprichwörtlicher Auftakt eines aktionsreichen Herbstes war die Konzertblockade der "Lebenslaute" in Biblis, intoniert wurde die "Abschiedssinfonie" von Haydn.

Ob es mit dem Abschied von der Atomenergie etwas wird, das wird sich vielleicht auch schon in diesem Herbst herausstellen. Daß dabei von der rot-grünen Bundesregierung nichts zu erwarten ist, hat sich inzwischen herumgesprochen. Das Kapitel zur Atompolitik im Koalitionsvertrag ist mittlerweile fast abgearbeitet, und zwar insofern, als alle vor einem Jahr beschlossenen Maßnahmen nach und nach auf dem Müllhaufen der unerfüllten Versprechen gelandet sind.

Atomgesetzänderung innerhalb von 100 Tagen? Pustekuchen! Schneller Ausstieg aus der Wiederaufarbeitung? Da sei Schröder vor! Nur ein Endlagerprojekt? Trittin mag nicht von Konrad lassen! Konsensverhandlungen auf ein Jahr befristet? Lieber nicht! Festlegung von einheitlichen Restlaufzeiten durch die Regierung? War da was? Den Ausstieg umfassend und unumkehrbar regeln? Äh...

Inzwischen wären die Grünen schon glücklich, wenn ein Altreaktor bis zu den nächsten Wahlen vom Netz geht. Dafür sind sie bereit, für den Großteil der AKWs weitreichende Bestandsgarantien abzugeben. Auf einer Diskussionsveranstaltung des "Informationskreis Kernenergie" über die "Zukunft der deutschen Kernenergiepolitik" erklärte die energiepolitische Sprecherin der bündnisgrünen Bundestagsfraktion, Michaele Hustedt: "Die Grünen geben sehr viel, sie helfen bei der Entsorgungsfrage mit Blick auf die Zwischenlager und die Probleme bei den Transporten von radioaktivem Abfall. Wir wollen zur Beruhigung der Situation beitragen, zu mehr Sicherheit bei der Entsorgungsregelung und einem ruhigen Betrieb der Kernkraftwerke in den Restlaufzeiten. Dafür fordern die Grünen, daß der Ausstieg noch in dieser Legislaturperiode beginnen muß."

Ein Jahr nach ...

... dem rot-grünen Wahlsieg vom 27. September letzten Jahres rückt die Atompolitik wieder mehr in den Mittelpunkt. Denn vor der Sommerpause hatte die Regierungskoalition diese Frage auf den 30.9. vertagt. Bis dahin soll eine Arbeitsgruppe von Staatssekretären aus den Ressorts Umwelt, Inneres, Justiz und Wirtschaft unter der Leitung von Rainer Baake aus dem BMU eruieren, ob und wie eine entschädigungsfreie Begrenzung der AKW-Laufzeiten ohne eine Einigung mit den Betreibern möglich ist.

In einem ersten Papier aus dem Hause Trittin für diese Arbeitsgruppe, das Ende August öffentlich wurde, werden aber noch ganz andere Fässer aufgemacht: Der im Koalitionsvertrag schon abgeschriebene Schacht Konrad soll nun - so der Entwurf - doch als Endlager genehmigt werden, damit der Bund nicht die 1,4 Milliarden DM zurückzahlen muß, die bisher von Betreiberseite in das Projekt geflossen sind. Die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente im Ausland bliebe nach dem BMU-Papier teilweise möglich. Dies gilt 1. für bereits in La Hague und Sellafield antransportierte Abfälle, 2. für die nach den sogenannten Altverträgen noch durchzuführenden Transporte und 3. für die AKWs, die ohne WAA-Transporte abschalten müßten.

Schwerpunkt des Entwurfs ist allerdings ein Szenario, wie die Laufzeit der AKWs auf 25 Kalenderjahre begrenzt werden könnte. Der Idee von Wirtschaftsminister Müller, einen Atomkonsens mittels eines öffentlich-rechtlichen Vertrages abzusichern, wird dabei verworfen.

Die BeamtInnen aus dem Umweltministerium haben sich richtig Mühe gegeben und für die Arbeitsgruppe nochmals die wichtigsten Argumente gegen die Nutzung der Atomenergie zusammengetragen und belegt. Jetzt stehen sie allerdings juristisch gesehen vor einem Dilemma: Wenn die AKWs wirklich so gefährlich sind, wie es die Vorlage aus dem BMU versucht nachzuweisen, dann ist diese ungeeignet für den Zweck, die AKW-Laufzeiten auf 25 bis 35 Jahre zu begrenzen. Denn wenn die beschriebenen Risiken wirklich existieren,

dann muß der Staat die Atommeiler sofort vom Netz nehmen, um Schaden von der Bevölkerung abzuwenden. In der Sprache der JuristInnen heißt das "Schutzpflicht des Staates".

Da der Sofortausstieg zwar juristisch angemessen aber politisch weder von SPD noch Grünen gewollt ist, müssen die armen FachbeamtInnen ihr Papier jetzt wieder entschärfen, müssen herausfinden ob vielleicht einzelne Reaktorblöcke gefährlicher sind als andere und so das Abschalten einzelner Anlagen juristisch zu rechtfertigen ist.

Was endgültig am 30. September in der Vorlage der Staatssekretäre stehen wird, ist nicht absehbar. Zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Artikels deutet sich sogar an, daß es bis Ende September zu keiner Einigung zwischen den Auffassungen des Umwelt- und Wirtschaftsministeriums kommen wird. Damit würde sich die Prophezeiung von Christian Schwägerl aus der Berliner Zeitung vom 30.8. erfüllen: "Es zeichnet sich ab, daß die Expertengruppe die Aufgabe erfüllt, die ihr der Kanzler eigentlich gestellt hat: den Ausstieg im Dissens mit den Konzernen, den manche Grüne für möglich halten, totzuprüfen."

Auch ist noch völlig offen, wie das Procedere nach dem vom Kabinett gesetzten Termin aussieht. Wird zuerst das Kabinett oder werden die Koalitionsparteien miteinander den weiteren Kurs abstimmen? Wird es eine neue offizielle Verhandlungsrunde mit den AKW-Betreibern geben, nachdem sich Mitte September ja bereits Joschka Fischer und Jürgen Trittin mit einigen Konzernchefs zum inoffiziellen Gespräch getroffen haben?

Bleibt nur Spekulation

Zum Beispiel darüber, daß es den Atomstromern sehr gelegen kommt, wenn sich der Konsens-Prozeß weiter in die Länge zieht. Denn dann läßt sich jedes halbwegs ernsthafte Bemühen der staatlichen Behörden um sicherheitsorientierten Gesetzesvollzug als "Politik der Nadelstiche" diffamieren und es kann die "Friedenspflicht" während der Konsensgespräche angemahnt werden. Und ganz nebenbei kommt die Hoffnung auf, daß es der Branche gelingt, die Regierungszeit der beiden selbsternannten "Ausstiegsparteien" zu "überwintern" ohne auch nur ein einziges AKW vom Netz nehmen zu müssen. Im Vorfeld des 30.9. beharren sie jedenfalls auf ihrer Position, die Reaktoren erst nach 35 Vollastjahren (macht bis zu 45 Kalenderjahre) abzuschalten.

Spekulation auch darüber, ob und wie sich die beiden Regierungsparteien einigen. Nachdem im Frühsommer die Regelung der AKW-Laufzeiten als Knackpunkt erschien ("unter 30 Jahre" forderten die Grünen, 35 Jahre Minister Müller), so entfernt sich die interne Diskussion inzwischen von dem Gedanken, daß alle Reaktoren gleiche Lebenszeiten bekommen sollen. Jetzt gibt es Modelle, die vorsehen, einzelne Kraftwerke aufgrund mangelnder Sicherheit oder Wirtschaftlichkeit relativ bald stillzulegen und dafür dem großen Rest langfristigen Bestandsschutz zu gewähren. Das würde die allerletzte grüne Forderung nach einem Bauernopfer der Konzerne noch vor den Wahlen erfüllen, brächte die Betreiber aber andererseits den 35 Vollastjahren pro Meiler näher. Würden z.B. - was die Grünen sicherlich schon als Erfolg verkaufen würden - die beiden alten und relativ kleinen AKWs Obrigheim und Stade bis 2002 stillgelegt, so blieben noch 95,2% der deutschen Atomstromkapazitäten langfristig am Netz.

Spekulation schließlich darüber, wie sich die grüne Partei verhält, wenn auch ihre letzte Forderung nicht erfüllt wird. Denn die einzige Frage, bei der die Grünen überhaupt noch Spielraum haben, ist diejenige nach dem Gewicht, dem sie der Atomfrage einräumen. Wird es einen Sonderparteitag geben? Wird die Atomfrage zur Koalitionsfrage erhoben? Dies alles bleibt im Augenblick noch unbeantwortet.

Jochen Stay

26. Castor 99 - Up on the Road again?

Autor: Jochen Stay · Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:42

Während Bundesregierung und Betreiber noch öffentlichkeitswirksam über Konsens und Dissens und um Vollast- oder Kalenderjahre streiten, spitzt sich die Situation an den AKW-Standorten zu. Denn noch immer gilt der Merkelsche Transportestopp für hochradioaktiven Atommüll. Nachdem die Betreiber noch im Frühjahr dachten, es sei möglich, demnächst wieder von allen Kraftwerken abgebrannte Brennelemente auf Reisen zu schicken, haben sie inzwischen verstanden, daß es angesichts des geplanten Widerstandes aus der Anti-AKW-Bewegung not tut, die Kräfte auf diejenigen Reaktoren zu bündeln, die demnächst abgeschaltet werden müßten, wenn nicht bald wieder Transporte rollen.

Im Frühsommer haben die Betreiber ihren mehrmaligen Ankündigungen Taten folgen lassen. Für die AKWs Biblis, Stade, Philippsburg und Neckarwestheim wurden beim Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) Transportanträge gestellt. Geplant sind jeweils ganze Transportserien von Stade nach La Hague, von Neckarwestheim 1 nach Sellafield, von Neckarwestheim 2 nach Ahaus, von Biblis nach La Hague und nach Sellafield und schließlich von Philippsburg nach La Hague. Zusätzlich wurde für die sechs in La Hague bereitstehenden Waggons mit in Glaskokillen eingeschmolzenen hochaktiven WAA-Abfällen ein neuer Transportantrag für die Lieferung nach Gorleben gestellt, nachdem die bereits erteilte alte Transportgenehmigung bisher nicht in Anspruch genommen wurde und im Oktober ausläuft.

Allerdings kann das BfS die Transporte erst genehmigen, wenn verschiedene Vorbedingungen erfüllt sind. So ist das Problem der Außenkontamination noch immer nicht abschließend gelöst. Öko-Institut und Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) wurden beauftragt, in drei Gutachten zu erarbeiten, wie die Kontamination zukünftig zu vermeiden ist. Die Gutachten beziehen sich auf die drei unterschiedlichen Arten von Transporten, zum einen Atommüll-Fuhren von den AKWs zu den Zwischenlagern Ahaus und Gorleben, zum zweiten die Rücktransporte hochradioaktiver Abfälle aus der Wiederaufarbeitung nach Gorleben und zum dritten die Transporte aus den Reaktoren in die ausländischen WAAs.

Gutachten...

Das erste Gutachten zu den innerdeutschen Transporten wurde im Mai fertiggestellt. Die Betreiber mußten nun zu einer ausführlichen Liste von Auflagen Stellung nehmen. Im Juli lag die Antwort vor. Jetzt sind die Gutachter damit beschäftigt zu prüfen, ob mit den von den Betreibern vorgesehenen Maßnahmen die Auflagen wirklich erfüllt sind. Mitte September erklärte Jürgen Trittin, daß die Betreiber nun nahezu alle Anforderungen erfüllt hätten und er für den Januar 2000 mit einem Transport von Neckarwestheim nach Ahaus rechnet.

Das zweite Gutachten zu den Rücktransporten ist seit Juli fertiggestellt. Zur Zeit wird von den Betreibern die Liste der Auflagen bearbeitet. Allerdings scheitert der geplante Sixpack von La Hague nach Gorleben an der baufälligen Bahnbrücke bei Hitzacker im Wendland. Die Deutsche Bahn AG teilte kürzlich den Betreibern des Zwischenlagers in Gorleben mit, daß die Sanierung der denkmalgeschützten Brük-ke erst im Herbst 2000 abgeschlossen werden kann. Die Verzögerungen ergäben sich wegen "Genehmigungsproblemen im Bereich des Naturschutzes" und wegen Unterbrechungen der Bauarbeiten während der Elbe-Hochwasser.

Daraufhin meldete sich das Innenministerium in Hannover zu Wort und bekräftigte, daß Transporte, die nicht bis zur Umladestation in Dannenberg auf der Schiene rollen können, aus polizeilicher Sicht nicht durchführbar sind: "Der Schutz der Transporte auf der Straße zwischen Dannenberg und Gorleben bereitet der Polizei bereits jetzt erhebliche Probleme. Ein noch längerer Straßentransport sprengt den Rahmen von Aufwand und Kosten vollends".

Das dritte Gutachten - zu den WAA-Transporten - soll bis Ende November fertiggestellt sein. Bis zur Erfüllung der Auflagen kann es bis Februar 2000 dauern. Es gibt auch Andeutungen, daß sich Öko-Institut und GRS nicht ganz einig darüber sind, ob es überhaupt technisch möglich ist, die Außenkontamination vor allem bei den französischen Transportbehältern zu vermeiden.

Die Erfüllung der Auflagenlisten aus den Gutachten ist allein noch nicht ausreichend, damit das BfS die Transporte genehmigt. Dazu bedarf es unterschiedlichster Unterlagen. Noch Ende August machte das

Bundesamt öffentlich, daß die Betreiber sich zwar einerseits über das langsame Tempo der Antragsbearbeitung beschweren, andererseits aber ihre Unterlagen noch nicht vollständig vorgelegt haben.

Ein zentraler Punkt bei der Genehmigung sind auch die bisher fehlenden verkehrsrechtlichen Zulassungen der Behälter. Ob und wann das BfS die verschiedenen Fabrikate wieder auf Straßen und Schienen läßt, ob dazu neue Falltests oder weitere Gutachten nötig werden, all das steht zur Zeit in den Sternen.

Bevor ein Transport rollen kann, muß im betroffenen Kraftwerk noch eine sogenannte Kalthantierung mit dem entsprechenden Behältertyp durchgeführt werden, um zu beweisen, daß die in der Theorie entwickelten Kontaminationsschutzmaßnahmen auch in der Praxis etwas taugen. In Philippsburg und Neckarwestheim stehen dafür schon Behälter bereit.

Da sich die bisherigen Anträge hauptsächlich auf Transporte zu den WAAs beziehen, die Frage des Kontaminationsschutzes bei den dafür genutzten Behältertypen aber am schwierigsten zu lösen ist und allein die Abarbeitung des entsprechenden Gutachtens noch voraussichtlich bis Februar dauern wird, arbeiten die Betreiber an Alternativlösungen. So deutete Jürgen Trittin bei seinem Besuch in Ahaus im Sommer an, daß nicht nur aus Neckarwestheim, sondern auch aus Biblis und Philippsburg demnächst Transporte in das münsterländische Zwischenlager beantragt werden sollen. Damit halten sich die Betreiber alle Optionen offen. Schließlich ist man in Sachen Kontamination bei den innerdeutschen Transporten schon am weitesten vorangekommen. Wegen der Brückenprobleme und der Expo in Hannover fällt das Zwischenlager Gorleben vorerst aus, so wird bis Ende 2000 nur Ahaus als Zielort dieser Transporte in Frage kommen.

Ob allerdings der langwierige Zeitplan in Sachen WAA-Transporte wirklich Bestand hat oder ob durch ein Machtwort des Bundeskanzlers plötzlich alle Sicherheitsbedenken mit einem Schlag vom Tisch sind, das wird von den Beteiligten unterschiedlich bewertet. Ende August klopfte die britische WAA-Betreiberin BNFL schon mal bei Gerhard Schröder an und pochte auf die Einhaltung der Lieferverträge. Dementsprechend läßt sich nicht mit Gewißheit sagen, daß in diesem Jahr kein Castor mehr rollt. So müßte beispielsweise die Transportserie vom Block Biblis B eigentlich spätestens im Oktober beginnen, um ein Abschalten des Reaktors im nächsten Frühjahr zu vermeiden.

Doch auch wenn sich die Transporte aus genehmigungstechnischen Gründen weiter verzögern oder wenn die Verstopfungsstrategie der Anti-Atom-Bewegung dazu führt, daß wegen fehlender Polizeikapazitäten nur ein oder zwei Transporte rollen können, geben die Betreiber noch nicht auf. Zur Zeit wird geprüft, ob es rechtlich möglich ist, in großem Umfang abgebrannte Brennelemente in Castoren auf dem Gelände der AKWs unter freiem Himmel zu lagern. Diese sogenannte Transportbereitstellungslagerung ist in Neckarwestheim bereits für sechs Behälter genehmigt, dort allerdings mit der entscheidenden Auflage, daß die auf diese Weise geleerten Stellplätze im Abklingbecken freibleiben müssen, da sonst die für das Kraftwerk genehmigte Umgangs- und Lagermenge radioaktiver Stoffe überschritten wird. Die Erhöhung dieser Menge bedarf eines sich über mehrere Jahre hinziehenden Genehmigungsverfahrens. Jetzt prüfen die JuristInnen, ob die Transportbereitstellungslagerung nicht auch außerhalb dieser genehmigten Lagermenge erfolgen kann. Eine für die nahe Zukunft vielleicht entscheidende Frage beim Kampf um die Verstopfung der Reaktoren.

Das gleiche Problem besteht bei dem für das AKW Stade beantragte zusätzliche Lagergestell, mit dem die Kapazität des Abklingbeckens so erhöht werden soll, daß der Reaktor noch ein weiteres Jahr am Netz bleiben kann. Ein vom niedersächsischen Umweltminister Wolfgang Jüttner in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten kommt zu dem Ergebnis, daß es sich beim Einsatz des Gestells um eine "wesentliche Änderung" der Betriebsgenehmigung handelt. Deshalb muß nicht nur das Gestell, sondern die ganze Anlage neu auf ihre Risiken überprüft werden. Ob auch eine Öffentlichkeitsbeteiligung notwendig wird, hängt letztendlich von der Bewertung der Risiken ab, ist also augenblicklich noch offen.

Bewegung aktiv

Viel zu tun also weiterhin für die Anti-Atom-Bewegung. Den Anfang hat die "Lebenslaute" in Biblis gemacht. Am 25. September gibt es einen Aktionstag gegen das geplante Zwischenlager in Lingen und Aktionen am AKW Neckarwestheim. Am 3. Oktober wird gegen die Inbetriebnahme der PKA in Gorleben und am 10. Oktober wird am Schacht Konrad demonstriert. Am 30. Oktober gibt es schließlich einen europäischen Aktionstag gegen Atommülltransporte mit Aktionen in Großbritannien, Frankreich und der Bundesrepublik.

Hierzulande werden die Schwerpunkte nach vorläufigen Planungen in Berlin, in Stade und entweder in Philippsburg oder in Neckarwestheim liegen.

Die aktionsorientierten Initiativen an den Standorten und in den Städten und auch die Kampagne "X-tausendmal quer - überall" erhalten in nächster Zeit deutliche Unterstützung aus den Umweltverbänden. Fast in allen Gruppierungen, ob Greenpeace oder IPPNW, ob NABU oder BUND, ob BBU oder Robin Wood hat die Frage des Atomausstiegs hohe Priorität. Der Druck auf die Bundesregierung und die Atomwirtschaft soll verstärkt werden. Die Verbände planen sogar einen eigenen Aufruf gegen den nächsten Castor-Transport.

Sollte dieser tatsächlich Anfang kommenden Jahres nach Ahaus rollen, dann wird vor allem interessant, wie sich die Diskussion innerhalb der Grünen entwickelt. Ein grüner Minister vertritt die Transporte politisch, ein grün geführtes BfS spricht die Genehmigung aus und ein grüner Polizeipräsident soll den Castor vor Ort durchsetzen. Und dies alles kurz vor den Landtagswahlen in NRW. Der dortige Landesverband hat bereits massive Proteste angekündigt - übrigens strömungsübergreifend.

Jochen Stay

Mitte September erklärte Jürgen Trittin, daß die Betreiber nun nahezu alle Anforderungen erfüllt hätten und er für den Januar 2000 mit einem Transport von Neckarwestheim nach Ahaus rechnet.

27. Neue Castorhalle - mit und gegen die Grünen

Autor: Bernd Schmidt · Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:40

Am AKW Lingen läuft das Genehmigungsverfahren für den Bau der ersten standorteigenen Castorhalle. Noch vor einem Jahr hätten die Grünen Kopf gestanden, hätte irgendein AKW-Betreiber die ungelöste Entsorgung und den Ärger mit den Castortransporten über diesen Weg zu beseitigen gedacht. Heute sieht das anders aus. Unser Autor skizziert die Reaktionen und Umgangsweisen der Grünen mit dem Ausbau des Atomprogramms am Standort Lingen.

Akzeptanzprobleme beim Bau der standorteigenen Zwischenlager könnten dazu führen, daß die Atompolitik der Grünen in der grünen Partei selbst ein Akzeptanzproblem bekommt.

Die Atompolitik kann für die Grünen in den nächsten Monaten zur großen Zerreißprobe werden. Die von der rot-grünen Bundesregierung betriebene Politik der Absicherung des langfristigen Weiterbetriebs der Atomanlagen widerspricht den ursprünglichen grünen Grundsätzen, Wahlkampfslogan "Ausstieg nur mit uns!", genauso sehr wie der Kosovokrieg. Aber im Gegensatz zur Auseinandersetzung um den Kosovokrieg wird die um die Atomkraft nicht nach ein paar Monaten vorbei sein. Und mit der Anti-AKW-Bewegung steht Regierung und Betreibern eine Basisbewegung gegenüber, die wesentlich mobilisierungs- und konfliktfähiger ist als die Friedensbewegung.

Die grüne Partei ist sich nicht einig, welchen Kurs sie beim Ausstieg der Atomenergie einschlagen will. Die SpitzenpolitikerInnen der Bundespartei tragen fast alle den weichen Konsenskurs der Regierung mit. Viele Mitglieder an der Basis hingegen sehen sich in Opposition dazu und beginnen sich am Widerstand dagegen zu beteiligen. Bisher schaffen die Grünen es, die parteiinternen Risse weitgehend zu verdecken, weil die atompolitische Diskussion derzeit von der Bundesregierung und der Atomindustrie dominiert wird und sich vor allem um die Konsensgespräche dreht. Doch es ist absehbar, daß die Anti-Atom-Bewegung wieder als öffentlich wahrnehmbare Kraft in die Debatte eingreift und die Auseinandersetzung vom Konsenstisch auf die Straße zurückholt. Womit sie erreichen kann, daß die Frage nach der Akzeptanz der Atomenergie nicht mehr nur über die Anerkennung eines Rechtsanspruchs der Atomkonzerne auf den Betrieb ihrer Reaktoren durch die Bundesregierung, sondern auch über die nicht vorhandene Bereitschaft großer Teile der Bevölkerung mit den Gefahren dieser Technologie zu leben, definiert wird. Und dann müssen die Grünen Farbe bekennen. Diese Situation kann zum einen mit der Wiederaufnahme der Castortransporte, zum anderen mit der Genehmigung und dem Bau der standorteigenen Zwischenlager eintreten.

Akzeptanzprobleme...

Zumindest der grüne Bundesumweltminister Jürgen Trittin fürchtet Akzeptanzprobleme der dezentralen Zwischenlagerung mehr als Castorblockaden. Mit dem Widerstand gegen die AKW-eigenen Castorhallen kann die Bewegung zwar nicht direkt das Abschalten einzelner AKWs erzwingen. Mit den Castorblockaden ist ihr das zumindest zeitweise möglich, wegen der notwendigen großen Polizeieinsätze und dem Platzmangel in den Abklingbecken einiger Kraftwerke. Aber: "Die Glaubwürdigkeit dieser Regierung wird nicht von einzelnen Atomtransporten abhängen, sondern davon, ob es uns (der Regierung, Anm. ak) gelingt, klarzumachen, daß neue Zwischenlager nicht dem unbefristeten Weiterbetrieb dienen, sondern ein Schritt zum Ausstieg sind", so Trittin. Daß es aber schwerfallen dürfte, das klarzumachen, wenn die Zwischenlager an den Kraftwerksstandorten geschaffen werden, bevor ein Ausstieg aus der Atomenergie auch nur absehbar ist, scheint ihn nicht zu stören.

Und auch der Bundesvorstand der Grünen erklärt gegenüber der Presse: "Mit ihrem Vorhaben, im emsländischen Lingen ein Zwischenlager einzurichten, weisen die Dortmunder VEW den anderen den richtigen Weg", und fügen im Hinblick auf das offene Ergebnis der Konsensgespräche sogar noch an: "Unabhängig vom Ausgang der Energiekonsensverhandlungen wären deshalb alle AKW-Betreiber gut beraten, dem Beispiel der Dortmunder VEW zu folgen."

Das sehen die Betreiber genauso. Die Zwischenlager ermöglichen ihnen den Betrieb ihrer Atommeiler ohne Castortransporte und damit, so hoffen sie, ohne Widerstand. Und so einfach und schnell wie unter der rot-grünen Bundesregierung kommen sie nie wieder an Atommüllager. Die grüne Führungsriege hat ihren

Widerstand gegen das Konzept der Zwischenlagerung anscheinend vergessen. Noch 1997 warf der heutige Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Rainer Baake, der damaligen CDU/FDP-Bundesregierung vor, sie würde bei der Frage der Zwischenlagerung "gedrängt durch die Stromwirtschaft" Rechtsbruch begehen: "Die Zwischenlagerung soll als Entsorgungsnachweis - entgegen der Rechtslage - (...) anerkannt werden." Und jetzt kündigt die energiepolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion, Michaele Hustedt, sogar "eine zügige Genehmigung von Zwischenlagern bei den Atomkraftwerken an." Und als ein Vertreter der AKW-Betreiber auf einer Podiumsdiskussion die Befürchtung äußert, daß es lange Zeit dauert, bis neue Zwischenlager genehmigt und juristisch durchgefochten sind, antwortet Hans Martin Groth, einer der Autoren des grünen Ausstiegskonzeptes: Unter Rot-Grün "können sie das in eineinhalb Jahren genehmigt bekommen." Das Rekordtempo, mit dem das Bundesamt für Strahlenschutz das Genehmigungsverfahren für die Castorhalle in Lingen durchführt, gibt ihm Recht.

Zumindest die BundespolitikerInnen der Grünen sind sich also einig. Sie wollen, vermutlich ebenfalls gedrängt durch die Stromwirtschaft, die Standort-Zwischenlager so schnell wie möglich durchsetzen. Unabhängig davon, ob der Ausstieg aus der Atomenergie absehbar ist oder nicht.

Bei den Landesverbänden sieht es unterschiedlich aus. In Nordrhein-Westfalen zum Beispiel, einem Bundesland, in dem kein AKW, dafür aber das Zwischenlager Ahaus steht, huldigt die grüne Umweltministerin Bärbel Höhn dem Sankt-Floriansprinzip. Zur geplanten Castorhalle im 60 km von Ahaus entfernten, aber schon zu Niedersachsen gehörenden Lingen erklärt sie: "Die Betreiberfirma gibt damit ein positives Beispiel, dem andere Stromkonzerne folgen sollten. Aus NRW-Sicht ist vor allem erfreulich, daß das Zwischenlager in Ahaus entlastet werden kann."

Niedersachsens Grüne

In Niedersachen, dem Bundesland, wo die Lingener Castorhalle errichtet werden soll und in dem die Grünen in der Opposition sind, spricht sich die Fraktionsvorsitzende der grünen Landtagsfraktion, Rebecca Harms, gegen die neue Castorhalle aus. Allerdings hat sie keine Bedenken gegen die Zwischenlagerung selber, sondern nur gegen die Dimension der Lingener Halle und den Zeitpunkt ihrer Genehmigung, noch vor dem Ende der Konsensgespräche. Im Dezember letzten Jahres, als die VEW den Antrag für die Halle stellte, erklärte sie: "Ein Zwischenlager, dessen Kapazitäten weitere 30 Jahre Laufzeit für das AKW ermöglicht, schadet den Bemühungen, bundesweit ein verantwortbares Entsorgungskonzept durchzusetzen. (...) Akzeptanz für die dezentrale Zwischenlagerung (...) wird es nur geben, wenn gleichzeitig für das jeweilige AKW verbindliche Restlaufzeiten vereinbart werden." Eine recht moderate Kritik, die aber schärfer wird, als die in den Konsensgesprächen verhandelten Restlaufzeiten immer länger werden, und bekannt wird, daß die Kapazität der Halle nicht für 30, sondern für über 50 Jahre Laufzeit ausreicht. Im Juli nennt Harms das Lingener Zwischenlager dann eine "Provokation der Energieversorgungsunternehmen, die die Energiekonsensgespräche empfindlich stört" und bezeichnet sie als "völlig überdimensioniert".

Damit gibt Rebecca Harms auch in etwa die Position der niedersächsischen Landesgrünen wieder, die allerdings nicht ganz einheitlich ist. Zum einen gibt es PolitikerInnen wie Renee Krebs, Mitglied des Landesvorstands, deren Ablehnung der standorteigenen Castorhallen wesentlich grundsätzlicher ist. Zum anderen aber auch Leute, die die Position vertreten, die niedersächsischen Landesgrünen könnten sich doch nicht Widerstand gegen den eigenen Bundesumweltminister leisten. Und so fällt die Unterstützung der niedersächsischen Landesgrünen für den Widerstand, obwohl sie sich offiziell gegen die Lingener Castorhalle aussprechen, manchmal sehr halbherzig aus. Bei einen Antrag über 10.000 DM, den die Lingener Anti-Atom-Gruppen beim Ökofonds gestellt haben, bekamen sie beispielsweise nur 1.000 DM bewilligt. Für den Ökofonds und die bundesweite Bedeutung der Lingener Halle ist das sehr wenig, gerade genug, um den öffentlichen Vorwurf, sie würden den Widerstand nicht unterstützen, zu verhindern.

Die grüne Basis an den meisten Atomstandorten hingegen steht hinter dem Konsens der Anti-Atom-Bewegung, daß über die Frage "Wohin mit der Atommüll?" erst gesprochen wird, wenn die AKWs abgeschaltet werden. Viele Grüne beteiligen sich am Widerstand gegen Weiterbetrieb, Castorhallen und Transporte. Und sie tragen diese Auseinandersetzung auch in die Partei hinein. Ob es ihnen gelingt, eine grundsätzliche Diskussion über den atompolitischen Kurs zu entfachen, und wie die dann ausgeht, hängt entscheidend davon ab, ob es den grünen SpitzenpolitikerInnen gelingt, ihrer Basis, das, was in den Konsensgesprächen ausgehandelt wird, als Ausstieg aus der Atomenergie zu verkaufen. Und der Teststein

dafür wird sein, ob es, wie Jürgen Trittin richtig sagte, "gelingt klarzumachen, daß neue Zwischenlager nicht dem unbefristeten Weiterbetrieb dienen". Gelingt ihm das nicht, werden die bisher verdeckten atompolitischen Risse in der Partei aufbrechen. Wie die entlang dieser Risse dann ausbrechende Auseinandersetzung endet, wird sich zeigen. Möglich wäre sowohl ein Zurückschwenken der Bundesgrünen auf einen ernst zu nehmenden Ausstiegskurs, als auch eine Spaltung der Partei oder der Austritt vieler atompolitisch engagierter Basisgrüner. Nur die Risse wieder zu verdecken dürfte mit jeder neuen Zuspitzung, also mit jedem Castortransport und mit jedem Zwischenlager, schwieriger werden.

Bernd Schmidt

28. Checkliste zum Atomausstieg

Autor: Henrik Paulitz · Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:39

In Kürze dürfte das Verhandlungsergebnis der rot-grünen Bundesregierung mit der Atomwirtschaft über den Umgang mit den laufenden Atomkraftwerken in Deutschland vorliegen. Die atomkritische Ärzteorganisation IPPNW befürchtet, daß dann keine Zeit bleibt, um eine rationale Güterabwägung über die Vor- und Nachteile des vorgeschlagenen Deals mit der Atomwirtschaft vorzunehmen. Zudem dürften Spitzenpolitiker/innen von SPD und Grünen gemeinsam mit dem Großteil der Medien ausschließlich die Vorzüge einer Einigung mit der Atomwirtschaft hervorheben.

Dies nahm die IPPNW zum Anlaß, sich Mitte September mit einer "Checkliste zum Atomausstieg" an die grünen Kreis- und Landesverbände zu wenden. In einem Begleitschreiben beschrieb die atomkritische Ärzteorganisation ihre Motivation für die Aktion: "Parteiführung, Fraktion und Regierungsmitglieder agieren längst aus der Defensive, bereit nach jedem Strohhalm zu greifen, der der Öffentlichkeit (vor den nächsten Wahlen) als Atomausstieg verkauft werden kann ... Wir wenden uns daher an Euch/an Sie, in der Hoffnung, daß die grüne Basis einen kühlen Kopf bewahrt und eine rationale Entscheidung über die grüne Atompolitik trifft."

Brief an die Grünen

Ausgangspunkt der Checkliste ist die Frage "Was bedeutet Atomausstieg?". Wohl wissend, daß die grüne Basis durch Forderungen nach einem Sofortausstieg allzu schnell vom Weiterlesen des Papiers abgeschreckt werden würde, läßt die IPPNW den SPD-nahen Atomkritiker Klaus Traube sprechen. Dieser hält den Sofortausstieg sachlich unumwunden für gerechtfertigt. Als Mindestmaß für einen kompromißhaften Atomausstieg unter dem Druck der Konzerne definiert er die Abschaltung von einem Drittel der 19 laufenden Atomkraftwerksblöcke in dieser Legislaturperiode. Denn: Eine neue Bundesregierung könne in der nächsten Legislaturperiode jedes Ausstiegsgesetz und jeden Vertrag mit den Atomkraftwerksbetreibern wieder rückgängig machen. Und von einem Atomausstieg könne nur dann die Rede sein, wenn eine nennenswerte Anzahl von Atomkraftwerken in dieser Legislaturperiode abgeschaltet werden würde.

Viel wahrscheinlicher ist es allerdings, daß sich die rot-grüne Bundesregierung mit der Atomwirtschaft darauf einigt, maximal ein bis zwei Atomkraftwerke in dieser Legislaturperiode abzuschalten. Mit der diskutierten Abschaltung des Mini-Atomkraftwerks Obrigheim würde sich die nukleare Stromerzeugung in Deutschland allerdings nur um 1,7% verringern. Käme noch die Abschaltung des ebenfalls relativ kleinen Atomkraftwerks Stade hinzu, ginge die Atomstromproduktion lediglich um 4,8% zurück. Das zeigt: Mit dem absehbaren Verhandlungsergebnis kämen die Energieversorger den ausstiegswilligen Kräften in der Regierung überhaupt nicht entgegen!

Der vermeintliche Atomausstieg, hat seinen Preis. Erstens würden 17-18 Atomkraftwerke in Deutschland mit Einverständnis der rot-grünen Bundesregierung ungestört weiterbetrieben werden mit dem Risiko eines Super-GAU im dichtbesiedelten Deutschland. Die IPPNW verweist in ihrer "Checkliste" auf den Beinahe-GAU 1987 im Reaktorblock Biblis A, der über ein Jahr lang vertuscht worden war. Und mit der Liberalisierung der Energiemärkte werde jetzt aus Kostengründen schrittweise der Prüfaufwand in den deutschen, von Siemens errichteten Atomkraftwerken weiter reduziert, so daß gefährliche Risse mit noch geringerer Wahrscheinlichkeit rechtzeitig gefunden werden dürften. Fazit: "Allein ein Sofortausstieg aus der Atomenergie ist eine hinreichende Antwort auf dieses gewaltige Risiko."

Eine Vereinbarung mit der Atomwirtschaft hätte die Konsequenz, daß sich die rot-grüne Bundesregierung auf eine Friedenspflicht mit den Atomkraftwerksbetreibern einlassen müßte. Sie würde auf eine sicherheitsorientierte Atomaufsicht, auf eine Verschärfung von sicherheitstechnischen Auflagen und Grenzwerten, auf die Realisierung einer neuen Sicherheitsphilosophie, auf eine scharfe Überprüfung des Entsorgungsnachweises, auf eine adäquate Haftungsverpflichtung für den Betrieb der Atomkraftwerke etc. etc. verzichten müssen.

Friedenspflicht

Zweitens beinhaltet der vorgezeichnete Pakt mit der Atomwirtschaft den Bau von standortnahen Zwischenlagern. Mit dieser kurzfristigen "Lösung" des Atommüllproblems würde die rot-grüne Bundesregierung den Betreibern ihre Hauptsorge nehmen. Führende grüne Politiker/innen sollen die Atomwirtschaft bereits aufgefordert haben, doch jetzt schon die Genehmigung von Zwischenlagern zu beantragen. Die Anti-Atom-Bewegung hat derzeit wegen der vollen Lagerbecken in zahlreichen Atomkraftwerken gute Chancen, mit einer Verstopfungsstrategie den Weiterbetrieb zu unterbinden. Mit dem Bau standortnaher Zwischenlager wird der Castor-Widerstand zumindest deutlich erschwert. Denn: "Ziel ist, daß sich ... Transporte bestrahlter Kernbrennstoffe grundsätzlich erübrigen" (Wirtschaftsminister Müller & Atomkonzerne). Die IPPNW verweist darauf, daß das jetzt beantragte, standortnahe Zwischenlager am Atomkraftwerk Lingen für Brennelemente aus 50 Reaktorbetriebsjahren ausgelegt wird. Das zeigt, daß die Energieversorger mit dem Bau standortnaher Zwischenlager das Ziel eines langfristigen Auslaufens ihrer Anlagen verfolgen.

Anhand des Eckpunktepapiers von Bundeswirtschaftsminister Werner Müller (freigestellter VEBA-Manager) und den Atomkraftwerksbetreibern EnBW, RWE, VEBA und VIAG vom Juni 1999 dokumentiert die Checkliste, wie die Friedenspflicht im Einzelnen aussehen soll. So sollen die Sicherheitsüberprüfungen "gemäß dem bestehenden Regelwerk" vorgenommen werden. Eine weitere Klausel sieht vor, daß der Atomkraftwerksbetrieb nicht durch behördliche Interventionen gestört werden darf. Notwendige Prüfungen und Genehmigungen sollen mit der gebotenen Gründlichkeit, aber "ohne Zeitverzug" bearbeitet werden. Die Bundesregierung soll den Atomkraftwerksbetreibern zusichern, daß mit der Schaffung von standortnahen Zwischenlagern "die Entsorgungsnachweise der Eigentümer/Betreiber nicht in Gefahr kommen und nach der o.g. Übergangszeit die geordnete Zwischenlagerung als Entsorgungsnachweis genügt." Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Atomenergie sollen etwa durch eine Besteuerung nicht verschlechtert werden dürfen. Und überhaupt soll der gesamte "atomrechtliche Rahmen", insbesondere bezüglich der Sicherheitsanforderungen, nicht verändert werden.

Die IPPNW hält vor diesem Hintergrund den Preis für den vermeintlichen Ausstieg für viel zu hoch: "Jetzt ein solches Verhandlungsergebnis zu akzeptieren wäre deutlich schlechter als überhaupt nichts zu verändern!"

In der Checkliste werden zudem Zweifel an der Verläßlichkeit der Zusagen der Atomwirtschaft geäußert: "Es wäre naiv anzunehmen, daß die Zusagen der Atomwirtschaft für die nächsten 15 Jahre verläßlich wären ... Verläßlich ist nur, was schnell und nachprüfbar passiert. Sicherheit bringt nur ein schneller Atomausstieg."

Grüne erpreßbar

Die IPPNW warnt die grüne Basis vor möglichen Geheimabsprachen der Bundesregierung mit der Atomwirtschaft und stellt die Frage, ob die Grünen bei einem Pakt mit der Atomwirtschaft politisch erpreßbar werden. Denn: Wenn die Grünen die nächsten drei Jahre bangen müßten, ob die Betreiber nach Obrigheim auch das Atomkraftwerk Stade vereinbarungsgemäß stillegen und der Partei damit rechtzeitig zur nächsten Bundestagswahl ein Wahlgeschenk machen würden, wären sie möglicherweise in den kommenden Jahren in höchstem Maße politisch erpreßbar und müßten den Konzernen zahlreiche Zugeständnisse in anderen Politikfeldern machen.

Die Checkliste versäumt es nicht, den Blick über den Tellerrand der festgefahrenen Ausstiegsdebatte in Deutschland zu werfen und die Frage nach der eigentlichen Perspektive und Strategie der Atomwirtschaft zu erörtern: Die deutsche Energiewirtschaft hat sich "längst auf eine ‚Europäisierung` der Energiewirtschaft und auf die europaweite Standortsuche für fossile und nukleare Großkraftwerke verständigt".

Der deutsche Kraftwerksbauer Siemens/ KWU, Hersteller aller 19 in Deutschland laufenden Atomkraftwerke, bemüht sich seit Jahren intensiv um die Nachrüstung, Fertigstellung und um den Neubau von Atomkraftwerken in Osteuropa. Mit finanzieller Unterstützung der Regierung Kohl erhielt Siemens zum Beispiel den Auftrag für den Bau (Fertigstellung) des Atomkraftwerks Mochovce in der Slowakei. Um die Baukredite zurückzahlen zu können, soll Atomstrom u.a. nach Deutschland importiert werden.

Hier nein? Dort ja?

Mit der absehbaren finanziellen Unterstützung der rot-grünen Bundesregierung dürfte Siemens auch bald einen Auftrag zum Bau (Fertigstellung) der ukrainischen Atomkraftwerke Khmelnitzki-2 und Rowno-4

bekommen! Auch in diesem Fall ist eine Refinanzierung der Kredite durch Atomstromimporte u.a. nach Deutschland wahrscheinlich. Siemens baut auch eine Stromtrasse vom litauischen Atomkraftwerk Ignalina (Tschernobyl-Typ!) nach Westen. Und am westrussischen Standort Smolensk plant Siemens den Bau eines Europäischen Druckwasser-Reaktors (EPR) und den Bau einer Stromtrasse von Smolensk (dort stehen bereits Reaktoren vom Tschernobyl-Typ) über Warschau nach Berlin und Kassel. Das vernichtende Urteil für die deutschen Ausstiegsbemühungen: "Die Abschaltung von ein, zwei oder auch drei deutschen Altreaktoren wird vor diesem Hintergrund ziemlich bedeutungslos!"

Das Papier ordnet die aktuelle Atompolitik jedoch nicht nur in eine europäische Perspektive ein, sondern thematisiert auch das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik. Es verweist auf das Multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI), mit dem die multinationalen Konzerne versuchen, ihre Rechtsansprüche weltweit zu verabsolutieren und die Handlungsmöglichkeiten der Regierungen einzuschränken. Nach Ansicht der IPPNW wird die aktuelle Auseinandersetzung um die Atomenergie in Deutschland von der Wirtschaft dazu genutzt, Politiker, Juristen, Journalisten und die breite Öffentlichkeit schrittweise an die Denkweise heranzuführen, "daß die wirtschaftliche Verwertung von getätigten Investitionen (Atomkraftwerke) in keiner Weise durch staatliches Handeln (z.B. nachträgliche Befristung der Genehmigungen, verschärfte Sicherheitsauflagen aufgrund neuer Erkenntnisse, Besteuerung etc.) geschmälert werden darf, ohne den Staat massiv zur Kasse zu bitten (Entschädigungsleistungen). Der Streit um die Atomenergie wird genutzt, um vor dem Hintergrund der Globalisierung und Liberalisierung die Machtfrage zwischen Großkonzernen und Staat, zwischen starken Einzelinteressen und demokratischen Mehrheitsentscheidungen sehr viel deutlicher als bisher zugunsten der ersteren zu entscheiden."

Mit seiner Forderung nach einem entschädigungsfreien Atomausstieg und die daraufhin seit Monaten andauernden juristischen Abwägungen in der Bundesregierung hat der Auto- und Atomkanzler Gerhard Schröder eventuell schon jetzt mehr zu dem von der Wirtschaft verlangten Paradigmenwechsel beigetragen als 16 Jahre Helmut Kohl, befürchtet die IPPNW.

Nach dieser Analyse entwickelt die IPPNW schrittweise eine Handlungsperspektive. Sie setzt zunächst an der Frage an, ob die Grünen vom Widerstand der SPD und der Atomwirtschaft überrascht wurden. Es wird erinnert an die Gründung der grünen Partei vor knapp 20 Jahren:

Diese Jahre waren gekennzeichnet "von der tiefen Erkenntnis, daß Reformprojekte wie der Atomausstieg den geballten Widerstand der (Atom)Wirtschaft und von Teilen des potentiellen Koalitionspartners (SPD) hervorrufen würde und nur mit Unterstützung eines starken außerparlamentarischen Drucks gegen diese durchgesetzt werden können". Wenn heute grüne Spitzenpolitiker/innen etwa in Schreiben an die IPPNW um Verständnis für die ‚schwierige politische Situation im Umgang mit einer sehr mächtigen Industrie und als bedeutend kleinerer Partner in einer Koalition mit einer SPD` werben, dann dokumentiert das nur die völlig unzureichende Vorbereitung und die mangelhafte Durchsetzungskraft kurz: das vollständige Versagen des grünen Führungspersonals.

Denn es war immer klar, daß ein SPD-Kanzler dem kleinen Koalitionspartner jederzeit mit der Alternative einer großen Koalition drohen könnte. Weil sich die FDP immer der Rückendeckung vermögender und einflußreicher Kreise versichern konnte, die über eine entsprechende Medienmacht verfügen und für die notwendige "öffentliche Stimmung" sorgten, konnte sie auch als kleiner Koalitionspartner sehr vieles durchsetzen. Das grüne Führungspersonal versäumte es dagegen, sich die notwendige Rückendeckung aus der Gesellschaft professionell zu organisieren und sich gemeinsam etwa mit den Umweltverbänden und der Anti-Atom-Bewegung auf den Regierungswechsel strategisch zu rüsten. Selbst die eigene Parteibasis wurde nicht auf den Regierungswechsel vorbereitet und strategisch eingesetzt, um vom ersten Tag an im direkten Kontakt zur Bevölkerung vor Ort für die grüne Politik zu werben. Und in Bonn übertrafen sich die Politiker/innen gegenseitig darin, den eigenen Umweltminister zu torpedieren und jeweils individuelle Vorstellungen über immer längere Laufzeiten für die Atomkraftwerke in die Notizblöcke der Journalisten zu diktieren.

Grüne Notbremse

Die IPPNW legt der grünen Parteibasis nahe, die Notbremse zu ziehen. Das Verhandlungsergebnis der Bundesregierung mit der Atomwirtschaft sollte auf einem Sonderparteitag erörtert werden und nicht einfach nur vom sogenannten "Parteirat" entschieden werden, wie es die Parteispitze möchte. Der Rat: "Wenn im Herbst

nicht absehbar ist, daß ein Großteil der Atomanlagen in dieser Legislaturperiode abgeschaltet werden und die Finanzierung neuer Atomkraftwerke in Osteuropa nicht eindeutig ausgeschlossen wird, dann sollte das Verhandlungsergebnis unbedingt abgelehnt werden." Die Ermunterung: "Ein solches Verhalten würde die Öffentlichkeit inzwischen vermutlich stärker honorieren, als viele Parteistrategen vermuten."

Das Papier mündet schlußendlich in dem Vorschlag, den Atomausstieg im Dissens mit der Atomwirtschaft und gemeinsam mit Umweltverbänden und Anti-Atom-Bewegung gesellschaftlich durchzusetzen. "Es gibt genügend realistische Ansatzpunkte für eine erfolgreiche Politik der Nadelstiche, mit der ein Ausstieg aus der Atomenergie zügig herbeigeführt werden könnte. Allein die fehlenden Entsorgungsnachweise wären Grund genug für eine Abschaltung der laufenden Atomkraftwerke." Schließlich der Verweis auf Schweden, wo die Grünen eine Atomstrombesteuerung in der Regierung durchsetzten, indem sie ihre Zustimmung zum Staatshaushalt davon abhängig machten.

"Eine solche Politik müßte gegenüber der SPD durchgesetzt werden! Das kann nur durch eine ganz massive Öffentlichkeitskampagne unter Beteiligung aller aktivierbaren Kräfte gelingen. Über die grüne Basis und die verschiedensten Verbände müßte eine direkte Kommunikation mit der Bevölkerung aufgebaut werden. Eine ‚Zeitung zum Atomausstieg` (oder Faltblätter) und Unterschriftenlisten, die millionenfach (!) in die Bevölkerung getragen werden, könnten die zentrale Basis für den notwendigen Druck auf Bundeskanzler Schröder sein."

"Ein Hilferuf einer Regierungspartei an die Gesellschaft wäre einmalig" und könnte ganz neue Energien freisetzen und zu einer massiven Mobilisierung führen, die immer neue Verbände in die Kampagne integriert und neue Ressourcen erschließt. Fazit: "Das Projekt Atomausstieg ist eine gesellschaftliche Veranstaltung oder gar keine."

Henrik Paulitz

IPPNW-Kampagne Atomausstieg

29. "Wir kriegen sie alle". Aktive Arbeitsmarktpolitik in Dänemark, Teil 1

Autor: K. Blomkvist, Kopenhagen · Rubrik: Dänemark · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:01

Dänemark gilt vielen als Vorbild für eine "innovative" und moderne Arbeitsmarktpolitik. Doch der Schein trügt. Der Zweite Arbeitsmarkt wird auch in Dänemark von Zwangsmaßnahmen und Tariflosigkeit geprägt. In diesem Beitrag wird die Entwicklung der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Dänemark vor dem Hintergrund der Klassenauseinandersetzungen nachgezeichnet.

Im Oktober 1998 stellte Regierungschef Rasmussen in seiner Eröffnungsrede vor dem dänischen Parlament fest, daß die Erwerbslosigkeit verschwunden sei. Das stimmt offensichtlich nicht. Offiziell ist die Erwerbslosigkeit seit 1994 von ca. 12% auf ca. 6% gesunken, und nach einer Berechnung der Enhedsliste (Einheitsliste), einer linken Oppositionspartei, liegt der Anteil der potentiell Erwerbstätigen, die sich außerhalb des ersten Arbeitsmarktes befinden, immer noch bei über 25%.

"Wir brauchen alle und wir kriegen alle", drohte Rasmussen. Der dänische Staat soll dafür sorgen, daß die Erwerbslosen so umgeschult oder "trainiert(!)" werden, daß sie zu den Verwertungsbedingungen passen, die das Kapital bietet. Die "Aktivlinie" - die dänische Version einer aktiven Arbeitsmarktpolitik - der letzten fünf Jahre hatte genau dieses Ziel.

New Labour in Dänemark

Die Arbeitsmarktpolitik in Dänemark ist in der links-liberalen deutschen Presse eher als kreativ-fortschrittlich bekannt. Was allerdings kaum erwähnt wird, ist der Umstand, daß die Beschäftigungsprogramme mit der Einführung eines in der EU bislang einmaligen Arbeitszwanges verbunden waren. Mehr und mehr zielen sie darauf, daß die Erwerbslosen einfach irgendeiner Lohnarbeit nachgehen, egal zu welchen Bedingungen. Auch Maßnahmen, die auf den ersten Blick als sinnvoll erscheinen, werden dadurch, daß sich die Zwangsverpflichtung für Erwerbslose durchsetzt, ausgehöhlt und bedeutungslos.

"Dieses Produkt wurde von dänischen Sklavenarbeitern verpackt. Helfen Sie uns! Bitte kaufen Sie dieses Produkt nicht mehr. Wir haben kein Recht auf Urlaub. Unser Lohn ist fest und sehr niedrig, und wir haben kein Recht, zu kündigen."

Im Mai diesen Jahres konnten KäuferInnen von Heftpflastern der Firma Coloplast diese originelle Packungsbeilage finden. Coloplast hat das Zählen und Verpacken von Heftpflastern an die Kommune Frederikssund vergeben. Die etwa 30 km von Kopenhagen gelegene Kommune wiederum macht ein Geschäft damit, "aktivierte" Erwerbslose dazu zu nötigen, diese stumpfsinnige Arbeit zu verrichten. Konzern und Kommune sparen somit eine Menge Geld, nicht zuletzt, weil diese "Aktivierten" nur ein kleines Taschengeld bekommen. Die Aktion wurde von der 1999 gegründeten "Landesorganisation der Erwerbslosen" (LA) initiiert.

Kommunalpolitiker und die zuständige Gewerkschaft SiD (Specialarbejderforbund i Danmark) protestierten anschließend gegen die Bedingungen in Frederikssund, die SiD allerdings vor allem mit dem Argument, die Bedingungen seien Ausdruck einer "Schmutzkonkurrenz".

Die Aktion in Frederikssund ist zum einen Folge einer wachsenden Organisierung der Erwerbslosen in Dänemark vor dem Hintergrund ihrer Zwangsverpflichtung. Zum anderen ist sie Ausdruck einer wachsenden öffentlichen Kritik an einem Teil der Projekte, die im Rahmen der Zwangsverpflichtung "angeboten" werden.

Zum Teil geht diese Kritik von SozialarbeiterInnen aus, zum Teil von der linken Opposition im und außerhalb des Parlamentes. Sie ist der vorläufige Endpunkt einer Entwicklung, bei der die staatliche Politik den Zwang zur Lohnarbeit mehr und mehr zur Voraussetzung der Gewährung sozialer Einkommen gemacht hat.

Dieser Aspekt der Arbeitsmarktpolitik der seit 1994 von Sozialdemokraten (SP) und Sozialliberalen (Radikale Venstre) gebildeten Minderheitsregierung dient als Modell für "New Labour". Die "Arbeitsmarktreform Nr. 1" von 1994 gleicht in vielerlei Hinsicht dem sogenannten "New Deal" in Großbritannien sowie dem "Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit" der Schröder-Regierung.

Was auch in Dänemark relativ neu ist, ist die Aggressivität, mit der sozialdemokratische Parteien in diesem Zusammenhang einen Niedriglohnsektor fordern. Auch hier wird daraus die Konsequenz gezogen, daß ein steigender Anteil der Jobs, die in der Aktivlinie angeboten werden, in jeder Hinsicht schlechter sein muß als diejenigen, die in der untersten Stufe der Hierarchie des "ersten" Arbeitsmarktes angeboten werden. Niedrigere Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen werden somit direkt angestrebt. Arbeit ist als Strafe gedacht und soll Anreiz sein, sich einen etwas weniger miesen Job auf dem ersten Arbeitsmarkt zu suchen.

Die neue Arbeitsmarktpolitik ist Resultat eines längeren Prozesses, in der ABM-Maßnahmen einen zunehmend repressiven Charakter bekommen haben. Die Angriffe der verschiedenen dänischen Regierungen der letzten zwanzig Jahre richteten sich vor allem auf die Höhe und die Bezugsdauer der sozialen Einkommen.

Entgegen gängiger Vorurteile war der Arbeitsmarkt in Dänemark niemals reguliert. Die Unternehmer hatten und haben das Recht, ArbeiterInnen meistens ohne Kündigungsfrist und fast ohne Begründung zu heuern und zu feuern. (1) Dies geht auf einen Kompromiß zurück, der zwischen Gewerkschaften und Unternehmern bereits Ende des letzten Jahrhunderts ausgehandelt wurde. Er legalisierte die organisatorische Arbeit der Gewerkschaften, besonders ihre Arbeitslosenkassen. Faktisch bedeutet das bis zum heutigen Tag, daß nahezu alle Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert sind, weil sie sonst ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld verlieren. Auf der anderen Seite wurde den Unternehmern das Recht zugestanden, die "Arbeitskraft zu führen und zu verteilen". Wer eine Kündigung erhielt, war dagegen nahezu machtlos, bekam aber ein im europäischen Maßstab einzigartig hohes Arbeitslosengeld. Bis 1994 waren das in den niedrigen bis mittleren Lohngruppen 90% des Lohnes bei einer Laufzeit von bis zu 7 Jahren.

Arbeitsmarktpolitik im Sinne von öffentlicher Beschäftigung spielte in Dänemark eine verschwindend geringe Rolle. Auch dies ist ein Teil des oben geschilderten Klassenkompromisses, denn alle staatlichen Eingriffe in die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt wurden als Eingriff in die "unternehmerische Freiheit" gesehen.

Die 70er: Der Staat greift ein

Erst 1969 wurde, von einer bürgerlichen Regierung, eine staatliche Arbeitsvermittlung (Arbejdsformidling, AF) eingerichtet. Diese löste die bis dahin gängige Arbeitsvermittlung durch die Gewerkschaften ab. Wie in anderen europäischen Ländern auch hatte die AF die Aufgabe, den Unternehmern die Zufuhr von Arbeitskräften zu sichern. Arbeitsmarktpolitik war in Dänemark lange mehr oder weniger gleichbedeutend mit dieser Arbeitsvermittlung.

Erst in der zweiten Hälfte der Siebziger kam es dann zu ersten schüchternen Versuchen einer öffentlichen Beschäftigungspolitik. 1977 wurden die Kommunen zum ersten Male von einer nunmehr sozialdemokratisch geführten Regierung verpflichtet, in Regie der öffentlichen Hand Jobs für 18 bis 19jährige Jugendliche einzurichten. So sollte der damals sehr hohen Jugenderwerbslosigkeit begegnet werden.

Die 1979 ebenfalls beschlossene Einführung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wurde jedoch von der bürgerlichen Regierung nach 1982 kassiert. (2) Ebenfalls im Jahre 1979 kam es zu einem ersten Eingriff in die Bezugsrechte der Arbeitslosenunterstützung. Die Maßnahmen der konservativen Regierung unter Staatsminister Schlüter, die in den kommenden Jahren folgen sollten, waren also im Prinzip nichts neues.

Wenn auch als Minderheitsregierung und programmatisch nicht ganz eindeutig, zielte die Politik der Regierung Schlüter seit 1982 auf eine Verringerung der sozialen Einkommen, der Löhne und des Einflusses der Gewerkschaften. Erster Schritt in diese Richtung war die stufenweise Abschaffung der "Dyrtidsregulering" ("Teuerungsregulierung") bis 1985. Dabei handelte es sich um einen staatlich garantierten Inflationsausgleich der Löhne und der Sozialeinkommen, vergleichbar mit der "scala mobile" in Italien. Auch an dieser Regelung hatten jedoch schon die sozialdemokratisch geführten Vorgänger Einschränkungen vorgenommen.

1982 waren 250.000 Menschen, etwa 10% der Beschäftigten, offiziell erwerbslos. Die Schlüter-Regierung nutzte die seit Mitte der siebziger Jahre im europäischen Vergleich hohe Erwerbslosigkeit: Im Winter 1982 griff sie das Recht der Teilzeitbeschäftigten auf Arbeitslosenunterstützung an. Da das Recht auf Mitgliedschaft in gewerkschaftlich verwaltetet Unterstützungskassen gleichzeitig Mitgliedschaft in der Gewerkschaft bedeutete, war dies auch ein direkter Angriff auf die Gewerkschaften. Vor allem unstetig beschäftigte Mitglieder der Gewerkschaft SiD im Hafenbereich waren betroffen. (3) Ein zehnwöchiger Streik der Hafenarbeiter gegen die massiven Einkommensverluste endete mit einer Niederlage.

Der nächste Schritt in der Umsetzung des neoliberalen Projekts waren Versuche, gelbe Gewerkschaften als Alternative zur Organisierung in den Einheitsgewerkschaften aufzubauen. Dieser Versuch konnte jedoch in zwei heftigen Streiks im Bereich der städtischen Busgesellschaft in Kopenhagen und in einer Restaurantkette abgewehrt werden.

Mitte der achtziger Jahre hatte sich die Position der Gewerkschaften gegenüber 1982 wieder verbessert. Nicht nur die erfolgreiche Abwehr der gelben Gewerkschaften, auch eine Verminderung der Erwerbslosigkeit um ca. 50.000 trugen zu dieser Situation bei. Entscheidend waren jedoch zwei andere Aspekte: Das massive Wachstum der Frauenbeschäftigung, vor allem im öffentlichen Dienst, führte zu einer steigenden Militanz bei einer Reihe von Beschäftigtengruppen (LehrerInnen, Beschäftigte in Krankenhäusern und im Sozialbereich). Gleichzeitig erreichte die Erwerbslosenbewegung im Vorfeld der Tarifrunde von 1985 ihren Höhepunkt. Ein weitere Angriff der Regierung auf das Arbeitslosengeld trug zusätzlich zur späteren Verknüpfung von Erwerbslosenbewegung und Arbeitskampf bei.

Die Osterstreiks 1985

Die Tarifforderungen in jenem Jahr waren: Senkung der wöchentlichen Arbeitszeit von 40 auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich und weitere massive Lohnerhöhungen. Vor allem mit der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung wurde auch die Vorstellung verbunden, dies könnte ein effektiver Weg zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit sein. Vorbild waren u.a. die Streiks in der Metallindustrie und in den Druckereien in der BRD. Aber auch der Kampf der britischen Bergarbeiter gegen die Zechenschließungen und die mit ihnen verbundene Solidaritätskampagne in Dänemark führte dazu, daß innerhalb einer erstarkten Gewerkschaftslinken die Bereitschaft zu militanten Abwehrkämpfen gegen die Angriffe der konservativen Regierung wuchs.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern kam es am 24. März 1985 zum Streik. Eine Woche später wurde er von der Regierung verboten, die damit eine noch heftigere, nunmehr illegale Streikwelle auslöste. Bis zum 11. April gelang es Regierung und Gewerkschaftsführung nicht, den Streik unter Kontrolle zu bringen.

Dennoch endete die Auseinandersetzung zunächst mit einer Niederlage: Dem Streik fehlte ein organisatorisches Zentrum, und unter den UnterstützerInnen gab es Konflikte über die Ziele. (4) Zudem war die Unterstützung der offiziellen Gewerkschaften, u.a. was die Auszahlung von Streikgeld betrifft, sehr zurückhaltend. Kurzfristig setzte sich die Regierung durch. Die Löhne wurden bis 1987 um ca. 2% erhöht, und die Arbeitszeit um eine Stunde gesenkt. Resultat der staatlichen Intervention war aber vor allem, daß einer breiten sozialen Bewegung die Spitze genommen wurde.

Mit dem Streik von 1985 wurde eine Alternative zur Arbeitsmarktpolitik der bürgerlichen Regierung formuliert. Zwar gelang es nicht, diese Alternative im Rahmen einer politischen Bewegung durchzusetzen. Das bedeutet aber nicht, daß der Streik folgenlos war. Die konservative Regierung konnte in den folgenden Jahren weder eine expansive Entwicklung der Löhne noch weitere Arbeitszeitverkürzungen verhindern. Bei den anschließenden Tarifverhandlungen bezahlte sie damit den Preis für das Ausbleiben weiterer großer Streiks.

Auch die Eingriffe bei den Sozialeinkommen hielten sich in der zweiten Hälfte der Achtziger in Grenzen, die Lohnersatzleistungen waren am Ende der achtziger Jahre zusammengenommen sogar leicht höher als zehn Jahre zuvor. Die Gewerkschaften behielten ihre Rolle bei der Vermittlung von Forderungen ihrer Mitgliedschaft in den politischen Apparat, in dieser Hinsicht gingen sie aus der Entwicklung nach den Osterstreiks sogar gestärkt hervor. Die aus Kapitalsicht dringend notwendige grundlegende und strukturelle Umwandlung der Machtverteilung zwischen Kapital und Arbeit hatte die bürgerliche Regierung somit keineswegs zustande gebracht.

Zum ersten Male wurde von der aus den Wahlen 1988 hervorgegangenen bürgerlichen Minderheitsregierung ein Gesetz für eine aktive Arbeitsmarktpolitik vorgelegt, verbunden mit dem Zwang für bestimmte Gruppen der Erwerbslosen, ein Arbeitsangebot anzunehmen. Auch die Sozialdemokratie trat inzwischen mehr und mehr mit dem Programm einer aktiven Arbeitsmarktpolitik auf, also mit dem Vorschlag, eine staatlich regulierte Beschäftigung einzuführen.

Der Gesetzentwurf der Regierung verpflichtete Jugendliche im Alter von 18 bis 19, ein Weiterbildungsangebot der Kommunen anzunehmen. Ein solches Angebot mußten die Kommunen nach spätestens zwei Wochen machen. Nachdem die bürgerliche Minderheitsregierung im Gegenzug auf eine weitere Kürzung des Arbeitslosengeldes verzichtete, stimmte die SP schließlich der Arbeitsverpflichtung zu. Das Jahr 1988 kann als Geburtsjahr von "workfare" in Dänemark bezeichnet werden.

In den Jahren nach 1988 gingen die Streikbewegungen zurück. Als Folge des Zusammenbruchs der kommunistischen Partei wurde die innergewerkschaftliche Opposition geschwächt. 1993 kam die SP wieder an die Regierung, auch sie allerdings nur mit Unterstützung einer Reihe kleinerer bürgerlicher Parteien. Im selben Jahr wurde die erste große Arbeitsmarktreform verabschiedet. Diese und die folgenden Ergänzungen und Novellierungen wurden alle von der bürgerlichen und teilweise auch von der linken Opposition unterstützt. Und sie wurden alle in einer Art "Bündnis für Arbeit" mit den Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden vorab bis ins Detail ausgehandelt.

Die Arbeitsmarktpolitik der neuen sozialdemokratischen Minderheitsregierung folgte von Anfang an der neoliberalen Tradition ihrer bürgerlichen Vorgänger. Dies geschah nicht nur, weil sie stets parlamentarische Kompromisse mit einem Teil der vorherigen Regierungsparteien aushandeln mußte. Entscheidender war, daß die sozialen Bewegungen in der ersten Hälfte der 90er Jahre zu schwach waren, um eine grundsätzliche Alternative zu formulieren.

Unter der neuen sozialdemokratischen Regierung bekamen die sich seit 1989 abzeichnenden Tendenzen allerdings ein auch quantitativ sehr viel größeres Gewicht. Die wachsende Rolle des Staates im "Aktivierungsprogramm", die Gleichzeitigkeit von staatlicher Intervention auf dem Arbeitsmarkt, Repression gegen Erwerbslose und Privatisierung konkreter Maßnahmen, etwa im (Aus-)Bildungsbereich sind neue Politikformen, mit denen die Schlüter-Regierung nur sehr vorsichtig experimentiert hatte.

"Aktivierung" von Jugendlichen

Mit dem "Gesetz über kommunale Aktivierung" vom 1.1.1994 mußten alle Erwerbslosen unter 25 Jahren ohne abgeschlossene Berufsausbildung von den Kommunen spätestens nach 13 Wochen ein verpflichtendes Arbeits- oder Weiterbildungsangebot bekommen. Die siebenjährige Bezugsdauer der Arbeitslosenunterstützung wurde in zwei Perioden eingeteilt. In der "Unterstützungsperiode", die die ersten drei Jahre umfaßte, sollten alle Erwerbslosen nach spätestens zwei Jahren ein Arbeitsangebot bekommen. In den anschließenden vier Jahren ("Aktivierungsperiode") sollte dieses Angebot mindestens zwanzig Stunden in der Woche umfassen. In dieser Periode waren Unterstützungsleistungen ohne "Aktivierung" nicht mehr vorgesehen.

Die Formen der "Aktivierung" wurden jetzt ausdifferenziert: 1. Urlaubsvertretung und Jobrotation; 2. "öffentliches Jobtraining" unter tarifierten Arbeitsbedingungen; 3. "individuelles Jobtraining" mit Taschengeld statt Tarif; 4. Aus- und Weiterbildung. Mit dieser Einteilung schaffte der Staat verschiedene Kategorien von Erwerbslosen. Es war von nun an auch eine der Aufgaben der staatlichen Arbeitsvermittlung bzw. der Mitarbeiter kommunaler Sozialämter, Erwerbslosen zu sortieren und einen sogenannten Handlungsplan für sie auszuarbeiten.

Bis heute führen die "Aktivierungs"maßnahmen in keiner der vier Kategorien zu einem Anrecht auf Arbeitslosengeld. Die "Aktivierten" sind damit im Vergleich zu anderen Beschäftigten grundsätzlich schlechter gestellt. Im Rahmen der dänischen Verhältnisse führt "Aktivierung" de facto zur gewerkschaftsfreien Zone - mit Einverständnis der Gewerkschaften.

Die konkreten Maßnahmen sind keineswegs nur unsinnig, so daß das Projekt in der Öffentlichkeit breit akzeptiert wurde. Im Bereich der Ausbildung reicht das Spektrum von sinnlosen Kursen privater Bildungsträger bis zu beruflicher Erstausbildung. Die Bestimmungen des Gesetzes führten unter anderem dazu, daß junge Kolleginnen und Kollegen früher eine berufliche oder universitäre Ausbildung begannen und somit früher als zuvor aus dem System der Arbeitslosenversicherung verschwanden.

Die Maßnahmen, die das Programm selbst im Rahmen von Ausbildung und Qualifikation vermittelt, können dagegen häufig keine brauchbare und gründliche Erstausbildung vermitteln. Der größte Teil dieser "Ausbildungen" sind Kurzlehrgänge vielgestaltigen und phantasievollen Inhalts. Aus Sicht der TeilnehmerInnen

sind sie zwar nicht immer uninteressant, aber bei Bewerbungen führt die Angabe dieser Lehrgänge im Lebenslauf eher zur Stigmatisierung der BewerberInnen als zum Erfolg.

Kennzeichnend für die Arbeitsmarktreform von 1994 war auch, daß Gewerkschaften und Unternehmerverbänden in sogenannten "Arbeitsmarkträten" weitgehende Rechte eingeräumt wurden. Diese "Räte" sollten die Inhalte und das Budget der Aktivierungsprogramme beschließen. Die Rechte dieser Räte wurden jedoch nach 1994 mehr und mehr eingeschränkt (und die der Kommunen ausgeweitet). Ihre Existenz erklärt jedoch, neben der Loyalität zur damals neuen Regierungspartei, die zustimmende Mitarbeit der Gewerkschaftsbürokratie an einem letztlich gewerkschaftsfeindlichen Gesetz.

Die Regierung stellte sofort große Summen für die neue Form der Beschäftigungspolitik zur Verfügung. 1994 wurden 5,3 Mrd. Kronen (ca. 1,3 Mrd. DM) bewilligt, allerdings wurden davon nur 1,7 Mrd. tatsächlich ausgegeben. Die staatliche Arbeitsvermittlung kam mit der Produktion von "Handlungsplänen" nicht nach, und die Regierung machte Druck. Unmittelbare Folge war eine weitere Ausweitung des Zwangscharakters der "Angebote": Im Verlauf des Jahres 1994 kam es zu einer Verordnung (der sogenannte "Hirtenbrief"). Alle Erwerbslosen in der "Aktivierungsperiode" sollten jetzt zur Aktivierung verpflichtet werden. Verstöße gegen den Handlungsplan und die Weigerung, ein Angebot anzunehmen, konnten mit dem Entzug der Gelder bestraft werden. Der "Hirtenbrief" und die langsame Umstellung der verantwortlichen Institutionen auf die "Aktivlinie" führte dazu, daß von den 1995 bewilligten 5,6 Mrd. Kronen. (ca. 1,5 Mrd. DM) 4,3 Mrd. ausgegeben wurden. 1996 wurden fast die gesamten von der Regierung eingeräumten 6,3 Mrd. Kronen verbraucht.

Seit 1996 werden Menschen unter 25 Jahre und ohne abgeschlossene Berufsausbildung für mindestens 18 Monate im einer "Weiterbildung" "aktiviert", wenn sie seit den letzten neun Monaten ein halbes Jahr arbeitslos sind. Eine gründlichere berufliche Erstausbildung ist in den 18 Monaten kaum möglich. Während der Maßnahme bekommen die Jugendlichen generell kein Arbeitslosengeld, sondern nur die (niedrigere) StudentInnen- oder SchülerInnenunterstützung.

Für alle Erwerbslosen wurde 1996 die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes auf fünf Jahre verkürzt, wovon nur noch die ersten zwei Jahre als "Unterstützungsperiode" gelten. Schließlich wurden 1997 die sogenannten "puljejobs" (nach der Finanzierung aus verschiedenen Töpfen benannt) aus der Taufe gehoben. Diese Jobs werden seither von den Kommunen ausschließlich für EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld eingerichtet. Sie sind tarif- und gewerkschaftsfrei.

In Folge dieser Politik ist der Anteil der untertariflichen und rechtlosen Jobs, "puljejobs" und "individuel jobtraining" zwischen 1993 und 1997 überdurchschnittlich gestiegen. Die Zahl der tarifierten Jobs sank von 26.000 auf 17.000, die Zahl der nicht tarifierten Beschäftigungsverhältnisse nahm hingegen von 11.000 auf 14.000 zu.

Trotz großzügiger Lohnzuschüsse weigerten sich die Unternehmer im großen und ganzen, sich an der Einrichtung von Jobs in der Aktivlinie zu beteiligen. Diese Jobs wurden daher fast ausschließlich von den Kommunen angeboten. Die Beschäftigungsverhältnisse auf dem untersten Level des Programmes wurden 1994 vor allem damit legitimiert, es sei eine fürsorgliche Aufgabe der staatlichen Institutionen, die Menschen an die Bedingungen und Zeitabläufe "normaler" Arbeit zu gewöhnen. In den letzten Jahren hat darüber hinaus das Argument an Bedeutung gewonnen, daß diese Jobs im Vergleich zu solchen auf dem regulären Arbeitsmarkt möglichst unattraktiv sein sollten, um den Anreiz für die "schwachen" Erwerbslosen zu erhöhen, sich auf letzteren zu bewerben.

K. Blomkvist, Kopenhagen

Anmerkungen:

1) Dagegen haben Angestellte sich zum Teil Kündigungsfristen gesichert. Auch gewerkschaftliche Vertrauensleute, die in Dänemark etwa die Rolle von Betriebsräten spielen und die betrieblichen Beauftragten für den Gesundheitsschutz genießen einen gewissen, wenn auch ständig umkämpften, Kündigungsschutz.

2) Auch die äußerst populäre Regelung der Frühverrentung (von 67 auf 60 Jahre bei Zahlung eines staatlich finanzierten Übergangsgeldes) wurde in dieser Zeit weder von den Sozialdemokraten noch noch von ihren bürgerlichen Nachfolger angetastet.

3) SiD organisiert ungelernte Arbeiter in öffentlichen und privaten Sektoren und galt im Gegensatz zu den Facharbeitergewerkschaften eher als "links".

4) Unter anderem weigerte sich die Führung der dänischen KP, den Streik auf die Forderung nach Absetzung der Regierung zuzuspitzen. Die Gewerkschaften befürchteten im Zusammenhang mit dem illegalen Charakter des Streiks, daß sie im Falle eines größeren Engagements zur (finanziellen) Rechenschaft gezogen würden.

30. Grünliche Nebelschwaden in Hamburg

Autor: DSe · Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:41

In ak 429 stellten wir eine von der Hamburger Umweltbehörde in Auftrag gegebene Studie über die Wirtschaftlichkeit der Atomkraftwerke der Hamburgischen Electricitäts-Werke (HEW) vor. Inzwischen hat sich auch die Hamburger Bürgerschaft mit dem Gutachten befaßt. Fazit des Gutachtens war: Moderne Gas- und Dampfkraftwerke sind wirtschaftlicher als der Weiterbetrieb der AKWs Brunsbüttel, Stade und Krümmel. Lediglich das AKW Brokdorf ist im Vergleich zu Gaskraftwerken profitabler.

Bemerkenswert ist, daß die HEW bis heute keinerlei öffentliche Stellungnahme zu dem Gutachten der Umweltbehörde vorgelegt hat. Ein verblüffendes Nicht-Ereignis, denn in der Vergangenheit hat es das Unternehmen, daß in seiner Satzung als einziger Energieversorger der Bundesrepublik auf den Atomausstieg verpflichtet ist, nie unterlassen, dem grünen Umweltsenator zu erklären, wie wenig man ihn ernst nimmt. Ein HEW-Sprecher stellte lediglich fest, daß man nicht Stellung nehmen wolle, da man ansonsten Unternehmensdaten veröffentlichen müßte. Das wolle man aber angesichts der neuen Konkurrenz auf dem Strommarkt lieber nicht tun. Ob das bedeuten soll, daß die Zahlen in der Studie unzutreffend sind oder aber die HEW einräumen müßte, daß die Gutachter eine zutreffende Kostenbetrachtung der HEW-Reaktoren vorgelegt haben, bleibt daher bislang das Geheimnis.

Auf Antrag der GAL-Abspaltung "Regenbogen - für eine neue Linke" befaßte sich die Bürgerschaft mit dem vom rot-grünen Senat vollmundig verkündigten Atomausstieg. Doch wenige Tage vor Ablauf der Kündigungsfrist für das AKW Brunsbüttel hüllt sich der Senat in Nebelschwaden. Bis Ende September müßte der Vorstand der HEW den Gesellschaftsvertrag für das AKW Brunsbüttel kündigen, um PreussenElektra als Mitbetreiber aus der Gesellschaft zu entlassen. Auf diese Weise, so der im Koalitionsvertrag festgelegte rot-grüne Plan, verfügen die HEW über das alleinige Entscheidungsrecht über das AKW Brunsbüttel und könnten die Anlage mühelos stillegen.

Der grüne Umweltsenator Alexander Porschke versicherte in der Debatte zwar, daß es einen eigenen Hamburger Beitrag geben werde und man sich um den Ausstieg bemühe. Wie der Beitrag jedoch aussehen wird, behielt er für sich. Die Studie, die er selbst in Auftrag gegeben hat und die eindeutig die wirtschaftlichen Vorteile des Atomausstiegs darlegt, betrachtete der grüne Senator lediglich unter dem Aspekt, daß dadurch die Entschädigungsforderungen der AKW-Betreiber für den Fall von Abschaltungen nicht mehr besonders hoch ausfallen dürften.

Statt für die Abschaltung von Brunsbüttel zu sorgen, wird die Umweltbehörde Ende September eine Expertenanhörung über das vorgelegte Gutachten durchführen. Danach, so erklärte Porschke, werde sich der Senat mit dem HEW-Vorstand noch einmal zusammensetzen. Norbert Hackbusch von der Regenbogen-Bürgerschaftsgruppe und lange Jahre mit dem Senator in der GAL aktiv, kritisierte diese mageren Tätigkeiten deutlich. Der Senat sei konfliktscheu und weitere Gespräche mit den HEW hätten lediglich "einen hohen Laberfaktor", kommentierte er die Aussagen Porschkes.

Hoher Laberfaktor

Auch die SPD-Fraktion hielt sich sorgsam von konkreten Aussagen fern. So sieht Renate Vogel, umweltpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, ein Vorankommen. Doch überstürzen wolle man nichts. Vogel wird sich erstmal die Expertenanhörung zum Gutachten reinziehen und hofft, daß das sehr spannend wird. In Form von Axel Bühler erklärte die GAL-Fraktion den Antrag zwar im Grundsatz für ganz nett, aber da der Hamburger Senat ja am Ausstieg arbeite, sei er eben doch überflüssig. Treffend charakterisierte der umweltpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Roland Salchow, die GAL-Fraktion. Angesichts der Aussage von Porschke, der Senat "bemühe" sich um die Stillegung, stellte er fest, daß die GAL-Spitze ihren Leuten vor zwei Jahren versichert hätte, daß der Ausstieg aus Brunsbüttel beschlossene Sache sei. Nur dadurch hätte die Parteispitze seinerzeit die Zustimmung der Mitgliederversammlung zum Koalitionsvertrag bekommen. Salchow wörtlich: "Jetzt zeigt sich, daß sie ihre Mitgliederversammlung angeschissen haben." Wenn auch aus CDU-Munde, aber da hat er recht!

HEW schützen

Hamburgs erster Bürgermeister Ortwin Runde hielt es während der Debatte nicht für nötig, sich einzumischen. Runde ist nämlich nicht nur Bürgermeister - gleichzeitig ist er auch der Vorsitzende des Aufsichtsrats der HEW. In diese Position hatte ihn die GAL während der damaligen Koalitionsverhandlungen gehievt, um dadurch die Bedeutung der energiepolitischen Ziele der Hansestadt gegenüber den HEW deutlich zu unterstreichen, wie es im Koalitionsvertrag heißt. Doch davon ist bis heute nichts zu spüren.

Nicht in der Bürgerschaft, aber gegenüber dem Stader Tageblatt erklärte Runde wenige Tage vorher, daß aus seiner Sicht das AKW Stade wohl vor dem Aus stünde. Nicht etwa wegen einer konsequenten Ausstiegspolitik seiner Hamburger Koalition oder gar der Bundesregierung, sondern weil die Liberalisierung der Stromwirtschaft einen derart großen Kostendruck vor allem auf die kleinen Kraftwerke ausübe, daß diese kaum noch wirtschaftlich zu betreiben wären. Ausdrücklich nahm er das AKW Brunsbüttel von dieser Beschreibung aus.

Nicht nur, daß er damit einigermaßen deutlich macht, daß er die von seinem grünen Umweltsenator vorgelegte Studie nicht sonderlich wichtig findet. Gleichzeitig ist er ganz Chef der HEW. Denn am Reaktor in Stade sind die HEW nur zu einem Drittel beteiligt und außerdem ist Stade der kleinste und älteste Atommeiler, an dem HEW beteiligt ist. Sollte es also wirtschaftliche Verluste durch eine Stillegung von Stade geben, dann träfe dies mehr PreussenElektra, der das AKW zu zwei Dritteln gehört. Im Falle einer Stillegung von Brunsbüttel sähe das genau umgekehrt aus: Dort halten die HEW zwei Drittel der Anteile und PreussenElektra ein Drittel. Dort würde also HEW den größeren Anteil der Lasten tragen müssen.

Daß Runde den rot-grünen Koalitionsvertrag dabei schlicht nicht beachtet, stört nicht mal mehr die Hamburger GAL-Fraktion. Da stört man sich auch nicht daran, daß eine erneute Kündigung des Gesellschaftervertrages für Brunsbüttel erst im September 2002 wieder möglich ist. Dann hat Hamburg nicht nur eine neue Bürgerschaft gewählt. Bis dahin wird der Hamburger Senat seinen Aktien-Anteil an den HEW von derzeit 50,2 Prozent der Stimmen auf mindestens 25,1 Prozent reduziert haben und daher die Mehrheit an dem Unternehmen verloren haben. Folgt der Senat bei seinen Anteilsverkäufen der bisherigen Linie, dann dürften die HEW schon bald unter Kontrolle von PreussenElektra bzw. dem zu befürchtenden Zusammenschluß von PreussenElektra und dem Bayernwerk stehen.

Mit anderen Worten: die Hamburger Grünen und der rot-grüne Senat geben jetzt alle eigenen Instrumente für einen Ausstieg aus der Hand und setzen offenbar alle ihre Hoffnungen auf die Bundesregierung. Ob das allerdings nützen wird?

DSe

31. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der alltäglichen Lohnarbeit

Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:33

Aus der alltäglichen Berichterstattung der großen Medien weitgehend ausgeblendet, ist die Lohnarbeit in all ihren Facetten ein tagtäglich umkämpftes Terrain. Unter der scheinbar ruhigen Oberfläche der Produktion herrscht Unruhe. Die folgenden Nachrichten basieren auf Meldungen im LabourNetGermany: www.labournet.de

VW Emden: Streik gegen Befristungen

Zum 3. Mai 1999 sollten die befristeten Arbeitsverträge von 550 ZeitarbeiterInnen bei VW in Emden auslaufen. Die Betroffenen selbst und auch die Festangestellten forderten daraufhin die Übernahme in ein festes Arbeitsverhältnis. Am 28. April marschierte die Frühschicht zum Verwaltungsgebäude und unterstrich diese Forderung nachdrücklich. Nach der Weigerung der Geschäftsleitung genehmigte der Betriebsrat ab sofort keine Überstunden mehr. Die Spätschicht arbeitete eine halbe Stunde, ging auch zum Verwaltungsgebäude und trug erneut ihre Forderung vor.

Nach der erneuten Weigerung der Geschäftsleitung schaltete die Spätschicht alle Bänder ab, und das gesamte Werk streikte den Rest-Donnerstag und Freitag. 4000 Autos wurden nicht gebaut. Der Erfolg kam prompt: Die ZeitarbeiterInnen können erst einmal für ein weiteres halbes Jahr bleiben. In der gesamten VW-AG wurden die befristeten Arbeitsverträge auf 24 Monate verlängert.

Die Aktion ging von der Belegschaft selbst aus. Trotz verbaler Unterstützung zahlte die IG Metall für die zwei Tage keine Streikgelder. Begründung: Dies sei kein Streik der Gewerkschaft gewesen, die IGM hätte sich an die Friedenspflicht zu halten. Und das, obwohl VW Emden zu 90% organisiert ist.

Ärger bei BSH

Bosch-Siemens (BSH) in Berlin will 241 befristet beschäftigte ArbeiterInnen entlassen, um dafür LeiharbeiterInnen einzustellen, für 9 bis 12 DM Stundenlohn. In einem Flugblatt (Herausgeber: KollegInnen aus BSH, 10.5.99) heißt es: "Darüber sind nicht nur die Befristeten zu Recht empört. Alle wissen, daß dies auch einen weiteren Angriff auf die Arbeitsbedingungen der Stammbelegschaft bedeutet." Während die Betriebsleitung den Festangestellten mit Arbeitslosigkeit droht, werden die Befristeten umgekehrt mit dem Argument zu Höchstleitungen angespornt, sie seien besser als die Stammbelegschaft, weil sie flexibler und weniger oft krank seien. Um sie noch einmal untereinander zu spalten, hat die Betriebsleitung am 5. Mai 1999 eine "stufenweise Weiterbefristung" für einen Teil der Befristeten in Aussicht gestellt.

Die Beschäftigten beschreiben die Situation im Betrieb so: "Der Druck, gleichermaßen auf Stammbelegschaft und Befristete, ist in den letzten Jahren unerträglich geworden. Die Entlassung der Befristeten und Einstellung von willkürlich ersetzbaren Leiharbeitern wird die Lage noch weiter verschlimmern. Auch die hohen Produktionsausfälle und technischen Mängel der letzten Zeit sind auf diese chaotische Unternehmenspolitik zurückzuführen. (...) Die unvermeidlichen Lücken, die mit der Entlassung der Befristeten entstehen werden, sollen durch längere Arbeitszeit bis August ausgeglichen werden. Jede Minute zusätzlicher Arbeit kann besonders für die KollegInnen am Fließband zur Überschreitung ihrer körperlichen Grenzen führen. Deswegen hat der Betriebsrat zu Recht den Antrag abgelehnt und muß dies auch weiterhin tun. Die gesamte Belegschaft muß sich an VW Emden ein Beispiel nehmen und fordern: Einstellung aller Befristeten! Nein zur 40-Stunden-Woche!"

NGG gegen McDonald's

Bis zum 6. August führte die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) bundesweit vor Filialen von McDonald's Protestaktionen gegen die katastrophalen Arbeitsbedingungen der 51.000 Beschäftigten und gegen die Niedriglohnpolitik des Konzerns durch. Die Brutto-Stundenlöhne der Beschäftigten betragen zwischen 10,54 und 13,48 DM - rund ein Drittel wird unter Tariflohn bezahlt. Selbst nach zehnjähriger Beschäftigung kommen auch Vollzeitbeschäftigte nicht über einen Bruttolohn von 2.332 DM monatlich hinaus. In letzter Zeit wird immer wieder die schwierige Lage osteuropäischer ArbeitnehmerInnen mit beschränkten

Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen ausgenutzt, um Niedrigstlöhne durchzusetzen, häufig unterstützt von den Vermittlungsstellen für Saisonarbeitskräfte des Arbeitsamtes. In nur 50 der 1.000 Filialen existiert ein Betriebsrat. Die NGG hat inzwischen 30 bekanntgewordene Fälle von Rechtsverstößen wie Wahlbeeinflussung und Behinderung von Betriebsratsarbeit dokumentiert.

Infos: NGG Ffm/Wi, Tel. 069/233317

Billig-Jobber gegen McDonald's

"Arbeitsamt Köln liefert McDonald's billige Lohnsklaven" ist der Titel eines Flugblattes, mit dem Erwerbslose in Köln gegen ihre Zwangsvermittlung in Billig-Jobs protestiert haben. Die "Lohnsklaven in Aufruhr" beschreiben nicht nur die Zusammenarbeit von McDonald's und Arbeitsamts sondern weisen auch auf Möglichkeiten hin, sich gegen die Zwangsvermittlung in Billig-Jobs zu wehren: "Um eine Sperrzeit zu vermeiden, dürfen wir das Arbeitsangebot nicht ablehnen. Aber wir können uns beim Einstellungsgespräch ganz harmlos nach den Bedingungen erkundigen: Ob es denn einen Betriebsrat gibt? Ob sie wissen, welche Gewerkschaft für diese Branche zuständig ist? Ob es Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gibt? Ach wirklich, auch noch in der dritten Woche? (Das ist ohnehin gesetzlich vorgeschrieben, aber es könnte die Chefs stutzig machen, daß Du das so genau wissen willst.) Oder Frauen können sich erkundigen, wie lange denn der Mutterschaftsurlaub dauert. - Das sind ganz normale Fragen. Das Arbeitsamt kann Dir da keinen Strick draus drehen, aber es kann gut sein, daß die Chefs dann doch lieber auf Deine Arbeitskraft verzichten.

Noch besser wäre es, wir würden uns in solchen Fällen mit mehreren Leuten zusammen bei den Chefs vom Arbeitsamt beschweren und solche Fälle öffentlich machen (wie wir es mit diesem Zettel tun).

Wenn kein Weg daran vorbeiführt, einen Arbeitsvertrag zu unterschreiben, müssen wir nicht resignieren. Sie haben zusammen mit Dir viele Leute eingestellt, die den Job nur unter Androhung einer Sperrzeit angenommen haben und die neu in dem Laden sind. Das eröffnet uns Möglichkeiten, dort zusammen für bessere Bedingungen zu kämpfen. Wenn sie z.B. eine neue Filiale aufmachen wollen und ein paar Tage vorher zehn oder zwanzig Leute zusammen eine Lohnerhöhung verlangen, kommen sie ganz schön unter Druck. Wehren wir uns gemeinsam gegen Billiglohnarbeit und Arbeitszwang!"

Dornige Tulpen

In Kolumbien kämpfen die ArbeiterInnen der Firma "Flores Colombianas Ltda" gegen ihre katastrophalen Arbeitsbedingungen. Bei den verwendeten hochgiftigen Chemikalien werden die minimalsten Sicherheitsmaßnahmen von der Betriebsleitung und den Vorarbeitern mißachtet. Sie werden in Anwesenheit und unmittelbarer Nähe der ArbeiterInnen versprüht. Die Firma verlangt einen pünktlichen Arbeitsbeginn, ohne die Ankunftszeiten der Busse zu berücksichtigen, und die Lohnauszahlung wurde von Bargeld auf Schecks umgestellt, ohne zu berücksichtigen, daß dies zusätzliche Kosten und verspätete Auszahlung der Löhne für die betroffenen ArbeiterInnen mit sich bringen würde.

Seit Oktober letzten Jahres kämpfen die ArbeiterInnen gegen diese Bedingungen und die Repression der Betriebsleitung gegenüber den KollegInnen. Die Firma hat 20% der ArbeiterInnen abgemahnt, die am 21. November 1998 einen Forderungskatalog aufgestellt hatten. GewerkschaftsführerInnen und AktivistInnen wurden trotz jahrelanger Betriebszugehörigkeit und im Widerspruch zu geltendem Recht (Kündigungsschutz) entlassen. Innerhalb des Betriebes sind Gespräche unter den ArbeiterInnen verboten. AktivistInnen und GewerkschafterInnen werden auf den Straßen von betriebsfremden Personen im Auftrag des Betriebs verfolgt. Im Oktober 1998 erfolgte ein lebensgefährlicher Anschlag auf eine Kollegin des Gewerkschaftsvorstands. Sie wurde mit drei Messerstichen verletzt.

Schmutzige Wäsche

Am 3. August haben mehr als 500 ArbeiterInnen des Bekleidungsmultis Triumph International die Straße vor dem Regierungsgebäude in Bangkok blockiert. Seit Monaten tobt in der Triumph-Fabrik Bang Phli ein Arbeitskampf. Die Gewerkschaft fordert 8% Lohnerhöhung pro Jahr während der nächsten drei Jahre, das Unternehmen bietet jeweils 6%, 5% und 4%. Seit dem 17. Juli sind dort die ArbeiterInnen ausgesperrt. Neben dem Protest gegen die Aussperrung war das Hauptthema der jetzigen Demo, daß ein Arbeiter von Firmenleuten geschlagen und eine schwangere Kollegin gestoßen worden war. Die Polizei hatte sich geweigert, eine Anzeige der beiden KollegInnen aufzunehmen.

Nach Angaben der Zeitung The Nation berührt der Arbeitskampf bei Triumph mittlerweile die Standortentscheidungen des Konzerns. Angeblich will das Unternehmen die Expansionspläne für Thailand zurücknehmen. Im Industriegebiet Bang Phli hätte eine weitere Fabrik mit 1.500 Arbeitsplätzen entstehen sollen. Geschäftsführer Frank Rosenbusch droht nun mit der Verlagerung dieser Investition in ein anderes Land der Region. Die Fortsetzung der Aussperrung rechtfertigt Rosenbusch damit, daß nach gescheiterten Tarifverhandlungen die ArbeiterInnen nicht nur im Bummelstreik gewesen wären, sondern auch ständig Vorgesetzte bedroht hätten. Triumph beschäftigt in Thailand 5.500 MitarbeiterInnen.

VW-Streik in Brasilien

Folgenden Brief verschickte Valter Sanches, Betriebsrat bei Mercedes Benz in Brasilien und Aktivist der Metallarbeitergewerkschaft ABC-CNM/CUT an verschiedene Labour-Netze:

"Liebe Freunde,

... Die 1.500 Arbeiter der neun verschiedenen Firmen des Konsortiums modularisierter (1) Firmen von VW-Resende in Brasilien haben gestern (den 11. August 1999) einen Streik begonnen, nachdem sie letzte Woche bereits einen zweistündigen Warnstreik durchgeführt hatten. (...) Trotz der zögerlichen Haltung der Gewerkschaftsführer (diese Gewerkschaft gehört nicht zum CUT) haben die Arbeiter sie gezwungen, zu dem Streik aufzurufen.

Der wichtigste Punkt ist die Anhebung von Löhnen, um sie auf dasselbe Niveau wie in anderen VW-Niederlassungen zu bringen, die in traditionell gewerkschaftlich organisierten Gebieten liegen, wie z.B. der ABC-Region (2) ... Die Durchschnittslöhne in der ABC-Region sind fast dreimal so hoch wie in Resende. ...

Nach dem zweiwöchigen Streik bei Ford in Sao Paulo gegen die Schließungsdrohung (aufgrund des Baus einer neuen, hochsubventionierten Anlage im Staat Bahia) ist dieser gegenwärtige Streik bei VW Resende eine gute Aufwärmübung für den nationalen Protest aller Metallarbeiter von Autofirmen und -zulieferern, der voraussichtlich am 24. August gegen den "Steuerkrieg", der zwischen den Bundesstaaten im Kampf um Investitionen, wie z.B. bei VW Resende und Ford Bahia, geführt wird, abgehalten wird. Ein weiteres Ziel der Bewegung ist die Aufnahme von Verhandlungen über einen nationalen Mindestvertrag im Bereich der Autoproduktion.

Mit solidarischen Grüßen

Valter Sanches"

Anmerkungen:

1) Diese Organisationsform, auch bekannt als die "modulare Fabrik", bedeutet die weitgehende Beschränkung des Herstellers auf die Endmontage, während alle Zulieferfunktionen und Komponentenmontage an Firmen vergeben werden, die um das Endmontagewerk gruppiert sind, aber nicht zum Hersteller gehören. Diese radikale Form der Ausgliederung bedeutet für die Beschäftigten Löhne weit unter dem Niveau des Herstellers, ohne Tarif und unter Behinderung gewerkschaftlicher Vertretung.

2) Die ABC-Region ist der Industriegürtel in den Vororten von Sao Paulo.

Die Angst geht um

Arbeitshetze, Arbeitsverdichtung und Personalknappheit sind nach wie vor zentrale Themen für die ArbeiterInnen bei Opel Bochum. Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus dem Infoblatt des Betriebsräteteams im Bereich D4 von Werk 1 bei Opel Bochum vom 6.7.1999.

"Die Stimmung der Belegschaft ist auf dem Tiefpunkt! ... Jeder von Euch kennt es: falsche und nicht passende Teile, Arbeiten, die nicht in der Zuteilung sind (Mehrzeiten), hohe Taktgeschwindigkeiten, zu wenig Personal, nicht genügend Qualifizierung, Rotation nur eingeschränkt möglich usw. usw. erzeugen Hektik und Streß!

Die körperliche und geistige Belastung hat ihre Grenzen erreicht. Die hohen Fehlzeiten werden bleiben. Montagefehler sind vorprogrammiert... Mit Drohungen, Kontrollzetteln, Abmahnungen und letztlich sogar Kündigungen bei Montagefehlern wird die Verantwortung voll auf die Belegschaft abgeschoben, ein Klima der

Verunsicherung und Angst erzeugt. Die Motivation sowie die Qualität werden weiter darunter leiden. Die katastrophale Personalsituation setzt der Misere die Krone auf!!!

Daher fordern wir die Geschäftsleitung auf, sofort sinnvolle Maßnahmen einzuleiten:

- Abmahnungen und die kürzlich erfolgte Kündigung eines Kollegen zurücknehmen.

- Entfristung/Verlängerung der Zeitverträge

- Freistellung der Gruppensprecher

- Genügend Reparaturpersonal in die Linie (...)"

Arbeit tötet

Bei Opel in Bochum werden trotz Hektik 232 ArbeiterInnen entlassen. Gleichzeitig kündigt die Geschäftsleitung einem Kollegen fristlos wegen angeblich fehlerhafter Arbeitsausführung. Bei Daimler-Chrysler sind die Konsequenzen der permanenten Arbeitsüberlastung noch dramatischer. Am 13. Juli 1999 ist es in Düsseldorf (Daimler-Chrysler Fahrzeugbau) zu einem tödlichen Arbeitsunfall gekommen. Entgegen der Arbeitsanweisung, aber unter Zeitdruck hat ein Arbeiter versucht, einen Defekt am Roboter selbst zu beseitigen. Er wurde von den Greifarmen erfaßt und tödlich verletzt. Die Staatsanwaltschaft ermittelt. In der Belegschaft gilt es als sicher, daß dieser Unfall eine direkte Folge des drastischen Personalmangels ist.

32. Zwischen Unterwerfung und Autonomie. Ideologie und Realität der neuen Selbständigkeit

Autor: Thomas Seibert · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:28

Die ArbeiterIn des 21. Jahrhunderts ist eine Selbständige. Aber führt diese Neustrukturierung der Arbeit und dieser neue ArbeiterInnentyp auch zu einer neuen Utopie von Befreiung? Den folgenden Beitrag hielt Thomas Seibert auf dem Forum "Zukunft der Arbeit" während des Alternativen Weltwirtschaftsgipfels im Juni diesen Jahres in Köln. Die (Zwischen-)-Überschriften stammen von uns.

Ich werde im folgenden der Frage nach Ethos, Utopie und Ideologie der Arbeit nachgehen; einer Frage, die angesichts der Umwälzungen der Arbeitsverhältnisse im neoliberal globalisierten Kapitalismus neue Aktualität gewinnt. Diese Umwälzungen beruhen auf einer Internationalisierung der Produktion, mit der sich das Kapital in den vergangenen zwanzig Jahren aus seiner Bindung an nationalstaatliche Regulierungen befreit hat. Das damit verbundene sprunghafte Wachstum der Produktivität hat zu einer weltweiten strukturellen Massenarbeitslosigkeit geführt, mit der eine umfassende Neuzusammensetzung der Klassen- und der Geschlechterverhältnisse möglich wurde.

Die Lohnarbeit und das mit ihr verbundene Normalarbeitsverhältnis wurde tendenziell aus ihrer Zentralstellung verdrängt und durch eine Vielzahl anderer, z.T. bisher verdeckter, randständiger, historisch scheinbar überwundener oder aber gänzlich neuer Formen der Arbeit ersetzt. Diese reichen vom Pendeln zwischen Erwerbslosigkeit und Teilzeitarbeit über Formen der Heimarbeit, der Leiharbeit bis zu erneuerten Formen der Subsistenzproduktion und zu Zwangsarbeitsverhältnissen. Sogar Formen der Sklavenarbeit tauchen (wieder) auf. Dies gilt nicht etwa nur für die Schattenökonomien Asiens, Afrikas oder Lateinamerikas. Tatsächlich arbeiten heute mitten in den Metropolen Menschen unter sklavenhalterischen Bedingungen, wie z.B. viele der polnischen oder portugiesischen Bauarbeiter oder der thailändischen oder russischen Prostituierten, die als Illegalisierte in Berlin leben und arbeiten müssen.

Bezeichnet man den Sektor der rechtlich und materiell relativ abgesicherten Lohnarbeit als den formalisierten Sektor der Produktion, so können sämtliche andere Arbeitsformen als informelle Arbeit bezeichnet werden. Die Ausbeutung im formellen Sektor setzt die Ausbeutung im informellen Sektor voraus oder wird durch sie ergänzt.

Während in den Ländern der Peripherie die meisten Menschen im informellen Sektor arbeiten müssen, bildet dieser Bereich in den Metropolenländern (noch) eine Randzone. Der Tendenz nach wird allerdings auch hier in nichtall zu ferner Zeit eine Arbeitselite sogenannter "Kernbelegschaften" einer Masse von Menschen gegenüberstehen, die in prekären Arbeitsverhältnissen existieren müssen, wenn sie denn überhaupt noch in einem Arbeitsverhältnis stehen.

Immer auf Arbeit

Um zu klären, was in diesem Prozeß Ethos, Utopie und Ideologie der Arbeit sind, werde ich im folgenden auf die italienisch-französische Diskussion um die "lavoro autonomo", d.h. die "selbständige Arbeit" zurückgreifen. Dieser Begriff beschreibt ein zentrales Moment in der Umwälzung der Arbeitsverhältnisse. Er bezeichnet Verhältnisse, in denen die Arbeiterin formell als Selbständige auftritt, faktisch aber genauso von der Verwertung ihrer Arbeitskraft abhängig ist wie der Lohnarbeiter. Dies gilt für alle sogenannten "scheinselbständigen Arbeitsverhältnisse", etwa die der Bauarbeiter oder LKW-Fahrer, die formell freie Unternehmer, faktisch aber Sklaven ihrer Kontraktoren sind. Es gilt aber auch für die Hunderdtausenden von selbständigen ProduzentInnen und KleinstunternehmerInnen, die häufig von einem einzigen "Kunden" abhängen. Ohne dessen Nachfrage wären sie sofort und umstandslos erwerbslos.

Viele selbständige ArbeiterInnen sind hochqualifiziert und haben den Weg in die Selbständigkeit gewählt, um sich von der Erwerbslosigkeit zu befreien. Andere sind aus der Lohnarbeit in die selbständige Arbeit geflohen. Selbständige ArbeiterInnen sind in der Regel all diejenigen, die im Besitz eines Produktionsmittels sind, etwa eines Macintosh-Computers oder eines Taxis. Dies ermöglicht ihnen eine Form der "kleinen Warenproduktion" oder eine Dienstleistungstätigkeit. Der Tendenz nach können allerdings auch LohnarbeiterInnen als

selbständige ArbeiterInnen bezeichnet werden, die innerhalb der vollständig flexibilisierten Fabrik ohne Anleitung eines Vorarbeiters im selbstbestimmten Team und nach selbstbestimmten Plänen operieren.

Das Arbeitsethos der selbständigen Arbeit ist das des freien Unternehmers und mithin das des autonomen Subjekts. Der/die traditionelle LohnarbeiterIn war gezwungen, seine/ihre Subjektivität aufzugeben, um in der Fabrik als "gelehriger Körper" bloßes "Anhängsel der Maschinerie" zu sein. Die selbständige Arbeiterin muß hingegen ihre Subjektivität zu ihrem ersten Produktionsmittel machen. Sie muß ausdrücklich das Subjekt ihrer Arbeit sein. Deshalb werden entsprechende Ausbildungsprogramme auch als "Empowermentprogramme" bezeichnet - als Programme der Ermächtigung und Selbstermächtigung zur selbständigen Führung des eigenen Daseins. Aus demselben Grund nennt man ehemalige LohnarbeiterInnen oder Erwerbslose, die sich in die Prekarität der selbständigen Arbeit begeben, "Existenzgründer" - ein Begriff, der unmittelbar der Existenzphilosophie und ihrer Ethik der individuellen Autonomie entnommen sein könnte.

Weil die Subjektivität das erste Produktionsmittel der selbständigen Arbeit ist, dehnt sich die Arbeit auch auf die ganze Existenz der selbständigen ArbeiterInnen aus. Gilt für den/die LohnarbeiterIn noch die strikte Trennung von Arbeitszeit und Freizeit, von Arbeitsplatz und privatem Raum, so ist die selbständige Arbeiterin immer und überall "auf der Arbeit": Arbeit und Existenz werden deckungsgleich. Arbeit ist keine besondere Tätigkeit neben anderen Tätigkeiten mehr, alles ist "produktiv". Nicht bloß das einzelne Produkt oder die einzelne Dienstleistung sind das Resultat der Arbeit , sondern das Existenz-Unternehmen selbst und vor allem das Netzwerk von Beziehungen und Kommunikationen, in das es eingebettet ist. Insofern lautet die erste Forderung, der sich der/die selbständige ArbeiterIn unterwirft, nicht einfach: "Sei Subjekt", sondern genauer: "Sei Subjekt deiner Beziehungen, Subjekt deiner Kommunikationen und Kontakte."

Selbständig in die Unterwerfung

Genau auf dieser (An-)Forderung beruht die Ideologie der selbständigen Arbeit. Das selbständige Subjekt muß in der Gründung und Erhaltung seiner Existenz ganz auf die eigene Autonomie bauen. Doch gerade diese Autonomie bleibt jederzeit eine unterworfene Autonomie. Während der/die traditionelle LohnarbeiterIn der Fabrikdisziplin passiv unterworfen wird, muß der/die selbständige ArbeiterIn jederzeit von sich aus aktiv sein und seine Tätigkeit selbst koordinieren, nur um sich bei aller Selbstbestimmung letztlich doch einem Produktionsprozeß einzuordnen, über den er/sie nicht verfügen kann. Der Aufruf "Sei Subjekt" ist "also ein Ordnungsruf, weit entfernt, den Antagonismus zwischen Hierarchie und Kooperation, zwischen Autonomie und Kommando auszulöschen. Statt dessen wird dieser Antagonismus auf höherer Ebene reproduziert, indem er die Persönlichkeit der individuellen Arbeiterin und des individuellen Arbeiters mobilisiert und sich ihr zugleich entgegenstemmt. In erster Linie begegnen wir hier einem autoritären Diskurs: Man muß sich ausdrücken und sich äußern, man muß kommunizieren und kooperieren. (...) ‚Seid Subjekte der Kommunikation', lautet also die Parole des Managements, (...) denn der Kapitalist zielt darauf, die Subjektivität und Persönlichkeit der Produzenten bei der Produktion des Werts zu vernutzen. Das Kommando soll im Subjekt und in der Kommunikation verankert werden. Die Arbeitenden stehen unter Selbstkontrolle und Selbstverantwortung (...), ohne das ein Vorarbeiter eingreifen müßte." (1)

Und wenn der/die selbständige ArbeiterIn der Spaltung zwischen Arbeitszeit und Lebenszeit und der Einsperrung in die Fabrik entkommen ist, so letztlich nur deshalb, weil die Fabrik die ganze Zeit und den ganzen Raum der individuellen und sozialen Existenz durchdrungen hat. Was von der selbständigen Arbeit im informellen Sektor gesagt werden kann, gilt auch für die modernisierte Lohnarbeit: Auch hier wird das alte Kommando - die Unterwerfung der Subjektivität unter der Disziplin der Maschinerie - abgelöst durch ein Kommando, das in die Subjekte selbst hineinverlegt wird: Über das Instrument der Gruppenarbeit und ohne Vermittlung eines Vorarbeiters.

Wenn es eine Utopie der selbständigen Arbeit gibt, dann kann sie nur im Widerstand dieser Arbeit gegen die Unterwerfung ihrer Autonomie entwickelt werden. Die selbständige Arbeit hätte sich nicht so schnell ausbreiten können, wenn sie nicht einem mächtigen subjektiven Bedürfnis entspräche. Tatsächlich entspringt sie historisch den späten Revolten der LohnarbeiterInnen, jenen Sozialrevolten der sechziger und siebziger Jahre, in denen nicht mehr dafür gekämpft wurde, den Status des Lohnarbeiters anzuheben und zu verbessern, sondern in denen dieser Status als solcher angegriffen und überwunden werden sollte. Hunderttausende rebellierten damals gegen die Fabrikdisziplin, gegen die Einordnung in die Maschinerie, gegen die Spaltung

von Arbeitszeit und Lebenszeit, von Arbeiten und Wohnen, gegen die Unterwerfung ihrer Existenz in das lebenslange Normalarbeitsverhältnis.

Autonomes oder revolutionäres Subjekt?

Die Einrichtung selbständiger Arbeitsverhältnisse und die Umstellung der Produktion von der zentralisierten Fabrik in die Netzwerkunternehmen vom Typ Benetton, das massenhafte Outsourcing von Teilproduktionen in die Klein- und Kleinstunternehmen selbständiger Arbeiter stellt nicht einfach nur die Gegenstrategie des Kapitals gegen die Revolten der LohnarbeiterInnen dar: Sie wurden von den ArbeiterInnen auch als Möglichkeiten ergriffen, der Lohnarbeit und dem Fabrikkommando zu entfliehen.

Wenn es zu Revolten der selbständigen ArbeiterInnen und dabei auch zur Artikulation einer Utopie der selbständigen Arbeit kommen wird, dann wird es darin nicht um die Forderungen und um die Utopien von LohnarbeiterInnen gehen. Es wird nicht um Lohnerhöhungen und nicht um die Regulation der Arbeitszeit gehen, sondern darum, sich der Aneignung der selbständigen Arbeit durch das Kapital zu widersetzen. Die selbständigen Arbeiter werden den Ordnungsruf "Sei Subjekt" gerade im Namen ihrer Subjektivität zurückweisen.

Dies kann nur aus der Ambivalenz ihrer Situation heraus erfolgen: Einerseits wollen sie sich durch ihr persönliches Eigentum an ihren Produktionsmitteln ein Arbeitsverhältnis ermöglichen, in dem sie sich in der Arbeit selbst bestimmen können, etwa weil sie autonom über ihre Zeit entscheiden können. Andererseits nimmt ihnen gerade ihre Selbständigkeit die Möglichkeit, die erwünschte Autonomie zu realisieren: Sie bleiben schutzlos dem "Kunden" oder "Auftraggeber" ausgeliefert, der gerade ihre Selbständigkeit und ihre Subjektivität verwertet oder eben nicht.

Soll diese Abhängigkeit gebrochen werden, muß sich die freigesetzte Subjektivität von dem Zwang befreien, sich verkaufen zu müssen. Die Autonomie in der Arbeit muß zur Autonomie der Arbeit selbst radikalisiert werden - zu einer Autonomie, in der die Arbeit jede fremde Verfügung über sich zurückweist. Dies führt dann über die Revolten hinaus, in denen "nur" das Regime der Fabrik, die Macht der Hierarchie, die Spaltung von Arbeitszeit und Lebenszeit, von Produktion und Reproduktion zurückgewiesen wurde.

Ich glaube, daß eine so weit radikalisierte Autonomie der Arbeit der utopische Kern ist, der in der Forderung nach einem unbedingten Existenzgeld enthalten ist. Nicht zufällig taucht diese Forderung in den schon erwähnten Sozialrevolten der späten Lohnarbeiter und dann in den ersten Revolten der prekär Beschäftigten, der Jobberinnen und Erwerbslosen auf, d.h. in den Revolten derjenigen, die das soziale Feld der selbständigen Arbeit bilden. In ihrer radikalen Form zielt diese Forderung auf die Entkopplung von Lebensunterhalt und Erwerbstätigkeit: als Forderung nach einem Einkommen, das allen ohne Gegenleistung zusteht, ohne jede Verpflichtung zur Arbeit, in einer Höhe, die es erlaubt, zu leben ohne arbeiten zu müssen. Sie zielt auf die Befreiung der Subjektivität, die ihren Niederschlag schließlich in wirklich frei bestimmten Tätigkeiten findet. Eine Utopie der Arbeit ist dies nur noch insoweit, als es eine Utopie der befreiten Existenz ist.

Selbstverständlich dürfen die Forderung nach Existenzgeld und ihr utopischer Kern nicht verwechselt werden: Nicht auf die bloße Forderung kommt es an, sondern auf das Hervortreten von Subjekten, die sich praktisch aneignen, was mit der Forderung gemeint ist. Hier liegt die ganze Zweideutigkeit der massenhaften Ausbreitung selbständiger Arbeit: Was zunächst nur die fortgeschrittenste Form der Unterwerfung der Arbeit ist - die Verlagerung des Kommandos in die Subjekte selbst -, kann zur Keimform ihrer Befreiung werden. Dies darf aber nicht als fortschreitende, kontinuierliche, gleichsam automatische Entwicklung gedacht werden, sondern nur als ein Bruch mit der Ideologie der Arbeit. Der muß organisiert werden.

Thomas Seibert

Anmerkung:

1) Lazzarato, Maurizio (1998): "So einfach ist das. Interview zur Ökonomie des Immateriellen",in: Die Beute Neue Folge. Nr. 2., S.43f.

33. Wo geht"s lang und mit wem? Ex- und Linksgrüne suchen nach Perspektiven

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Grüne (und Vorläufer); Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:31

Jürgen Trittin verteidigt das Sparpaket der Bundesregierung und schließt sich so den Sachzwangargumenten der rot-grünen Austeritätspolitik an. Angesichts der Ereignisse in Osttimor ruft Außenminister Joschka Fischer nach einer militärischen Eingreiftruppe. Die grünen Finanzpolitiker kommen mit immer neuen "Reformvorschlägen", die sie als die wahren Modernisierer gegenüber der SPD erscheinen lassen sollen. Die Rechtsverschiebung der Grünen nimmt immer stärker Kontur an. Was machen die (ehemaligen) linken Grünen? Nach ihrer Niederlage in Bielefeld sammeln sie erst einmal ihre Kohorten und sondieren das Schlachtfeld.

Der Bielefelder Kriegsparteitag markierte einen tiefen Einschnitt in der Entwicklung der Bündnisgrünen. Die Regierungspraxis von Rot-Grün verursachte schon in den Monaten zuvor viel Unmut und Resignation bei den Parteimitgliedern. Mit der Unterstützung des NATO-Kriegs gegen Jugoslawien war für einige der Parteilinken ein Punkt erreicht, wo sie ihrer Partei den Rücken kehrten. Vor allem im Ruhrgebiet und in Hamburg entstanden organisatorische Zusammenhänge, die außerhalb der grünen Partei angesiedelt sind. In Hamburg formierte sich um fünf dissidente Abgeordnete der Bürgerschaft die Gruppe "Regenbogen - für eine neue Linke". Unter dem Namen "Netzwerk ‚Grün-links-alternativ`-Ruhrgebiet" sammelten sich in NRW ehemalige Grüne aus verschiedenen Städten. Daneben gibt es noch "Grünlinks Niedersachen" und die Initiative "BasisGrün", die durch eine stärkere Bindung an die Mutterpartei charakterisiert sind.

Diese Gruppen, zusammen mit den sieben grünen Bundestagsabgeordneten um Annelie Buntenbach, Christian Ströbele und Christian Simmert, die sich im Parlament gegen die Kriegspolitik der Regierung gestellt hatten, und den Resten des "Babelsberger Kreises", dem Zusammenschluß der grünen Parteilinken, unternahmen am 6. Juni den Versuch, ein bundesweites Netzwerk zu gründen. Das Treffen der ca. 600 TeilnehmerInnen endete im Chaos. (vgl. ak 427) Noch bevor man sich arbeitsfähige Strukturen geben konnte, zogen sich Annelie Buntenbach, Christian Simmert und mit ihnen die VertreterInnen des "Babelsberger Kreises" aus dem Netzwerk zurück. Einen Tag später folgte "BasisGrün".

Die Schatten

der Vergangenheit

Damit war aber noch nicht aller Tage Abend. In Dortmund war von den verbliebenen TeilnehmerInnen ein kommissarischer Arbeitsausschuß gebildet worden, der die weiteren Schritte planen sollte - konkret: die Durchführung eines Strategiekongresses im Herbst dieses Jahres. Wohl angesichts des strategischen Dilemmas, daß keine Gruppe alleine bundesweite Ausstrahlung gewinnen könnte, trafen sich mit Ausnahme der "Babelsberger" alle in der Vorbereitungsgruppe wieder, die schon in Dortmund dabei waren: das "Ruhrgebiet-Netzwerk" um Eckhard Stratmann-Mertens, "BasisGrün", "Grünlinks Niedersachsen", "Regenbogen" und Annelie Buntenbach als Vertreterin der Bundestagsabgeordneten.

Die Zusammenarbeit im Vorbereitungskreis ist gekennzeichnet von denselben Auseinandersetzungen und Widersprüchen, die auch auf dem Dortmunder Treffen aufgetreten waren. Im Kern geht es dabei um die Frage, welches Verhältnis das Netzwerk von "Nie-Grünen, Ex-Grünen und Grünen" zur grünen Partei haben soll.

Auf der einen Seite stehen diejenigen, die das Netzwerk als außerhalb und unabhängig von Parteien - vor allem den Grünen - ansehen. Es sind vor allem ausgetretene Parteimitglieder, die diese Richtung ausmachen. Vertreten werden sie durch das "Ruhrgebiets-Netzwerk". Eckhard Stratmann-Mertens plädiert mehr oder minder offen für einen eigenständigen Organisationsaufbau, wenn er ein solches Netzwerk als "alternative ‚politische Gruppierung`" definiert. Dabei geht er davon aus, daß jenseits der Grünen und der PDS Raum für eine "(Wahl-)Alternative" bestünde. Die Rechtsentwicklung der Grünen und die Herkunft der PDS aus der SED, die sie für das "verwaiste Erbe der Grünen in Westdeutschland" unattraktiv mache, - so Stratmann-Mertens - hinterlasse ein "politisches Vakuum". Mit Blick auf die Hamburger "Regenbogen"-Gruppe und die Berliner "Demokratische Linke", die von Dissidenten aus der SPD, der PDS und den Grünen

gegründet wurde und zu den Abgeordnetenhauswahlen im Oktober antritt, erinnert er sich früheren Zeiten: "Möglicherweise entsteht bundesweit ein ähnlicher Flickenteppich von grün-links-alternativen Wahlbündnissen wie Ende der siebziger Jahre vor Gründung der Grünen." (Andere Zeiten 4/99) Das Dortmunder Treffen will er nicht als Debakel bezeichnen: "Dortmund war ... der mit Richtungskonflikten behaftete Beginn eines bundesweiten Vernetzungsprozesses".

So bleibt das Ansinnen des "Ruhrgebiets-Netzwerks" im Kern grün-lastig, gerade weil immer wieder die deutliche Abgrenzung von den Grünen herausgestellt wird. Zwar wird von einem inhaltlichen und organisatorischen Neuanfang geredet, was dahinter steht, ist allerdings nicht mehr als der Versuch, zu den Anfängen der alternativen Wahlbewegung der siebziger Jahre zurückzukehren: Inhaltlich wie organisatorisch soll das "verwaiste Erbe der Grünen" - diese Formulierung macht schon stutzig - angetreten werden. Jutta Ditfurths Ökolinx läßt grüßen. Die weitere Zukunft dieser Richtung dürfte dann wohl auch nicht rosiger aussehen als die des Spaltprodukts von Anfang der 90er Jahre.

Ganz anders als die Ruhrgebietler schätzt der NRW-Grüne Daniel Kreutz die Situation der linken Grünen und Ex-Grünen ein. Für ihn ist "die Beantwortung der Frage nach einem neuen, politikfähigen linken Pol in Dortmund schon im Ansatz" gescheitert. (Andere Zeiten 2/99) Kein Wunder, waren seine Zielvorgaben für dieses Treffen und die Aufgabenbestimmungen eines zu gründenden Netzwerkes doch ganz andere: "Im Initiatorenkreis ... bestand Konsens, daß es nicht um eine wie auch immer definierte Parteiströmung, sondern um die Entwicklung eines parteiunabhängigen, nicht parteiförmigen, aber politikfähigen offenen Netzwerks ‚Grüner, noch-Grüner, ex-Grüner und noch-nie-Grüner` gehen müsse, daß sich aktiv um solidarische Kooperation mit kompatiblen linksdemokratischen und anderen Kräften in der Gesellschaft bemüht."

Was hier erkennbar wird, ist - unabhängig davon, wie man die Realisierungschancen einschätzt - das Bemühen, eingefahrene Wege zu verlassen und eine Neuformierung des linksreformistischen Lagers ins Auge zu fassen. Ausgetretene Wege sollen verlassen werden - so lautet jedenfalls der eigene Anspruch. Daß man dabei erst einmal nicht auf eine eigenständige (parteiförmige) Organisierung setzt, ist einerseits der allgemeinen politischen Lage geschuldet, aber auch Ausdruck strategischer Überlegungen. Die Fronten gegenüber einem reformerischen Projekt verliefen - so Kreutz - nicht mehr zwischen den "Mitte-Links-Parteien und ihren Wählerschaften, sondern durch sie hindurch." Inwieweit sich diese Überlegungen allerdings von den "Crossover"-Versuchen der letzten Jahre abheben, ist nicht erkennbar. Seit 1996 gab es unter diesem Motto Diskussionen zwischen linken Grünen und SPDlern sowie der PDS über die Konturen eines sozial-ökologischen Reformprojekts. Viel herausgekommen ist dabei allerdings nicht. Deutlich ist nur soviel, daß Kreutz auch die außerparlamentarische und gewerkschaftliche Linke im Auge hat.

Euphorie kommt nicht auf

Für die innerparteiliche Strategiedebatte der linken Grünen macht Daniel Kreutz allerdings neue Vorschläge. Deutlich rechnet er mit dem "Babelsberger Kreis" ab. "Das traditionelle Babelsberger Konzept einer ‚Rückgewinnung linker Mehrheiten` (in den Grünen) ist zugunsten einer strukturellen Mitte-Rechts-Mehrheit gescheitert." Sein Gegenvorschlag: Die Parteilinke solle sich als "robuste Minderheit" in der Partei rekonstruieren, die offen den programmatischen Dissens zur Gesamtpartei benennt, eigene Öffentlichkeitsarbeit betreibt, deren Mandatsträger mit der Fraktionsdisziplin brechen sollen und die sich durch ein "parteiunabhängiges Netzwerk ... eigenständige Wege politischen Handelns in die Gesellschaft hinein" erschließt. Nicht verwunderlich, daß das "Ruhrgebiets-Netzwerk" sofort Instrumentalisierung vermutet, und alle, die an einer Zusammenarbeit mit linken Grünen festhalten wollen, der Sabotage der Netzwerk-Idee bezichtigt.

Vor diesem Hintergrund kam es in den vergangenen Wochen im Vorbereitungskreis zu heftigen Auseinandersetzungen, die zum größten Teil auf der Ebene persönlicher Angriffe und Unterstellungen geführt wurden. Das hier erkennbare Niveau wirft ein Licht auf die mangelhafte politische Substanz einzelner Akteure. Dieser Mangel dürfte denn wohl auch eher der Grund dafür sein, daß aus dem geplanten Strategiekongreß im Herbst nicht mehr wird, als die Verschwörungs-Spekulationen, dahinter stünden die gezielte Obstruktion der linken Bundestagsabgeordneten, "BasisGrün" und anderer.

Dabei ist nicht anzunehmen, daß Daniel Kreutz bei den linken Grünen mit seinem Vorschlag auf viel Resonanz stößt. Von den sieben Bundestagsabgeordneten dürfte wohl Annelie Buntenbach solchen Vorstellungen am

nähesten stehen. Bei allen anderen ist offen, wie sie der Idee einer "robusten Minderheit" gegenüberstehen. Konsequent umgesetzt, würde dieser Weg nämlich über kurz oder lang aus den Grünen herausführen. Daß zum Beispiel Christian Ströbele dazu bereit wäre, kann getrost bezweifelt werden.

Die Reste des "Babelsberger Kreises" jedenfalls, die derzeit um den Herausgeberkreis der Anderen Zeiten einen Neuanfang versuchen, haben sich schon entschieden. Sie wollen den alten Weg weiter beschreiten. Schon werden erste Papiere geschrieben, um den "Kampf" um das neue grüne Grundsatzprogramm aufnehmen zu können. Für den November ist ein entsprechendes Papier bereits angekündigt. Beteiligt an diesen Diskussionen ist auch Christian Ströbele.

Auf der anderen Seite einigten sich Mitte September - trotz aller Verwerfungen der vergangenen Wochen - "Regenbogen", "BasisGrün", "Grünlinks Niedersachsen", "Ruhrgebiets-Netzwerk" und die von Annelie Buntenbach vertretenen linksgrünen MdBs vorerst darauf, Anfang November als Ersatz für die geplante Strategiekonferenz eine eintägige Arbeitstagung durchzuführen. Dabei will man über die soziale Frage und das Thema Arbeit reden. Am Rande, nicht zentral soll es bei diesem Treffen auch um die eigene weitere Zukunft gehen. Die Arbeitskonferenz ist so offensichtlich nur noch ein Test, der zeigen soll, ob eine weitere Zusammenarbeit überhaupt noch möglich ist. Falls das Experiment zufriedenstellend verläuft, soll das Projekt Strategiekonferenz noch einmal angegangen werden.

mb., Berlin

34. ak ist nicht konkret! Ein Kommentar zu Siepelmeyers Polemik gegen Gremliza

Autor: dk, Dse · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:30

Unter dem Titel "Pardon wird nicht gegeben" wirft Thomas Siepelmeyer in ak 429 Hermann Gremliza und der konkret "primitive Propagierung von Unmenschlichkeit" vor. Weiter wird "Herrn Gremliza" ein "Verständnis von kriegerischer Auseinandersetzung" vorgeworfen, das "offensichtlich von der Praxis der deutschen Wehrmacht im Osten und Südosten Europas übernommen" worden ist: "Zumindest entspricht es exakt ihrer (d.h. der nationalsozialistischen Wehrmacht) damaligen Kriegsführung", so Siepelmeyer. "Bis in die Sprache hinein" stellt Siepelmeyer "Analogien" zwischen der "Bandenbekämpfung" von Wehrmacht, SS und Einsatzgruppen einerseits und dem Gremliza-Jargon ("Terroristen der UCK") fest. Unserer Meinung nach kann dieser Artikel nicht unkommentiert bleiben.

In der von Siepelmeyer inkriminierten Kolumne ("Tod durch Erfindung", konkret 8/99) spricht Gremliza in der Tat von "Terroristen der UCK" (im Original ohne Anführungsstriche), und er spricht auch davon, daß die kosovo-albanische Bevölkerung in ihrer Gesamtheit während des Kosovo-Krieges den "Status von Kombattanten" angenommen hat. Allerdings ist es aufgrund Gremlizas eigentümlicher Wortakrobatik nicht eindeutig, ob er dies als bloße Tatsachenbehauptung oder aber zustimmend (etwa nach dem Motto "geschieht ihnen recht") meint.

Es geht aus Gremlizas selbstverliebtem Wortgeklingel eben nicht eindeutig hervor, daß er parteilich-zustimmend - "albanische Zivilisten zu Kombattanten macht", wie es die Unterzeile des ak-Artikels nahelegt. Die bei Gremliza unmittelbar anschließende Parallele zur Bevölkerung des Iraks könnte so interpretiert werden, daß solche kollektiven Geiselnahmen mit anschließender Bestrafung eher bedauernd als Elemente einer "modernen" Kriegführung dargestellt werden. Aber Gremliza bietet hier in der Tat Raum für Mißverständnisse, zumal der Meister und seine Jünger in diesem Krieg eine deutlich und komplett undifferenzierte anti-albanische Position bezogen haben.

Dennoch hat Siepelmeyer mit seiner Kritik die Grenze einer aufklärischen innerlinken Auseinandersetzung überschritten. Keine Frage: Gremliza selbst und sein Blatt lassen keine Gelegenheit aus, "die Linke" des Nationalismus oder gar des völkischen Gedankengutes zu bezichtigen. Und es steht auch außer Frage, daß Gremliza und konkret dabei gerne mit dem Holzhammer des Nazismus-Verdachts zuschlagen. ak sowie etliche unserer AutorInnen und LeserInnen haben sich von Gremliza und Anhang schon übelste Verleumdungen dieser Art anhören müssen.

Nur: Das rechtfertigt nicht, mit gleicher Münze heimzuzahlen. Man kann von Gremliza und konkret wirklich viel Schlimmes denken (und das tun wir auch), aber die Konstruktion einer Analogie zwischen diesem Blatt und nationalsozialistischem Sprach- und Gedankengut verbietet sich. Diese Ebene der Polemik mag konkret offen stehen, eine emanzipatorische Linke sollte sie sich nicht zu eigen machen.

dk, DSe

35. Angeklagt: Lotta Continua. Der Mordfall Calabresi wird neu verhandelt

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:21

Die schier endlose Geschichte des "Calabresi-Prozesses" geht weiter. Ende August fällte das Berufungsgericht in Venedig das 13. Urteil in dieser Sache; danach muß über den 27 Jahre zurückliegenden Mord an dem Polizeikommissar Luigi Calabresi neu verhandelt werden. Ab dem 20. Oktober wird nun ein weiteres Mal darüber zu befinden sein, ob die drei Angeklagten schuldig oder unschuldig sind: die ehemaligen Mitglieder der 1976 aufgelösten linksradikalen Organisation "Lotta Continua" (LC - "Fortwährender Kampf") Adriano Sofri, Giorgio Pietrostefani und Ovidio Bompressi. Sie waren im Januar 1997 rechtskräftig zu je 22 Jahren Haft verurteilt worden - die beiden ersteren, seinerzeit Leitungsmitglieder von LC, wegen Anstiftung zum Mord, Bompressi als ausführender Täter.

Das Urteil stützte sich allein auf die Aussage des Kronzeugen Leonardo Marino, der sich 1988 selbst bezichtigt hatte, er habe das Tatfahrzeug gefahren. Sein später Anfall von Reue, 16 Jahre nach der Tat, gab und gibt zu Spekulationen Anlaß. Carlo Ginzburg schrieb in seinem justizkritischen Buch "Der Richter und der Historiker", Marinos Geständnisse folgten "einem sehr italienischen Weg, der bei einem republikanischen Anwalt beginnt, sich über einen Priester und einen kommunistischen Vizebürgermeister fortsetzt und endlich ein Jahr später in einer Carabinieri-Kaserne endet". Am Schluß zählten allein die belastenden Aussagen gegen seine drei Ex-Genossen, die ins Gefängnis mußten; Marino selbst kam frei, weil sein (angeblicher) Tatbeitrag verjährt war.

Es sind u.a. neue Zweifel an den widersprüchlichen Aussagen dieses stets in Geldnöten steckenden Kronzeugen, die nun das Gericht in Venedig zu der Entscheidung veranlaßten, den Prozeß wiederaufzunehmen. Widersprüchlich äußerte sich Marino auch nach diesem Urteil: Einerseits sei er froh für Sofri und Pietrostefani, die nun das Gefängnis verlassen konnten (Bompressi war wegen Krankheit schon im letzten Jahr entlassen worden); andererseits zeige sich daran erneut, daß es in Italien "zwei Arten von Justiz" gebe - eine für "die normalen Leute" und eine für die "Mächtigen". Zu letzteren zählt er offensichtlich Adriano Sofri, der eine für einen ehemaligen "Berufsrevolutionär" beachtliche "bürgerliche" Karriere gemacht hat. Auch der neofaschistische Fraktionsvize Gasparri brachte das venezianische Urteil in Zusammenhang mit dem "öffentlichen Druck mächtiger Lobbies".

In der Tat hat Sofri auch eine Reihe einflußreicher Fürsprecher - und nicht nur "taktische" wie den Dauer-Beklagten Silvio Berlusconi, der jede Gelegenheit wahrnimmt, sich als unschuldiges Opfer der politisch motivierten "Partei der Staatsanwälte" zu präsentieren. Dario Fo, 1997 Nobelpreisträger für Literatur, hat mit einem bitterbösen Stück über den Kronzeugen Marino Partei ergriffen für Sofri und Genossen. (vgl. ak 413, 9.4.98) Auch andere Intellektuelle, u.a. Umberto Eco und Norberto Bobbio, und viele Politiker äußerten ihre Überzeugung, Sofri sei unschuldig. Eine Neuauflage des Prozesses wurde erst durch eine Änderung des Strafprozeßrechts möglich. Dafür stimmten im November vergangenen Jahres 312 Mitglieder des Parlaments (bei nur 32 Gegenstimmen und neun Enthaltungen).

Sofri "provoziert" seine Richter

Über den Ausgang des neuen Verfahrens kann nur spekuliert werden. An eine Verschwörung mag Sofri nicht glauben. Wohl aber hätten im Laufe der Prozesse "immer mehr Leute Interesse gefunden, Lotta Continua zu verurteilen. Zuerst wollte man einen ungeklärten Fall lösen... Dann fanden sich Leute, die sich an Lotta Continua rächen wollten, die als die stärkste und arroganteste Organisation der 68er Bewegung galt. Und dann glaubten Teile der Justiz, an dem Irrtum festhalten zu müssen." (profil, 3.3.97)

Diese Interessen sind weiterhin wirksam. So gewährt der Wiederaufnahmebeschluß von Venedig den Angeklagten nur eingeschränkte Bewegungsfreiheit. Begründet wird das mit Fluchtgefahr, obwohl die drei in der Vergangenheit mehrfach die Möglichkeit hatten, das Land zu verlassen; Pietrostefani reiste 1997 eigens zum Strafantritt aus Frankreich an! Die drei Altlinken wollen das Verfahren bis zum endgültigen Freispruch durchstehen und haben es daher abgelehnt, ein Gnadengesuch zu stellen. Da es ein politisches Verfahren ist, haben sie sich zum politischen Handeln entschlossen. Das ist ein großes Wagnis - über "verfehlte Prozeßstrategie" nörgelte taz-Korrespondent Werner Raith, der wahrheitswidrig behauptet, Sofri habe "erst

zuletzt ... klare Worte der Distanzierung zu dem gewalttätigen Klima der 70er, das auch er mitgeschaffen hatte", gefunden Tatsächlich hat Sofri sich seit langem von seiner revolutionären Vergangenheit gelöst, über die er weiterhin produktiv nachdenkt (siehe "Porträt eines Renegaten"). Nur hielt er es bislang wie der ehemalige Rotbrigadist Mario Moretti, der linke Selbstkritik nur "außerhalb der Gerichtssäle" zu leisten bereit ist.

Sofri brach unmittelbar nach seiner Freilassung zu einer politischen Demonstration auf: Zusammen mit Freunden zog er zur Piazza San Silvestro in Pisa. Dort, so die Anklage, soll er 1972 den Mordauftrag erteilt haben. 27 Jahre später wies Sofri an Ort und Stelle die Lügen des Kronzeugen zurück: Marino hatte vor Gericht behauptet, der Platz sei baumlos (in Wirklichkeit stehen dort 53 Pinien); außerdem hatte er "vergessen", daß es zu dem fraglichen Zeitpunkt, nach einer LC-Kundgebung, in Strömen regnete. Der Kollege Raith sieht das Gericht durch Sofris Marsch an den "Ort des Verbrechens" ungebührlich provoziert: "Daß derlei Herausforderung auch dem neuen Gericht seine Arbeit nicht erleichtern wird, ist abzusehen." (taz, 26.8.99)

Sofri und Genossen geht es aber nicht nur um ihre persönliche Freiheit, sondern auch um die historische Wahrheit, nicht nur im Mordfall Calabresi. Daß damals Linke am Werk waren, hält Sofri für wahrscheinlich, wenn auch die Verwicklung von Faschisten "nicht auszuschließen" sei (Calabresi hatte in einem Fall von Waffenhandel gegen Rechtsterroristen ermittelt). Dagegen spricht, daß Calabresi das Haßobjekt der gesamten Linken war - während seines Verhörs fiel der Anarchist Giuseppe Pinelli aus dem vierten Stock des Mailänder Polizeipräsidiums und starb. Ermittelt wurde gegen ihn wegen des Bombenanschlags an der Mailänder Piazza Fontana im Dezember 1969, dem Auftakt der faschistischen "Strategie der Spannung", mit der die im "heißen Herbst" erstarkte Arbeiterbewegung demoralisiert werden sollte.

Die Wiederaufnahme des Mordfalls Calabresi lenkt den Blick auch auf dieses bislang ungesühnte Verbrechen, bei dem 16 Menschen starben, die meisten von ihnen bäuerliche Kunden der Landwirtschaftsbank. In der Linken setzte sich 1969 schnell das Wort vom "Staatsmassaker" (strage di Stato) durch: Der Staat und seine Exekutivorgane, Polizei und Geheimdienste, hätten die faschistischen Täter geschützt, statt dessen die Linke verfolgt - weil die Bombe den Herrschenden nützte. Das Massaker, schreibt Luciano Lanza, hatte "eine deutliche und knappe Botschaft: besser Tote als Wandel." Auch darüber wird ab dem 20. Oktober neu zu reden sein. Öffentliche Aufmerksamkeit ist garantiert: Am 12. Dezember jährt sich das faschistische Attentat zum 30. Male.

Js.

36. Soziale Frage und Krieg. Linkes GewerkschafterInnentreffen gegen den NATO- Krieg

Autor: Gerhard Klas · Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:22

Linkes Gewerkschaftertreffen gegen den NATO-Krieg

Mehr als 450 Gewerkschaftsmitglieder drängten sich am 3. September im größten Saal des Frankfurter Gewerkschaftshauses, um dort ihre Perspektiven nach dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien zu erörtern. Die Sitzplätze reichten nicht aus, die Zuhörer nahmen auf dem Boden Platz oder blieben im Foyer stehen. Das waren weit mehr Teilnehmer, als die Veranstalter der bundesweiten Konferenz - unter ihnen Landesverbände der IG Medien und HBV, der Bundesvorstand der Deutschen Journalistenunion sowie zahlreiche unabhängige Gewerkschaftsinitiativen - erwartet hatten.

"Nie wieder Krieg", hieß die Parole des Deutschen Gewerkschaftsbundes nach dem Zweiten Weltkrieg. Obwohl sie auch heute immer noch Bestandteil des Grundsatzprogramms ist, hatte der DGB dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien zugestimmt. Nicht wenige Gewerkschaftsfunktionäre hätten daraufhin die Position des DGB übernommen, so Sabine Leidig, DGB-Kreisvorsitzende in Karlsruhe und Kriegsgegnerin. "Es wurde kaum diskutiert, die Basis war verunsichert".

Diskutiert haben die Kriegsgegner nun in Frankfurt. Viele Gewerkschafter waren mit der Hoffnung gekommen, die Tagung der Gewerkschaftslinken würde Druck auf den DGB ausüben, der anläßlich des Antikriegstages am ersten September seine befürwortende Haltung erneut bekräftigt hatte. Mit ihrer Unterschrift unter einen unabhängig von den Bundesgremien der DGB-Gewerk- schaften initierten Aufruf gegen den Balkankrieg hatten seit April 15.000 Gewerkschafter an die antimilitaristi- sche Gewerkschaftstradition angeknüpft.

Nach zwei Eingangsrefera-ten zum Thema "Kriegsursachen - neue Weltordnung" des Marburger Politikwissenschaftlers Frank Deppe und des Hamburger Friedensforschers Dieter Lutz gab es zahlreiche Wortmeldungen aus dem Publikum, die für eine lebhafte Debatte sorgten.

"Der NATO ging es nie um Menschenrechte", widersprach Tobias Pflüger von der Informationsstelle Militarisierung der Ansicht des Hamburger Friedensforschers. Vielmehr hätten geostrategische Interessen eine zentrale Rolle gespielt. Pflüger betonte, mit dem Ausbau der Krisenreaktionskräfte gebe es "effektive Mehrausgaben für Militär" unter der neuen Bundesregierung. "Warum sind die Gewerkschaften immer noch loyal gegenüber dieser neoimperialistischen Regierung?" verabschiedete sich Pflüger vom Mikrophon. Der Applaus übertraf deutlich den für die Referenten. Mit seinem Vorstoß blieb er nicht allein, weitere Tagungsteilnehmer forderten von den Gewerkschaftsführungen, die "Regierungshörigkeit aufzugeben" oder "Front gegen die Regierung" zu machen.

"Was kostet der Krieg und wer bezahlt ihn?" war die Fragestellung, mit der sich der Bremer Ökonom Jörg Huffschmid am frühen Nachmittag beschäftigte. Er wies die Ansicht einiger Teilnehmer zurück, daß es einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Krieg und dem Abbau sozialer Systeme gebe. Einige hatten die These aufgestellt, die "Politik der Sozialstreichungen" sei die "Fortsetzung des Krieges". "Eine Sparpolitik hätte es auch ohne Krieg gegeben", korrigierte Huffschmid. Sie erfahre aber durch den Krieg eine "neue Verschärfung". Eine Gewerkschafterin der ÖTV Frankfurt betonte allerdings, daß sowohl Sozialabbau als auch Krieg "Bestandteile des kapitalistischen Krisenmanagements" seien.

Der Mehrheit der Anwesenden erschien der Zusammenhang zwischen Sozialabbau, Kriegsführung und Aufrüstung als wichtiges Interventionsfeld. Immer wieder brachten Rednerinnen und Redner die Sprache auf das geplante Sparpaket, das es zu kippen gelte. Manche schlugen vor, sich auf ein traditionelles gewerkschaftliches Kampfmittel zu besinnen: den Streik. Nicht nur diese Vorschläge, auch die nach einem gemeinsamen Appell, fanden keine Resonanz bei den Organisatoren auf dem Podium. Die Moderatorin erklärte, ein solcher Appell könne nur von den Einzelgewerkschaften verabschiedet werden, in die dieser Vorschlag hineingetragen werden solle. "Damit hat die Konferenz keine politischen Konsequenzen", kommentiert ein Mitglied der Gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie die Haltung der Moderatorin. Denn seine Gewerkschaft ist dafür bekannt, das sie den DGB allenfalls von rechts unter Druck setzt.

Um gewerkschaftliche "Antworten auf die neue Weltordnung" ging es im Schlußplenum. Michael Sommer, stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft, sieht die kriegsbefürwortende Haltung vieler Gewerkschafter als Folge einer "Desinformationskampagne" an; Horst Schmitthenner, Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Metall, hat während des Krieges persönlich die "bittersten Erfahrungen in der Gewerkschaftsarbeit" gemacht. Viele kritisieren auch die mangelnde Aktivität in den Betrieben. Für Berthold Balzer, Landesvorsitzender der IG Medien in Hessen, liegt die Begründung auf der Hand: Der NATO-Krieg war auf Betriebsversammlungen kein Thema.

Man müsse mit gesellschaftspolitischen Themen der "Entpolitisierung der Gewerkschaften entgegenwirken", sich wieder den "Mut aneignen, ‚Nein` zu sagen" und gewerkschaftliche Grundsätze "reaktivieren", lauteten die Rezepte der Referenten. Welche konkreten Schritte dabei zu gehen sind, ließen mit einer Ausnahme alle Podiumsteilnehmer offen. Nur Frank Spieth, Vorsitzender des ostdeutschen DGB-Landesbezirks Thüringen, sprach sich für "gewerkschaftliche Autonomie auch gegenüber einer sozialdemokratischen Regierung" aus und forderte die Gewerkschaften auf, sich zwischen "Co- Management und Gegenmacht" zu entscheiden.

Jakob Moneta, der frühere Chefredakteur der auflagenstarken IG-Metall-Mitgliederzeitschrift, führte den "geringen Widerstand in den Betrieben" auf die "Hegemonie des Neoliberalismus in den Köpfen" und der entsprechend aggressiven Außenpolitik zurück. Als historisches Beispiel für die einzig legitime Intervention von außen bezog er sich auf die Internationalen Brigaden, die Ende der 30er Jahre die spanische Republik im Kampf gegen die Franco-Faschisten unterstützten. Weitere Redebeiträge aus dem Publikum machten den Vorschlag, Reparationszahlungen für Jugoslawien und Kosovo in den Forderungskatalog aufzunehmen. Wolfram Treiber vom Karlsruher Arbeitskreis Internationalismus beantragte, die Konferenz möge sich öffentlich gegen die Kriminalisierung von Kriegsgegnern aussprechen.

Doch die Moderatoren aus dem Umfeld der Hamburger Zeitschrift "Sozialismus" wollten keine Resolution und keine konkreten Schritte beschließen. Der Entwurf für einen "Frankfurter Appell", eingebracht von einigen Betriebsräten der IG Metall, forderte zur Vorbereitung "massiver Proteste" gegen "Sparpolitik" und "Großmachtinteressen" auf und wurde schon im vorbereitenden Arbeitsausschuß abgelehnt. Für die Moderatoren war es vielmehr von Bedeutung, den "Prozeß der Verständigung der Gewerkschaftslinken" mit diesem Treffen endlich ein Stück vorangebracht zu haben. Erst auf einem weiteren Treffen Anfang Dezember in Stuttgart wollen sie gemeinsam eine linksgewerkschaftliche "Position zur Bundesregierung" bestimmen.

Gerhard Klas

SoZ - Sozialistische Zeitung

37. Porträt eines Renegaten. Adriano Sofri, Lotta Continua und der Gordische Knoten

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:09

"Die schärfsten Kritiker der Elche waren früher selber welche", heißt es im Sprichwort, das sich immer wieder bewahrheitet: Stalinisten werden zu Antikommunisten, militante Spontis zu Staatsmännern, Pazifisten zu Kriegstreibern. Die Bekenntnisbücher solcher Helden der Zeitgeschichte dienen meist nur der Selbstrechtfertigung. Ein Exemplar aus der seltenen Gattung der "ehrlichen Renegaten" ist Adriano Sofri, Italiens prominentester politischer Gefangener (zur Zeit auf freiem Fuß), gegen den ab dem 20. Oktober ein neuer Prozeß geführt wird (siehe gesonderten Artikel). Die Anklage lautet unverändert: Anstiftung zum Mord an dem Polizeikommissar Luigi Calabresi im Mai 1972.

Adriano Sofri verfolgt nicht nur eine kompromißlose Prozeßstrategie in eigener Sache; er hat auch noch während des zermürbenden Kampfes gegen einen lügenhaften Kronzeugen, gegen voreingenommene (oder entsprechend beauftragte) Richter und Staatsanwälte die Kraft gefunden, ein lesenswertes Buch über die Niederlage der Linken zu schreiben. Daß Sofri seine Vergangenheit nicht, wie so viele, einfach abstreifen oder vergessen kann, resultiert natürlich zunächst aus dem endlosen Strafprozeß. So bleibt er bis heute in allen Medien stets "der ehemalige Vorsitzende von Lotta Continua". Das ist mittlerweile 23 Jahre her, auch Lotta Continua (LC) gibt es seitdem nicht mehr. Sie hatte nur sieben Jahre bestanden und zerfiel ohne einen formellen Auflösungsbeschluß nach ihrem II. Nationalen Kongreß in Rimini im November 1976; allein die Zeitung gleichen Namens überdauerte noch ein paar Jahre.

Das Ende von "Lotta" war, ohne Übertreibung, ein schwerer Schlag für die neue Linke in Europa. In Westdeutschland schwärmten Jungproleten und Studenten für die italienische Schwesterorganisation des Kommunistischen Bundes (KB), die wesentlichen Anteil an den militanten Aktionen des "Heißen Herbstes" 1969 gehabt hatte. Getragen wurde der Kampf vor allem von den Arbeitsmigranten aus dem Süden des Landes, die bei FIAT in Turin und in anderen Großbetrieben des Nordens, ohne und gegen die staatstragenden Kommunisten des PCI, nach der Parole verfuhren: "Vogliamo tutto e subito!" ("Wir wollen alles - und zwar sofort!"). Davon war die westdeutsche Arbeiterbewegung meilenweit entfernt - weshalb die linken Kollegen gern den Blick nach Italien schweifen ließen und mit glänzenden Augen die kitschig-schöne LC-Hymne summten: "Una lotta dura, senza paura, per la rivoluzione..."

Hellere Köpfe (wie die GenossInnen der Arbeiterkampf-Redaktion) ahnten, daß der II. LC-Kongreß auch der letzte sein würde. Die Gastdelegierten des Kommunistischen Bundes hatten schlechte Nachrichten aus Rimini mitgebracht: Der Kongreß hatte keinerlei Beschlüsse für die politische Praxis gefaßt; LC war zu einem Sammelsurium unvereinbarer Strömungen geworden; die Feministinnen forderten, die "Arbeiter-Zentralität" durch die "Frauen-Zentralität" zu ersetzen - worauf ein Teil der Arbeiter konterte: "Entweder die Frauen oder wir!" Eine massive Intervention der Jugendlichen, "Bauch-Beiträge", Tränen und Zusammenbrüche rundeten das Bild ab. Eine ernsthafte Auseinandersetzung aber fand nicht statt. Scharf ging die AK-Redaktion mit den italienischen GenossInnen ins Gericht, insbesondere mit der unehrlichen Kongreß-Nachbereitung in der LC-Presse: "Das Kongreß-Fiasko wird - teilweise im Stil eines ‚Lore-Romans` - als ganz neue ‚menschliche Erfahrung` und neue Qualität des politischen Kampfes bejubelt und tollkühn wird die Parole erhoben: ‚Eröffnen wir überall die Widersprüche. Tragen wir überall hin den Reichtum (?!!) unseres zweiten Nationalkongresses` (Schlagzeile von ‚Lotta Continua` am 6.11.)." (AK 94, November 1976)

Todesursache umstritten: Der letzte LC-Kongreß

Dem angeblichen Reichtum folgte schnell der Bankrott. Adriano Sofri, der in dem AK-Artikel mehrfach kritisierte LC-Vorsitzende, verließ die Organisation nach dem "Erdbeben" von Rimini und zog sich ins Privatleben zurück; Lotta Continua zerfiel. Die Selbstauflösung sei Ausdruck "extremer Verantwortungslosigkeit" gewesen, kritisierte der schon 1975 ausgetretene Claudio Rinaldi, später Chefredakteur des Wochenmagazin L'Espresso, der "seiner" Organisation im September 1996 eine selbst verfaßte L'Espresso-Titelstory widmete: "Die Jahre von Lotta Continua." Verantwortungslos sei die Auflösung vor allem gegenüber den Jugendlichen gewesen, die von LC an die Idee des "bewaffneten Kampfes" herangeführt worden seien.

Eine Annäherung von LC an die Brigate Rosse (BR) hatte es schon 1972 gegeben; dabei kam es sogar zu Fusionsverhandlungen, in deren Verlauf Sofris Mitangeklagter Pietrostefani, der Leiter des LC-Ordnungsdienstes, den BR de facto vorgeschlagen hatte, der "bewaffnete Arm" von Lotta Continua zu werden. So schildert es Renato Curcio, der Wortführer der ersten BR-Generation. Aus der Fusion wurde nichts, weil die Rotbrigadisten es entrüstet ablehnten, für irgendjemanden den "Laufburschen" zu machen.

Die politisch heimatlos gewordenen LC-Jugendlichen gehörten dann zu den Trägern der Jugendrevolte des Jahres 1977, deren Militanz sich vorrangig gegen die "Verräter" des PCI richtete und sich zuweilen völlig verselbständigte. Etliche ehemalige LC-GenossInnen schlossen sich den Roten Brigaden oder anderen bewaffneten Gruppierungen an. Die meisten von ihnen landeten im Knast, viele wurden zu "reuigen" Kronzeugen, die ihre GenossInnen denunzierten.

20 Jahre Nachdenken über die Niederlage

Für diese Entwicklung trägt die LC-Führung natürlich eine Mitverantwortung - allen voran Adriano Sofri, der große Vorsitzende. Sofri selbst will seine dominierende Position eher als mildernden Umstand gewertet wissen. Der radikale Bruch sei notwendig gewesen, erklärte er 1997 in einem Interview der österreichischen Zeitschrift profil (3.3.97): "Ich war Führer von Lotta Continua in einem Ausmaß, das man sich heute kaum mehr vorstellen kann. Ich konnte meine Position nicht in dem Sinn verändern, daß ich ein Halb-Leader geworden wäre oder ein einfaches Mitglied. Ich konnte nur verschwinden. Ich verschwand. Ich wollte allein sein, um meine persönliche Identität wieder zu erobern. Ich wollte neu beginnen."

Das klingt ein bißchen pathetisch, ist aber glaubwürdig. Denn Sofri hat sich nach der Niederlage der "revolutionären Linken", die auch seine persönliche Niederlage war, nicht auf die Seite der Sieger geflüchtet, wo er dank seiner Intelligenz und persönlichen "Ausstrahlung" hätte Karriere machen können. Sein langjähriger Freund, der Historiker Carlo Ginzburg, verwendet "widerstrebend das abgenutzte Wort", um Sofris Persönlichkeit zu charakterisieren: "Er hatte Charisma, und er wußte es. Führer zu sein lag ihm sehr. Der aktiven Politik den Rücken zu kehren fiel ihm überaus schwer." Ginzburg fügt hinzu: "Sein Leben scheint mir heute in zwei Teile geteilt. Der zweite Teil war ein langes Nachdenken über den ersten Teil" - Nachdenken über die Niederlage.

Was Sofri von anderen "Renegaten" positiv unterscheidet, ist die Ehrlichkeit, mit der er seine revolutionäre Vergangenheit reflektiert. Das gilt insbesondere für sein Buch "Der Knoten und der Nagel" ("Il nodo e il chiodo", Palermo 1995, in deutscher Übersetzung 1998 bei Eichborn erschienen). Sofri entdeckte den Vorteil des langsamen, "weiblichen" Knüpfens von Knoten gegenüber dem schnellen, "männlichen" Einschlagen von Nägeln. So erklärt sich der Titel seines vielschichtigen Buches, das auch für Linke, die Sofris "realpolitische" Schlußfolgerungen nicht teilen, von großem Wert ist.

Sofri und der "Schock des Feminismus"

Der "Einbruch der Frauenbewegung" habe die Linke erschüttert, schreibt Sofri, "und zwar am radikalsten ihren empfindlichsten, exponiertesten Teil" - namentlich Lotta Continua. Auf dem letzten LC-Kongreß "ergriffen Frauen das Wort und sagten ziemlich peinliche Dinge"; sie sprachen über den männlichen und den weiblichen Orgasmus, die "ergebnisorientierte" Sexualität der Genossen - "das Exzentrische daran war nicht so sehr das Gesagte als vielmehr der Ort, an dem es vorgetragen wurde." Sofri gibt den rebellierenden LC-Genossinnen nachträglich recht, und zwar mit prinzipiell "feministischen" Argumenten: "Es besteht - man spürte es - in der Mentalität und im Verhalten der Männer den Frauen gegenüber eine Solidarität, die tiefergehend und stärker ist als die Trennung zwischen den Klassen."

Man "spürt" es oder auch nicht - der Feminist Sofri verzichtet auf eine Beweisführung, trägt aber viel empirisches Material über seinen neuen Dualismus zusammen, der sich in dem Begriffspaar vom Nagel und vom Knoten symbolisiert: "Der Nagel muß tief eingeschlagen werden, mit Kraft; wo er eindringt, bricht er etwas auf. Er wird sich nicht herausziehen lassen, es sei denn um den Preis einer weiteren Zerstörung. Ein Nagel treibt den anderen heraus. Demgegenüber besteht die Stärke des Knotens in seiner Fügsamkeit und Passivität. Zerrt man daran, so zieht er sich fester zusammen und verwickelt sich noch mehr. Löst man ihn, so ist von der Bindung keine Spur mehr zu sehen." Im Rückgriff auf die Urgesellschaften der "Jäger und Sammler" stellt Sofri "männliches" und "weibliches" Prinzip arg plakativ gegenüber: "Die Frauen ‚sammeln sich zu einer Gruppe und singen oder sind laut, um die Gefahr zu bannen`. Die Männer jagen häufig im Alleingang,

und ihre Sicherheit hängt von ihrer Geräuschlosigkeit ab. Das Sammeln ist geschwätzig und entspannt, das Jagen ist ein schweigsames Tun, angespannt bis zur Qual." Wer würde sich nicht zur idyllisch "weiblichen" Gemütlichkeit hingezogen fühlen? Nur leider ist die ruhmlos: "Das Sammeln hat keine Geschichte, das Jagen ist die Geschichte."

Natürlich will Sofri mit seinem Lob des "Weiblichen", des Knotens und der Langsamkeit auch eine entsprechende Politik begründen: eine nicht-revolutionäre, reformerische, nicht-konfrontative, sich langsam vorwärts tastende Politik. Doch Vorsicht - so platt, wie es in den hier zitierten Passagen erscheinen mag, begründet Sofri, der Renegat und Realo, seine Position nicht. Selbst Lenin, den "am stärksten auf die Stunde X fixierten Menschen", bemüht er als Zeugen. In dessen 1921 verfaßten "Notizen eines Publizisten" (Untertitel: "Über das Besteigen hoher Berge") heißt es ganz unrevolutionär: "... man muß sich mit der Langsamkeit einer Schildkröte fortbewegen, und noch dazu rückwärts, abwärts, weg vom Ziel..." Allerdings bleibt der langsame Rückzug für Lenin eine aufgezwungene, zeitlich begrenzte Phase, die den schnellen Anstieg zum Gipfel vorbereitet.

Nicht so bei Sofri. Sein Buch endet mit dem Lob der "Normalität". Gemeint sind "normale", nicht kriegerische Lebensbedingungen. Wie bedeutend die werden, wenn man auf sie verzichten muß, hat er im belagerten und beschossenen Sarajevo erlebt und in zahlreichen Zeitungsartikeln beschrieben. ‚Normal`, ein Wort, das anderswo belächelt wird, ist das heroische Motto, das sich die Bewohner von Sarajevo auf ihre Fahne des Anstands geschrieben haben." (L'Unità , 27.4.94; deutsch in Sofris neuem Buch "Nahaufnahmen")

"Naive Moral" und NATO-Krieg

Seine Reportagen aus Sarajevo beschreiben nicht nur die Wirklichkeit des Krieges, sie werben auch für die Position des "demobilisierten Aktivisten", d.h. des gereiften Ex-Revolutionärs. Sofri spricht in dritter Person von sich und seinen Ex-Genossen: Der "demobilisierte Aktivist", der "die Normalität wieder gelten läßt", bekennt sich zum Eklektizismus und verwirft "abgeschlossene Ideologien". Er denkt, "daß es Werte gibt, die ebenso unantastbar und absolut wie ‚normal` sind und mit einer naiven Moral zu tun haben: Werte, die in einem Teil der zehn Gebote enthalten sind, in einer Reihe von Staatsverfassungen, in zwei oder drei Proklamationen der internationalen Institutionen."

Es darf nicht verschwiegen werden, daß Sofris "naive Moral" den Ruf nach "humanitären" Militärinterventionen ausdrücklich einschließt. So hat er die "Untätigkeit des Westens" gegenüber Bosnien beklagt und den NATO-Krieg gegen Jugoslawien gerechtfertigt - mit ähnlichen Argumenten wie Joschka Fischer, von dem er sich aber auch vorsichtig absetzt. Die Dinge seien doch etwas komplizierter als Fischer sie darstelle - weil die von beiden gerufenen "Feuerwehrleute" zuweilen auch "Brandstifter" sind. So endet Sofris Kommentar mit der provozierenden Überschrift "Von Auschwitz nach Pristina" (La Repubblica, 26.4.1999).

Politisch "inkorrekt" ist Sofri auch, wenn er z.B. von "Überbevölkerung" und "Geburtenexplosion" spricht. Trotzdem sollten auch Linksradikale Sofris Buch vom Knoten und vom Nagel lesen - auch wenn sich ihnen dabei zuweilen die Haare sträuben werden. Sofri ist der originellste ehemals linksradikale Renegat, und vermutlich der mit der breitesten "Bildung". Dem Leser begegnen Achill und Penelope, Alexander, der den Knoten mit dem Schwert durchtrennt, Captain Ahab aus "Moby Dick", der Linkshänder Leonardo da Vinci, die Revolutionäre Bakunin, Marx, Lenin, Mao und Alexander Herzen, Benjamin Franklin ("Die Entdeckung der Langsamkeit"), der Bergsteiger Reinhold Messner und sein Yeti.

Sofri präsentiert sein Wissen auf angenehme, unaufdringliche Weise, eher als eine Häufung von Lesetips, von denen zumindest einer hier weiter gegeben werden soll: "Die Brücke über die Drina" von Ivo Andric. Gegen den weltberühmten Autor, schreibt Sofri, gebe es in Bosnien eine "unterschwellige Abneigung ... wegen seiner angeblichen Serbenfreundlichkeit". Sofri lobt Andric' "Gespür für die Zerbrechlichkeit des menschlichen Zusammenlebens. Daraus entsteht eine Neigung, noch bevor und während die Katastrophe hereinbricht, die Beweggründe aller Seiten anzuerkennen" - was (auch falsche, s.o.) Parteinahme nicht ausschließt.

Js.

Bücher von Adriano Sofri in deutscher Übersetzung

Der Knoten und der Nagel. Ein Buch zur linken Hand. Mit einem biographischen Essay von Carlo Ginzburg; Frankfurt am Main (Eichborn) 1998, 323 Seiten, 49,50 DM

Nahaufnahmen; Berlin (Transit) 1999, 128 Seiten, 28 DM

38. Zur Geschichte der Hamburger Frauenzeitung (aus: HFZ)

Mögliche Gründe für die Auflösung der Hamburger Frauenzeitung

Rubrik: Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:48

Genaugenommen ist das Projekt einer Hamburger Frauenzeitung 23 Jahre alt (den Namen "Hamburger Frauenzeitung" selbst trägt es aber erst seit 18 Jahren). Die Anfänge der Hamburger Frauenzeitung liegen in einer Blättersammlung, die 1976 mit dem Namen "Frauenzeitung Frauenzentrum Hamburg" das erste Mal erschien. Das Redaktionskollektiv tagte öffentlich im damaligen Frauenzentrum in der Langenfelder Straße. Für keine der Frauen war die Zeitung der einzige Zusammenhang, in dem sie sich bewegte, wodurch ein Informationsfluß gegeben war. In der in Heft Nr. 23 dargestellten HFZ-Chronik heißt es dazu: "Während sich heute die einzelnen je einem Leib- und Magenprojekt verschreiben (und das Ausmaß der Organisiertheit in Form von ‚Projekten` zugenommen hat) und die Arbeit darin neben Beruf, Job, Studium geregelt sein will, waren in den Anfangsjahren vielfältigere und offenere Arbeitsstrukturen für die Einzelne normal. Von Frauen mit unterschiedlichen Jobs oder Sozialhilfe über komplette Berufsaussteigerinnen oder die (heute fast ausgestorbene Spezies der) Reiselesben, betrachtete keine den Journalismus als Berufsperspektive."

Die Druckmaschine Marie-Luise spuckte die mit der Schreibmaschine getippten Seiten aus, die mit liebevollen Handzeichnungen illustriert waren. Neben aktuellen Vorgängen rund um Hamburgs Frauenöffentlichkeiten und ihrer Politiken wurden auch übersetzte Texte aus der amerikanischen FrauenLesbenbewegung dokumentiert. Die Artikel kamen fast alle von der Redaktion. Eingesandte Texte wurden zunächst noch unredigiert und unverändert abgedruckt, sofern sie nicht grob gegen das Selbstverständnis der Redaktion verstießen. Aufgrund der Fülle der eingesandten Artikel stellte sich jedoch schon im sechsten Heft heraus, daß diese Praxis nicht aufrechtzuerhalten war, und so nahm das Redaktionskollektiv Einfluß auf die Auswahl.

Die Editorials, offene Abrechnungen und kontroverse Leserinnenbriefe dieser Zeit vermitteln einen Eindruck von regem Austausch, zumal die Zeitung lange monatlich erschien. Das Layout ruft bei vielen im Rückblick Gänsehaut, wehmütiges Seufzen und Haßliebe hervor: handgemalte Blümchen, Schnecken und Wellenlinien; verschiedene Schrifttypen inklusive Handschrift durcheinander eng auf einer Seite zusammengepackt und Frauenzeichen ohne Ende. Zwischen 1977-1980 soll die Zeitung unter dem Namen "Lila Steine" erschienen sein. Wieviele Nummern und mit welchem Inhalt konnten die folgenden HFZ-Redakteurinnen nicht mehr herausfinden, da die Hefte dieser Zeit verschollen sind.

Verstand sich die 1976 erschienene Frauenzeitung anfänglich als internes Blatt des Frauenzentrums, ging es später darum, als Sprachrohr der Bewegung feministischen Projekten und Debatten eine Öffentlichkeit zu verschaffen. 1981 bildete sich anläßlich der Hamburger Frauenwoche ein neues Redaktionskollektiv, welches im November 1981 die Nullnummer der "Hamburger Frauenzeitung" herausgab. Ziel der weiterhin im Frauenzentrum arbeitenden Redaktion war es den Informationsfluß zwischen den Frauenprojekten zu verbessern und grundsätzliche feministische Fragen zu bearbeiten. Im Editorial der Nullnummer hieß es: "Wir wollen nicht in alten Klischees und Phrasen steckenbleiben. Zur Entwicklung einer feministischen Politik gehört auch, zu ALLEN Themen aus Frauensicht Stellung zu nehmen, einen konsequenten Frauenstandpunkt zu entwickeln und uns dann einzumischen und Forderungen zu stellen. Wichtig für uns ist, nicht bei den üblichen sogenannten ‚Frauenthemen` (wie z.B. §218, Empfängnisverhütung) stehenzubleiben und sich im Kreis zu drehen."

Aus diesem Anliegen entwickelten sich die Themenschwerpunkte. In den vergangenen zehn Jahren wurden schwerpunktmäßig Rassismus und Feminismus, Bevölkerungspolitik, Gewalt und Widerstand, Sex/Körper/Norm, Lesben und Aids, Trans- und Intersexualität... bearbeitet. Hinter der Setzung von Schwerpunkten stand die Idee, ein Thema in seiner Vieldimensionalität und Streitbarkeit zugänglich zu machen. Es ging weniger darum, Informationen und Antworten zu geben, als Konflikte und widersprüchliche Positionen sichtbar zu machen oder überhaupt erst zu erzeugen sowie Auseinandersetzungen zu initiieren bzw. auszutragen. Neben kritischen Analysen lokaler bis internationaler Ereignisse, Verhältnisse und Debatten um Strategien politischen Eingreifens wollte die Hamburger Frauenzeitung immer auch eine Selbstreflexion feministischer Diskurse, Praktiken und Politiken produzieren und provozieren.

Im Streit um Machtdifferenzen und Hierarchien innerhalb der FrauenLesbenBewegungen konkretisierte sich in den letzten Jahren in feministischen Kreisen eine Kritik an eindimensionalen Herrschaftsvorstellungen, bei denen die Abschaffung von Herrschaft mit einer allumfassenden Befreiungsutopie verbunden wurde. Im Zentrum der Kritik stehen nun vielmehr die normativen Identitätspolitiken: als Problem gelten die auf Normalität zielenden Wirkungsweisen einer Sprache, die geschlechtlich, rassistisch oder national zu- und ausweist, dadurch Identitäten immer wieder neu herstellt und ihre Ausschlußpraktiken rechtfertigt. Entsprechend "theoretischer" wurden die Texte, die sich mit diesen Herrschaftsmechanismen auseinandersetzten.

Verjüngungskur nicht überstanden

Mögliche Gründe für die Auflösung der Hamburger Frauenzeitung

Wie Ihr vielleicht schon einigen Presseorganen entnommen habt, stellt die Hamburger Frauenzeitung nach knapp 18 Jahren ihre Arbeit ein. Die FrauenLesben-Redaktion reiht sich damit ein in das verbreitete Projekte-Eingehen, das vielerorts und stetig zu beobachten und zu beklagen ist. Auch wenn die derzeitige, d.h. letzte Redaktion "erst" vier Jahre an der Fortführung der Hamburger Frauenzeitung gearbeitet hat, kommt es vielen von uns so vor, als würden wir eine alte, müde Frau begraben. Ironischerweise haben wir im letzten Heft ja gerade noch einen Versuch der Verjüngung unternommen, neue Ambitionen bezüglich des Layouts wurden offenbart und umgesetzt, wie sie auch von vielen Leserinnen begrüßt und gelobt wurden. Tatsächlich waren wir uns zu diesem Zeitpunkt noch nicht im Klaren über die ernste Lage, die sich abzeichnete: Einige von uns haben sich im Verlauf der Fertigstellung des "Mädchen"-Heftes zu anderen Dingen verlaufen, oftmals für sie beruflich oder ausbildungsmäßig anstehenden, oder einfach neuen Projekten, die frischen Wind und weniger altbekannten Streß erwarten lassen. Tja, die HFZ hat die Verjüngungskur nicht ganz überstanden. Wir haben uns entschieden, darüber nicht allzu weinerlich zu lamentieren, wollen Euch aber auch nicht ein paar mögliche Gründe für unsere Auflösung vorenthalten.

Ein autonomes feministisches Zeitungsprojekt wie die HFZ war für uns (und ist es für viele nach wie vor) eine geeignete Form, sich aktiv ins politische Geschehen und in unterschiedliche Diskurse einzubringen. Gleichzeitig bildete die Redaktionsgruppe einen politischen Zusammenhang, auf den sich viele von uns bezogen haben, auch um durch kontroverse Diskussionen immer wieder die eigene Meinung zu überprüfen oder überhaupt erst kritisch herauszubilden. Last but not least bot die HFZ auch einen sozialen Rahmen: Wer lernt nicht gerne spannende querdenkende FrauenLesben kennen?

Diese Funktionen sind für die meisten nach wie vor gültig, aber viele von uns standen in letzter Zeit an dem Wendepunkt zwischen Studium oder Ausbildung und Beruf. Der dadurch zunehmende Druck rückte die HFZ an zweite und dritte Stelle. Die individuellen Entscheidungen, die sich bei uns gehäuft haben, haben hoffentlich nicht die Konsequenz, die so typisch wäre für endende Adoleszenzen, den Rückzug ins Private. Denn zu oft ist es doch so, daß während des Studiums politisches Engagement ins Leben paßt und daß vorübergehende Auszeiten in dauerhaftem Rückzug münden.

Daß einzelne FrauenLesben sich in bestimmten Phasen entscheiden, ihre Zeit vorrangig in Lohnarbeit und Ausbildung zu stecken, soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß hier größere gesellschaftliche Zusammenhänge am Werke sind. Das betrifft in erster Linie die zunehmende Flexibilisierung von Arbeit und Zeit. Die Möglichkeit, ihre Zeit zu verbringen, wird immer vielfältiger. Gleichzeitig unterliegen jedoch Zeiträume einer verstärkten Normierung. Leistung soll mittlerweile in kürzester Zeit erbracht werden. Die kapitalistische Stopp-Uhr funktioniert nicht nur entlang 100-Meter-Bahnen, sondern auch entlang von Lebensläufen. Wer sich hier dem Schludern hingibt, gelangt schnell ins Abseits und wird für untauglich erklärt. Arbeitslos zu sein, arbeitslos zu werden, ist kein Zuckerschlecken, sondern die reale Bedrohung im Rücken derjenigen, die sich dieser Normierung nicht aussetzen möchten. Zeit in zeitaufwendige Projekte zu stecken, zieht immer weniger Menschen an.

Öffentlichkeit als Raum verstanden wird zunehmend diffuser. Ob es keine einheitliche feministische Öffentlichkeit mehr gibt (so, wie es auch keine einheitliche feministische Bewegung - im Sinne einer Vernetzung, eines Wissen voneinander und umeinander - mehr gibt), oder ob es sie noch nie gegeben hat, diese Frage bleibt weiter zu diskutieren. Zumindest muß es wohl bisher bessere Mittel gegeben haben, einen gewissen Zusammenhalt der feministischen Projekte zu erzeugen oder sich als heterogener Haufen dennoch zusammenzufinden oder zu solidarisieren. Da ist wohl was verlorengegangen. Verlorengegangen sind der

HFZ auch viele Leserinnen und ein reges Feedback auf unsere Ausgaben. An einem Überangebot an feministischer Lektüre kann es wohl nicht liegen, vielleicht eher an einem abnehmenden Interesse an einem explizit feministischen Zeitungsprojekt im "klassischen Stil"?

Ein zusätzliches internes, schon vor einiger Zeit eingetretenes Phänomen bei der HFZ war, daß sich die Redaktion durch die für uns immer größer werdende Wichtigkeit der äußerlichen Präsentation der Zeitung selbst überfordert hat. Unser Bewußtsein dafür wuchs, daß der Inhalt nie ohne Form auskommt und das Layout ein nicht zu unterschätzendes "Transportmittel" für inhaltliche Schritte ist, oder - wie manche es sehen - sogar selbst schon Inhalt ist. Des Klebe-Layouts und der dadurch eingeschränkten Möglichkeiten müde und mit Lust auf ein schönes neues Gewand, brachten wir uns dann allerdings in den Zugzwang, möglichst viele "Software-Angebote" nutzen zu wollen. Zum Schluß mußten unsere auf kollektives Arbeiten ausgelegten Tätigkeiten alle durch das Nadelöhr des Computers und des Know-hows einiger weniger Redaktösen, und meist bildeten sich Trauben und Warteschlangen vor dem Bildschirm und vor unseren "Expertinnen".

Dazu kam, daß die Diskussionskultur in der Gruppe, als politisch-feministisches Projekt gesehen, zunehmend abflaute. Zwar hat der neuere Jugoslawien-Krieg, die deutsche Beteiligung und die öffentliche Rechtfertigung dieses Angriffskrieges (noch dazu mit Auschwitz-Vergleichen) bei uns große Empörung hervorgerufen und Diskussionen in Gang gesetzt. Auch die Lust, dazu etwas zu schreiben, wuchs, zumal die meisten Medien ja dem offiziellen Kurs gleichgeschaltet waren und es einen Bedarf an oppositioneller Information und Stellungnahme gab. - Da waren es aber nur noch vier, die zum Teil auch nur mit halber Kraft zur Verfügung standen, der Druck auf jede einzelne wuchs, und es wurde bald klar, daß wir so nicht weiterarbeiten konnten.

Daß sich einzelne FrauenLesben - oft nach jahrelangem hohem Engagement - aus dem Zeitungsprojekt zurückziehen, u.a. auch weil sie sich Raum für neue Projekte verschaffen wollen, ist für die HFZ ein vertrautes Problem. Es gab schon immer Phasen, in denen die Generationswechsel fließend ineinander übergingen und Krisenzeiten, in denen das Projekt mangels neuer FrauenLesben einzugehen drohte. Doch so mau wie heute war's lange nicht mehr! Was uns in unserer jetzigen Lage nachdenklich stimmt, ist nicht nur der Abschied von so vielen so lieb und teuer gewordenen feministischen Weggefährtinnen aus dem Projekt. Auffällig ist, daß in den letzten zwei Jahren kaum neue FrauenLesben zu uns gefunden haben bzw. die wenigen, die kamen, nicht geblieben sind. Die Kritik, daß unsere Arbeitsweise nicht gerade verträglich ist mit einer geregelten 40- bis 50-Stunden-Woche, wenn am Morgen nach der nächtlichen Redaktionssitzung der Wecker um 7.00 Uhr klingelt, haben wir zähneknirschend zur Kenntnis genommen. Gleichzeitig scheint es, daß einige interessierte FrauenLesben mit sehr vagen Vorstellungen zu uns gekommen sind und erschrocken waren über das Maß an Verbindlichkeit und Verantwortung, das jede einzelne im Projekt übernommen hat, über die Ernsthaftigkeit und Genauigkeit, mit der wir Themen und Texte immer wieder kritisch hinterfragt haben, bevor wir damit an die Öffentlichkeit gegangen sind - kurz: über die Arbeit, die in einer solchen Zeitung steckt.

Ist die Hamburger Frauenzeitung out? Hat sich ein solches autonomes feministisches Zeitungsprojekt mit einer regionalen Verortung grundsätzlich überlebt? Wir finden das nicht und wollen kaum glauben, daß es da draußen keine FrauenLesben mehr gibt, die Zeit und Lust und Biß haben, aus der HFZ ihre politische Ausdrucks- und Aktionsform zu machen, die eine innere Notwendigkeit verspüren, immer wieder aufs neue eine feministische Öffentlichkeit herzustellen. Aber vielleicht ist es anders, so daß neue Projekte entstehen und vielleicht auch andere Formen der politischen Arbeit entwickelt werden und die Power von studierenden und nicht-studierenden FrauenLesben Möglichkeiten findet, sich zu bündeln, um den (nach wie vor existierenden) patriarchalen Strukturen Widerstand zu leisten und sich männlich besetzte Spiel- und Handlungsräume anzueignen.

Wir möchten uns an dieser Stelle herzlich bei allen FrauenLesben bedanken, die die HFZ mit ihren Ideen, ihrer Tatkraft, ihrem Engagement und ihrer Unterstützung bereichert haben, sei es inhaltlicher oder praktischer Art, wie Artikel schreiben, Kartons schleppen, Layouten, Beratung und viele andere Dinge. Habt vielen Dank! Und an Euch Abonnentinnen geht natürlich ein spezieller Dank! - Außerdem grüßen wir alle solidarischen Zeitungsprojekte und feministisch-politischen FrauenLesbenprojekte, mit denen wir über die Jahre in sehr gutem und interessantem Kontakt standen und wünschen Euch für Eure Arbeit gutes Gelingen und alles Gute!

Die Hamburger Frauenzeitung (HFZ) hat mit ihrer 4-seitigen Nummer 57 nach 18 Jahren ihr Ende verkündet. Damit hat sich die HFZ - so in ihrer letzten Ausgabe nachzulesen - als eines der haltbarsten feministischen

Zeitungsprojekte zwischen Nord- und Bodensee erwiesen. Dazu unseren herzlichen Glückwunsch - verbunden mit dem Bedauern, daß dies nun der Vergangenheit angehören soll.

Die Redaktion der HFZ hat das Ende einmütig beschlossen und konstaniert daß "irgendetwas verschwunden worden sein (muß), das feministische Zeitungsprojekte zur Aufrechterhaltung ihrer signifikanten Praxen zu benötigen scheinen. Vielleicht läßt sich dies Verschwundene meteorophorisch als diskursiver Wind umschreiben, der nicht mehr genügend Buchstaben zu Artikelhaufen zusammen weht? Wahrscheinlicher aber fehlt der Rinnstein, in dem sich Haufen sammeln könnten."

Im folgenden dokumentieren wir zwei Artikel aus der letzten Ausgabe der HFZ. Als Zeichen unserer solidarischen Anteilnahme - oder wie sagt man angesichts dieser Begräbnisstimmung - möchten wir auf das Spendenkonto hinweisen und wünschen bei der Party am (voraussichtlich) 4.12.99 ab 22.00 Uhr in der Roten Flora, Hamburg, viel Spaß!

39. Drei Fassungen der "Deutschen Frage". Georg Fülberths Buch über die deutsche Geschichte seit 1945

Autor: Jella Glasberg · Rubrik: Geschichte der BRD; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:10

"Berlin - Bonn - Berlin" lautet der Titel von Georg Fülberths Buch über die beiden deutschen Staaten, ihre Vereinigung und den "Neubeginn eines Nationalstaats". Ausgangspunkt seiner Untersuchung ist die internationale Konstellation, die zur Spaltung führte: Zunächst wollten die Alliierten die Deutschen in die Sicherheitsverwahrung der Teilung des Landes nehmen, um so eine Wiederholung der vergangenen Politik, nämlich "zwei Weltkriege, Völker- und Massenmord", zu verhindern. Mit dem beginnenden Kalten Krieg wurde Mitteleuropa, insbesondere Deutschland, zum zentralen Feld der Systemauseinandersetzung zwischen den Interessen der kapitalistischen Siegermächte und der Sowjetunion. Spätestens die Verkündung der Truman-Doktrin im März 1947 machte deutlich, welche Strategien die USA künftig in Europa verfolgten: Überall in der Welt würden sie Partei für "die Freiheit" und gegen "Unfreiheit" ergreifen und ihr politisches und militärisches Potential für eine konservative Ordnung und gegen angeblich kommunistische Umstürze einsetzen. "Da das ehemalige Deutsche Reich angesichts des militärischen Kräfteverhältnisses im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges weder im Handstreich als Ganzes in den US-amerikanischen Einflußbereich noch in die sowjetische Sicherheitskonzeption einbezogen werden konnte", so Fülberth, "bedeutete die neue Doktrin die Spaltung."

Die Westmächte betrieben die Teilung auch auf ökonomischer Ebene: mit der Vereinigung der britischen und der US-amerikanischen Besatzungszone zum "Vereinigten Wirtschaftsgebiet" (Bi-Zone), mit dem Marshallplan und der Währungsreform im Westen. Die Sowjetische Militäradministration (SMAD) und die SED hingegen gaben die gesamtdeutsche Orientierung nicht auf. Doch die außen- und deutschlandpolitische Initiative lag in diesen Jahren eindeutig bei den Westmächten. Nach der Verabschiedung des Grundgesetzes im Mai 1949, der Wahl des ersten Bundestages (August) und der Konstituierung einer Bundesregierung (September) konnten SMAD und SED ihre Einheitspolitik nur weiterverfolgen, indem sie sich auf eine eigene deutsche staatliche Ordnung stützten: "Andernfalls wäre die westdeutsche Version: die Bundesrepublik sei Deutschland, der Osten aber nur eine sowjetische Besatzungszone, implizit bestätigt worden."

Fülberths Buch ist ein solider, faktenreicher Überblick über die deutsch-deutsche Geschichte seit 1945. Der Verlag hat es zu Recht als "Handbuch" angekündigt, "das die grundlegenden politischen und gesellschaftlichen Prozesse in beiden deutschen Staaten sowie im vereinigten Deutschland prägnant herausarbeitet." Etwas enttäuscht dürften jedoch Fülberth-Fans sein: Die Kapitel über Westdeutschland werden sie bereits kennen, aus seinem "Leitfaden durch die Geschichte der Bundesrepublik", der zuerst 1983 und dann in einer zweiten, aktualisierten Auflage 1987 im Pahl-Rugenstein-Verlag erschienen ist. Fülberth hat die Abschnitte des "Leitfadens" kaum verändert, auch nur in seltensten Ausnahmefällen neuere Literatur eingearbeitet, sondern sechs Kapitel zur Geschichte der DDR eingefügt. Neu sind auch die Einleitung des Buches und die Abschnitte über die Jahre bis 1989, über die Wiedervereinigung und den "Neubeginn eines Nationalstaats".

Interessant ist Fülberths Diskussion der "Deutschen Frage" und ihrer unterschiedlichen Fassungen: In den Anfangsjahren des Deutschen Reiches, so der Autor, bedeutete sie mangelnde Orientierung an westlichen Werten und deutsches Hegemoniestreben in Europa. Seit der Reichsgründung 1871 "war die Position Deutschlands zu den zivilisatorischen Grundsätzen, die sich in der europäischen Aufklärung herausgebildet hatten, zumindest auf dem Gebiet der Politik zunächst unklar geblieben und hatte sich spätestens mit der Machtübertragung an Hitler zugunsten eines ‚deutschen Sonderweges` als klare Ablehnung kenntlich gemacht." Nach der Kapitulation des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945 erhielt die "Deutsche Frage" eine neue Bedeutung: Jetzt ging es darum, "wie das deutsche Volk und seine bisherigen Eliten an einer Wiederholung ihrer Politik zu hindern wären". Die Beseitigung des deutschen Nationalstaates oder eine internationale Kontrolle Deutschlands schienen dafür die besten Mittel. Durch den Kalten Krieg und die Teilung wurde die "Deutsche Frage" dann nochmals neu definiert. Jetzt ging es nicht mehr darum, den "deutschen Sonderweg" zu beenden, sondern die staatliche Einheit wiederherzustellen.

Und wie steht es heute mit der "Deutschen Frage"? Fülberths vorläufige Antwort darauf ist nichts für hartgesottene Antinationale, sie ist zu differenziert. Einerseits präsentiert sich die BRD inzwischen als ein Land des Westens, worunter seit 1990 nicht mehr die Stellung im Ost-West-Konflikt verstanden wird, sondern die Orientierung an politischen Werte der Aufklärung und des Verfassungsstaates, wie sie seit dem 17. Jahrhundert formuliert wurden. Andererseits ist es der BRD in Folge des Kalten Krieges gelungen, einige der Ziele zu verwirklichen, die die Eliten vor 1918 und vor 1945 verfolgt haben. So ist die Idee von einem mitteleuropäischen Wirtschaftsverband, die der damalige Reichskanzler Bethmann Hollweg 1914 in einer Kriegsziel-Denkschrift formuliert hat, heute weitgehend Wirklichkeit. Allerdings nicht als Ergebnis eines Krieges, sondern im Rahmen von EWG, EG und EU. Außerdem ist Deutschlands Dominanz in Europa auf das Gebiet der Ökonomie beschränkt. Sofern daraus politische Macht resultiert, muß es sie mit anderem Staaten der EU teilen.

Die Wirtschaftspolitik der EG-Länder und die neoliberale Politik der Deregulierung haben wachsende Armut, Ungleichheit und Marginalisierung zur Folge. Als Reaktion darauf konnten rechtspopulistische, ausländerfeindliche und faschistische Bewegungen an Einfluß gewinnen. Mitte der neunziger Jahre sind aber auch in den meisten EU-Ländern Mitte-Links-Regierungen gewählt worden. Sie stellen Deregulierung und Privatisierung zwar nicht in Frage, sondern treiben sie oft noch voran. Gleichzeitig erheben sie aber den Anspruch, wieder mehr gesellschaftliche Gleichheit durchsetzen zu können. "Ob beide Tendenzen miteinander vereinbar sind", so Fülberth in seinem Schlußsatz, "ist derzeit noch offen."

Jella Glasberg

Georg Fülberth: Berlin Bonn Berlin. Deutsche Geschichte seit 1945, PapyRossa Verlag, Köln 1999, 315 Seiten, 36,- DM.

40. Wissenswertes über Erlangen. Totalitarismus-Thesen, 64. Folge - das "Manifest gegen die Arbeit"

Totalitarismusthesen, 64. Folge: Das "Manifest gegen die Arbeit"

Autor: Js. · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:35

"Diese Seite Erlangens ist weithin unbekannt."

Max Goldt/Foyer des Arts:

"Wissenswertes über Erlangen"

Wir schreiben das Jahr 1999, und ganz Deutschland ist besessen vom Glauben an den Arbeitsgötzen. Ganz Deutschland? Nein! In einem fränkischen Städtchen kämpft eine kleine Gruppe großer Geister beherzt gegen den Massenwahn.

Hätte die Erlanger Krisis-Gruppe diesen Einstieg in ihr "Manifest gegen die Arbeit" gewählt, wäre es sofort als Satire erkennbar gewesen. So bewegt es sich streckenweise zwar auf Asterix-Niveau - namentlich der unverwüstliche Barde Troubadix ("Er selbst findet sich genial, alle anderen finden ihn unbeschreiblich") scheint Pate gestanden zu haben. Doch offensichtlich ist die Komik unfreiwillig. So steigen die Erlanger Denker nicht mit Asterix ein, sondern mit einer Anleihe beim "Kommunistischen Manifest": "Ein Leichnam beherrscht die Gesellschaft - der Leichnam der Arbeit. Alle Mächte rund um den Globus haben sich zur Verteidigung dieser Herrschaft verbündet usw."

Man muß also wohl annehmen, daß das Ganze ernst gemeint ist. Zumal die Erlanger Prognosen über das Verschwinden der Arbeit ebenso als feststehende Tatsachen präsentiert werden wie weiland die Zusammenbruchserwartungen der schlimmsten vulgärmarxistischen Deterministen: "Der Verkauf der Ware Arbeitskraft wird im 21. Jahrhundert genauso aussichtsreich sein wie im 20. Jahrhundert der Verkauf von Postkutschen." Die streng wissenschaftliche Beweisführung mögen Interessierte bitte selbst nachlesen. Hier soll vielmehr der Frage nachgegangen werden, wie die Krisis-Leute den alle (außer sie selbst) erfassenden Arbeitswahn erklären. Zu diesem Zweck eine Reihe von Zitaten, die alles andere als lustig sind:

Wir leben "in einer Welt von domestizierten Arbeitstieren"; auch Gegner des Neoliberalismus gehören zum "gesamtgesellschaftlichen Arbeits-Lager"; ein "neuer Arbeitsfanatismus" geht um; Linke wie Rechte sind "von der Idee der Arbeit geradezu besessen"; die "totalitäre Macht" der Arbeit wird von Kommunisten und Nazis letztlich in gleicher Weise ausgeübt: ",Die Müßiggänger schiebt beiseite` hieß es im Text der internationalen Arbeiterhymne - und ‚Arbeit macht frei` echote es schauerlich über dem Tor von Auschwitz." An dieser Stelle angekommen, werden die meisten LeserInnen das Machwerk auf den Stapel für den Altpapier-Container gelegt haben - ich habe aus Gründen der "Arbeitsdisziplin" weitergelesen.

Gelohnt hat es sich nicht. Denn die neue Totalitarismus-These wird im folgenden nur variiert und, wie üblich, vor allem den Linken um die Ohren gehauen. Denn "die politische Linke hat die Arbeit immer besonders eifernd verehrt". Sie trägt die Hauptverantwortung, daß wir es heute mit einer "arbeitswahnsinnigen Heloten-Menschheit" zu tun haben. Heloten waren die Staatssklaven im antiken Sparta; im Unterschied zu ihnen unterwerfen sich ihre heute lebenden Nachkommen freiwillig: "Wo jeder zum Knecht geworden ist, ist jeder auch gleichzeitig Herr - als sein eigener Sklavenhändler und Aufseher"; die "Abhängigkeit" ist "total". Und doch gibt es Hoffnung, nämlich ein "Protest- und Widerstandspotential", "ist es der Arbeit nie gelungen, den Widerwillen gegen die von ihr gesetzten Zwänge ganz auszulöschen". Das widerspricht zwar dem vorher gemalten Bild von der totalen Selbstunterwerfung der arbeitswütigen Idioten, zeigt aber einen Rest von Wahrnehmungsfähigkeit.

Im übrigen weiß jeder, der schon mal in einem Klein-, Mittel oder Großbetrieb gearbeitet hat, daß die Verweigerung, das Sich-Drücken und Blaumachen, zum Alltag gehört. Zwar gibt es nach wie vor die kleine Minderheit von Idioten, die stolz erzählen, sie hätten in 30 Jahren Betriebszugehörigkeit nie gefehlt und die dann ein halbes Jahr nach der Verrentung tot umfallen. Der Rückgang des Krankenstandes hat wenig mit zunehmender Begeisterung für die Arbeit zu tun und viel mit Repression, Einschüchterung und - begründeter -

Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren. Auch die These der "Antinationalen", die Deutschen seien besonders arbeitswütig, wäre erst noch zu überprüfen.

Zurück zu den Erlanger Helden der Arbeitsverweigerung. Sie wollen das "Weltdeutungsmonopol des Arbeits-Lagers" (!) aufbrechen; "der theoretischen Kritik der Arbeit (also der Krisis-Gruppe) kommt dabei die Rolle des Katalysators zu." Aus der "Kraft der Negation" erwächst dann ein "Bündnis gegen die Arbeit", später die "Bildung weltweiter Verbünde frei assoziierter Individuen"; die "Weltgesellschaft" mit "neuen sozialen Organisationsformen (freie Assoziationen, Räte"); "an die Stelle der Warenproduktion tritt die direkte Diskussion, Absprache und gemeinsame Entscheidung der Gesellschaftsmitglieder über den sinnvollen Einsatz der Ressourcen"; aus Arbeit wird "Tätigkeit". Die abrupte Wendung zum Guten verblüfft ebenso wie die sich anschließenden Banalitäten über die Produktion in der frei assoziierten Weltgesellschaft: Die wird, so lesen wir, nämlich "solare Energie" nutzen und "schonende Methoden der agrarischen Produktion" anwenden, auf den größten Teil der Technik aber verzichten und gleichwohl die "frei disponible Zeit für alle ungeheuer ausdehnen." Marx hat in der "Deutschen Ideologie" (1845/46) das angenehme Leben in der klassenlosen Gesellschaft doch anschaulicher beschrieben ("jagen, fischen, Viehzucht treiben, kritisieren..."); erst heute aber, analysieren die fränkischen Meisterdenker, sind die Verhältnisse wirklich reif für die weltweite freie Assoziation der Menschen. Um sie zu erreichen, reicht guter Wille - die Verweigerung. Denn "der Klassenkampf ist zu Ende, weil die Arbeitsgesellschaft am Ende ist".

Folgerichtig endet das Manifest nicht mit einem Aufruf zum Handeln, sondern zum Nichtstun: "Proletarier aller Länder, macht Schluß!" Seitdem das "Manifest gegen die Arbeit" vorliegt, ist alles getan. Die Geschichte kann ihren vorbestimmten Lauf nehmen.

Js.

41. Primo Levi: Lob der Arbeit

Rubrik: Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:36

Utopien führen zu Massenverbrechen, lehrt das "Schwarzbuch des Kommunismus"; die zynische Aufschrift "Arbeit macht frei" in Auschwitz ist nur das "Echo" der "Internationale", präzisieren die Autoren des Manifestes gegen die Arbeit. Primo Levi, der Holocaust-Überlebende, ist vielleicht der berufenste Zeuge gegen solche Gleichsetzungen. Er differenziert die grundlegend verschiedenen Arten der Arbeit, die er aus eigener Erfahrung kennt: als de facto zum Tode verurteilter Zwangsarbeiter in Auschwitz-Monowitz, als angestellter Chemiker und als freier Schriftsteller. Sein hier dokumentiertes Lob der Arbeit sollte nicht als letzte Wahrheit verstanden werden, sondern als bedenkenswerter Kontrapunkt in der aktuellen Debatte zur Kritik der Arbeit.

Abgesehen von vereinzelten begnadeten Momenten, die das Schicksal für uns bereithalten mag, ist die Liebe zur eigenen Arbeit (leider ein Privileg weniger Menschen) die weitestgehende konkrete Annäherung an irdisches Glück: eine Wahrheit, die nicht vielen einsichtig ist. Dieses grenzenlose Gebiet der Schufterei, des boulot, des job, mit einem Wort, der täglichen Arbeit, ist weniger erforscht als die Antarktis, und infolge einer traurigen und zugleich mysteriösen Erscheinung reden ausgerechnet diejenigen am meisten und am lautesten davon, die es am wenigsten durchmessen haben. Bei offiziellen Feiern wird zur Verherrlichung der Arbeit eine hinterhältige Rhetorik bemüht, die auf der zynischen Überlegung beruht, daß eine Lobrede oder eine Medaille weniger kosten als eine Gehaltserhöhung, aber mehr einbringen. Daneben gibt es aber auch eine Rhetorik mit umgekehrten Vorzeichen, nicht zynisch, sondern von Grund auf dumm, die darauf abzielt, die Arbeit zu verleumden und schlechtzumachen, als könnte man ohne Arbeit, die eigene und die anderer, auskommen, und zwar nicht nur in Utopia, sondern hier und jetzt; als ob derjenige, der zu arbeiten versteht, von Haus aus ein Knecht wäre und andererseits jener, der nicht oder nur schlecht zu arbeiten versteht, oder nicht arbeiten will, eben dadurch ein freier Mensch wäre. Traurigerweise ist wahr, daß viele Arbeiten keine Liebe erwecken, schädlich aber ist es, mit einem Abscheu von vornherein an die Arbeit heranzugehen: wer das tut, der verurteilt sich selbst zu lebenslänglichem Haß nicht nur auf die Arbeit, sondern auch auf sich selbst und seine Umwelt. Man kann und muß dafür kämpfen, daß das Produkt der Arbeit in den Händen derer bleibt, die es geschaffen haben, und daß die Arbeit selbst keine Strafe ist. Liebe zum eigenen Tun beziehungsweise Abscheu davor sind jedoch ursprüngliche, im Inneren des einzelnen angelegte Haltungen, die viel mit seiner Geschichte und weniger, als man gemeinhin glaubt, mit den Produktionsstrukturen zu tun haben, unter denen die Arbeit vor sich geht.

aus: Primo Levi: Der Ringschlüssel; Berlin (Wagenbach) 1997. Die italienische Originalausgabe erschien 1978 unter dem Titel "La chiave a stella" bei Einaudi (Turin)

42. KPD-Widerstand gegen das NS-Regime. Standardwerk endlich auf deutsch erschienen

Autor: Dietrich Marquardt · Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:15

Als der britische Historiker Allan Merson zu Beginn der sechziger Jahre über den kommunistischen Widerstand in Deutschland zu forschen begann, schwebte ihm wohl zunächst nur eine regionalgeschichtliche Studie vor. Damals entstand jedenfalls "High treason in Düsseldorf", das in seinem Inhaltsverzeichnis thematisch schon weit über den tatsächlichen Forschungsgegenstand hinausgeht, der sich nur auf wenige Kapitel beläuft (unveröffentlichtes, von Aurel Billstein, Krefeld, übersetztes Manuskript). Am Ende eines mehr als zwanzigjährigen Forschungsprozesses stand dann aber eine umfassende Darstellung des Widerstands der KPD zwischen 1933 und 1945. "Communist resistence in Nazigermany" erschien 1985 in London und 1986 in den USA und gilt bis heute als das englischsprachige Standardwerk zum Thema.

Fast fünfzehn Jahre später liegt nun eine sorgfältige deutsche Übersetzung vor. In den achtziger Jahren interessierte sich offensichtlich weder ein westdeutscher Verlag noch ein Verlag der DDR für dieses Buch. Für die DDR war das Buch eindeutig zu kritisch, argumentierte es doch bei aller Sympathie für den Widerstand der KPD behutsam, aber nachdrücklich gegen bestimmte Mythen der SED-Geschichtsschreibung. Gerade in den achtziger Jahren waren diese wieder vorherrschend geworden, nachdem es in den sechziger und siebziger Jahren durchaus Ansätze zu kritischen Darstellungen gegeben hatte. Diese kritischen Einzeldarstellungen wissenschaftlicher oder autobiografischer Art, aber auch die offizielle DDR-Geschichtsschreibung berücksichtigt Merson und hebt sich damit von seinen zeitgenössischen (nicht nur) britischen Kollegen ab, die diese Arbeiten meisten schlicht ignorierten.

Das Buch beeindruckt durch seine Materialfülle, die aus dem umfangreichen Studium der damals zugänglichen Literatur und Archive und aus umfangreichen Befragungen von TeilnehmerInnen am Widerstand, besonders aus dem Raum Düsseldorf, besteht. Eine flüssige und gut lesbare Darstellung, ein argumentativer Stil und eine von marxistischen Fragestellungen geleitete Darstellung machen das Buch zu einer ungewöhnlich interessanten und aufschlußreichen Arbeit.

Drei Eigenheiten zeichnen das Buch aus und machen es auch heute noch lesenswert: Der Außenblick eines nicht-deutschen Autors, die Nähe zum Forschungsgegenstand durch die Regionalstudien und die Auseinandersetzung mit den offensichtlich wiederkehrenden Mythen der antikommunistischen Geschichtsschreibung.

Der Außenblick, das ist hier der Blick eines britischen Kommunisten, der aber auch gleichzeitig ein relativ ranghoher Militär der britischen Armee im Kampf gegen Nazideutschland war, und den die Frage beschäftigte, warum die "vorbildliche" deutsche Arbeiterklasse das Hitlerregime nicht verhindern, es nicht stürzen konnte, ja ihm bis in den Abgrund schlimmster Verbrechen und der Gefährdung der eigenen Lebensgrundlagen folgte.

Merson schreibt: "Es läßt sich nicht allein mit dem Terror erklären, daß es den Nazis bis zum Schluß gelang, die Willfährigkeit der großen Mehrheit der Deutschen und zumindest deren passive Unterstützung zu erhalten. Auch der Hinweis auf die jahrhundertelange Tradition des Militarismus in Deutschland und des Sich-Beugens unter die Obrigkeit ist keine rechte Antwort. Die Wahrheit ist, daß das deutsche Volk und mit ihm ein großer Teil der Arbeiterklasse einerseits durch nationalsozialistische Ideen und Praktiken gründlich korrumpiert und andererseits durch ein Gefühl der Mitschuld demoralisiert war. Diesen Effekt hatte bis zu einem gewissen Grade die Naziregierung durchaus beabsichtigt. Als es mit den Blitzkriegssiegen vorbei war und es nötig geworden war, weitere Millionen Deutsche zum Wehrdienst einzuziehen, ersetzte man sie in den Rüstungsbetrieben durch Millionen Ausländer. Gegen den Rat von Rüstungsminister Speer hatte sich Hitler für diese Lösung entschieden; er brachte ausländische Arbeiter nach Deutschland und konzentrierte hier die Rüstungsindustrie Europas, statt solche Industriezweige in den besetzten Ländern oder Satellitenstaaten zu entwickeln. Das war ein unökonomisches Vorgehen, geschah aber aus politischen Gründen, denn es führte zu einer Hierarchie unter den Arbeitskräften, in der die deutschen Arbeiter eine privilegierte Elite darstellten und sich deutlich von den Zwangsarbeitern abhoben, nicht nur aufgrund besserer Bedingungen, sondern auch durch verschiedene Formen gesetzlich verordneter ‚Apartheid`." (S. 277)

Die Nähe zum Thema ist Ergebnis der gründlichen regionalgeschichtlichen Vorarbeit, die in die Gesamtdarstellung einfließen. Immer wieder wird am Beispiel der ehemaligen KPD-Hochburg Düsseldorf anschaulich gemacht, was nach Ansicht des Autors mehr oder weniger reichsweit für die Stärken und Schwächen des KPD-Widerstands galt. Auch dazu ein Zitat von Merson, das auch sein Interesse an der "menschlichen" Seite des Widerstandskampfes deutlich macht:

"Das Leben eines Kommunisten im Dritten Reich, ob legal oder illegal, war physisch und psychisch extrem hart. War ein Genosse auf Grund der illegalen Arbeit nicht in der Lage, irgendeine Verabredung einzuhalten, so konnte das in der Nachbarschaft oder am Arbeitsplatz zu einer Menge von Fragen führen, für die man keine Erklärung fand. Besonders die ‚Illegalen` standen manchmal ohne jeden Pfennig da und mußten buchstäblich hungern. Gelegentlich waren sie gezwungen, ihre Wohnung zu verlassen und irgendwo behelfsmäßig zu übernachten, doch hielten die Sicherheitsregeln sie davon ab, jemanden um Hilfe zu bitten. Hinzu kamen seelische Belastungen, die nicht weniger brennend waren. Vor allem litten jene darunter, die wegen der illegalen Arbeit ihre Familien verlassen und sie dadurch oft ernster wirtschaftlicher Not ausgesetzt hatten. Der Düsseldorfer Kommunist Werner Eggerath war im Winter 1934/35 Mitglied der Operativen Inlandsleitung der KPD in Berlin. Er hat beschrieben, wie schwierig und geradezu unmöglich es für ihn war, dem Drang zu widerstehen, Frau und Kind wiederzusehen und wie sehr er unter der zwischen ihnen entstandenen Entfremdung und Verständnislosigkeit litt." (S. 147)

Die Auseinandersetzung mit den offenbar immergleichen Mythen der antikommunistisch voreingenommenen Geschichtsschreibung macht das Buch unerwartet aktuell. Steht Merson doch gegen die Vernachlässigung, Geringschätzung und Verleumdung des Arbeiterwiderstands im allgemeinen und des kommunistischen Widerstands im besonderen ein. Die Neuauflage der Totalitarismusthese zeigt, wie schwierig das Festhalten einfacher Tatsachen ist. Dazu gehört, daß die KPD von Anfang an dem Naziregime kompromißlosen Widerstand entgegengesetzt hat. Selbst in der Zeit des deutsch-sowjetischen Paktes gab es, wie Merson herausstellt, zwar Irritationen und auch Illusionen auf ein Nachlassen des Terrors, gleichzeitig aber die Fortsetzung der Widerstandsaktivitäten. Merson: "Die ganze Geschichte des kommunistischen Widerstandes wird man nie erfahren. Aber was bekannt ist, reicht aus, um klar herauszustellen, daß es sich nicht um die Geschichte einiger weniger Heldinnen und Helden handelt (auch wenn es genug Heroismus gab), sondern um einen ungebrochenen, zwölf Jahre währenden Kampf von vielen tausend einfachen arbeitenden Menschen. Das stellt das moralische Erbe der Partei dar."

Merson sah in der DDR einen Staat, der nicht zu Unrecht das Erbe des antifaschistischen Widerstands für sich in Anspruch nahm. Die Einseitigkeit vieler DDR-Darstellungen, die bis an Fälschungen heranreichten, waren ihm durchaus bewußt. So erwähnt er in einer Fußnote, daß der Name Robert Havemann "bezeichnenderweise" in einer einschlägigen Darstellung fehlt.

Es ist fast selbstverständlich, daß eine Gesamtdarstellung, die mit ca. 300 Seiten noch relativ knapp gehalten ist, nicht alle Teilaspekte des Widerstands der KPD ausreichend berücksichtigen kann. Auch ist die Begrenzung auf den Widerstand der KPD bzw. ihrer Mitglieder und Sympathisanten eine Einschränkung, die den deutschen und englischen Titel "kommunistischer Widerstand" als etwas zu weit gefaßt erscheinen läßt. Zudem hätte eine aktuelle, thematisch gegliederte Literaturliste der Aktualisierung des Buches gut getan.

Trotz dieser kleineren Mängel bleibt auch dank der Abbildungen z.B. von Tarnschriften des Widerstands, einer schönen künstlerischen Darstellung, die sich aktuell mit dem Thema auseinandersetzt, und der zusätzlichen Beiträge u. a. von Peter Gingold, der Eindruck eines ganz ausgezeichneten Buches. Eine unvoreingenommene und kritische Diskussion in Deutschland wäre wohl das, was sich dieser britische Antifaschist an meisten gewünscht hätte.

Dietrich Marquardt

Allan Merson: Kommunistischer Widerstand in Nazideutschland. Vorwort von Peter Gingold, Pahl-Rugenstein Verlag, Bonn 1999, 49,80 DM.

43. Zwangsarbeit in Deutschland 1940-1945

Autor: Angela Martin · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:11

"Wir mußten einen deutschen Karren in Richtung des Lazaretts, wohl eher das Vorzimmer zur Hölle, ziehen. Dort, vor unseren Augen, in Holzkisten, unsere unglücklichen, namenlosen Kameraden, kahlgeschoren, nackt, zu Skeletten abgemagert, mit offenen Mündern, die Augen leer. Alle sind an Dysenterie gestorben, die Exkremente haben ihnen an den Beinen geklebt, manche hatten riesige Hämatome. Wir brachten die Leichen zum Wagen, 17 Holzsärge für die Reise. Und wir haben dieses unheimliche Gespann zur Kalkgrube gezogen. (...) Angekommen, haben wir die Leichen abgeladen, wir mußten die Särge wieder mitnehmen."

Dieser Bericht des französischen Zwangsarbeiters M. Cramard handelt nicht von einem Konzentrationslager, sondern von dem "Arbeitserziehungslager" (AEL) Großbeeren. Wie auch die anderen AELs der Nazis war es ein Straflager vor allem für ausländische Zwangsarbeiter, die dort, wie es zynisch hieß, durch "geeignete Arbeitsmethoden" diszipliniert werden sollten. Cramards ebenso knappe wie erschütternde Erinnerungen an dieses Zwangslager sind in dem Buch "Zur Arbeit gezwungen. Zwangsarbeit in Deutschland 1940-1945" nachzulesen. Dieser Sammelband vereinigt Beiträge zu einem Symposion, das im Mai 1996 in Berlin stattgefunden hat und von der Stichting Holländerei und der Stiftung Topographie des Terrors organisiert worden ist.

Der nationalsozialistische Ausländereinsatz "stellt den größten Fall der massenhaften, zwangsweisen Verwendung von ausländischen Arbeitskräften in der Geschichte seit dem Ende der Sklaverei im 19. Jahrhundert dar", so Ulrich Herbert in seinem einleitenden Aufsatz. Allein im August 1944 waren im "Großdeutschen Reich" etwa acht Millionen ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene beschäftigt. Sie wurden in der Landwirtschaft und in privaten Haushalten ebenso beschäftigt wie von Kommunen oder in Rüstungsbetrieben und gehörten wie selbstverständlich zum deutschen Kriegsalltag. Ohne Ausländer wäre in der Landwirtschaft seit 1940, in der Rüstungsindustrie seit Ende 1941 eine Produktion im geforderten Umfang nicht mehr möglich gewesen. Außerdem trugen die Zwangsarbeiter "zu jenem gigantischen Wachstums- und Modernisierungsschub bei", so Herbert, "den die deutsche Wirtschaft in den Jahren der Kriegs- und Rüstungskonjunktur erlebte und der eine der Grundlagen der so rapiden wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung nach 1948 darstellte."

Darauf hinzuweisen ist wichtig, wenn man, wie die Herausgeber des Bandes und ihr bekanntester Autor, Ulrich Herbert, eine Entschädigung für die ehemaligen Zwangsarbeiter fordert. Doch offenbar wollen sie niemandem wehtun, es ist viel von Opfern, aber kaum von Tätern die Rede, und die Editoren sind zufrieden, daß sich überhaupt etwas in der Frage der Entschädigung tut. Bisher sind die finanziellen Wiedergutmachungen für ehemalige Zwangsarbeiter sehr niedrig geblieben. Etliche Zeitzeugenaussagen in dem Sammelband machen deutlich, daß nicht nur Deportation und Zwangsarbeit die Gesundheit und Psyche vieler Menschen nachhaltig zerstört haben. Katastrophal wirkte oft auch die Trennung von der Familie, die Unterbrechung der Ausbildung und die Zerstörung aller Lebenspläne.

Das gilt vor allem für Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion, die nach dem Krieg in ihrer Heimat nicht selten weiteren Verfolgungen ausgesetzt waren, weil sie angeblich mit den Nazis kollaboriert hatten. Von diesen Zwangsarbeitern ist in dem besprochenen Band jedoch nur am Rande die Rede, obwohl "der durchschnittliche Zwangsarbeiter in Deutschland 1943 eine 18jährige Schülerin aus Kiew war", wie Ulrich Herbert schreibt.

Solche Lücken mag man noch verzeihen. An dem dokumentierten Symposion waren Zwangsarbeiterverbände aus Frankreich, den Niederlanden, Polen und der Tschechischen Republik beteiligt, nicht aber aus den GUS-Staaten. Außerdem standen regionale Studien zu Berlin und Brandenburg im Vordergrund. Das erklärt manche Schwerpunktsetzung. Und doch wirkt der Band ziemlich zusammengeschustert.

So vermißt man einen Beitrag über das Interesse der deutschen Großkonzerne am Zwangsarbeitereinsatz. Ohne entsprechende Untersuchungen entsteht wieder einmal der völlig falsche Eindruck, daß nur eine relativ kleine Clique von Nazi-Oberen und SS-Schergen ein Interesse daran gehabt hätte, die ausländischen Arbeitssklaven auszubeuten. Außerdem fehlen Erläuterungen zu den Zeitzeugenaussagen, von denen man oft nicht weiß, wann und in welchem Kontext sie aufgezeichnet wurden. Cramard zum Beispiel kann sich in

seinem Bericht über das AEL Großbeeren merkwürdig genau an die Anzahl der Leichen erinnern, die er und seine Kameraden in die Kalkgrube karren mußten: "1263 Menschen, davon 187 Franzosen". Wer hat diese genauen Zahlen recherchiert?

Die Qualität der Beiträge ist äußerst unterschiedlich. Kurze Überblicksdarstellungen zum Einsatz von Tschechen, Polen, Niederländern wechseln ab mit Erinnerungen von ehemaligen Zwangsarbeitern aus diesen Ländern sowie Frankreich. Einzeldarstellungen gehen z.B. auf die Verbreitung spezieller Zeitungen für die Fremdarbeiter ein, auf die Seelsorge in den Lagern oder auf Aspekte des Widerstands. Ein Schwerpunkt des Bandes gilt der Situation der Zwangsarbeiter in Berlin, ein anderer dem Stand der Forschung und der Quellenlage. Schließlich wird in zwei kurzen Kapiteln die Rolle dargestellt, die Zwangsarbeiter in Japan und in Birma gespielt haben.

Nach welchen Kriterien die Herausgeber die 40 Beiträge des Bandes ausgewählt haben, bleibt etwas undurchsichtig. Fast alle Aufsätze sind sehr kurz und oft auch oberflächlich. Ärgerlich ist das schlampige Lektorat des Bandes. Ständig stößt man auf sprachliche Mängel in Beiträgen vor allem der Zeitzeugen, die entweder schlecht übersetzt oder nicht korrigiert wurden. Diese Zeitzeugen mußten als Zwangsarbeiter Deutsch lernen. Gerade ihre Bemühungen, sich in der Sprache des ehemaligen Feindes auszudrücken, hätten eine besonders sorgfältige Bearbeitung verdient.

Angela Martin

Rimco Spanjer, Diete Odesluijs, Johan Meijer (Hrsg.): Zur Arbeit gezwungen. Zwangsarbeit in Deutschland 1940-1945, Bremen (Edition Temmen) 1999, 328 Seiten, mit Register, DM 48,- DM.

44. Aus der Not geboren. Wolfgang Harichs "Versuch einer Autobiographie"

Autor: Angela Martin · Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:26

Aus eigenem Antrieb wollte Wolfgang Harich nie seine Memoiren schreiben, andere Aufgaben erschienen ihm wichtiger. Trotzdem liegt jetzt ein Buch mit autobiographischen Texten des Ostberliner Philosophen vor. Herausgegeben hat sie Thomas Grimm.

Es war eine Notsituation, in der Harich sich bereit erklärt hatte, dem Filmemacher Grimm über sein Leben zu berichten. Anlaß war der spektakuläre Angriff, den Walter Janka im Herbst 1989 in seinem Buch Schwierigkeiten mit der Wahrheit gegen Harich erhoben hat. Janka hat unter anderem behauptet, daß sein einstiger Freund die Oppositionellengruppe im und um den Aufbau-Verlag denunziert und ins Gefängnis gebracht habe. In mehreren Tonband- und Videointerviews mit Thomas Grimm hat Harich diese Anschuldigungen widerlegt und erklärt, wie sich 1956 die sogenannte Harich-Janka Gruppe gebildet hat, die die DDR entstalinisieren und Walter Ulbricht stürzen wollte. Hauptziel der Gruppe war die Wiedervereinigung Deutschlands.

Im November 1956 wurde Wolfgang Harich verhaftet - er war damals noch keine 33 Jahre alt, hatte aber bereits eine beispiellose Karriere hinter sich: In den ersten Nachkriegsjahren war er einer der bekanntesten Theaterkritiker Berlins, seine Vorlesungen über Geschichte der Philosophie füllten das Audimax der Humboldt-Universität. Er war Mitherausgeber und Chefredakteur der renommierten Deutschen Zeitschrift für Philosophie und stellvertretender Cheflektor beim Aufbau-Verlag. Walter Janka zufolge war Harichs "Geständnisfreudigkeit" Ursache für weitere Verhaftungen. Tatsächlich war die Gruppe aber schon lange beobachtet worden, und ihre "konterrevolutionären Auffassungen" waren dem MfS bekannt. Gegen die von Janka in die Welt gesetzten Verleumdungen hat sich Harich bis zu seinem Tod im Jahr 1995 immer wieder verteidigen müssen. Sie widerlegen zu helfen, ist ein großes Verdienst des soeben erschienenen Buches, das auf Grund seines Gesprächscharakters wesentlich leichter zu lesen ist als Harichs Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit , in dem er sich ebenfalls mit Jankas Vorwürfen auseinandergesetzt hat.

Harichs Gespräche mit Thomas Grimm machen aber nur ein knappes Drittel des 385 Seiten langen Memoirenwerkes aus. Den Hauptteil bildet ein "Kommentar zu meinem Ahnenpaß". Dieser Text ist 1972 entstanden. Er basiert auf Gesprächen mit Marlies Menge, mit der Harich damals seine Autobiographie vorzubereiten begann. In diesem ersten Teil berichtet er in wunderbar leichtem, plaudernden Stil von seinen Vorfahren. Vom Elternhaus, in dem zahlreiche Intellektuelle und Künstler verkehrten. Oder von Alexander Wyneken, Harichs Großvater mütterlicherseits, dem Herausgeber und Chefredakteur der Königsberger Allgemeinen Zeitung. Wyneken war ein Bonvivant und Liebhaber der Frauen und auch darin ein wichtiges Leitbild für den jungen Harich.

Mit frappierender Ehrlichkeit setzt er sich mit seiner Vergangenheit auseinander, etwa wenn er von seiner Lust erzählt, im Jungvolk der Nazis eine Führerrolle zu spielen. Er beschreibt aber auch, wie ihn die Lektüre verbotener Schriftsteller und sein "nichtarischer" Umgang dem Nazitum wieder entfremdet haben. Seine oppositionelle Haltung führte schließlich zu einem consilium abeundi vom Neuruppiner Gymnasium; auch auf einer Privatschule in Berlin konnte er das Abitur nicht machen, weil er in einem Schulaufsatz eine Satire auf die Kulturpolitik der Nazis geschrieben hatte. Seinen Wehrdienst überstand er auf abenteuerliche Weise mit der Simulation vor allem von Ischiasanfällen, bis er gegen Kriegsende schließlich desertierte und sich der Widerstandsgruppe ERNST anschloß.

Auch nach Kriegsende blieb Harichs Leben eng mit der Geschichte verknüpft. Schon unmittelbar nach Kriegsende bekleidete der blutjunge Student wichtige kulturpolitische Posten: als Mitarbeiter in der Kulturkammer, als Theaterkritiker und später als Leiter des Ressorts Theorie und Propaganda in der Täglichen Rundschau, dem Blatt der Sowjetischen Militäradministration. Sein Lebensbericht ist auch ein Bericht über die vom Kalten Krieg geprägte Kulturpolitik in beiden Teilen Berlins und über die oft sektiererische Haltung der SED in wissenschaftlichen und künstlerischen Fragen. Das Protokoll einer Sitzung des Philosophischen Instituts an der Humboldt-Universität vom April 1952, das Thomas Grimm in den Band aufgenommen hat,

dokumentiert anhand einer Hegel-Debatte das damalige Klima an der Universität. Für Harich endete die Debatte mit einer Parteirüge, weil er nicht bereit war, sich der Stalinschen Hegelinterpretation anzuschließen.

Trotzdem mischte Harich sich immer wieder in kulturpolitische Fragen ein. Zusammen mit Bertolt Brecht gelang es ihm nach dem Aufstand des 17. Juni, die verhaßte Staatliche Kunstkommission zu stürzen. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU schöpfte er erneut Hoffnung auf eine Liberalisierung der Kulturpolitik und auf eine Lösung der deutschen Frage. Ob im Verlag oder in der Deutschen Zeitschrift für Philosophie, Harich versuchte immer, auf eine Vereinigung der beiden Teilstaaten hinzuarbeiten.

Mit den Ereignissen des Jahres 1956 enden seine Lebenserinnerungen. Leider. Denn dieser Versuch einer Autobiographie liest sich mit Gewinn und Vergnügen, obwohl er viele Wiederholungen enthält und eher schlampig redigiert und lektoriert ist. Harich konnte eben nicht nur gut schreiben, er war auch ein wunderbarer Erzähler.

Angela Martin

Wolfgang Harich, Ahnenpaß. Versuch einer Autobiographie, herausgegeben von Thomas Grimm, Berlin (Schwarzkopf & Schwarzkopf) 1999, 384 Seiten, 44,- DM

45. Aufklärer oder Reaktionär?

Mediale Kontroversen um den politischen Goethe

Autor: Js. · Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:02

Auch nach seinem 250. Geburtstag bleibt die Frage nach dem Politiker Goethe umstritten. War er ein Mann der Aufklärung und des Fortschritts, ist das von ihm geschaffene "Modell Weimar" auch heute noch richtungweisend - oder war er ein Reaktionär, Feind der Demokratie und überzeugter Verteidiger des Feudalismus und der Monarchie? Das Beweismaterial für letzteres Urteil soll nicht noch einmal wiederholt werden (vgl. ak 429: "Im Dienst der alten Ordnung. Goethe als Politiker - ein Staatsbeamter wider den ‚Parteigeist`"). Hier geht es darum, wie einflußreichere Zeitungen das politische Werk des deutschen "Nationaldichters" deuten.

Die Frankfurter Rundschau hat das Problem elegant umgangen und in ihrem 38 Seiten starken Goethe-Extra ("Zum 28. August 1999") zwei kontroverse Beiträge gedruckt: Ekkehart Krippendorffs Artikel mit der programmatischen Unterzeile "Der dienstälteste und einzige Abrüstungsminister der deutschen Geschichte als geistige Ressource für die Gegenwart" und W. Daniel Wilsons Entgegnung "Warum erhebt die Linke einen absolutistischen Minister zum Vorbild und mißachtet immer noch die Menschenrechte?"

Der Altlinke Krippendorff, Autor des Buches "Goethe. Politik gegen den Zeitgeist", wiederholt seine These, Goethe habe seine politische Tätigkeit als "Dienst an den Menschen" verstanden, Dienst an "den Unterprivilegierten vor allem, den Schwachen, dem arbeitenden Volk." Daß dieses Volk nach Goethes Willen vor allem "dulden" und arbeiten, die Politik aber der Elite überlassen sollte, verschweigt Krippendorff auch an dieser Stelle. Sonst wäre sein Versuch von vornherein hinfällig, Goethe zum "Bezugspunkt für eine mögliche Neuorientierung" zu machen - Neuorientierung einer "weichen" Politik, die "bildend-erziehend" wirkt und das angeblich in Weimar vorweggenommene Prinzip praktiziert: "global denken, lokal handeln".

Daß die Politik des Staates Sachsen-Weimar-Eisenach, dem Goethe diente, doch anders aussah, wird in der Replik des amerikanischen Germanisten W. Daniel Wilson ("Das Goethe-Tabu") noch einmal verdeutlicht. Wilson erinnert an die "konkrete Unterdrückung" rebellierender Bauern und freidenkender Intellektueller und hebt auch Goethes persönlichen Anteil daran hervor: sein Eintreten für den Vollzug der Todesstrafe an einer Kindsmörderin und für "derbes" Hinlangen gegenüber renitenten Bauern, seine Beteiligung am Soldatenhandel mit England ("Häftlinge als Kanonenfutter für den amerikanischen Unabhängigkeitskrieg"). Wilsons schräg formuliertes, aber inhaltlich zutreffendes Fazit lautet: "Die Menschenrechte sind die Achillesverse des Versuchs, Goethes politische Ethik und den Reformabsolutismus Weimars zum leuchtenden Vorbild für die Gegenwart zu machen."

Die meisten der von Wilson zusammengetragenen politischen Verfehlungen Goethes sind übrigens schon länger bekannt - und werden doch auch in kritischen Artikeln immer wieder ignoriert. In seinem Leitartikel zum vierseitigen Goethe-Extra des Freitag macht sich Mario Scalla allen Ernstes Schillers apologetische Behauptung zu eigen, es gebe keinen Fall, in dem der Politiker Goethe "vorsätzlich irgend Jemandem geschadet hatte" - wenn kein Vorsatz vorlag, muß es wohl Fahrlässigkeit oder ein Versehen gewesen sein, daß Goethe Bauern schinden, Gefangene in den Krieg verkaufen und Studenten bespitzeln ließ?

In der Redaktion des Focus liest man die neueren Untersuchungen der Goethe-Forschung wenigstens. Wird Wolfgang Rothe für sein kritisches Buch "Der politische Goethe" kurzerhand in eine "lange Tradition der Mißgunst" gestellt (Nr. 29), so werden Wilsons Aussagen immerhin referiert. (Nr. 30) Am Ende steht aber auch hier der Verriß: "Wilson, brachte der Dramatiker Peter Hacks den ahistorischen Moralismus des ultraliberalen Kaliforniers (!) auf den Punkt, vergibt Weimar einfach nicht, ‚daß es im 18. Jahrhundert liegt.`" Was im Focus ohne Quellenangabe zitiert wird, schrieb Hacks in der März-Ausgabe von konkret. Sein Wilson-Verriß gipfelt in dem - wahrscheinlich witzig gemeinten - Vorschlag, den "Idioten" Wilson anläßlich Goethes 250. Geburtstag "in der Ilm zu ersäufen".

Die Spiegel-Redakteure Johannes Saltzwedel und Reinhard Mohr (letzterer gehörte ehedem zur Frankfurter "Fischer-Gang") übernehmen in ihrer Titelgeschichte über "Mephisto Goethe" (Nr. 33) den von konkret inspirierten Verriß des Focus: "Leicht kann ihm (Goethe) darum der Archivspezialist Wilson aus Berkeley manche Mißachtung dessen nachweisen, was heutzutage Menschenrechte heißt. Doch daraus, daß er seiner

Epoche nicht gleich 200 Jahre voraus sein konnte, macht kaum jemand unter den übrigen Kennern dem Geheimen Rat einen Vorwurf." (Nr. 33) Tatsächlich zeigt Wilson in seinem Buch auch, daß der Begriff der Menschenrechte schon vor Beginn der Französischen Revolution auch in Weimar gebräuchlich war, wenn er auch enger definiert wurde als heute. Goethe selbst kannte und verwarf die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte vom 26. August 1789, in deren Artikel 2 proklamiert wurde: "Der Zweck jeder staatlichen Vereinigung ist die Erhaltung der natürlichen und unverjährbaren Menschenrechte. Diese Rechte sind Freiheit, Eigentum, Sicherheit und Widerstand gegen Unterdrückung."

So schreibt der Spiegel, was der Focus schreibt, und der bedient sich bei konkret. Alle gemeinsam nehmen den Meister gegen "überzogene", "ahistorische" Kritik in Schutz. Goethe, der Verächter der Zeitungen und Verfechter der Zensur, hätte an dieser Art freiwilliger Selbstkontrolle seine Freude gehabt.

Js.

Lesenswertes über Goethe

Wer sich für den Streit mit unkritischen Goethe-Enthusiasten rüsten oder einfach mehr wissen will über den Politiker Goethe, sei auf drei faktenreiche und auch für Laien gut lesbare Bücher verwiesen:

- Friedenthals dickleibige Goethe-Biographie aus dem Jahre 1963, neu aufgelegt im Goethejahr 1999. Über das Buch schrieb Walter Jens: "Friedenthal zeigt - verstehend, aber nicht beschönigend - die Dinge, wie sie wirklich sind."

Richard Friedenthal: Goethe. Sein Leben und seine Zeit; München (Piper) 1999

- Rothes Buch über den oft mit Schweigen übergangenen "politischen Goethe", über den der Autor in der Vorbemerkung sagt: "Ihm, Goethe, den Mantel eines geistigen Mentors der Jugend Deutschlands umzuhängen, ihn zu Berufungsinstanz für die zwei deutschen Demokratien nach verlorenen Weltkriegen - und für die künftige Berliner Republik des wiedervereinigten Landes obendrein - zu machen, verrät eine erstaunliche Ignoranz in Hinsicht des Politikers Goethe."

Wolfgang Rothe: Der politische Goethe; Göttingen (Vandenhoeck und Ruprecht) 1998

- Wilsons Studie über soziale und politische Proteste im Herzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach und Goethes Rolle bei ihrer Unterdrückung. Das Fazit des Autors: "Der Ruhm des klassischen Weimar ist nicht auf politischem Gebiet zu suchen, sondern auf ästhetischem, und das dichterische Erbe Goethes ist mächtig genug, um nicht auch noch für die Idee des starken Staates einstehen zu müssen."

W. Daniel Wilson: Das Goethe-Tabu. Protest und Menschenrechte im klassischen Weimar; München (dtv) 1999

46. "Hey, was ist denn da los?" Die 3 Tornados: Linke Geschichte als Brachial-Kabarett

Autor: Martin Bayer · Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak430/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:06

Es gibt kulturelle Erzeugnisse der Linken, die mehr sind als nur Kunst. Und es gibt Menschen, einst Kulturschaffende genannt, die (linke) Politik und Kultur nicht nur kommentiert und umrahmt, sondern beeinflußt und mitgestaltet haben. Zu diesen gehören sicherlich Die 3 Tornados. Von ihnen liegt nun das vor, was auch schon früher die linke Szene gerne anschaffte: Gesammelte Werke. Nur sind es hier keine zwei Meter blaue oder andersfarbige Bände, die dekorativ die Buchwand zieren, sondern eher bescheiden vier CDs, die alle sechs erschienenen Tornado-LPs und diverse Bonus-Tracks enthalten. Im CD-Schuber befindet sich zudem ein Heft mit wesentlichen Informationen und Fotos, und fertig ist AUF TOUR 1977-1988.

Die 3 Tornados, das war im linken Kabarett, was Ton Steine Scherben für die Musik war: eine Institution und trotzdem keine ehrfurchtgebietende Sache, vielmehr etwas sehr Lebendiges. Wer seine ersten Auftritte bei Veranstaltungen gegen Berufsverbote hatte, das legendäre Russell-Tribunal kabarettistisch unterstützte, am Tunix-Kongreß teilnahm, die damals noch eindeutig linke taz aufbauen half, in besetzten und nichtbesetzten (linken) Kulturzentren spielte, - der stand mitten drin im undogmatisch linken Leben.

Da verwundert es auch nicht, daß die Tornados nicht offiziell in der real-existierenden DDR spielen durften, sondern nur privat im Prenzlauer Berg gastierten. Es blieb der einzige Ost-Auftritt, wenngleich der Unrealsozialismus der DDR öfter Thema der kabarettistischen Tornados aus Berlin war.

Als Die 3 Tornados schon gar nicht mehr zu existieren schienen, traten sie dann doch noch einmal in Erscheinung: Wenige Tage nach dem Fall der Mauer 1989, als sie mit anderen Künstlern das kommentierten, was da zusammenwachsen wollte. Mag sein, daß sie klüger waren als andere Linke, die der Mauerfall kalt erwischte.

Nicht heller auf der Platte waren sie aber in einer anderen politischen Frage: Auf der LP "Rundschlag am Mittag" bezeichneten sie 1978 den israelischen Ministerpräsidenten Begin, der zur Zeit der Staatsgründung Israels der Terrorgruppe Irgun angehörte, nicht nur als rechtsradikalen Terroristen. Sie erhofften sich unter dem Gejohle der ZuhörerInnen Begins Tod: "Es machte peng, es machte bumm, da fiel der gute Begin um." An diesem Punkt bewegten sich die 3 Tornados ganz im linken mainstream der 70er Jahre, der uns heute in seiner teilweisen Unbedarftheit manchmal erschaudern läßt.

Ansonsten zogen die Tornados stets gnadenlos gegen Reaktionäre, homophobe Spießer, Rassisten, Militaristen, gegen Atomkraft, gegen alles mögliche und immer wieder gegen Polizisten und Staatsschützer ins Feld.

Auch die Linke selbst bekam ihr Fett weg. Erinnert sei nur an "Sozialismus Modell A" und "Sozialismus Modell B". In ersterem regiert eine Revolution in Deutschland vorausgesetzt eine spießige Kaderclique, die schließlich feststellt: "Sozialismus? Haben wir nicht. Ist im Plan nicht vorgesehen." Modell B zeigt dagegen die Anarcho-Version mit lahmen Freaks und Hirseschnitzel statt Steaks, mit der Landkommune Jimmy Hendrix und der Frage der Kartoffelernte. Denn es sei "irgendwie unheimlich wichtig, das Ding mit den Kartoffeln, entspricht momentan aber überhaupt nicht meinen konkreten Bedürfnissen." Und der Genosse erwidert, er könne auch nicht zum Einsatz: "Ich bin da im Moment nicht drauf."

Auch diverse kirchliche Eigenheiten wie der Glaube an die jungfräuliche Empfängnis regten die drei Kabarettisten aus Berlin immer wieder zu Sketchen an. Durch das Tornado-"Krippenspiel" wurde gar die Gründung einer aufgebrachten katholischen Bürgerinitiative angeregt. Und der Staatsanwalt mußte sich gleich mehrfach in Bewegung setzen, bis nach vier Instanzen der Freispruch für die Krippenspieler erfolgte.

Die 3 Tornados, das war keine Wortakrobatik, kein hochintellektueller Kunstgenuß, keine freudlose Agitation und kein hochkulturelles Pflichtprogramm für bezahlte Rezensenten des Feuilletons. Statt dessen war das Ganze bunt, schrill, ganz perfekt unperfekt und manchmal genial daneben; Brachialkabarett für drei Personen und ein Akkordeon.

Meist überwogen die Textbeiträge; lediglich auf der LP Tornados a gogo (1979) brachten sie ausschließlich Lieder, teils solche aus früheren Programmen, teils neue. Und das war dann auch die einzige weniger gute Platte der drei Berliner.

Waren Die 3 Tornados das andere Volkstheater? Die deutschsprachige Commedia del larte des 20. Jahrhunderts? Die vorweggenommene Verhöhnung all der sich heute so krebsartig vermehrenden, grottenschlechten Comedy-Idioten? Keine Ahnung. Wahrscheinlich von allem etwas und noch viel mehr.

Im damals noch öffentlich-rechtlichen Fernsehen landeten die Tornados nur selten: 1979 im Rahmen eines Kinderprogramms (!) der Funkausstellung und 1980 mit dem "Krippenspiel", was die genannten Folgen hatte. Der SDR setzte 1979 die drei Berliner mit ihrem Beitrag zu "30 Jahre Grundgesetz" ab. Auch der SWF und der WDR zogen 1980 eine Live-Sendung bzw. eine Talk-Show zurück. 1983 strich der SFB wieder einige Beiträge, und 1986 brach Radio Bremen eine Sendung einfach ab.

Die Tornados reagierten und setzten gegen den Willen des Senders gerichtlich die Ausstrahlung zweier Werbespots (!) im SFB durch: 1986 zum Thema Polizei und 1988 zum Barschel-Ehrenwort.

Gutes Kabarett kann, wie wir hier sehen, doch etwas bewegen: Zumindest Staatsanwälte, Richter, Fernsehverantwortliche und katholische Initiativengründer. Im Falle der 3 Tornados dürfte die Bedeutung aber weit über diese medienwirksamen Highlights hinausgegangen sein. Als Kampagnenkabarett und innerlinke Kritikinstanz haben die Tornados mit für eine Kultur gesorgt, die linke Hegemonie in Teilbereichen der Gesellschaft möglich machte. Wie wichtig die Tornados und die Scherben, all die Mosmanns, Tommis usw. waren, das merkten wir, als es sie nicht mehr gab. Und schließlich fehlt uns seither auch weitgehend die Möglichkeit zu dieser Form der "gnadenlosen Unterhaltung" (so ein entsprechender CD-Titel). Dem Trikont-Verlag sei Dank, daß zumindest die Konserven der drei Kabarettberliner jetzt komplett vorliegen. Jüngere unter uns werden aber an einigen Stellen im linken Geschichtsbuch (gibts das?) nachblättern müssen, um den damals für alle geläufigen Hintergrund der Szenen und Lieder zu verstehen.

Ach ja, Die 3 Tornados, das waren anfänglich nur zwei: Arnulf Rating und Günter Thews; doch schon im Gründungsjahr kam Hans-Jochen Krank dazu, der 1981 von Holger Klotzbach abgelöst wurde. Krank ist heute Gymnasiallehrer, Klotzbach gründete die Berliner "Bar jeder Vernunft", Rating macht weiter Kabarett und Günter Thews starb am 30.1.1993 an Aids. Vier Schicksale aus der Linken, die in dem Berliner "Spaßguerilla-Theater" (so der Trikont-Verlag) ihren gemeinsamen Bezugspunkt hatten; ein Theater, das uns ermöglicht, die Geschichte der Linken vielleicht etwas besser, in jedem Fall aber unterhaltsamer zu begreifen.

Martin Bayer

Ein kurzer Lehrgang zur Geschichte der Linken in musikalisch-kabarettistischer Form:

Ton Steine Scherben: Warum geht es mir so dreckig?/Keine Macht für niemand (2 LP/CD)/Wenn die Nacht am tiefsten (2 LP/CD); David Volksmund Produktion

Die 3 Tornados: AUF TOUR 1977-1988 (4 CD und Booklet); Trikont 1999

47. Quelldatei 17.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak430/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:17

Kalender

Afrikanischer Oktober 1999

Afrikanische Vereine veranstalten ein vielfältiges Programm. U.a. das Seminar "Children and Society" (4.10., 17.30h, ADEFRA); eine Informationsveranstaltung von Ghanatta Ayaric über das interkulturelle Angebot für Schulen des Projektes Integration (15.10., 18h, D.A.V.O.H.); einen Workshop zu Vernetzung/Neue Medien (17.10., 10h, D.A.V.O.H./PIE); eine afrikanische Nacht mit Funk, Soul, Reggae, Salsa, Suka, afrikanischen Rhythmen (23.10., 22h, 8DM); ein Kinderprogramm mit Pantomime (30.10., 15-17h, AWAH, 5/10DM); eine Lesung von Ika Hügel-Marshall aus ihrem Buch "Daheim unterwegs - Ein deutsches Leben" (30.10., 18h). Das vollständige Programm ist erhältlich bei der Werkstatt 3, Nernstweg 32, 22765 Hamburg, Tel.: 040-392191.

Hamburg, 4.-30.10., Werkstatt 3, Nernstweg 32.

"Schuldenerlaß 2000"

Thesen dieser Kampagne stehen zur Diskussion bei einer Veranstaltung des Vereins Interkultura. Ist der Schuldenerlaß der hochverschuldeten Trikont-Staaten ein Schritt in die Richtung einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung oder der Formierung neoliberaler Gesellschaften? Für weitere Auskünfte: Buchhandlung BiBaBuZe, Tel.: 0211-340060, Fax: 315577, eMail: bibabuze@netz-nrw.de.

Düsseldorf, 5.10., 19.30h, Buchhandlung BiBaBuZe, Aachener Str. 1.

"Für uns war's Himmelreich!"

Eine paradiesische Zeit im sozialen Wohnungsbau der fünfziger Jahre? - Ein Vortrag der Architekturhistorikerin Sielke Salomon. Die Studie der Galerie Morgenland zur Architektur und Stadtplanung von 1950 bis 1968 in Hamburg/Eimsbüttel umfaßt die Auswertung von rund 40 Interviews mit AltmieterInnen. Während die meisten sich bei ihrem Einzug in die Neubauwohnungen wie im "Paradies" fühlten, wird die Situation heute überwiegend anders wahrgenommen.

Hamburg, 5.10., 19.30h, Geschichtswerkstatt Eimsbüttel, Sillemstr. 79.

Regionale Entwicklung und Finanzspekulation

Dieses Seminar von STUBE und KED stellt die Frage nach Perspektiven für die Länder des Südens im Zusammenhang mit der südostasiatischen Finanzkrise. Für weitere Auskünfte: Haus am Schüberg, Wulsdorfer Weg 33, 22949 Ammersbek, Tel.: 040-6050020, Fax: 6052538, eMail: info@haus-am-schueberg.org, www.haus-am-schueberg.org.

Ammersbek (bei Hamburg), 8.-10.10, Haus am Schüberg, Wulsdorfer Weg 33.

"Offensive 99 - Den rechten Vormarsch stoppen"

Die Autonome Antifaschistische Aktion Stuttgart ruft auf zu einer bundesweiten Demonstration gegen die Landes- und Bundesgeschäftsstelle der NPD, von wo aus Wahlkämpfe sowie bundesweite Massenaufmärsche organisiert werden. Die Demonstration soll einen Schwerpunkt innerhalb der einjährigen Kampagne bilden, deren Ziel es ist, antifaschistischen Widerstand auf eine breitere Basis zu stellen und durch offensive Aktionen zu einer Neubestimmung antifaschistischer Politik zu gelangen. Für weitere Auskünfte: Mobiles Antifaschistisches Infotelefon: 0177-7116666.

Stuttgart, 9.10., Rötestr. 4.

Gegen Buch-Masse

Ein Forum linker AutorInnen und Verlage mit einer Podiumsdiskussion "Gegenöffentlichkeit? Perspektiven linker Kommunikation" (16.10, 20h). Diskutiert wird die Frage, wie eine "Gegenöffentlichkeit" mit Einfluß

aussehen könnte, welcher Medien sie sich bedienen muß, welche Zielgruppen ansprechen. Das vollständige Programm ist erhältlich im Infoladen, Leipziger Str. 91, 60487 Frankfurt/M., Tel./Fax: 069-774670.

Frankfurt/M., 13.-21.10., Leipziger Str. 91.

Biomedizin und Normalisierung

Die Veranstaltungsreihe im Haus Drei zieht eine Bilanz der Bio-Politik. Sie informiert über den aktuellen Stand und versucht, kritische Möglichkeiten aufzuzeigen: "Föten als verlockende Objekte": Neuer medizinischer Rohstoff. - Welche Konsequenzen hat das Forschen mit Föten in der Transplantationsmedizin? (Ingrid Schneider, Politologin, 14.10., 20h); "Kind nach Maß": Zur Pränataldiagnostik. - Befürworten die meisten Frauen tatsächlich vorgeburtliche Selektion? (Karin Griese, Soziologin, 28.10., 20h); "Ins Leben zurückholen": Zu den Grundsätzen der ärztlichen Sterbebegleitung. - Welche Auswirkungen haben sie in der Neugeborenen-Medizin? (Michael Bentfeld, Kinderarzt, 11.11., 20h); "Ethisch ist, was machbar ist?": Bioethik-Abkommen. - Läßt sich der Biomedizin-Bereich demokratisch regeln? (Ludger Weiß, Wissenschaftsjournalist, 25.11., 20h).

Hamburg, 14./28.10, 11./25.11, jeweils 20h, Haus Drei, Hospitalstr. 107.

Branntwein, Bibeln und Bananen

Stadtrundgang zu Hamburgs Kolonialgeschichte, veranstaltet vom Bildungswerk der Werkstatt 3 in Kooperation mit der Arbeitsgruppe Kolonialismus. Alte Speicher, Kaufmannshäuser und Hafenanlagen, Missionsgebäude und Denkmäler erzählen die Geschichte von Schnapsexporten nach Westafrika, hanseatischer Kanonenboot-Politik in Chile und dem Bananenhandel mit Kamerun.

Hamburg, 23.10., 14.30h (für Gruppen auch nach Absprache - Werkstatt 3, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel.: 040-3903365, Fax: 3909866), Hamburger Rathaus (Haupteingang), 12/8DM.

Jüdisches Theater

Theater Schachar: "... let's sing Jacob Gershwin". Ein szenischer Songabend mit Liedern des anglo-jüdischen Komponisten. Jacob Gershwin (1898-1937) gilt als Begründer des sinfonischen Jazz, der Elemente europäischer und afrikanischer Musik miteinander verbindet. Es spielen und singen Karoline Berendsohn und Tilman Borck mit musikalischer Leitung von Alec Sloutski.

Hamburg, 23./24.10., Haus Drei, Hospitalstr. 107.

48. Leserbriefe

CD-Datei: daten/aksuche/ak430/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:44

Betr.: Von Somoza zu Chamorro, ak 429

Revolution abgehackt?

Liebe Freundinnen und Freunde,

in diesen Zeiten des globalen kapitalistisch-imperialistischen Siegeszuges ist es für alle, die hierin nicht das letzte Wort der geschichtlichen Entwicklung sehen wollen, besonders wichtig, sich sorgfältig mit den vergangenen revolutionär-emanzipativen Bewegungen zu befassen, sowohl mit ihren Stärken und Erfolgen als auch mit ihren Fehlern und Niederlagen. Denn aus diesem Material müssen wir die Lehren für heutige und zukünftige gesellschaftliche Auseinandersetzungen gewinnen. Unkritische Nostalgie ist dabei genauso kontraproduktiv wie die leichtfertige Bereitschaft, "das Kind mit dem Bade auszuschütten".

Es ist deshalb kein unbedeutendes Ärgernis, einen so einseitig antisandinistischen, die Geschichte klitternden Artikel über die nicaraguanische Revolution zu lesen, wie ihr ihn aus den Lateinamerika-Nachrichten in die letzte ak übernommen habt. (Ich fände es übrigens für die Zukunft begrüßenswert, wenn ihr kurze Angaben zum politischen/wissenschaftlichen/persönlichen Hintergrund des jeweiligen Artikel-Autors beifügen würdet.)

Was mir bei diesem Artikel besonders auffiel: Ziemlich systematisch wird die Rolle der USA in Nicaragua ausgespart oder minimiert. Der erste Somoza z.B. wurde mit der neugebildeten Nationalgarde von der US-Regierung gezielt als Stellvertreter installiert, beim Abzug ihrer Interventionsarmee 1933. Berühmt-berüchtigt der Ausspruch des Präsidenten F.D. Roosevelt: "Somoza mag ein Hurensohn sein, aber er ist unser Hurensohn." Somoza war eben kein Exponent der nicaraguanischen Bourgeoisie, sondern ein blutiger US-Statthalter, der sich dann allerdings durch Diebstahl und andere kriminelle Aktivitäten zum reichsten Kapitalisten Nicaraguas entwickelte. - Der seit 82 eskalierende Contra-Krieg "keimte" nicht naturwüchsig "auf", sondern wurde von der US-Regierung bzw. ihrem Geheimdienst ganz systematisch organisiert. Der völkerrechtswidrige Charakter dieses Krieges wurde vom internationalen Gerichtshof von Den Haag in seinem Urteil festgestellt, es wurde dort aber keine Schadenersatzsumme benannt, wie Pickert bei etwas gründlicherer Befassung mit der Materie unschwer hätte erfahren können. Nicaraguanische Sozialwissenschaftler haben die ökonomischen Schäden des Krieges auf ca. 17 Mrd. $ kalkuliert, wobei das menschliche Leiden allein durch den Tod von etwa 50.000 NicaraguanerInnen nicht in Währungseinheiten ausgedrückt werden kann.

Nur zwei Stichworte noch zur kriminellen Energie der damaligen Reagan-Administration: Finanzierung der Contra-Bewaffnung aus Waffenverkäufen an den angeblichen Todfeind Iran (via Israel); wohlwollende Duldung der Kokain-Geschäfte der Contra zwecks Selbstfinanzierung. Schon 1986 erklärte uns übrigens ein regionaler FSLN-Funktionär: "Wir sind dabei, den Krieg zu gewinnen, aber die Ökonomie zu verlieren". Und genau dies war erwünschter Effekt der US-Aggression und des dazugehörigen Embargos, das Nicaragua von seinem Hauptabsatzmarkt und der wichtigsten Bezugsquelle z.B. für technische Geräte abschnitt. Nicht der Diskurs der sandinistischen Kader, die auf die imperialistische Aggression über viele Jahre hinweisen mußten, ermüdete die Menschen, sondern der Verschleißkrieg selber, den die größte Militär- und Wirtschaftsmacht der Welt gegen ein bitterarmes Land mit etwa vier Millionen Einwohnern führte, um das dort sich entwickelnde neue Gesellschaftsmodell zu ersticken. Daß die sandinistische Regierung unter diesen Bedingungen vermehrt auf die Unterstützung des Ostblocks setzte, der ja auch im Falle Kubas ein Überleben gesichert hatte, kann wohl kaum zum Vorwurf gemacht werden, ebensowenig wie die mangelnde Erkenntnis über den bevorstehenden Zusammenbruch der Sowjetunion. Gemischte Wirtschaft, politischer Pluralismus und Blockfreiheit waren Ecksteine der sandinistischen Regierungsprinzipien, die eine langfristige sozialistische Orientierung ja nicht ausschließen. Zum ersten Mal in der Geschichte dieses Jahrhunderts konnten die NicaraguanerInnen bei freien und geheimen Wahlen ihre Regierung wählen, und es waren die SandinistInnen, die den Weg für eine demokratische Verfassung und die wirkliche Partizipation der Bevölkerungsmehrheit geöffnet hatten.

Einigermaßen lächerlich erscheint mir der Vorwurf, daß die FSLN sich nach dem Sieg der Revolution "von der Guerilla zur Staatspartei" umstrukturierte, eine "Deformation, unter der (sie) bis heute leidet". Hätte sie

vielleicht nach ihrem Sieg Guerilla bleiben und die Staatsmacht den Bürgerlichen überlassen sollen? Es wäre vielleicht erhellend gewesen, wenn der Autor seine diesbezüglichen Alternativkonzepte wenigstens stichwortartig angedeutet hätte.

Auch mit der "Sicherung der Pfründe" durch "eilends erlassene Gesetze" nach der Wahlniederlage 1990 verhält es sich nicht ganz so einfach, wie der Autor es darstellt. Es ging nämlich bei den §§ 85 und 86 um die Legalisierung von Landverteilungen, bei denen besitzlose Bauern und Städter Grundstücke vormaliger somozistischer Großeigentümer erhalten hatten. Daß dabei auch sandinistische Funktionäre sich bedienten, ist nur ein (bedauerlicher) Teilaspekt dieser Angelegenheit. Er lehrt uns, daß eben auch Revolutionäre demoralisierenden Einflüssen erliegen können, und daß revolutionäre Bewegungen überhaupt keine Schutzgarantie gegen korrupte Tendenzen einzelner oder von Gruppen bieten können. Welche Bedingungen solche Tendenzen eher fördern - oder eher verhindern, dies wäre ein wichtiger Diskussionspunkt zur kritischen Auseinandersetzung mit der nicaraguanischen Revolution; ebenso wie die ganz konkreten Schwierigkeiten und Probleme beim Aufbau kooperativer Produktionsstrukturen.

Während Bernd Pickert offenbar eine gescheiterte Revolution abhaken und zur kapitalistischen Tagesordnung übergehen will, ist für viele auch in unserem Land die nicaraguanische Geschichte nicht zu Ende, sondern weiter Ort heftiger und komplizierter sozialer Auseinandersetzungen, in denen die konkreten Visionen und Voraussetzungen für einen emanzipativen Sprung erst wieder neu entwickelt werden müssen.

Matthias Jochheim,

Verein Städtefreundschaft Frankfurt/M. - Granada (Nicaragua)

Betr.: Noch nicht vergessen, aber fast schon Legende, ak 429

Verrückt!

Lieber Herr Böhnke,

in Ihrem Artikel zum 20. Jahrestag des Siegs der Sandinisten schreiben Sie, Fidel Castro habe die NicaraguanerInnen (wie er das wohl auf Spanisch gesagt haben mag? NicaragunoAs?) als Verrückte bezeichnet, als er von deren geplanter Alphabetisierungskampagne hörte.

Ich beschäftige mich gerade sozusagen forscherisch mit Fidels politischem Denken, was seine Ansichten über diverse Revolutionsversuche einschließt. Nach den mindestens 5.000 Seiten Reden, Interviews und Pressekonferenzen, die ich bisher durchgeackert habe, kann ich mir irgendwie nicht vorstellen, daß er tatsächlich so etwas gesagt haben sollte.

Wo haben Sie es her? Können Sie mir die Quelle nennen? Möglichst genau - und ich darf annehmen, daß wir uns einig sind: westliche Presse gilt nicht. Mit anderen Worten: Sollten Sie's von Welt, Spiegel, FR, Taz, El País oder dgl. oder gar nur gerüchteweise aufgeschnappt haben, dann lief es auf eine Verleumdung hinaus, es zu kolportieren, eine niemandem dienliche und verdammt ungerechte noch dazu, da Fidel faktisch der aktivste - und so ziemlich der einzige - ausländische Freund der Sandinisten war, vor und nach deren Triumph. Er stand auch - vor- und nachher - kontinuierlich in Kontakt mit ihnen, so daß man sich schwer vorstellen kann, er hätte irgendwie überraschend mal von deren Alphabetisierungsplänen gehört und das dann, spontan wohl, abfällig kommentiert.

Ich habe hier z.B. seine großteils den eine Woche alten Ereignissen in Nicaragua gewidmete Rede vom 26. Juli 1979 vor unter anderem einer größeren Sandinistendelegation. Da sagt er unter anderem: "Ingenieur Robelo sagte hier, daß sie Ärzte brauchen, daß sie Kampagnen brauchen, um den Analphabetismus auszurotten. Und wir kennen unsere Ärzte und unsere Lehrer. Sie werden hingehen, wo immer sie gebraucht werden. ... Die Notwendigkeit einer groß angelegten Ausbildungskampagne ist ebenfalls hier erwähnt worden. ... Nur eine revolutionäre Regierung kann eine große Gesundheits- und Ausbildungskampagne durchführen. ... da unser Land reichlich Erfahrung mit diesen Dingen hat, können wir gewisse Beratung in sowohl der Gesundheits- wie der Ausbildungskampagne anbieten. Und, ich wiederhole es, wenn sie in Nicaragua nicht genügend Lehrer haben, um diese Ausbildungskampagne durchzuführen, sind wir bereit, ihnen so viele Lehrer zu schicken wie sie brauchen..." (was dann bekanntlich auch umgehend geschah).

In Erwartung Ihrer Antwort

mit antiimperialistischen und

antisektiererischen Grüßen

Ernst Fidel Fürntratt-Kloep

Betr.: Wagner - der antisemitische Barrikadenkämpfer, ak 429

Ehrenrettung

Liebe, lieber "ef",

habe am heutigen Sonntag Deinen Text in ak 492 vom 26. August 1999 gelesen: Wagner - der antisemitische Barrikadenkämpfer. Dieser Titel suggeriert, Wagner habe als Antisemit in Dresden 1849 mitgemischt, was natürlich barer Unsinn ist. Frage mich also: Was soll diese Überschrift?!?

Dann: "linken fortschrittlichen Wagnerbildes...". Seit jeher ist mir das Adjektiv fortschrittlich, dieses aus dem etymologischen Wörterbuch krypto-kommunistischer Glaubensbrüdergemeinschaft, ein Greuel.

Es gibt ein beliebtes Spiel bei Journalisten/Rezensenten: Böse-Stellen-finden, und da hast Du ja brav-emsige Arbeit geleistet; nur, daß Wagner (auch) Antisemit war, wer weiß das inzwischen nicht? - Mir zum Vorwurf zu machen, ich hätte das in meinem Buche nicht berücksichtigt, es unterschwellig so zu drehen: Kramer verherrlicht den Antisemiten, das gehört sich nicht. Mein Buch hat die Dresdner Mai-Revolution und u.a. Wagners Beteiligung zum Thema.

Ebenso ein Greuel wie fortschrittlich (und emanzipatorisch) sind mir Simplifizierungen: "Hitler in Wagner - Wagner in Hitler", noch übler stößt mir diese billige Analogie auf: daß "der Weg (auch) von Bayreuth über Theresienstadt nach Auschwitz führen mußte". (mußte! Der Herr Wagner-Ur-Enkel hat ja ein interessantes geschichtsdeterministisches Denken, alle Achtung.) - Nun ist jeder für seine Geschichtsinterpretation verantwortlich. Würde ich mich auf die Ebenen des Ur-Enkels begeben, dann sähe das zum Beispiel so aus: Karl Marx ist (auch) für die Niedermetzlung der Kronstädter Matrosen durch Trotzkis Rote Armee, für die Zerschlagung der Ukrainischen Aufstandsarmee Nestor Machnos durch Lenin, für die Moskauer Prozesse, für die Gulags, für die Ermordung Max Hoelz' und vieler Tausender Parteigenossen durch Stalin verantwortlich.

Wie sagte der Volksmund? Jeder hat so seine Leichen im Keller; wenden wir uns also mal retrospektiv der jüdischen Geschichte zu. (Erweitern wir die Achse Bayreuth - Auschwitz.) Ein kurzer Blick ins Buch der Bücher sei erlaubt: "So spricht der HERR Zebaoth: Ich habe bedacht, was Amalek Israel angetan und es ihm den Weg verlegte, als Israel aus Ägypten zog. So zieh nun hin und schlage Amalek und vollstrecke den Bann an ihm und an allem, was er hat; verschone sie nicht, sondern töte Mann und Frau, Kinder und Säuglinge, Rinder und Schafe, Kamele und Esel." (1. Samuel 15/4) "Auch gingen von ihnen (...) fünfhundert Männer zum Gebirge (...) und sie erschlugen die übrig geblieben waren von den Entronnenen der Amalekiter, und wohnten dort bis auf diesen Tag." (Chronik, 4/43).

Liebe, lieber "ef", Du verweist auf Seite 218, zitierst aber nur ein winziges Bruchstück von dem, was Wagner in Die Revolution schrieb; u.a. ist da zu lesen: "Zerstören will ich die bestehende Ordnung der Dinge, welche die einige Menschheit in feindliche Völker, in Berechtigte und Rechtlose, in Reiche und Arme teilt...".

Zum Schluß sag' ich es noch mal: Es geht nicht um einen von Dir unterstellten "anarchistischen Wagner-Mythos". Mein Buch behandelt die Dresdner Mai-Revolution und die Beteiligung Wagners, außerdem berausche ich mich nicht an Wagners Gewalt- und Untergangsvisionen, ich habe seine Zerstörungsmetaphern zitiert.

Hochachtungsvoll

Bernd Kramer

49. Quelldatei 46.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak430/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:46

Hier gibt's ak:

Berlin

* Argument Buchladen, Reichenberger Str. 150

* b_book, Lübbener Str. 11

* Bahnhofsbuchhandlung Hauptbahnhof

* Buchhandlung Turmstraße, Turmstr. 4

* Buchladen N.N., Kastanienallee

* Der kleine Buchladen, Weydinger Str. 14-16

* Hinterhof-Antiquariat, Czarnikauer Str. 19

* Infoladen Omega, Sparrstr. 21

* Infoladen Daneben, Liebigstr. 34

* Kisch & Co., Oranienstr. 25, 10999 Berlin

* Kopierladen M 99, Manteuffelstr. 96

* HOH 21, Oranienstr. 21

* Politik und Rausch, Grünbergstr. 73

* Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a

* Zeitungsladen, Bugenhagenstr. 18

* Zeitungsladen, Mittenwalder Str. 12

* Zeitungsladen, Weserstr. 7-8

* Zeitungsladen, Wrangelstr. 91

* Zeitungsstand an der FU, Kiebitzweg

* Zeitungsstand an der TU, Hardenbergstr.

Bielefeld

* Bahnhofsbuchhandlung

* Eulenspiegel, Hagenbruchstr. 7

Bochum

* Notstand Büchertisch und Archiv, Uni Bochum

Bonn

* Buchladen 46, Kaiserstr. 46

* Le sabot, Breitestr. 76

Braunschweig

* Guten Morgen Buchladen, Bültenweg 87

Bremen

* Buchladen im Ostertor, Fehrfeld 60

* Buchladen in der Neustadt, Lahnstr. 65 B

* BBA Laden/Umschlagplatz St. Pauli Str. 10-12

Bremerhaven

* Der andere Buchladen,

Bürgermeister-Smidt-Str. 109 (ComData)

Darmstadt

* Buchladen, Lauteschlägerstr. 18

Dortmund

* Bahnhofsbuchhandlung

* Buchhandlung Litfass, Münsterstr. 107

Düsseldorf

* Buchladen Bibabuze, Aachener Str. 1

* AStA Buchladen, Universitätsstr. 1

Essen

* H. Heine Buchhandlung, Viehofer Platz 8

Flensburg

* Carl von Ossietzky-Buchhandlung,

Heiligengeistgang 9

Frankfurt a.M.

* Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4

* Karl Marx Buchhandlung, Jordanstr. 11

* Uni Buch, Jügelstr. 1

* Land in Sicht, Rotteckstr. 13

* Ypsilon Buchladen, Berger Str. 18

* Bahnhofsbuchhandlung

Freiburg i.Br.

* Buchladen Jos Fritz, Wilhelmstr. 15

* Bahnhofsbuchhandlung

Göttingen

* Buchladen Rote Strasse, Nikolaikirchhof 7

Gütersloh

* Bahnhofsbuchhandlung

Hagen

* Buchladen Quadrux, Lange Str. 21

Hamburg

* Bioladen Kürbiskern, Wilstorfer Str. 110

* Buchhandlung im Schanzenviertel,

Schulterblatt 55

* Buchladen in der Osterstrasse, Osterstr. 156

* Buchhandlung Nautilus, Friedensallee 7-9

* Cafe und Buch, Marktstr. 114

* Heinrich-Heine-Buchhandlung, Schlüterstr. 1

* Tabakladen, Spritzenplatz

* Schwarzmarkt, Kl. Schäferkamp 46

Hanau

* Buchladen am Freiheitsplatz,

Am Freiheitsplatz 6

Hannover

* Asta Uni Hannover, Welfengarten 1

* Bahnhofsbuchhandlung

* Buchladen Annabee, Gerberstr. 6

Heidelberg

* Bahnhofsbuchhandlung

Herford

* Provinzbuchladen,

Hämelinger Str. 22

Karlsruhe

* Der andere Karlsruhe, Marienstr. 15

Kassel

* Gestochen Scharf, Elfbuchenstr. 18

Kiel

* Buchladen Zapata, Jungfernstieg 27

Köln

* Bahnhofsbuchhandlung

* Das andere Köln, Zülpicherstr. 197

Konstanz

* Zur schwarzen Geiß, Obermarkt 12

Ludwigsburg

* Schwarzes Schaf, Reithausplatz 2

Ludwigshafen

* Naturkostladen Schwarzwurzel,

Jakob-Binder-Str. 10

Magdeburg

* Bahnhofsbuchhandlung

Mannheim

* Buchladen M2, M 2,6

* Bahnhofsbuchhandlung

Marburg

* Buchladen Roter Stern, Am Grün 28

Moers

* Buchladen Aragon, Neuer Wall 2

München

* Buchhandlung, Amalienstr. 67

* Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41b-43

Münster

* Buchladen Rosta, Ägidiistr. 12

* Umweltzentrum, Scharnhorststr. 57

Nürnberg

* Bahnhofsbuchhandlung

* Bücherkiste, Schlehengasse 6

Oldenburg

* Buchhandlung Carl von Ossietzky, Marktstr. 24

Osnabrück

* Infoladen Zett, Alte Münze 12

Recklinghausen

* Attatroll, Paulusstr. 2

Saarbrücken

* Der Buchladen, Försterstr. 14

Siegen

* Bücherkiste, Bismarckstr. 3

Stuttgart

* Infoladen Heslach, Mörikestr. 69

Trier

* Buchladen Gegenlicht, Glockenstr. 10

Tübingen

* Buchladen Die Gruppe, Münzgasse 15

* Der faire Kaufladen, Marktgasse 13

Wiesbaden

* Cafe Klatsch, Marcobrunnerstr. 9

Würzburg

* Buchladen Neuer Weg, Sanderstr. 23/25

ÖSTERREICH, Wien

* Infoladen Zehn, Ernst-Kirchweger-Haus,

Postfach 173, Wielandgasse 2-4

* Zentralbuchhandlung, Schulerstr. 1-3

SCHWEIZ, St. Gallen

* Comedia, Katharinengasse 20

SCHWEDEN, Stockholm

* Bokhandeln Info, Tjärhovsgatan 44

NIEDERLANDE

Amsterdam

* Het Fert van Sjako, Jodenbreestraat 24

's-Gravenhage

* De rode Hond, Buitenom 215 a

Groningen

* Buchladen Rosa, Folkingdwarstraat 16

Utrecht

* De Rooie Rat, Oudegracht 65

50. Quelldatei 47.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak430/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:47

Erziehung im Nationalsozialismus

Erstmals liegt eine Gesamtdarstellung des nationalssozialistischen Erziehungssystems vor. Geschrieben hat sie der Paderborner Professor für Erziehungswissenschaften Wolfgang Keim. Der erste Band befaßt sich mit den Jahren 1933 bis 1935 und trägt den Untertitel "Antidemokratische Potentiale, Machtantritt und Machtdurchsetzung". Der zweite, wesentlich umfangreichere Band hat den Untertitel "Kriegsvorbereitung, Krieg und Holocaust". Keim stellt die antidemokratischen Traditionen vor, die schon vor 1933 das Erziehungswesen zu einer reaktionären Veranstaltung machten und eine rasche Anpassung, ja begeisterte Selbstgleichschaltung nach dem Machtantritt der Nazis ermöglichten. Auch wird das Nachwirken konservativer und faschistischer Tendenzen und das Fortwirken kompromittierter Figuren nach 1945 gezeigt. Über Erziehung im Nationalsozialismus schreibt Keim: "In der Tat passen als Bezeichnungen dafür eher ‚Formierung`, ‚Prägung`, ‚Züchtung`, ‚Zurichtung` oder ‚Verhaltensregulierung`". Immer wieder stellt Keim die Frage nach der Verantwortung jedes einzelnen Pädagogen und nach den Möglichkeiten für alternatives, von den herrschenden Normen abweichendes Handeln. Beispiele für den "aufrechten Gang" werden ausführlich behandelt, auch der kommunistische Widerstand wird gewürdigt. Die Darstellung umfaßt u.a. auch das Erziehungswesen (die vorenthaltene Bildung) im besetzten Polen, das jüdische Bildungswesen, das noch relativ lange und vielschichtig vorhanden war, und das im Exil aufgebaute Bildungswesen. Das Schul- und Hochschulsystem, die außerschulische "Formationserziehung" von Hitlerjugend und Reichsarbeitsdienst werden in ihrer ganzen Differenzierung und in den Veränderungen entsprechend der unterschiedlichen Anforderungen des NS-Systems (anfänglich Stabilisierung des Systems, später die gezielte Vorbereitung auf Krieg und Massenmord) gezeigt. Aus dem Satz des Autors, daß 1000 NS-Lehrer für den Erfolg der Nazis genauso wichtig waren wie die Unterstützung der Großindustrie, spricht allerdings eine gewisse Überschätzung der eigenen Profession. Kritisch zu vermerken sind auch einige kleinere Schwächen, wenn z.B. der Begriff Apartheid auf das NS-Erziehungssystem angewendet wird. Ein Vorzug des Buches ist seine Lesbarkeit, die aus einer klaren Sprache und dem Bemühen um Verständlichkeit entsteht.

Wolfgang Keim: Erziehung unter der Nazi-Diktatur; Primus-Verlag, Darmstadt, 1997; Band I 218 Seiten, 29,80 DM; Band II 505 Seiten, 39,80; beide Bände zusammen 58 DM

Soziale Bewegungen in Lateinamerika

Soziale Bewegungen in Lateinamerika sind neudeutsch schlicht "out" - zumindest was die mediale Berichterstattung angeht. Insofern hat sich der Autor Dieter Boris auf ein unpopuläres Thema eingelassen, wenn er in seinem Buch neun soziale Bewegungen aus verschiedenen Ländern Lateinamerikas betrachtet: die Campesino-Bewegungen, den indigenen Widerstand, die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegungen, die Menschenrechtsbewegungen, die Guerillabewegungen, die religiös-sozialen Bewegungen, die Frauenbewegungen, die Stadtteilbewegungen und die Umweltbewegungen. Vorangestellt ist ein theoretischer Teil, der zum einen die sozialen Bewegungen Lateinamerikas historisch beleuchtet, zum anderen aber auch herauszuarbeiten versucht, worin sich die heutigen sozialen Bewegungen von denen vor und während der Zeit der Militärjuntas unterscheiden. Selbstformuliertes Ziel des Autors ist "eine Korrektur von gängigen allgemeinen Darstellungen zu Lateinamerika, die sich auf ökonomische und politische ‚Großereignisse` oder ‚Paradigmen` konzentrieren". Es sollen die "relativ ‚unsichtbaren`, teilweise ‚stimmlosen` Gruppierungen und Strömungen, die in der Regel aus verschiedenen Segmenten von Unterschichten oder Unterprivilegierten stammen, sichtbar gemacht und in ihrem spezifischen Profil skizziert werden". Dieses Unterfangen ist größtenteils gelungen. Positiv zu vermerken ist, daß die indigenen Bewegungen am Beispiel Ecuadors behandelt werden und nicht die EZLN in Mexiko zur ultimativen Instanz in Sachen Indigene erklärt wird. Ärgerlich ist die beharrliche Ignoranz gegenüber Frauen, die fast nur in dem Kapitel über die ‚Mütter der Verschwundenen` vorkommen.

Dieter Boris: Soziale Bewegungen in Lateinamerika; VSA-Verlag, Hamburg, ISBN 3-87975-725-9, 36,80 DM

Berlin alternativ

Auch wenn wahrscheinlich niemand so genau sagen kann, was die Berliner Alternativszene ist: Einen Führer durch das andere Berlin gibt es. Das neue Stattbuch 6 Berlin listet verschiedenste Projekte und Initiativen auf, vom Abenteuerspielplatz bis zum Zan Pollo Theater, von der Antifa-Gruppe bis zum Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung. Das Stattbuch ist nicht nur ein alternatives Branchenbuch. Auch für Menschen, die Anschluß an politische Initiativen suchen, sich für Ökologie interessieren oder etwas für ihre Gesundheit tun wollen, hat es eine Fülle von Anschriften parat. Wer alternative Buchläden oder Off-Kinos sucht, kann im Kapitel "Kunst, Kultur & Medien" nachschlagen. An "ältere & alte Menschen" ist ebenso gedacht wie an "Kinder & Jugendliche", und natürlich dürfen auch die Frauen nicht fehlen, die sich freilich mit Männern und Familien in ein Kapitel zu fügen haben. Das Kapitel "Körper, Geist & Bewegung" bietet Yoga und Rolfing, Tanz und Tai-Chi, Reiki (d.i. Handauflegen) und "Körperastrologie". "Der Geist steht nicht mehr so ganz allein und braucht auch nicht weiter den Chef zu spielen", schreibt Thomas Simon-Weidner in einem der redaktionellen Beiträge. "Sein Horizont kann sich weiten - bei manchen bis ins Kosmische -, manchmal vielleicht auch ins Komische." Das trifft besonders für den Abschnitt "Gesundheit und Krankheit" zu: Hier bietet etwa eine "Praxis für Massage & Trance" ihre Dienste an, außerdem wird für "Reinkarnationstherapie" geworben. Nun ja, wenn's denn hilft... Stattbuch versteht sich als Teil des "anderen Berlin" und präsentiert eine "Mischung aus etablierter und neuer Stattkultur". Noch immer ist der Osten Berlins relativ unterbelichtet. Auch sonst wundert man sich manchmal über die Auswahl der Einträge. So findet man zum Beispiel die Zeitung Arranca!, nicht aber die interim; die Jungle World ist vertreten, aber die junge Welt sucht man vergeblich. Dafür wird der Gräfe-Ratschlag ausführlich beschrieben, ein zwei- bis viermal jährlich erscheinendes Käseblatt für die Bewohner des Gräfe-Kiezes. Trotz solcher Lücken ist das Stattbuch 6 ein nützlicher Führer durch die Alternativszene der Stadt und für Uralt-Berliner ebenso zu empfehlen wie für Zugezogene.

Stattbuch 6 Berlin. Ein Wegweiser durch das andere Berlin; Berlin, Stattbuch Verlag, 1999, 359 Seiten, 29,80 DM

51. Die Silberscheibe mit ak

CD-Datei: daten/aksuche/ak430/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:49

Der Verkauf der CD-Rom Info Links läuft auf vollen Touren. Nun kann auf einer CD in den vollständigen ak-Jahrgängen von 1995 bis zum April 1999 recherchiert werden. Ein Stichwort genügt. Zusätzlich zu ak - analyse & kritik befinden sich weitere linke Zeitungen auf der CD: Geheim, CILIP, die Antifaschistischen Nachrichten, links, die junge Welt und die ila - Zeitung der Informationsstelle Lateinamerika.

Diese umfassende Artikelsammlung kostet für ak-AbonnentInnen lediglich 49 DM (plus 5 DM Porto). Wer ak jetzt neu abonniert, kann natürlich die CD sofort mitbestellen. Wer jedoch aus unverständlichen Gründen nur die CD, nicht aber ak haben will, zahlt für den Silberling 99 DM (plus 5 DM Porto).

Ein kleiner Tip: nicht nur für den persönlichen Gebrauch ist diese CD überaus nützlich. Auch als kleines Geschenk macht sie sich überaus vorteilhaft!

Eure Bestellung könnt Ihr telefonisch oder schriftlich (Fax, Post, Mail) über die Redaktionsadresse (Seite Zwo) an uns senden. Für den Gebrauch der CD benötigt Ihr Windows 3.1 oder höher bzw. NT ab 3.51. Acht MB Arbeitsspeicher reichen aus.

Schnupper-Abo: 3 mal ak für 10 DM

Wer ak erstmal kennenlernen will, kann von unserem Schnupperabo Gebrauch machen. Drei Ausgaben kosten bei diesem Angebot statt 22,50 DM nur 10 DM.

Wenn Ihr die Zeitung dann weiter beziehen wollt, braucht Ihr nichts mehr zu tun. Lediglich wenn Ihr ak nicht weiter abonnieren wollt, müßt Ihr uns das nach Erhalt der zweiten Ausgabe schriftlich mitteilen.

Wir hoffen, daß von diesem Schnupperangebot viele Gebrauch machen und sich davon überzeugen, daß ein ak-Abo eigentlich für linke Politik unverzichtbar ist.

Der Abo-Bestellzettel befindet sich auf Seite Zwo.

52. Grün ist der Nonsens

CD-Datei: daten/aksuche/ak430/konsens.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:konsens

Ende September will die Bundesregierung sich auf ein Konzept für den Atomausstieg geeinigt haben. Dann sollen die Restlaufzeiten feststehen, die Abwicklung der WAA-Transporte und die erforderlichen neuen Castorhallen an den Standorten geregelt sein und die entsprechenden Veränderungen für die dann anstehende Novellierung des Atomgesetzes klar sein.

Intensiv einbezogen in diesen Fahrplan ist die Atomwirtschaft, die sich mit Müller, Fischer und Trittin in inzwischen "konstruktiver Atmosphäre" (Trittin) berät. Während hier noch beraten wird, steigt der Druck für einige AKWs, ihren Atommüll endlich wieder abfahren zu können - wenn es nicht zur Stillegung wegen Entsorgungsnotstand kommen soll. Über den derzeitigen Stand bei den Konsensstrategen berichtet unser Autor Jochen Stay ebenso wie über die Frage, die die Anti-AKW-Bewegung derzeit massiv interessiert: Aus welchen AKW kommt wann der erste Castor? Seite 20.

Eine Checkliste für den Atomausstieg hat die Ärzteorganisation IPPNW verfat und diese an alle bundesdeutschen bündnisgrünen Kreisverbände geschickt. Darin fordert die IPPNW u.a., da die Grünen lieber keinen Konsens machen sollten. Seite 22

Innergrüne Differenzen über den vermeintlichen Ausstiegskurs werden allmählich sichtbar. Das zeigt sich beispielsweise im Zusammenhang mit dem geplanten Zwischenlager am AKW Lingen. Sind dies die ersten Anzeichen einer heftigen Kontroverse? Seite 21

In Hamburg macht die Grün-Alternative Liste (GAL) immer deutlicher, da ihr die Regierungsbeteiligung wichtiger ist, als Koalitionsvereinbarungen umzusetzen. Für die Stillegung des AKW Brunsbüttel rührt der rot-grüne Senat keinen Finger. Seite 23

53. Wye, die Zweite

CD-Datei: daten/aksuche/ak430/titelwye.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:titelwye

Nicht nur Hollywood-Filme kennen Remakes und Mehrteiler. Auch auf der Bühne der Diplomatie gibt es solche Phänomene wie z.B. das jüngst zwischen Israels Ministerpräsident Ehud Barak und Jassir Arafat unterzeichnete Wye-II-Abkommen.

Kaum im Amt, hat die neue israelische Regierungskoalition ungewöhnlich rasch neuen Schwung in den israelisch-palästinensischen Friedensproze gebracht: am 11. Juli erstes Treffen mit Jassir Arafat und am 4. September medienträchtige Unterzeichnung des Wye-II-Papiers in Kairo. Auf den ersten Blick regelt Wye II kaum mehr als sein Vorläufer vom Ende 1998.

Doch da Wye II bei genauerem Hinsehen eine durchaus brisante Dynamik enthält, macht die Reaktion in Israel selbst deutlich. Aus Protest gegen diesen Vertrag stieg die orthodox-religiöse Yehadut HaThora - Partei aus der Koalition aus. Und in der Tat bringt Wye II alle heiklen Fragen des israelisch-palästinensischen Konflikts neu aufs Tapet. Seite 16

54. Rot-Grün im Tiefflug

CD-Datei: daten/aksuche/ak430/wahl.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:430:wahl

Es ist keine zwölf Monate her, da wurden SPD und Bündnisgrüne durch einen in seiner Deutlichkeit überraschenden Wahlsieg in die Bundesregierung gewählt. Mit Ausnahme von Sachsen, Baden-Württemberg und Bayern wurde die SPD bei den Bundestagswahlen in allen Bundesländern vor der Union stärkste Partei.

Nach den vier Landtagswahlen in Brandenburg, dem Saarland, Thüringen und Sachsen sowie der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen sieht alles ganz anders aus. Der Sozialdemokratie laufen die Wähler scharenweise davon. Unter dem Eindruck des Sparpakets von Finanzminister Hans Eichel hat es momentan den Anschein, als zerbröckele die gesellschaftliche Basis von Rot-Grün. Vor allem das klassische sozialdemokratische Milieu wendet sich von der SPD ab. Dabei dürfte es nicht nur den Skandalen in Köln und Dortmund geschuldet sein, da die SPD dort erdrutschartige Verluste hinnehmen mute.

Es zeigt sich vielmehr, da es der SPD bislang mit ihrer Politik nicht gelingt, die ominöse "Neue Mitte" mit ihrer traditionellen Wählerschaft zu verbinden. Der Erfolg der Union relativiert sich bei näherem Hinschauen. Die SPD-WählerInnen laufen nämlich mehrheitlich nicht zu ihr (oder zur PDS) über, sondern enthalten sich einfach der Stimme. Wer mit einem baldigen Ende von Rot-Grün rechnet, dürfte sich wohl verrechnet haben. Seite 5